4. Gesellschaftliche Voraussetzungen des Friedens

In diesem Kapitel werden ökonomische und soziologische Theorien vorgestellt um zu fragen, ob diese Autoren für ihre Friedenstheorie wirklich stabil auf ökonomische oder soziologische Argumente zurückgreifen können.

Das Zeitalter von 1830 bis 1890 ist kein großes Jahrhundert der ökonomischen Theorie; es gibt wenig Fortschritte in der Professionalisierung der Disziplin. Liberale Apologetik dominiert und Frieden ist Teil dieser Apologetik. Im späten 19. Jahrhundert verliert die Ökonomie den Nimbus, grundlegende Theorie vom Menschen zu sein; dies erlaubt, eine engere Wissenschaft von der Wirtschaft aufzubauen, die nicht als Friedenswissenschaft auftreten wird. **Léon Walras** (1834-1910) brachte sich selbst ins Gespräch für den Friedensnobelpreis. Die Teile seines Werkes, die ihn dazu qualifizieren sollten, waren die, die das geringste Interesse der Nachwelt gefunden haben: Nationalisierung des Bodens (Joseph Schumpeter preist ihn als den einzigen Ökonomen des 19. Jahrhunderts, dessen Leistungen mit denen der theoretischen Physik verglichen werden können, nur habe er sich leider auch mit Gerechtigkeit befaßt). Warum sein Plan einer Nationalisierung des Bodens ein Beitrag zum Frieden sein soll, wird nicht recht klar (den Friedensnobelpreis hat Walras auch nicht bekommen), aber es ist ein Zeugnis der Grundintuition der älteren Ökonomie, daß sie ein Friedensversprechen enthalten muß (*La paix par la justice sociale et le libre échange* (1907), in: Auguste et Léon Walras, *Oeuvres économiques complètes*, t. VII, *Mélanges d'économie politique et sociale*. – Paris 1987. – S. 467-503). Die Betonung des Friedens der Wirtschaftsgesellschaft gegen den Geist der Eroberung konnte die arbeitenden und deshalb friedlichen Klassen von anachronistischen adeligen und kriegerischen Klassen scheiden. Das ist ein Erbe des 18. und des frühen 19. Jahrhunderts (vgl. Bd. I dieser Bibliographie zu Montesquieu, Smith, Kant, Constant, Schleiermacher). Das zentrale Thema der Soziologie des 19. Jahrhunderts ist die Ablösung kriegerischer durch friedliche Organisation. Friedenssoziologie ist eine Lehre vom Progreß der Zivilisation und der Zivilisierung: Sie muß zugleich den Krieg in der Geschichte verständlich und den Frieden in der Zukunft wahrscheinlich machen. Diese Zivilisationstheorie bestimmt auch die meisten Forderungen nach internationaler Organisation. Wäre dieses Kapitel chronologisch gegliedert, würde deutlicher wie sehr es sich von der Ökonomie zur Soziologie bewegt, von Cobden zu Spencer, von Say zu Proudhon, von List zu Schäffle. Am Ende des Jahrhunderts versuchen Pazifisten auch den Krieg in der Geschichte zu verurteilen; die pazifistischen Soziologen des 19. Jahrhunderts geraten in den Verdacht

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

bellizistische Darwinisten zu sein. Parallel stößt die neue akademische Soziologie die große Erzählung des 19. Jahrhunderts über den weltgeschichtlichen Weg vom Krieg zum Frieden ab. Sozialistische Theorien hatten diese große Erzählung längst in Frage gestellt: die kapitalistische Organisation der Wirtschaft wird zu einer Kriegsursache. Die sozialistischen Theorien des 19. Jahrhunderts sind immer Kritik der kapitalistischen Ökonomie, aber ihr Antrieb ist häufig weniger Kritik der bürgerlichen Politischen Ökonomie als religiös bestimmter Kosmopolitismus.

Der einzige umfassende Überblick über ökonomische Autoren ist weiterhin Edmund Silberner, *The Problem of War in Nineteenth Century Economic Thought*. – Princeton, N.J. 1946, Neudruck New York 1972 in The Garland Library of War and Peace). Das Buch ist weniger in den Referaten gealtert als im Urteil: Silberner ist zu stark der Suche des frühen 20. Jahrhunderts nach der Überwindung der Souveränität durch Internationale Organisation verpflichtet, als daß er seinen ökonomischen Autoren gerecht werden könnte. Soziologische Autoren werden diskutiert in Hans Joas / Knöbl, *Kriegsverdrängung : ein Problem in der Geschichte der Sozialtheorie*. – Frankfurt am Main 2008 (vergleicht das Interesse der frühen Sozialtheorie an Theorien des Krieges, mit dem zunehmenden Desinteresse der Soziologie im 20. Jahrhundert, referiert werden John Stuart Mill, Tocqueville, Comte, Spencer und Engels).

Das 19. Jahrhundert ist ein Jahrhundert der Aufrüstung: der bewaffnete Frieden wird häufig als ein mindestens so großes Übel wie der Krieg wahrgenommen. So beginnen spezialisierte Überlegungen zur Militärökonomie. Die Ökonomen sind meist Verteidiger des bewaffneten Friedens, weil Sicherheit ein hohes Gut ist. Allenfalls zur Wehrform haben sie unterschiedliche Ansichten. **Amasa Walker** (1799-1875), der einzige Autor eines führenden Lehrbuches, der über den ökonomischen Fehler militärischer Vorbereitungen schreibt, war ein amerikanischer Pazifist. Auch er gibt zu, daß diese Vorbereitungen gegenwärtig notwendig sind, verlangt aber, daß diese Militärwirtschaft aufhören muß und Instrumente zur Bewahrung des Friedens, die genauso notwendig sind (v.a. ein internationaler Kongreß), geschaffen werden müssen (*The Science of Wealth* : *a Manual of Political Economy*. – Boston, Mass. 1866. – S. 422-424 *The Finance of War*; S. 425-440 *Economy of the War System*). Was es bereits an Friedensforschung gab, war Ökonomie: Die erste akademische Arbeit zum Frieden war die Dissertation des Georgiers **Niko Nikoladzé** (1843-1928), später ein führender Politiker des unabhängigen Georgiens 1918-1921. Das war nicht die erste Arbeit, die den Leser mit Statistiken über Militärausgaben versorgte, aber die erste, die einen wissenschaftlichen Standpunkt versuchte: Abrüstung würde zunächst eine Wirtschaftskrise bringen und ist auch gesellschaftspolitisch kompliziert: In einem Staat ohne Armee verlangt das Proletariat die Befriedigung seiner Ansprüche – mit Folgen für die Wirtschaft. So bleibt nur die allmähliche Reorganisation des Militärstaates (*Du désarmement et de ses conséquences économiques et sociales*. – Genf 1868). Am häufigsten zitiert wurden Paul Leroy-Beaulieu statistische Berechnungen der Kosten der neueren Kriege.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

4.1 Frankreich

Silberner, *The Problem of War* a.a.O. behandelt die Liberalen Bastiat und Molinari (S. 92-129), Saint-Simonisten (S. 222-231) und idealistische Sozialisten (S. 233-249).

4.1.1 Auguste Comte

1798-1857, Mitarbeiter des Grafen Saint-Simon (Bd. I, 454-460), Lehrer für Mathematik, öffentliche Vorlesungen für Gelehrte und für Arbeiter, Hoher Priester der Menschheitsreligion. Biographie: Mary Pickering: *Auguste Comte : an Intellectual Biography*. – Cambridge 1993-2009. Einführungen: Werner Fuchs-Heinitz, *August Comte : Einführung in Leben und Werk*. – Opladen 1998: Juliette Grange, *Le vocabulaire de Comte*. – Paris 2002.

Comte ist der Begründer des Positivismus und der Soziologie. Er war einer der Begründer der modernen, auf Methoden fixierten Wissenschaftstheorie. Sein strategisches Ziel war, Biologie und Soziologie als Wissenschaften vom Menschen zu rechtfertigen. Die Soziologie benötigt wegen der Komplexität ihres Gegenstandes eine historische Methode. Die Geschichte der Menschheit ist Entwicklung des Geistes durch die Phasen der Theologie und der Metaphysik zur positiven Wissenschaft und die Entwicklung der Gesellschaft von militärischen Staaten zu einer industriellen Ordnung. Die Metaphysik hatte nur die religiösen Gestalten durch abstrakte Wesenheiten ersetzt (konkret bekämpft er katholische Restauration und naturrechtlichen Liberalismus), die Soziologie soll eine von den Meinungen des theologischen und des metaphysischen Zeitalters unabhängige Politik begründen.

> Versuche, Comte vom langen Schatten des Positivismus und Neo-Positivismus zu befreien: Robert C. Scharff, *Comte after Positivism*. – Cambridge 1995; Juliette Grange, *La philosophie d'Auguste Comte : science, politique, religion*. – Paris 1996; dies., *Auguste Comte : la politique et la science*. – Paris 2000; Jürgen Brankel, *Theorie und Praxis bei Auguste Comte : zum Zusammenhang zwischen Wissenschaftssystem und Moral*. – Wien 2008; Annie Petit, *Le système d'Auguste Comte : de la science à la relifgion par la philosophie*. – Paris 2016.

Comte hat die Soziologie als Wissenschaft begründet, er gestattet keine selbständigen Wissenschaften von Wirtschaft, Politik und Recht. Sein Industrialismus ist nicht viel mehr als das abstrakte Gegenteil zur militärisch-etatistischen Organisation. Das 19. Jahrhundert-Pathos der Industrialisierung und der weltwirtschaftlichen Verflechtung kennt er nicht. Er verwirft Nationalökonomie als Wissenschaft, weil er den methodischen Egoismus des *homo economicus* verwirft, aber teilt die Annahme, daß Unternehmer von egoistischen Antrieben bewegt werden. Frauen,

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Arbeiter, Gelehrte/Priester, die drei Gruppen, die eine moderne Ökonomie selber nicht führen können, werden ein Gegengewicht gegen das Gewinnstreben bilden: Frauen und Priester erziehen zum Altruismus, Arbeiter bilden eine öffentliche Meinung. Das Volk hat kein Interesse an den Versprechen der metaphysischen Juristen, es interessiert sich nicht für Verfassungen, sondern für soziale Organisation. Comte ist vor allem Kritiker liberaler Illusionen.

Vgl. zur positiven Politik: Angèle Kremer-Marietti, *Entre le signe et l'historire : l'anthropologie positiviste d'Auguste Comte*. – Paris 1982. – S.143-207; dies., *Auguste Comte et la science politique*. – Paris 2007; Juliette Grange, *Auguste Comte* a.a.O.; Claudio De Boni, *La question du prolétariat dans la pensée d'Auguste Comte*, in: *Auguste Comte : la science, la société* / sous la direction de Angèle Kremer-Marietti. – Paris 2009. – S. 175-187. Über Comtes Weg von der vorläufigen Diktatur des Proletariates zur Diktatur über das Proletariat: Mirella Larizza, *Bandiera verde contro bandiera rossa : Auguste Comte e gli inizi della Société Positiviste (1848-1852)*. – Bologna 1999. Zum Fehlen der Ökonomie: Adelaide Weinberg, *The Influence of Auguste Comte on the Economy of John Stuart Mill*. – Diss. London 1949 (gedruckt 1982). – S. 165-182; Pierre Arnaud, *Le ‚nouveau dieu' : introduction à la politique positive*. – Paris 1973. – S. 19-78.

Comte ist als Gründer der Soziologie nie vergessen worden, aber er inspiriert keine konkreten Arbeiten in der Soziologie. Die Darstellungen kommen selten über historisch-biographische Einführungen hinaus. Vgl. Raymond Aron, *Hauptströmungen des soziologischen Denkens*. – Köln 1971, Bd. I, 71-130 (französ. Original 1963); Pierre Arbaud, *Sociologie de Comte*. – Paris 1969; Mike Gane, *Auguste Comte*. – Köln 2006. Französische Autoren betonen, daß Comte die Industriegesellschaft richtig analysiert hat: Sie wird von Unternehmern und Ingenieuren bestimmt, nicht von Arbeitern. Anderswo dominierte der Faschismusverdacht, Friedrich von Hayek (*Mißbrauch und Verfall der Vernunft*. – Frankfurt am Main 1959, engl. Original 1952) und die Kritische Theorie (stellvertretend: Oskar Negt, *Die Konstituierung der Soziologie als Ordnungswissenschaft : Strukturbeziehungen zwischen den Gesellschaftslehren Comtes und Hegels*. – 2. Aufl. – Frankfurt am Main 1974, Neudruck 2016) sind sich darin einig. Comte als Autor der Krise der Industriegesellschaft: Andrew Wernick, *Auguste Comte and the Religion of Humanity : the Post-Theistic Program of French Social Theory*. – Cambridge 2001. Von Comte kann die Soziologie keine Methode mehr lernen, er bleibt aber unverzichtbar für die Reflexion über die unlösbare Beziehung zwischen soziologischer Theorie und Krisengeschichte der Gesellschaft.

Comte hat immer geglaubt, daß die Reorganisation des Kapitalismus eine positive Moral benötigt. Der frühe Comte stellt sich die Förderung der Moral intellektuell vor, der späte Comte betont die Rolle der Emotionen. Weltgeschichte ist Entwicklung des Altruismus. Die Moral beruht biologisch auf der Hirnstruktur, sozial auf der Familie, vor allem aber auf einem Erziehungsprozeß, in dem Emotionalität der Frauen (Comtes Erziehung ist gegen die ökonomische Praxis gerichtet und deshalb vaterlos) und Intelligenz der enzyklopädischen Gelehrten zusammenwirken (Comtes Pläne enden immer in einer Studienordnung, auch seine Enzyklo-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

pädie der Wissenschaften ist Erziehungsprogramm zur Läuterung der Affekte). Die exzentrischen Züge des Religionsgründers mögen persönlichen Faktoren geschuldet sein, der Positivismus war aber immer auf die Selbstverehrung der Menschheit als einer Religion ohne Gott hin angelegt. Die Philosophie des *Grand Être* ist eine der Transformationen der Bewußtseinsphilosophie in die universale Kommunikationsgemeinschaft, vom *cogito* zum *cogitamus* (Juliette Grange). Aber gerade an Kommunikation glaubt Comte nicht. Schon sein vorübergehender Schüler John Stuart Mill stellte fest, daß bei Comte immer etwas zu viel Ordnung und Einheit war. Die Abneigung der Kritischen Theorie ist verständlich. Comte hätte nie an bürgerliche Öffentlichkeit oder beliebige *epistemic communities* als Basis für Wahrheit und Ethik glauben können.

Vgl. zur Philosophie, Moral und Menschheitsreligion: Walter Dussauze, *Essais sur la religion d'après Auguste Comte*. – Diss. Paris 1901, Neuausgabe 2007; Jean Delvolvé, *Réflections sur la pensée comtienne*. – Paris 1932; Alain, *Idées : introduction à la philosophie ; Platon, Descartes, Hegel, Auguste Comte*. – Paris 1939 (vgl. auch Alains kurze Essays *Wenn ich Homer lese …* (1928), in: *Die Kunst sich und andere zu erkennen*. – Frankfurt am Main 1991. – S. 107-109; *Allerheiligen*, ebd. S. 143-145); Paul Arbousse-Bastide, *La doctrine de l'éducation universelle dans la philosophie de Auguste Comte*. – Paris 1957; Antimo Negri, *Augusto Comte e l'umanesimo positivistico*. – Roma 1971; Christian Rutten, *Essai sur la morale d'Auguste Comte*. – Paris 1972; Pierre Arnaud, *Le ‚nouveau dieu' : introduction à la politique positive*. – Paris 1973; Juliette Grange, *Auguste Comte : la politique et la science*. – Paris 2000. – S. 181-235 *Biologie, écologie et politique industrielle*.

Es fällt heute schwer zu begreifen, welche Bedeutung Comte im 19. und frühen 20. Jahrhundert hatte. Es gibt bis ca. 1930 Comteanische Kirchen, die mehr oder weniger orthodox seiner Menschheitsreligion folgen. Die Grundintentionen der *sociocratie* wurden aber auch außerhalb dieser Kirchen geteilt. Politisch war das ein weiter Raum von gewerkschaftlicher Sozialpartnerschaft bis zur Erziehungspolitik der Republik. Auch der Präfaschismus bei Maurras ist Teil dieser Geschichte. Weltkrieg und Faschismus, der Schock, daß die Weltgeschichte nicht direkt zu den altruistischen Versprechungen der Industriegesellschaft der Weltgeschichte führt, beendeten den Comteanismus. Zur frühen Geschichte: Mirella Larizza, *Bandiera verde contro bandiera rossa : Auguste Comte e gli inizi della Société positiviste (1848-1852)*. – Bologna 1999. Zur Geschichte der Comteanischen Kirchen: Jean-Claude Wartelle, *L'heritage d'August Comte : histoire de l'église positiviste 1849-1946*. – Paris 2001. Zur Intellektuellen Wirkung: W. M. Simon, *European Positivism in the Nineteenth Century : an Essay in Intellectual History*. – Ithaca, N.Y. 1963; T. R. Wright, *The Religion of Humanity : the Impact of Comtean Positivism on Victorian Britain*. – Cambridge 1986; Mary Pickering, *The Legacy of Auguste Comte*, in: *Love, Order, & Progress : the Science, Philosophy, & Politics of Auguste Comte* / ed. by Michel Bourdeau … – Pittsburg, Pa. 2018. – S. 250-304. Die größte Wirkung hatte der Comteanismus in Lateinamerika als dritter Weg zwischen Katholizismus und Liberalismus: Lepoldo Zea, *The Latin-American Mind*. – Norman,Okla. 1963, span. Original 1949 u.d.T.: *Dos etapas del pensamiento en Hispanoamérica*; Pablo Guadarrama González, *Positivismo y*

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

antipositivismo en América Latino. – La Habana 2004. Auch die Jungtürken kommen aus dem Positivismus, schon der Name des Komitee für Einheit und Fortschritt verrät es: Banu Turnaoğlu, *The Formation of Turkish Republicanism*. – Princeton, N.J. 2017. – S. 86-114. In Indien formulierten Positivisten einen eigenen indischen Weg zur Moderne: Geraldine Hancock Forbes, *Positivism in Bengal : a Case Study in the Transmission and Assimilation of an Ideology*. – Calcutta 1975; Giuseppe Flora, *The Evolution of Positivism in Bengal*. – Napoli 1993.

Comtes Friedenstheorie ist eine der Theorien des industriellen Friedens, die seit Montesquieu an Bedeutung gewinnen (vgl. Bd. I, S. 389-422, 448-459). Aber Comte hat kein Vertrauen in die Eigenlogik der Moderne. Er braucht für den Frieden die Biologie der altruistischen Affekte, die Auflösung der Staaten und einen universalen Bildungsprozeß. Niemand erinnert im 19. Jahrhundert so stark an den positiven Frieden des Friedrich Schlegel (den Comte wohl nicht gekannt hat). Die Struktur ist ähnlich: Familie, Korporationen und ein internationales Wesen, das eher spirituell als staatlich ist. Der Ausgangspunkt ist derselbe: Friedensbedingungen sollen nicht imaginiert werden (wie Schlegel Kant vorwirft), sondern verwirklicht sein. Die Lehre von der Ablösung der militärischen Gewalt durch die Industrie gehört zu seinen frühen Überzeugungen. Er feiert das internationalistische Potential von Industrie und Wissenschaft, ausgeführt hat er aber nur die Aufgabe der Wissenschaft. Die geistliche Gewalt spricht „zu jedem Volke im Namen aller Völker“ (*Considérations sur le pouvoir spirituel* (1825), in: *Écrits de jeunesse*. – Paris 1970. – S. 361-399; deutsche Übersetzung in: *Saint-Simonistische Texte* / hrsg. von Rütger Schäfer. – Aalen 1975. – I, 299-378). Im *Cours* wird der Weg zum Frieden als Weg von der Militärgesellschaft zur Industriegesellschaft weltgeschichtlich dargestellt. Comte hat die Gewalt in der Geschichte anerkannt. Das unterscheidet ihn von der bisherigen französischen radikalen Tradition, für die Klerus und Herrschaft Verschwörungen gegen die ursprüngliche Gleichheit gewesen waren, und erinnert an die deutsche Entwicklung von Herder zu Hegel. Erst der Krieg hat größere politische Einheiten geschaffen; die Krieger haben eine Tendenz zu Staatenbildung und Expansion, die „Arbeiter“ eine Tendenz zur Isolation. Aber der Krieg stößt an seine Grenzen, während die Industrie global sein kann (*Système* IV, 322f., dt. *System* IV, 287). Die Industrie ist egoistisch und kann keine Ordnung begründen, aber der industrielle Egoismus kann durch Organisation integriert werden, der kriegerische Egoismus nicht.

Erst die Soziologie des späten 19. Jahrhundert ist Soziologie der Nation. Bei Comte fehlt zwischen Heimat (*patrie*) und Menschheit die Nation, mitten im nationalen Zeitalter hat er eine post-nationale Welt zum Ausgangspunkt genommen. Während Liberale sich eine Transformation des Staates vorstellen können, die diesem den Charakter als Herrschaft nehmen soll, besteht Comte darauf, daß der Nationalstaat so unlösbar mit seiner militaristischen Vergangenheit verbunden ist, daß er nicht in eine industrielle Gesellschaft transformiert werden kann. Der Frieden kommt mit der Auflösung der Nationalstaaten und ihrer Gehorsamsstrukturen. Im post-militärischen Zeitalter gibt es keine Gründe mehr für Nationen. Comtes Irrtum war, seine Zeit für post-militärisch zu halten. Comtes Kosmopolitismus ist als ein Prozeß für Jahrhunderte gedacht, aktuell allein für den Westen Euro-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

pas- Auch dort werden zwischen den Heimatstaaten und der weltweit gedachten geistlichen Führung keine föderativen Institutionen erkennbar, es ist sozusagen ein negativer Föderalismus. Eine Weltorganisation hat Comte nur rudimentär. Mit seiner Forderung nach einer gemeinsamen Marine und einer gemeinsamen Währung geht er freilich viel weiter als im 19. Jahrhundert üblich, aber wie diese organisiert werden, bleibt blaß. Er lobt „die bewundernswerte Utopie von Henri IV.[8], der Quäker und von Leibniz über die Ewigkeit des okzidentalen Friedens", aber die spätere „spontane Entwicklung der Elitenbevölkerung" war viel wichtiger (*Système* IV, 304f, dt. *System* IV, 273). Die internationale Organisation kann nicht staatlich sein; sie ist eine Kirche, weil ihr einziger Zweck die Transformation militärischer Staaten in industrielle Gesellschaften ist. Einen bleibenden globalen Regulierungs- und Entscheidungsbedarf scheint es nicht zu geben. Auch die Weltwirtschaft bleibt schattenhaft. Wie für andere Fragen fehlt uns freilich Comtes eigentliches Werk (angekündigt hatte er: *Système d'industrie positive ou Traité de l'action totale de l'Humanité sur la planète*). Comtes internationale Organisation ist ein Rat von soziologisch gebildeten Wissenschaftlern. Als die UNESCO sich noch für zuständig ansah für das gemeinsame Denken der Menschen über die Menschheit, fand Pierre Arnaud bei der UNESCO „plus ou moins" Comtes *pouvoir spirituel* (*Sociologie de Comte a.a.O. S. 172*). Der Comteanismus lebte von H. G. Wells über Jacques Maritain bis zu zahlreichen kosmopolitischen Technokraten Mitte des 20. Jahrhunderts in der Idee fort, daß Wissenschaftlern eine spezielle Aufgabe in der Weltregierung zukommen müsse.

Die Menschheit besteht nur, soweit sie sich zu einer Einheit bildet. Comte versucht, Bindung von der Familie auf die Gesellschaft aller Menschen, der Toten, der Lebenden und der Kommenden auszuweiten. Eine liebende Menschheit hat eine andere Welt als eine egoistische Menschheit. Allein diese Integration der Menschheit, eine religiöse Aufgabe, gibt dem Frieden eine ausreichende Basis. Comte greift nicht auf eine irgendwie bereits vorhandene Mitmenschlichkeit zurück, weder als natürliche Sympathie noch als natürliches Recht, sondern besteht auf der allmählichen Ausweitung der Bindung von der Familie bis zur Menschheit. In den neueren, an Menschenrechten orientierten Debatten um Kosmopolitismus spielt der einzige entschiedene Kosmopolit des 19. Jahrhunderts keine Rolle. Comtes Positivistische Kirche als expandierende internationaler Organisation ist Sekte geblieben. Aus dem frühen 20. Jahrhundert werden weiter unten orthodoxe positivistische Stellungsnahmen referiert, die die Welt nicht mehr wirklich aufhorchen ließen. In Großbritannien war Frederic Harrison Leiter einer Comteanischen Kirche. Im 19. Jahrhundert war Comte einer der wenigen entschiedenen Gegner des Kolonialismus und seine Wirkung auf den Antiimperialismus war bedeutend. Vgl. zu den britischen Positivisten: Gregory Claeys, *Imperial Sceptics : British Critics of Empire, 1850-1920*. – Cambridge 2010. Der Pazifismus Comtes hat seine neueren Ausleger wenig interessiert, die Theoriegeschichte der Internationalen Beziehungen hat Comte nur selten wahrgenommen. Raymond Aron (unten referiert) ist die Ausnahme.

[8] Gemeint ist der Friedensplan des Herzogs von Sully, der im 19. Jahrhundert meist noch als ein Plan des französischen Königs galt.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Cours de philosophie positive. – t. 4-6. – Paris 1839-1842
Deutsche Übersetzung: Soziologie. – Jena 1907-1911, Neuauflage 1923

Die ersten drei Bände des Cours 1830-1838 erhalten die Wissenschaften von der Mathematik bis zur Biologie. Ins Deutsche übersetzt wurden nur die Bände 4 bis 6, die Sozialphilosophie enthalten. (Für die französische Ausgabe wird die Nummer der Lektion, für die deutsche die Nummer des Kapitels in Klammern angegeben; die Überschriften sind stark gekürzt.)

t. IV/46 (I/1) *Politische Vorbetrachtung*

Die Anarchie der kritischen Periode der Metaphysik zeigt sich besonders deutlich in den internationalen Beziehungen, wo der Verzicht auf regelnde Gewalt proklamiert wird. Mit dem Ende der geistlichen Gewalt des Papsttums hat sich die europäische Ordnung aufgelöst. An die Stelle einer Ordnung sind metaphysische Begriffe der nationalen Unabhängigkeit und der gegenseitigen Nichteinmischung getreten. Die Völker sind dazu bestimmt, eine engere Verbindung aufzunehmen, als zur Zeit der theologischen und militärischen Politik. Die metaphysische Politik hat den feudalen Geist bekämpft, aber den militärischen Geist nicht aufgeben wollen (gegen Anhänger der Revolution, die weiter Krieg und Kolonialismus loben).

t. IV/ 51 (I/6) *Grundgesetze der sozialen Dynamik*

Die militärische Lebensform hat in den Revolutionskriegen Auftrieb erhalten, aber sie ist auf dem Rückzug. Wegen fehlender Organisation bleibt Frieden aber prekär. Die militärische Lebensweise kommt aus der Antipathie des primitiven Menschen gegen regelmäßige Arbeit. Ohne den Krieg hätte es keine Staaten gegeben, nur isolierte Familien. Regelmäßige Produktion beginnt mit den Sklaven der Kriegerklasse. Mit der Vereinigung der bekannten Welt unter Rom hat der Krieg seinen Zweck verloren. Ohne die theologische Legitimation hätte der militärische Geist nie eine Rolle in der Evolution der Zivilisation spielen können. Das kriegerische Leben setzt Unterdrückung aller anderen Anlagen voraus, das industrielle Leben fördert Entfaltung aller Anlagen (außer der zum Krieg).

t. V/53 (II/8) bis VI/57 (III/12) verfolgt diese Skizze durch die Zeitalter des Polytheismus, des Monotheismus, der Metaphysik, der Spezialisierung und der Allgemeinheit.

t. VI/60 (III/15) *Ausblick auf die Wirkungen der positiven Philosophie*

Überblick über Familienorganisation, Altruismus, moralische Erziehung, geistliche Gewalt – Politik im engeren Sinne kommt nicht vor, sondern ein Ausblick auf die allmähliche Einigung der Welt. Die positivistische Neuordnung beginnt bei den fünf okzidentalen Nationen Europas, wird dann die ganze weiße Rasse umfassen und am Ende das ganze Menschengeschlecht. Der Katholizismus hat nicht verhindern können, daß sich der Okzident in unabhängige Nationen aufgelöst hat. Der Positivismus wird die Nationen wieder zusammenführen, die „weltliche Konzentration" in Staaten wird bedeutungslos und spontan verschwinden.

Système de politique positive ou Traité de sociologie, instituant la religion de l'HUMANITÉ. – . – Paris 1851-1854. – 4 Bde.
Neudruck: Osnabrück 1967
Deutsche Übersetzung: System der positiven Politik oder Abhandlung der Soziologie, die die Religion der Humanität gründet. – Wien : Turia und Kant, 2004-2012

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Bd. I *Allgemeine Schlussfolgerung des vorläufigen Diskurses: Religion der Humanität* (in der deutschen Ausgabe Teilband 1)
Das definitive Regime braucht Einheit: Humanität (*Grand Être*) muß an die Stelle Gottes treten. Das *Grand Être*, das auf der gegenseitigen Liebe beruht, muß mehr umfassen als ein Vaterland. Ein permanentes Konzil wird provisorische internationale Regierung (eine 30köpfigen Regierung mit genau geregeltem Anteil einzelner Nationen, einige Frauen repräsentieren das Gefühl, das allein zwischen den männlichen Praktikern und Theoretikern vermitteln kann). Die regionalen Regierungen bleiben für die materielle Ordnung zuständig, „die freien Vorläufer des letztgültigen Regimes" werden durch eine neue Erziehung das spirituelle Interregnum beenden. Europa bekommt gemeinsame Marine – als Polizei der Meere und zu Erkundungen – und gemeinsame Währung.
Bd. II *Soziale Statik*
Ch. 5 *Positive Theorie des sozialen Organismus*
Die regionale *patrie*/*cité* ist Organ des *Grand Être*. Sie hat nur schwache (und abnehmend) Zwangsorgane. Die Welteinheit wird religiös sein: Die positivistische Kirche vereint die *patries*, wie die *patrie* die Familien vereint. Zunächst geht es nur um westeuropäische Nationen. Da ihr Glauben rational ist, kann sie einst den ganzen Planeten umfassen. Positive Politik beruht auf freiwilligen Verbindungen. Die modernen Staaten verschwinden, weil sie Zwangsanstalten sind.
Ch. 6 *Positive Theorie der sozialen Existenz, durch das Priestertum systematisiert*
Die Philosophie bevorzugt das Allgemeine, aber die Affektion für das Allgemeine ist nur in einem langen historischen Prozeß zu realisieren: Familie, *patrie*, *Grand Être*. Das Leben spielt sich v.a. in der *patrie* ab. Überstaatlich ist nur der religiöse Rat, der den Übergang zur industriellen Gesellschaft organisiert.
Bd.III *Soziale Dynamik oder die allgemeine Abhandlung über den menschlichen Fortschritt*
Der Band enthält eine Rekapitulation der Geschichtsphilosophie des *Cours:* den Weg zur Familie, zur Industrie, zum positiven Wissen.
Ch. 1 *Positive Theorie der menschlichen Entwicklung*
Eine besonders klare Formulierung der historischen Notwendigkeit des Krieges: Alle Assoziationen setzen große Gesellschaften voraus, die zunächst nur der Krieg bringen konnte. Die notwendige Abfolge: Eroberung, Verteidigung, Arbeit.
Bd. IV *Synthetisches Tableau der Zukunft der Menschheit*
ch. 4 *Allgemeines Tableau der aktiven Existenz oder finale Systematisierung des positiven Regimes*
Enthält eine Beschreibung der künftigen Ordnung Europas. Die großen Nationalstaaten zerfallen in 70 Regionen (patries). Diese *decomposition* führt dazu, daß die Regierungen sich einer gemeinsamen geistlichen Führung unterstellen. Große Staaten führen zu internationaler Anarchie. Abgesehen von der positivistischen Kirche sind keine weltweiten Institutionen der *république universelle* erkennbar, wohl aber weltweite Angleichung der Gesetze (v.a. des Familienrechts, „pour compléter la similitude morale").
Ch. 5 *Systematische Beurteilung der Gegenwart, gemäß der Kombination der Zukunft mit der Vergangenheit, Allgemeines Tableau des extremen Übergangs*
Der Weg zur Einheit der Welt führt über das Übergewicht des Westens und ist nur unter französischer Führung denkbar. Wenn auch alle fünf okzidentalen Nationen eine Rolle haben, die enge Zusammenarbeit der drei katholischen Nationen ist

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

am Wichtigsten. Auch in den anderen Religionskreisen, wird es ähnliche Transformationen geben, zunächst in den monotheistischen Staaten Rußland, Türkei, Persien, danach in den polytheistischen Indien, China, Japan. Näheres erfahren wir nicht (außer daß dem Islam eine besondere Vermittlungsrolle bei der schwierigen Transformation des Afrikanischen Fetischismus zukommt).

Gilson, Etienne
Die Metamorphosen des Gottesreiches. – Zürich : Thomas-Verl., 1959. – S. 241-260 Das Reich der Gelehrten
Französ. Original 1952 u.d.T.: Les métamorphoses de la cité de Dieu
Comtes Kosmopolitismus ist die letzte Metamorphose der augustinischen *Civitas Dei*. Comte folgt Augustin in der Liebe als Basis des Gemeinwesens der vernünftigen Wesen. Das Christentum hatte dieses Gemeinwesen nicht schaffen können, der Positivismus soll das jetzt leisten. Die positive Wissenschaft mit ihrer hemmungslosen Dogmatisierung soll die christliche Lehre ersetzen.

Aron, Raymond
War and Industrial Society. – London : Oxford Univ. Pr., 1958. – 63 S. (Auguste Comte Memorial Lecture ; 3)
Neudruck in: War : Studies from Psychology, Sociology, and Anthropology / ed. by Leon Bramson … – rev. ed. – New York : Basic Books, 1968. – S. 359-402.
Ausgabe von Arons französischen Text: La société industrielle et la guerre. – Paris : Plon, 1959. – S. 1-83
Die industrielle Theorie des Friedens beruht auf einer optimistischen, linearen Geschichtsauffassung. Den Gemeinplatz der Entwicklung vom militärischen zum industriellen Geist hat Comte vorgefunden. Er kann diese Trennung nur machen, weil bei ihm „Industrie“ nicht viel mit Industriebetrieben zu tun hat, sondern freie Arbeit statt Sklaverei meint. Imperiale Kriege (à la Lenin) kennt Comte, denkt aber, die lägen bereits in der Vergangenheit (im 18. Jahrhundert). Die Kriege der Revolution und Napoléons waren die letzte Demonstration des kriegerischen Geistes. Jetzt sind nur noch Kriege denkbar, die zurückgebliebene Völker im Namen der Humanität unter Vormundschaft stellen (was Comte verurteilt, aber nicht ausschließen kann). Die Weltkriege des zwanzigsten Jahrhunderts unterscheiden sich von früheren Kriegen dadurch, daß die Völker sie als absurd ansahen, sie konnten nur aus dem deutschen und japanischen Militarismus erklärt werden. So konnten Veblen und Schumpeter Comtes Modell fortsetzen. Auch der Marxismus knüpft hier an (nur kennt er zwei Formen industrieller Gesellschaft, die kapitalistische ist kriegerisch, die sozialistische friedlich). Falsch war Comtes Identifizierung des Militärgeistes mit der Militärklasse: das Verschwinden der Berufssoldaten hat keinen Pazifismus gebracht. Comte und Marx waren zu optimistisch, sie konnten sich nicht vorstellen, daß Erscheinungen, die ihren Sinn verloren haben, weiterleben. Aber auch Aron ist überzeugt, daß es langfristig wichtig ist, ob etwas vernünftig ist oder absurd.

Derathé, Robert
Pacifisme et industrialisme, in: La guerre et ses théories. – Paris 1970 (Annales de philosophie politique ; 9) S. 59-70

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Comte geht davon aus, daß Krieg durch Entwicklung der Wirtschaft allmählich verschwindet. Bei der „élite de humanitè“ ist er bereits verschwunden. Eine neue organische Epoche kann nur als Frieden gedacht werden. Zunächst hat die Industrie dem Krieg gedient, dann hat die militärische Macht der industriellen Organisation geholfen, zuletzt überwindet die Industrie den Krieg. Wirtschaftskriege zeigen, daß der Militärgeist dem Wirtschaftsgeist unterworfen ist. Besoldete Armeen zeigen den Niedergang des Krieges. Comte kennt drei Kriegstypen: Kolonialkriege (die Eroberung ganzer Weltteile im 18. Jahrhundert), Prinzipienkriege (die Revolutionskriege), imperialistische Kriege (in denen unsere Kultur zurückgebliebenen Völkern aufgezwungen wird). Diese Kriege haben keine Zukunft, weil der „instinct de la sociabilité moderne“ sie verurteilt. Comtes Annahme war zu optimistisch: Er hat gegenläufige Tendenzen zu wenig beachtet, mit der Perfektionierung der Waffen und der Intensivierung des Krieges im Zeitalter der Industrie nicht gerechnet. Aber wir haben keinen Grund an seiner Grundintuition zu zweifeln: Der Unterschied von Militärgesellschaften und Wirtschaftsgesellschaften ist plausibel. Aber wir müssen mit Regressionen rechnen.

Larizza, Mirella
La République occidentale dans la pensée d'Auguste Comte, in: Il pensiero politico 27 (1994) 18-34
Im europäischen politischen Denken wird Föderalismus mit Freiheit verbunden, aber Comte ist gegenüber Freiheit gleichgültig. Ihm geht es nicht um lokale Besonderheit, Autonomie oder Demokratie, sondern um gesamteuropäische Modernisierung. Auch um Pazifismus oder Verbrüderung der Völker geht es nicht. Er sieht eine gemeinsame europäische gesellschaftliche Dynamik und ein Bewußtsein dieser Gemeinsamkeit seit der Französischen Revolution. Comte begann mit einer rein spirituellen Gewalt über den Staaten. Seit 1848 versucht er, Nationalstaaten durch regionale Einheiten zu ersetzen, die der übernationalen spirituellen Regierung mehr Einwirkung ermöglichen. *République occidentale* und Regionen sind Teil desselben Programms. Die für Comte wichtigsten Politikfelder (das Eigentumsregime und die Familie) sind der Verfügung der Regionen entzogen.

Wernick, Andrew
Auguste Comte and the Religion of Humanity : the Post-Theistic Program of French Social Theory. – Cambridge (u.a.) : Cambridge Univ. Pr., 2001. – S. 156-165 The question of violence
Während Condorcet die Vergangenheit noch von der Gegenwart her moralisch verdammt, weiß Comte, daß Gewalt bei der Entfaltung der Humanität eine Rolle spielte. Im positivistischen Kalender ist der 5. Monat nach Julius Caesar benannt: zur Erinnerung an die Bedeutung, die Militärorganisation für die Menschheit hatte: Der Krieg hat größere Einheiten geschaffen und das kriegerische Leben hat das industrielle Leben vorbereitet. Comte nähert die industrielle Aktivität der militärischen so stark an, daß die industrielle der militärischen ersatzlos folgen kann. In Comtes Liste der Emotionen gibt es keine wirklich bösartigen Impulse. Von Anfang an herrscht Ordnung. „Comte's bad other is not violence, hatred or lust for power, but chaos and disorder.“ Die Moderne behält damit Züge der Gewalt.

De Boni, Claudio
L'idée de ‚république occidentale' et le positivisme : de Condorcet à Comte, in: Les Etats-Unis d'Europe : un projet pacifiste / ed. Marta Petricioli

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

… – Bern (u.a.) : Lang, 2004 (L'Europe et les Europes : 19e et 20e siècles ; 6) S. 195-212
Internationalismus ist für den Positivismus mehr eine Frage der Erziehung als der Politik. Was Condorcet, Saint-Simon und Comte verbindet, ist „le thème de la circulation internationale des savants." Schon 1822 forderte Comte für die gesellschaftlichen Probleme aller europäischen Staaten eine europäische Lösung. Diese Lösung ist die Europäische Organisation der Gelehrten. Die Industriellen sind am „patriotisme sauvage" orientiert, der europäische Geist muß von den Gelehrten kommen. Comte hat das in späteren Schriften näher ausgeführt, was aber „der Westen" genau ist, ist schwer zu fassen: ein wenig Kirche, ein wenig Philosophenversammlung, ein wenig moralische Autorität.

Cherni, Zeïneb Ben Saïd
Auguste Comte, postérité épistémologique et ralliement des nations. – Paris : Harmattan, 2005 (Épistémologie et philosophie des sciences) S. 135-181 Universalisme et paix chez Comte
Die Krise der Industriegesellschaft ist eine moralische Krise: Fortwirken von Krieg und Sklaverei. Der Kolonialismus ist eine „monstreuse aberration" (die Eroberung des Elsasses im 17., Korsikas im 18., Algeriens im 19. Jahrhundert). Das „Grand Être" ist nicht einfach die Union aller Menschen, sondern die Union der drei Rassen: weiß=spekulativ, schwarz=affectiv, gelb=aktiv. Diese Unterschiede werden in der Union bestehen bleiben. Ost und West suchen seit Jahrhunderten die universale Religion, erst der wissenschaftliche Geist kann diese bringen. Auf der Ebene der Theologie würde immer das Gegeneinander von Islam und Christentum bleiben. Dieser Vereinigungsgedanke ist der Antrieb zur Humanitätsreligion. Auch hier sollen die älteren Züge bewahrt werden: Das paulinische Christentum hat die Idee der Gleichheit beigesteuert. Am Islam wird geschätzt, daß er immer auf der gesellschaftlichen Verwirklichung der Moral bestand. Der Islam ist deshalb die Vorbereitung der „sociocratie". Der Frieden ist keine Frage von Verträgen, sondern der Angleichung der Werte der Völker.

Émile Corra (1848-1934), Vorsitzender der *Société Positiviste Internationale*, die er 1906 von der dahinvegetierenden positivistischen Kirche abgespalten hatte, ist im Weltkrieg begeistert von der spontanen politischen Einheit in allen Ländern. Darin zeigt sich spontane Unterstellung der Politik unter die Moral. Nötig ist aber „l'organisation de la conscience de l'Humanité et d'un système général d'éducation", was die Positivisten schon länger vorbereiten „sous le nom de religion de l'Humanité" (*Les enseignements philosophiques de la guerre*. – Paris 1915).

Luis Lagarrigue Alessandri (1864-1949), chilenischer Ingenieur und führender Publizist des Positivismus, kommt auch zur Zeit des Völkerbundes über Familie und Patrie als Organisationen des Altruismus und der *unité* nicht hinaus. Militärische Eroberung ist bereits durch ökonomische Konflikte ersetzt worden. Wenn das Proletariat bestimmen wird, wird auch der Altruismus zwischen den Völkern eine Chance haben. Harmonie der Völker kommt aus der Menschheitsreligion,

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

der Völkerbund kann das nicht leisten. Das Buch endet mit dem alten Comteanischen Aufruf an Frauen, Priester (Lehrer/Intellektuelle), Proletariat. Lagarrigues Internationalismus beruht auf einer lateinischen Union Frankreichs mit Italien, Spanien, Portugal, Lateinamerika, auch England, die USA, Deutschland, der Rest der Welt können sich anschließen – je nach politischer Reife. Die *République Occidentale* wird zur *République Terreste* (*Politique internationale*. – Paris 1928).

4.1.2 Saint-Simonismus

Die Saint-Simonisten finden bei Saint-Simon (Bd. I, 454-460) eine Geschichtstheorie der kritischen und organischen Perioden, Identifizierung des anbrechenden Zeitalters als Zeitalter der Industrie, Mißtrauen in die Fähigkeit von *laissez-faire* und Liberalismus, das neue Zeitalter ordnen zu können. Von Saint-Simon erben sie die Kritik an abstrakten Freiheitsversprechen der Liberalen und die Notwendigkeit einer neuen Hierarchie, die nicht am Militär orientiert ist, sondern an Industrie, Wissenschaft und Kunst. Saint-Simon verwies darauf, daß die neue Zeit eine neue Religion benötigt, nach dem Vorbild der urchristlichen Gemeinde und der Kirche. Saint-Simonisten halten den Staat für ein Produkt des Krieges und sehen einem Ende dieser Art Staat entgegen. Auch Annäherung an den internationalen Frieden gehört zur Nachfolge Saint-Simons. Saint-Simonismus ist zunächst der Kreis um den späten Saint-Simon und die ökonomische Zeitschrift *Le Producteur* 1825/26; die frühen Schriften von Barthélemy Prosper Enfantin über kosmopolitische Bankiers sind typisch für diese Phase. In seiner zweiten Phase ist Saint-Simonismus der Kreis der *religion saint-simonien*; der autoritative Text dieser Phase ist die *Doctrine de Saint-Simon*. 1832, in seiner dritten Phase, meint Saint-Simonismus die Anhänger Père Enfantins, die eine Art monastisches Leben führen und für ihre soziale und spirituelle Lehre systematisch werben; für diese Phase typisch sind Michel Chevaliers Schriften über die Verwandlung der Welt durch Eisenbahnbau. Nach der Unterdrückung 1832/33 blieb ein Netzwerk von Freundschaften (und Feindschaften). Saint-Simonisten dieser Spätphase sind stark in Journalismus, Eisenbahngeschäft und Algerienarmee. Die Modernisierungspolitik Napoléons III. hat saint-simonistische Züge (Sainte-Beuve nannte ihn „Saint-Simon zu Pferde"). Ein (unkritischer) Überblick dazu bei Jean Sagnes, *Napoléon III : le parcours d'un Saint-Simonien*. – Sete 2008.

Die Fakten stehen immer noch am besten in den alten historischen Erzählungen: Sébastien Charléty, *Histoire du Saint-Simonisme : 1825-1864*. – Paris 1896, Neudrucke 1931 und 1964; Georges Weill, *L'école saint-simonienne : son histoire, son influence jusqu'à nos jours*. – Paris 1896, Neudruck 1979; Henry-René d'Allemagne, *Les Saint-Simoniens : 1827-1837*. – Paris 1930 (ein Bilderbuch, das die Fremdartigkeit dieser Bewegung gut zeigt); ders., *Prosper Enfantin et les grands entreprises du XIXe siècle*. – Paris 1935. Neuere Gesamtinterpretationen: Georg G. Iggers, *The Cult of Authority : the Social Philosophy of the Saint-Simonians ; a Chapter in the Intellectual History of Totalitarism*. – The Hague 1958 (F. A. Hayek hatte den Grafen von Saint-Simon für „totalitäre Demokratie" verantwortlich gemacht, Iggers beschuldigt dagegen die Saint-Simonisten; die 2. Auflage 1970 rudert zurück: es sei „benevolent totalitarism"); Robert B. Carlisle, *The Proffered Crown : Saint-Simonianism*

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

and the Doctrine of Hope. – Baltimore, Md. 1987 (gegen Hayek und Iggers); Antoine Picon, *Les Saint-Simoniens : raison, imaginaire et utopie*. – Paris 2002. Einführung: Pamela Pilbeam, *Saint-Simonians in Nineteenth-century France : from Free Love to Algeria*. – Basingstoke 2014. Zur Wirkung: Rouchdi Fakkar, *L'influence internationale de Saint-Simon et de ses disciples : bilan en Europe et portée extraeuropéenne*. – Genève 1967.

Es ist viel spekuliert worden, ob die Saint-Simonisten ihre Religion ernst genommen haben. Die *Doctrine* läßt eher einen Willen nach Religion erkennen und dazu viel Mathematiker-Metaphysik und eine einfache Dialektik von Geist und Fleisch, Zeit und Raum, Einheit und Vielfalt, Vergangenheit und Zukunft, Männlichem und Weiblichem. Am solidesten ist die Geschichtsreligion der Vollendung der Schöpfung durch den Menschen, die intellektuelle Basis ist mit etwas Lessing (*Die Erziehung des Menschengeschlechts*) und völlig ohne Hegel zu eng. Zur Religion der Saint-Simonisten: *Le livre Nouveau des Saint-Simons* / édition, introduction et notes par Philippe Régnier. – Tisson 1991. Vgl. Robert B. Carlisle a.a.O.; Ginevra Conti Odorisio, *Barrault et l'émancipation féminine dans l'école saint-simonienne*, in: *Actualité du Saint-Simonisme* / sous la direction de Pierre Musso. – Paris 2006. – S. 165-182. Auch nach dem Ende des Kults hielt Enfantin am Versuch, eine neue Religion für das 19. Jahrhundert zu schaffen, immer fest. Nach dem Ende der messianischen Dringlichkeit war es wie eine Vorwegnahme der ethischen Gesellschaften des Jahrhundertendes (*La vie éternelle : passée – présente – future* (1861), in: *Oeuvres de Saint-Simon et d'Enfantin* XLVI, 1-197). Der „Sozialismus" der Saint-Simonisten besteht in Organisation der Ökonomie im Gegensatz zum anarchischen Kapitalismus. Der Einfluß der aristokratischen Müßiggänger auf die Gesellschaft muß beendet werden. Statt an Erben fallen die Vermögen an „Banken", die das Kapital „Arbeitern" zur Verfügung stellen. Mehr Sozialismus ist nicht vorgesehen. Aufgeklärte Beamte werden an dieser Transformation mitarbeiten. Echte Arbeiter hat es unter den Saint-Simonisten kaum gegeben, nach 1833 wurde viele der Saint-Simonisten Unternehmer oder Sozialisten. Der Eindruck auf europäische Intellektuelle war beträchtlich (Heinrich Heine, Thomas Carlyle, John Stuart Mill, Alexander Herzen, Karl Marx usw. usw.). Vgl. zur Gesellschaftslehre der Saint-Simonisten außer der *Doctrine* (7. Sitzung) ausführlicher: Prosper Enfantin, *Economie politique et politique saint-simonienne*. – Paris 1832, Teilübersetzung: *Die Nationalökonomie des Saint-Simonismus*. – Leipzig 1905.

Das internationale Programm ist wenig theoretisch. Ausgangspunkt ist, daß Gott nicht länger durch Krieg verehrt werden will (*Oeuvres de Saint-Simon et d'Enfantin* XXV, 32ff – 17 August 1828). 1830/1831 konnten sie freilich zunächst so interventionistisch klingen wie andere französische Demokraten. Danach geht es wieder um *association universelle* durch Banken und Eisenbahnen. Grundlage ist, wie bei Saint-Simon und Comte, die große Wandlung von einer kriegerischen zu einer ökonomischen Elite. Die kriegerische Elite ist so anachronistisch geworden, daß Krieg und Frieden kein zentrales Thema mehr sind. Enfantin betont den Kosmopolitismus der „Arbeiter" und folgt Saint-Simon darin, daß dies zu einer europäischen Föderation führen wird. Aber mit formalen Plänen internationaler Organisation sind die Saint-Simonisten nicht befaßt, sondern mit konkre-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ter Zusammenarbeit zwischen den drei westlichen Staaten Frankreich, England, Preußen/Deutschland – gegen das autokratische Rußland (zur Vorgeschichte bei Saint-Simon siehe Bd. I, 457-458, zur Nachgeschichte bei deutschen Linkshegelianern siehe bei Arnold Ruge und Moses Hess). Zum Internationalismus: J.-L. Puech, *La tradition socialiste en France et la Société des Nations*. – Paris 1921. – S. 29-76; Georg G. Iggers, *The Cult of Authority*. – The Hague 1970. – S. 119-134; Wilhelmus van der Linden, *The International Peace Movement 1815-1874*. – Amsterdam 1987 (beachtet Enfantin und Chevalier stark und bemerkt die saint-simonistische Züge der französischen Friedensbewegung). In der ersten Monographie zum Saint-Simonismus ging Moritz Veit ausführlich auf den Frieden ein, bezieht sich aber nicht auf die Friedensideen der Saint-Simonisten, sondern auf die deutsche Idee eines ewigen Friedens seit Kant. Der ewige Frieden bleibt ein Traum, wenn man nicht Gesetze entdeckt, die zeigen, daß die Menschheit sich unmerklich diesem Ziel nähert. Diese Gesetze haben die Saint-Simonisten gefunden. Völker wie Einzelmenschen müssen die Schlacken der Individualität abtun. Weltreiche (in Europa ist die Individualität der Völker zu stark ausgebildet), Weltliteratur, Welthandel und die Kolonisierung zeigen, daß die Natur den Frieden vorbereitet, er muß aber auch institutionell gegründet werden. Solange es einen Zwiespalt zwischen Ideen und Interessen gibt, wird der Zwist der Völker durch Krieg entschieden werden (*Saint Simon und der Saintsimonismus : Allgemeiner Völkerbund und ewiger Friede*. – Leipzig, 1834, 3. Abschnitt: *Über die im Saintsimonismus wiederangeregte Idee eines allgemeinen Völkerbundes und eines ewigen Friedens*).

Die Beziehungen der Saint-Simonisten zur französischen Orientpolitik waren eng. Ihr Großprojekt ist die Neuordnung der Mittelmeerwelt als Kern der neuen Weltordnung. Frankreich, seinem Einfluß in Ägyten und seiner Herrschaft in Algerien kommt eine besondere Rolle zu. Der Weg der Saint-Simonisten zur Aufhebung aller Ausbeutung ist vom Weg des französischen Imperialismus/Kolonialismus kaum zu trennen. Man darf sich die Saint-Simonisten nicht pazifistisch vorstellen. Vgl. zu diesem internationalen Paternalismus und Kolonialismus: Marcel Emerit, *Les Saint-Simoniens en Algérie*. – Paris 1941 ; Rouchdi Fakkar, *L'influence internationale de Saint-Simon et de ses disciples : bilan en Europe et portée extraeuropénne*. – Genève 1967; Philippe Régnier, *Les Saint-Simoniens en Egypte (1833-1851)*. – Kairo 1989; ders., *Le mythe oriental des Saint-Simoniens*, in : *Les Saint-Simoniens et l'Orient : vers la modernitè* / sous la direction de Magali Morsy. – Aix-en-Provence 1989; *L'orientalisme des Saint-Simoniens* / sous la direction de Michel Lavallois et Sarga Moussa. – Paris 2006.

Die Idee industrieller Armeen war in Frankreich als Weg zur Entmilitarisierung beliebt. Die Saint-Simonisten haben sie von Fourier übernommen (siehe Bd. I, 460-464), sie paßte zu ihrem symbiotischen Verhältnis zu Bonapartismus und Kolonialismus, ein Versatzstück, auf das man im inneren und im kolonialen Kontext zurückgreifen konnte. Siehe unten bei Michel Chevalier (der als Saint-Simonist diese Idee lancierte und als Ökonom kritisierte) und Ferdinand Durand (ein den Saint-Simonisten nahestehender Offiziert). Vgl. Michel Collinet, *Le saint-simonisme et l'armée*, in: *Revue française de sociologie* 2 (1961) no. 2, S. 38-47; Wilhelmus van der Linden, *The International Peace Movement 1815-1874*. –

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Amsterdam 1987. – S. 240-245. Die Idee gab es auch bei liberalen Ökonomen: Alphonse Blanqui legte 1838 dem Institut de France einen Plan vor, in dem er sich von der Disziplin Vorteile für die öffentliche Produktion gegenüber der privaten Produktion versprach (Chevaliers Distanzierung von den *armées industrielles* 1844 könnte eine Antwort darauf sein). Diese Idee begegnet übrigens auch noch im deutschen Sozialismus bei Weitling und hat es ins *Kommunistische Manifest* geschafft. Außerhalb des Sozialismus steht noch Ruskins Idee der Festanstellung nach Vorbild des Militärs in dieser Tradition.

La doctrine de Saint-Simon : exposition. – Paris 1830
Neuausgabe in Oeuvres de Saint-Simon et d'Enfantin XLI und XLII. – Paris 1877, Neudruck Aalen 1964
Wissenschaftliche Edition: Paris 1924 (von Célestin Bouglé und Élie Halévy)
Deutsche Übersetzung: Die Lehre Saint-Simons. – Neuwied 1962

Sitzung 1 *Von der Notwendigkeit einer neuen Gesellschaftslehre*

In dem Kampf zwischen Anhängern des Mittelalters und der Revolution kann nur eine neue Lehre Frieden bringen, die den Abscheu vor Blutvergießen, Kampf, Antagonismus, Opposition, Konkurrenz predigt. Das Studium der Geschichte zeigt, daß die Zeit für eine neue Idee gekommen ist. Sonst würde die Menschheit im Egoismus untergehen, der sich im Individualleben und zwischen den Völkern durchgesetzt hat. Es wird ein reicheres Gefühl kommen: „l'amour de la famille universelle des hommes".

Sitzung 2 *Entwicklungsgesetz der Menschheit*

Die kritischen Epochen waren zerstörerisch, veraltete Formen mußten verschwinden. Heute schreckt der Mensch vor Blutdurst zurück, der Nationalhaß erlischt, die Völker streben der Weltgemeinschaft entgegen. Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wird ersetzt durch Beherrschung der Natur, Handel wird nicht durch Krieg geführt, sondern allein durch Industrie.

Sitzung 4 *Antagonismus – Allgemeine Vergesellschaftung [Association universelle]. Abnahme des einen – allmählicher Fortschritt der anderen*

Die Gesellschaft entwickelt sich in immer weiteren Kreisen: Familie, Stadt, Nation, Staatenbund mit gemeinsamem Glauben. Diesen Punkt hatte der Katholizismus erreicht, die kritische Periode der Neuzeit hat dieses katholische Bündnis aufgelöst. Die neue organische Periode wird die definitive Epoche der Menschheit sein, denn ihr Rahmen ist universell und die Liebe wird bestimmend sein.

Sitzung 6 *Ständige Wandlung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und das Eigentumsrecht : Herr und Sklave, Patrizier und Plebejer, Lehnsherr und Vasall, Müßiggänger und Arbeiter*

Die Menschheit strebt der Verwirklichung der Weltgemeinschaft zu. Erziehung, Gesetzgebung, Eigentumsverfassung „und alle gesellschaftlichen Beziehungen" müssen umgebildet werden. Der Antagonismus ist abgeschwächt, aber noch nicht verschwunden. Es gibt keine Zerstörungs- und Eroberungskriege mehr wie in Altertum und frühem Mittelalter. Jetzt wird um Handelsprivilegien gekämpft. Sklaverei ist durch Lohnarbeit ersetzt, aber Klassenzugehörigkeit wird vererbt.

Sitzung 15 „Unser Rationalismus wird mit Bewunderung und Liebe gepaart angesichts jener göttlichen Fähigkeit des Menschen, sich an das in einer Zeit des Chaos mit Haß Zerstörte zu erinnern und es zu einer neuen Ordnung zusammenzuführen und zu verschmelzen... Die Familien, die Städte, die Völker waren

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

isoliert, aber es wird nur eine einzige Menschenfamilie geben, eine einzige Stadt, ein einziges Vaterland."

4.1.2.1 Barthélemy Prosper Enfantin

1796-1864, Sohn eines (fallierten) Bankiers, Polytechnicien (ohne Abschluß), Weinvertreter, Bankangestellter, ökonomischer Publizist, „Le père suprème" der saint-simonistischen Gemeinde, 1832-1833 im Gefängnis, 1833-1836 Ingenieur in Ägypten, 1839-41 in der wissenschaftlichen Algerienkommission. Zuletzt Leiter einer Eisenbahnentwicklungsgesellschaft. Seine Freunde haben eine monumentale Werkausgabe mit über 3000 Seiten Biographie und Briefen eingeleitet. Eine wissenschaftliche Biographie des Propheten und Geschäftsmannes fehlt; vgl. aber Jean-Pierre Alem, *Enfantin : le prophète aux sept visages*. – Paris 1963.

Enfantins früheste Stellungnahmen zum Frieden gelten der Pazifizierung durch kosmopolitische Bankiers und der Etablierung der industriellen Gesellschaft. Dem *esprit de conquête* setzt er nicht den Handelsgeist oder den Geist der Industrie entgegen, sondern den Geist der *Association*. Enfantin hat aus dem Scheitern der Zeitschrift *Le Producteur* gelernt, daß eine Veränderung der Gesellschaft allein durch Ökonomie nicht möglich ist. Er hat den religiösen Zug der Lehre verstärkt. Er verpflichtet seine Gemeinde auf den Frieden. Michel Chevalier, der es als Redakteur des *Globe* wissen mußte, hat den Umschwung vom republikanischen Bellizismus zur pazifistischen Assoziation auf Enfantin zurückgeführt. Wir können Enfantins Rolle für Chevaliers Mittelmeer-Projekt nicht genauer rekonstruieren (Chevaliers Text von 1832 wurde in Enfantins Werken nachgedruckt mit der Erklärung, daß er „sous l'inspiration du Père suprême Enfantin" verfaßt wurde; OSSE VI, 55-87). Nach seiner Gefangenschaft ging Enfantin mit zahlreichen Saint-Simonisten nach Ägypten, um das Projekt zu befördern. Er plante den Suez-Kanal (und den Abriß der Pyramiden). Der Kanal war für ihn immer eine Friedensidee. Das Projekt soll zeigen, daß alle Interessen des Westens und alle Interessen des Ostens in der Förderung des Weltverkehrs vereint werden können (*Correspondance politique : 1835-1840*. – Paris 1849. – S. 149-205 *Politique étrangère : question d'Orient)*. Mit dieser Aktivität kann sich der Westen auch von der doppelten Geißel der Apathie und der Anarchie befreien, die in der nachnapoleonischen Zeit gerade die „âmes ardentes, aventureuses, glorieuses" zernagen und verzehren (ebd. S. 166, datiert Kairo 1836). Das ist ein ehrlicher Einblick in die wahre Geschichte des Saint-Simonismus und gehört in die Geschichte der dialektischen Kritik der Kriegsliebhaber von Platon bis William James: Gerade die edelsten jungen Männer werden nicht durch ein pazifistisches Verbot des Kampfes gewonnen, sondern durch die Suche nach einem friedlicheren und sinnvolleren Betätigungsfeld für ihren Mut und Abenteuerbereitschaft. Die Aufgabe seiner Zeit ist für Enfantin die Modernisierung des Orients. Als er diese Texte 1849 drucken ließ, bemerkte er, daß die Orientfrage weiterhin ungelöst ist. Es kommt darauf an, ein solideres System des Umgangs zwischen den europäischen Staaten zu finden und dann ein System für deren Umgang mit den islamischen Nationen (ebd. S. 151). In Briefen an europäische Monarchen bekämpft er die europäische Spaltung in liberale und konservative Mächte. Enfantin vertritt weiter die Idee Saint-Simons, daß die drei großen westlichen Nationen unterschiedliche Ideen verkörpern und deshalb zusammenkommen müssen. In einem

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Brief an Heinrich Heine skizziert er einen deutschen Dreibund als Einheit der drei Ideen; Enfantin braucht Österreich als Teil seines Europas, Rußland braucht er nicht (10. Oktober 1835, OSSE X, 113). Die Idee eines Konzertes schwankt ungewiß zwischen einem System gemeinsamer Sicherheit und einem Bündnis der Kontinentalmächte Frankreich und Österreich gegen die Flankenmächte England und Rußland (Brief an König Louis Philippe 16. März 1837, OSSE X, 191 – Louis Philippe soll ein neuer Henri IV. werden: sozialer König und Friedensstifter). Enfantin hat immer an seinem (oder Michel Chevaliers) Programm von 1832 festgehalten. In seinen *Mémoires d'un industriel de l'an 2240* (1838, erst posthum publiziert in OSSE XVII, S. 141-214) erzählt ein Bankier und Mitglied eines Europäischen Kongresses von einem *statebuilding*-Einsatz in Georgien, den er leitet (falls man *statebuilding* nennen will, was wohl doch eher nur saint-simonistischer Ausbau von Infrastruktur ist): Es gibt hier keinen Hinweis auf einen noch bestehenden georgischen Staat oder auf Widerstand gegen diese Maßnahme Europas. Konflikte in Europa scheinen verschwunden zu sein, aber eine Geschichte ihres Verschwindens erfahren wir nicht. Es ist ein von Frankreich geführtes Europa, weil Frankreich das Land ist, das am meisten für Unternehmen der Zivilisierung geleistet hat. Diese Feldzüge des Friedens werden metaphorisch in der Nachfolge Napoléons gesehen. Von dem imaginierten Georgien kam Enfantin in ein reales Algerien und wieder stellte er die französische Zivilisation als selbstlos dar. 1841 versichert er, man hätte Algerien nicht kriegerisch erobern müssen, wenn man es besser studiert hätte. Er übernimmt dafür die Formel „Si vis pacem, para pacem". Die alte „para bellum"-Maxime stimmt fürs 19. Jahrhundert nicht länger. Wie so häufig ist pazifistisch zugleich kolonialistisch. Enfantin war Mitglied der Wissenschaftlichen Kommission zur Erforschung Algeriens und forderte Forschungen über Ethnographie, Geschichte, Sitten und Institutionen des eroberten Landes (die von Militärs geprägte Kommission interessierte sich mehr für Landvermessung). In über 500 Seiten seines Algerien-Buches gibt es nur einen einzigen Satz zur Legitimität der Herrschaft über Algerien und diese sagt nur, daß der Moment, diese Frage zu stellen, vorbei sei. Für Enfantin ist das französische Algerien ein weiterer Versuch, Orient und Occident zu vereinen. Er will es durch eine französische „armée aux travaux public" pazifizieren und zivilisieren. Niemand hat die hierarchische Organisation einer saint-simonistischen Arbeitsarmee so pedantisch skizziert: die Assoziation ist zur Armee geworden. Die Sozialistin Flora Tristan warnte 1842, bei Enfantin hätten die Worte „Organisierung der Arbeit" und „Organisierung einer Armee" dieselbe Bedeutung: „Arbeiter, Gott schütze euch vor einer solchen Organisierung!" (Michel Collinet, *Le saint-simonisme et l'armée*, in: Revue française de sociologie 2 (1961) no. 2, S. 46; Flora Tristan ist hier deutsch zitiert nach F. T., *Arbeiterunion*. – Frankfurt am Main 1988. – S. 108f.). Das Ingenieursdenken des Polytechnicien ist kein Sozialismus. Zu Algerien: Marcel Emerit, *Les Saint-Simoniens en Algérie*. – Paris 1941; Philippe Régnier, *Le colonialisme est-il un orientalisme? : à propos d'Enfantin et de son essai sur la Colonisation de l'Algérie (1843)*, in: *L'orientalisme des Saint-Simoniens* / sous la direction de Michel Levallois et Sarga Moussa. – Paris 2006; Osama W. Abi-Mershed, *Apostles of Modernity : Saint-Simonians and the Civilising Mission in Algeria*. – Stanford, Cal. 2010 (auch zu Enfantins Kritik an saint-Simonistischen Militärs in Algerien).

OSSE = Œuvres de Saint-Simon et d'Enfantin. – Paris 1865-1878. – 47 Bde., Nachdruck Aaalen 1964

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Des banques cosmopolites, in: Le producteur : journal de l'industrie, des sciènces et des beaux-arts 2 (1825) 205-211
Arbeit und Frieden sind unlösbar verbunden. Kriege führen nationale Aristokratieen gegeneinander, aber das Schicksal der Staaten hängt nicht mehr von ihnen ab. Die unterdrückte Arbeit ist eine Macht geworden. Enfantin kündigt eine europäische Föderation an, die europäische Solidarität ist bereits die beste Friedensgarantie. Wie sich Staatshäupter treffen, um den Frieden zu bewahren, so bilden kosmopolitischen Bankiers eine *association*, ein gemeinsames Interesse, das einer der Samen der europäischen Föderation sein wird.

Considérations sur l'organisation féodale et l'organisation industrielle : comment L'ESPRIT D'ASSOCIATION se substitue graduellement dans les rapports sociaux à L'ESPRIT DE CONQUÊTE, in: Le producteur : journal de l'industrie, des sciènces et des beaux-arts 3 (1825) 66-85
Die „philosophie de l'industrie" zeigt, daß Herrschaft von Menschen über Menschen ein notwendiger Schritt zum Verlassen der Barbarei war. Dadurch ist die Gesellschaft aber gespalten in die *classe maitresse et oisive* und die *classe esclave et productrice*. Die Herrenklasse war für Sicherheit nötig, heute gibt es daran keinen Bedarf mehr, aber die *oisivité* ist nicht verschwunden. Die Durchsetzung des Prinzips der *association* wird klassenlos sein. Ziel der sozialen Tätigkeit ist die Ausbeutung des Globus für die Bedürfnisse des Menschengeschlechts (nicht einzelner Menschen). Die Perfektionierung der *association* entwickelt die *force morale et intellectuelle*. Auch die Leidenschaften werden von der *association* bestimmt sein. Europa hat einen Punkt erreicht, an dem fast niemand mehr auf *esprit de conquête* setzt. Die verbliebenen Despoten müssen sich maskieren.

Correspondence politique : 1835-1846 ; extrait du Journal *Le Crédit*. – Paris 1849. – S. 198-206 (Text von 1840)
Während die Armeen der Alliierten unter britisch-russischer Führung die Ägypter aus Syrien vertreiben, empfiehlt Enfantin den düpierten Franzosen seine alten Projekte, darunter den Suez-Kanal. Europa muß auf Ägypten als einen Ort der Passage, „une vraie colonie universelle", vertrauen können. Es geht um eine *petite armée des travailleurs pacifiques*, aber es reicht nicht Ingenieure zu schicken, es muß eine politische Mission sein. Es reicht nicht *communications nationales* zu planen, die *communication universelle* muß ausgebaut werden. In Algerien und Ägypten kann Frankreich „sa grande armée pacifique" formen. Dafür braucht man nicht Advokaten, Professoren der Philosophie und der Geschichte, Rhetoren aller Genres, sondern Ingenieure ohne die Neigung, Soldaten zu spielen. Das wird der Beginn der Politik der Zukunft für alle Völker sein, der erste Tag eines neuen Zeitalters der Menschheit, das Ende des Eroberungsgeistes, „le premier acte de l'esprit d'association, d'union, de religion universelle."

Colonisation de l'Algérie. – Paris : Bertrand, 1843. – 542 S.
Die Kolonisierung soll Prinzipien fördern, die Algerien und Frankreich gemeinsam haben, und Prinzipien unterdrücken, die gegen eine Union stehen. Der kommunale Besitz soll gefördert werden, das ist eine französische Idee und entspricht den Verhältnissen im algerischen Stammesland. Enfantins *armée pacifique* ist eine Truppe für öffentliche Arbeiten. Er heroisiert den *ingénieur fondateur* neu erschlossener Siedlungen. Auch in Frankreich könnte der Staat die Arbeiter

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

organisieren, wie er die undisziplinierten Truppen der Barone zu einem geordneten Soldatenheer organisierte (der gesicherte Status des Soldaten wird Vorbild für die Zukunft des bisher ungesicherten Lohnarbeiters). Kolonisierung und Organisation der Arbeit, die beiden großen Zeitfragen Frankreichs, sind unlösbar miteinander verbunden.

4.1.2.2 Michel Chevalier

1806-1879, Bergbauingenieur, 1830-1832 Redakteur des saint-simonistischen *Globe* und der Zweithöchste in der saint-simonistischen Hierarchie, 1832-1833 im Gefängnis. Politikberater, Staatsrat und Senator, Professor für Ökonomie am Collège de France. Handelte 1860 mit Richard Cobden den britisch-französischen Handelsvertrag aus, der als Beginn der neuen Welt des Freihandelspazifismus gefeiert wurde. 1869 führend in der Ligue Internationale et Permanente de la Paix. Biographie: Jean Walch, *Michel Chevalier : économiste saint-simonien*. – Paris 1975 (S. 95-107 und S. 327-336 Referate von Chevaliers frühen und späten pazifistischen Denken); Fiorenza Taricone, *Il sansimoniano Michel Chevalier : industrialismo e liberalismo*. – Firenze 2006.

Chevalier begann als Redakteur des *Globe* mit der Aufgabe, die saint-simonistische Haltung zur internationalen Politik zu formulieren. Seine bekannteste Idee war der internationale Eisenbahnbau des *Système Mediterranée*. Auch später als der führende Ökonom Frankreichs (was nicht viel heißen mag: Schumpeter nannte ihn „a French economist of some though not very great note") hat er an den saint-simonistischen Ideen des Transports und der Assoziation festgehalten. Er war ein Führer der Freihandelsbewegung, aber kein Dogmatiker des Freihandels, sondern nur Kämpfer gegen zu starken Protektionismus, der für Pauperismus verantwortlich gemacht wird. Er sieht sich dem Protektionisten List so nah wie dem Freihändler Bastiat. Die nationale Solidarität und die Interdependenz der Nationen, die Solidarität und die Individualität müssen in Harmonie gebracht werden (*Examen du système commercial connu sous le nom de système protecteur*. – Paris 1852).

Zum Ökonomen Chevalier: Dean Russell, *Frédéric Bastiat and the Free Trade Movement in France and England 1840-1850*. – Genève 1959. – S. 122-132; Yves Breton, *Michel Chevalier 1806-1879 : entre le saint-simonisme et le libéralisme*, in*: L'économie politique en France au XIXe siècle* / sous la direction de Yves Breton et Michel Lutfalla. – Paris 1991. – S. 247-275; Anne Chateauneuf et Michel Bellet, *La tradition industrialiste chez les économistes français au XIXe siècle : le rôle du „saint-simonisme tardif"*, in: *Les traditions économiques françaises 1848-1939* / sous la direction de Pierre Dockes ... – Paris 2000. – S. 595-606; David Todd, *L'identité économique de la France : libre-échange et protectionisme 1814-1851*. – Paris 2008.

Chevaliers Pazifismus war noch lange so bekannt, daß Hans Morgenthau ihn stellvertretend für die Scheinwissenschaft vom Frieden nennen konnte (*Scientific Man vs. Power Politics*. – Chicago, Ill. 1946). Aber ein solcher *scientific man* war Chevalier nicht. Zwar klingt er oft, als wären Einbahnen und Kanäle für den Frie-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

den ausreichend (und als er als einziger prominenter Intellektuelle die Mexiko-Intervention unterstützte, lag es am Zentralamerikakanal). Aber man kann ihn nicht eindimensional auf den Frieden durch Infrastruktur festlegen, die Zusammenführung der Weltteile ist eine religiöse Idee. Die ihm zugeschriebenen Gedichte der Gefängniszeit 1833 lassen ahnen, wie sehr er Kosmopolitismus, Kanalbau, Napoléon und das Versagen der französischen Bourgeoisie religiös fassen wollte (*Le Livre nouveau des Saint-Simoniens* / ed. par Philippe Régnier. – Tusson 1992. – S. 236-263). Wie bei anderen Saint-Simonisten ist auch ein napoleonischer Rest geblieben: Napoléon verkörpert die Tendenz zur Assoziation. Nichtintervention war für Chevalier keine Option. Die Intervention ist nicht nur historische Realität, sie muß auch begrüßt werden, weil die Alternative Isolation wäre. Es kommt darauf an, die wirklichen Kräfte der Gegenwart (Saint-Simons Trinität Industrie, Wissenschaft, Kunst) führend in der Intervention zu machen. Beim späten Ökonom Chevalier bleibt unter der Oberfläche des Liberalismus ein pessimistisches Menschenbild. Er nimmt die europäische Neigung zur Einmischung nicht als ökonomische, sondern als anthropologische Gesetzlichkeit. Er glaubt nicht, daß wirtschaftliche Interdependenz automatisch zum Frieden führt. Als Saint-Simonist belebte er gegen den Interventionismus der Republikaner, den er geteilt hatte, Saint-Simons Idee der europäischen Triarchie Frankreich, England, Deutschland. Später begründet er die Notwendigkeit der Europäischen Föderation nicht mit irgendeiner natürlichen Harmonie, sondern mit dem kämpferischen Wesen der Menschen (und besonders der Europäer).

Pazifismus war in Frankreich im 19. Jahrhundert selten Antimilitarismus. Die Armeen konnten als Instrument der Transformation gesehen. Chevaliers *Globe* hat dieses Thema 1832 reichlich berücksichtigt. Das Militär wird als Assoziation begriffen, die im neuen Zeitalter der Assoziation für die moralische Bildung wichtig ist: die *soldats-travailleurs* werden große öffentliche Aufgaben übernehmen. An dem Tag, an dem die Armee ein *corps industriel* geworden ist, ist der Frieden gesichert. Vgl. die Artikelserie *De l'armée, considérée sous le rapport d'amélioration du sort des peuples*, 4. und 6. und 15. Februar (wohl von Chevalier) und den Artikel *Organisation industrielle de l'armée* vom 8. März 1832 (sicher von Chevalier; diesen Artikel hat er besonders ernst genommen und in Separatdrucken verbreitet); auch in seinem letzten Artikel vor Schließung des *Globe* am 20. April 1832 kommt er, sozusagen als letztes Wort, auf die industriellen Armeen zurück. Vgl. auch L. Delaporte, *Organisation pacifique de l'armée*, Globe vom 3., 6. und 9. März 1832 über die Armee als Erziehungsanstalt. Der Ökonom Chevalier distanzierte sich von der Idee einer militärisch organisierten Wirtschaft und wurde einer der Begründer einer realistischen Militärökonomie. Durch den Wandel von einer militärischen zu einer industriellen Zivilisation verschwinden die Armeen nicht. Aber die Armee der Industriegesellschaft muß nach anderen Gesetzen als die Armee der Militärgesellschaft organisiert werden. Er ist nicht weit entfernt von seinen deutschen Kollegen, von denen nie angenommen wurde, daß sie eine Wissenschaft vom Frieden lehren.

Intervention, in: Le Globe 17 Decembre 1830
Neudruck in: Politique européenne : articles extraits du Globe. – Paris 1832 (Religion Saint-Simonnienne)

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Die Geschichte der Menschheit ist eine Geschichte von Interventionen. In früheren Zeiten waren sie gewaltsam. Auch diese waren ein Mittel der Erziehung des Menschengeschlechts. Später wurden sie gewaltloser: die Armeen begleiten nur noch Kaufleute und Missionare. In Europa herrscht heute ein Zustand fast kontinuierlicher Intervention, da die Völker schon fast eine Assoziation bilden. Frankreich muß seine Mission als Führerin der Völker übernehmen.

Direction nouvelle à donner à la politique générale, in: Le Globe 3 Juin 1831
Neudruck in: Politique européenne : articles extraits du Globe. – Paris 1832 (Religion Saint-Simonnienne)
Feiert die Rolle der Französischen Revolution und Napoléons für die Kriege, in denen die feudale Vergangenheit in Europa zerstört wurde. Die Zukunft gehört der „association universelle des peuples et des individus", die durch friedliche, moralische, wissenschaftliche und industrielle Entwicklung verbunden sind. Diese Entwicklung haben die beiden reaktionärsten Mächte, England und Rußland, 1814 abgebrochen, die Revolution hat sie 1830 wieder aufgenommen, aber nicht mehr ausschließlich destruktiv. England hat sich geändert, *association* ist möglich geworden. Es wird eine Allianz sein von Frankreich (Land der Menschheitsmoral), England (Land der Industrie), Deutschland (Land der Wissenschaft). Die drei Völker müssen zusammenarbeiten, weil sie einander ergänzen müssen.

La paix et la guerre, in: Le Globe 19 Juin 1831
Neudruck in: Politique européenne : articles extraits du Globe. – Paris 1832 (Religion Saint-Simonnienne)
Die internationale Unsicherheit bedroht auch die innere Entwicklung Frankreichs: Die Freunde des Friedens wollen Metternich und den Zaren, die Freunde des Krieges Eroberungen in der Art Napoléons. In Europa ist der Frieden unbedingt vorzuziehen. Chevalier wiederholt den Gedanken eines Bündnisses von Frankreich, England, Deutschland; sie stehen für die drei Züge der Zivilisation: Moral, Industrie, Wissenschaft, die wiederum den drei menschlichen Fakultäten Liebe, Kraft, Intelligenz entsprechen. Nur durch diese *pacifique préeminence* kann der Krieg in Europa endgültig abgeschafft werden. Dieses Bündnis ist Beginn der *association universelle*. Ein gemeinsames Projekt ist Kolonisation.

La paix est aujourd'hui la condition de l'émancipation des peuples, in: Le Globe 20. Januar, 31. Januar, 5. Februar, 12. Februar 1832
Nachdruck in: Politique industrielle: Système de la Méditerranée. – Paris 1832. – 57 S. (Religion Saint-Simonnienne)
und in: Politique industrielle et Système de la Méditerranée. – Paris 1832 (Religion Saint-Simonnienne) S. 96-150
[1] *La paix considérée sous le rapport des intérêts*
Nach der Juli-Revolution herrschten die Erinnerungen an die Französische Revolution und die Idee des Krieges. Nur Enfantin sah, daß es in Europa keinen Krieg mehr geben darf. Fortschritte kommen nur noch von der Industrie. Sie ist pazifistisch, instinktiv lehnt sie den Krieg ab. Krieg ist Rückschritt, statt Freiheit zu bringen, bringt er „réconstruction de la féodalité." An dem Tag, an dem die Bankiers eine Heilige Allianz bilden und sich zu einem Kongreß treffen, ist ihre politische Macht begründet. Dann gibt es keine Chance mehr, Krieg zu führen. Schuld am Krieg haben die Schulen mit ihrer falschen Verehrung des Altertums.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

[2] *Impossibilité de fonder un équilibre européen par la guerre*
Ziel eines republikanischen Krieges ist die Zerstörung der europäischen Aristokratie. Aber die Natur der Völker wird nicht dadurch geändert, daß man sie besiegt. Bei einem Krieg zwischen Frankreich und England würde ein wesentlicher Teil des Reichtums der Menschheit vernichtet, die Industrie um ein halbes Jahrhundert zurückgeworfen. Die Freiheit der Liberalen ist nicht die Freiheit der Zukunft. Bloße Freiheit ohne Assoziation ist Isolierung.
[3] *La paix définitive doit être fondée par l'association de l'Orient et de l'Occident*
Alle Versuche, den Frieden durch Vernichtung zu schaffen, scheitern. Man muß die Individualität der Völker anerkennen. Die Völker sind Mitglieder der *humanité*, die nur glücklich sein kann, wenn alle ihre Mitglieder frei sind. Nicht nur demokratische Völker, ganz diverse Rassen, Völker, Klassen, Individuen müssen akzeptiert werden. Allein die Kräfte der Industrie, Wissenschaft, Künste werden eine Veränderung bringen. Das gilt speziell für die Beziehungen zwischen Orient und Okzident. Ein Plan der Pazifizierung muß den Orient einbeziehen.
[4] *Système de la Méditerranée*
Der Krieg zwischen Ost und West war der Hauptkrieg der Geschichte, aber gerade die Mittelmeerwelt bietet die Chance zu friedlichem Zusammenkommen vieler Völker. Das kann der erste Schritt zur *Association universelle* werden. Es folgen Pläne der nötigen Eisenbahnen und Kanäle, eines einheitlichen Bankensystems, übernationaler Schulen und Museen. Ein großer zusammenhängender Verkehrsraum muß Europa, Asien und Afrika verbinden. Das Geld, das für Heere ausgegeben wird, soll einige Jahre für diesen Plan ausgegeben werden. In Verbindung mit der saint-simonistischen moralischen Wende kommt so der Frieden.

L'Europe et la Chine : l'Occident et l'Orient, in: Revue de deux mondes 4.Sér. 23 (1840) 209-255
Es gibt kein durchgehendes Kulturgefälle zwischen Occident und Orient: In materieller Kultur ist China zurückgeblieben, in Moral ist es Europa voraus. Die Chinesen beherrschen die Welt weniger, sich selbst mehr (der westliche Individualismus hat keine Entsprechung für die Rolle der Familie in China). Der Westen neigt zu Expansion, er muß immer andere beherrschen. Das ist nicht einfach Geist der Eroberung, sondern Geist der Verbesserung. Wenn es nur um materielles Wohlergehen ginge, würden sich die Staaten auf sich selber beschränken. Industrie hat eine moralische Komponente, sie ist Triumph über die physische Welt. Bei Europäern führt das immer gleich zur Herrschaft über Menschen. Alle großen europäischen Unternehmungen hatten dieses unproduktive Moment der Herrschaft: die Kreuzzüge wie die Eroberung Amerikas. Heute macht Europa einen Wandel zum Frieden durch, seine Völker leben wie in einer großen Familie, es gibt allenfalls kurze Kriege. Aber gerade um in Europa Frieden zu bewahren, wird in Übersee gekämpft. *Adoucissement des moeurs* hat den Kampf nicht beendet, nur Liebe zur Plünderung und Geist der Unterdrückung durch Dienst an der Zivilisation ersetzt. Sobald klar wäre, daß in Europa jeder Krieg ausgeschlossen ist (était proscrite), gäbe es eine Basis für ein dauerhaftes Einverständnis der Mächte. Alle europäischen Staaten haben außerhalb Europas egoistische Ziele, aber das gemeinsame Interesse, in Europa Krieg zu vermeiden. Eisenbahnen und Dampfschiffe haben Entfernungen zunichte gemacht und eine neue Welle der Expansion gebracht. Ein europäischer Krieg um Asien ist unwahrscheinlich, der

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Platz reicht für England und Rußland. Aber Annäherung oder Fusion zweier Zivilisationen ist immer ein großes Drama.

Cours d'économie politique, fait au Collège de France. – Band 2. – Paris : Capelle, 1844. 2. Auflage Paris 1858
Es handelt sich um Vorlesungen 1842-1843

Vorlesung 12 Industrie schafft Interesse am Frieden, Verkehrswege bringen die Völker näher, Bankiers sind dem Krieg feindlich gesonnen. Wissenschaft, Industrie und Kunst wirken für den Frieden. Moderne Erfindungen schaffen den Raum ab und nähern die Völker einander an (die Übernahme der übrigen Welt durch die Europäer hat nichts mit dem alten *esprit de conquête* zu tun). Menschen sind keine Engel. Das Christentum liebt den Frieden, hat den ewigen Frieden aber nicht gebracht. Friedensbemühungen sind so alt wie die Zivilisation, aber der Krieg ist nicht verschwunden. Die alten Gesellschaften waren für den Krieg organisiert, heute würde niemand mehr die Herrschaft einer Kriegerkaste dulden. Die Philosophie kann den Krieg nur noch für die Vergangenheit preisen. Aber der Krieg kann wiederkehren, die Regierungen müssen darauf vorbereitet sein. „Der weltweite und ewige Frieden ist wie das Reich Gottes, es gehört in eine andere Welt der reinen Geister ... Die Zivilisation ist eine Verbindung von Aufklärung und Gewalt ... Der Mensch hat den Kampf nötig." Gewalt (force) ist heute diszipliniert und kann nützliche Werke schaffen, den Globus fruchtbar machen, Flüsse und Meere regeln. Aber der Mensch muß weiter Natur, Leidenschaften und seinesgleichen bekämpfen. Deshalb kann das Militär nicht abgeschafft werden, auch wenn friedlichen Gefühle und Interessen zunehmen. Die Armeen können aber statt Instrumenten der Invasion zu Instrumenten der Verteidigung werden.

Vorlesung 17 (nur in Ausgabe1858) Die zivilisierten Völker müssen heute fähig sein, Armeen aufzustellen, wie diejenigen, welche die Siege Napoléons errungen haben. Aber eine Armee wie in Austerlitz kann man nicht dauernd erhalten. Die Armee eines großen Staates muß aus einem kleinen Berufsheer von Offizieren/Unteroffizieren und einer großen Reservetruppe bestehen. Die großen Heere waren Instrumente der Aggression und der Eroberung. Die großen Staaten brauchen eine Armee, aber ihre Armee muß der Lage in Europa angemessen sein.

Vorlesung 20 Die Industrie kann nicht wie eine Armee organisiert werden, Zentralisation und Assoziation sind verschiedene Wege. Jeder Staat benötigt Institutionen, die auf Organisation beruhen. Die Fortschritte der Industrie beruhen aber auf Individualisierung. Nötig ist „le sentiment de l'association" zu schaffen.

La guerre et la crise européenne, in: Revue des deux mondes 1. Juni 1866 Separatdruck: Paris : Garnier, 1866. – 48 S. (mit Aktualisierungen)

Die Wiederkehr des Krieges und der Kriegsvorbereitungen sind für Friedensfreunde eine Enttäuschung. Der bewaffnete Frieden überfordert die Staaten und ruiniert sie. Im Mittelalter hatte der Papst eine *autorité arbitrale*; der Heiligen Allianz fehlte bereits der nötige Glauben an ihre höhere Stellung. Isolation ist nicht mehr möglich, deshalb muß es Regeln geben. Chevalier schlägt einen permanenten europäischen Kongreß vor. Das mag wie eine Chimäre klingen, aber die Geschichte ist voller Chimären, die verwirklicht wurden. Vorbild kann die amerikanische

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Union sein. Dabei teilt er die französische Angst vor der kommenden Macht der USA. Ein geteiltes und uneiniges Europa würde dann zu schwach sein.

Les Ètats-Unis de l'Europe et la paix internationale : conséquences de la liberté politique, de la liberté commerciale et du progrès de l'industrie, in: Journal des économistes 25 (Juli-September 1869) 76-91
Abdruck einer Ansprache vor der Ligue Internationale et Permanente de la Paix
Obwohl man nicht mehr zeigen muß, daß Frieden dem Krieg vorzuziehen ist, hört der Krieg nicht auf. Das liegt an der menschlichen Natur: hin und her geworfen zwischen Kampf und Aufklärung. Das menschliche Leben ist Kampf (gegen Mangel, Elend, Krankheit, gegen Tiere, andere Menschen und zwischen Nationen). Die Gegenkräfte sind Industrie und politische Freiheit, Eisenbahnen und Freihandel. In Europa besteht ein Widerspruch zwischen dem einheitlichen Verkehrsraum und der Existenz vieler Einzelstaaten. Ganz anders in den USA.

Gustave d'Eichthal (1804-1886), Ethnologe und Religionshistoriker, präsentierte in einem Kommentar zur Orientkrise 1840 (als die europäischen Mächte uneinig waren, ob Syrien dem Sultan gehören solle oder dessen Vasall in Ägypten) eine Variante der saint-simonistischen Orientidee: Der europäische Weg in den Orient muß über ein neutralisiertes Syrien führen, das die europäischen Mächte gemeinsam verwalten. Es gibt längst eine Association der europäischen Staaten, sichtbar im Westfälischen Frieden 1648 und im Wiener Kongreß 1815, gestärkt durch die Kongresse und Konferenzen seit Wien. Die Kriege der Heiligen Allianz und der gegenwärtige Streit um Syrien sind schon keine Kriege um Interessen mehr, sondern haben bereits, in Vorwegnahme der europäischen Einheit, „un caractère amphictyonique" (*De l'unité européenne*. – Paris 1840). Auf dem Pariser Friedenskongreß 1849 wollte d'Eichthal eine Rede zum Lob der Heiligen Allianz halten, er mußte sie abbrechen (Wilhelmus van der Linden, *The International Peace Movement 1815-1874*. – Amsterdam 1987. – S. 224). Biographie: Hervé Le Bret, *Les frères d'Eichthal : le saint-simonien et le financier au XIXe siècle*. – Paris 2012. Zu dem Ethnologen in den Diskussionen um Unterschiede und Verschmelzung der Rassen: Martin S. Staum, *Labeling People : French Scholars on Society, Race, and Empire : 1815-1848*. – Montreal 2003.

Ferdinand Durand, Offizier und Militärschriftsteller, Mitarbeiter an *Le Globe,* glaubt an Friedensarmeen. Er feiert die Kriege der Revolution und des Empire als zivilisatorische Mission gegen den europäischen Kriegeradel und die Eroberung Algeriens als pazifistisches Unternehmen gegen Räuber. Der französische Friedensgeist kann die europäischen Nationen um sich sammeln und zur Industrie, Wissenschaft, Moral organisieren (England und Rußland sind zur Organisation unfähig und eine Gefahr für den Frieden). Die Armeen folgen dem allgemeinen Geist ihrer Nation: in der bürgerlichen Gesellschaft wird die Armee zum Fremdkörper, eine Verschwendung des Nationaleinkommens. Dagegen setzt er eine Armee für öffentliche Arbeiten: Kanäle, Forsten, Eisenbahnen, Landwirtschaft. Heute sind die Truppen technisiert und können eine Vorreiterrolle in der Erziehung zur Industrie übernehmen. Für Algerien gibt es nur eine Lösung: Assimilation an die Kultur der Franzosen. Allein das entspricht dem Gesetz des Fortschritts. Er

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

liest aus Chevaliers Mittelmeer-Plan, daß Algerien der Beginn einer Neuordnung sein kann. Wenn die Völker nicht der friedlichen Regeneration folgen, werden sie durch das Schwert regeneriert. Diese Neuordnung ist nur durch Frankreich möglich, aufgrund seiner geographischen Lage und seines *caractère civilisateur*. Diese Neuordnung ist eine europäische Föderation gegen den Slawischen Block (dessen Kulturmission in Asien liegt). Die Föderation wird den Nahen Osten erschließen, Kriege beenden und erlauben, Armeen zu friedlichen Zwecken umzuorganisieren. Das ist eine napoleonische Idee, die fortgeführt werden muß. Am Ende wird die gesamte Erde erneuert sein (*Des tendances pacifiques de la société européenne et du rôle des armées dans l'avenir*. – Paris 1841, 2. Auflage 1845 mit einer neuen Einleitung; Neudruck New York 1972 in der Reihe Garland Library of War and Peace). Durand hat gewiß von Chevalier 1832 gelernt. Aber genauso kann man sagen, Chevalier schreibe 1844, um vor der Position Durands zu warnen. Durand sagt in der 2. Auflage, man habe ihm in militärischen Kreisen die Tendenz zum Frieden übelgenommen. Den heutigen Leser*innen drängt sich diese Tendenz nicht auf. Die Kontinuität des bonapartistischen Weltbildes wird deutlicher. Ein Beispiel, wie dieselben Ideen mehr pazifistisch und mehr chauvinistisch vorgetragen werden können.

Ismaÿl Urbain (1812-1884), Sohn einer Mulattin, Journalist, Konversion zum Islam, Übersetzer bei der Armee in Algerien, im Kriegsministerium für arabische Angelegenheiten zuständig, hat seine Politik bei den Saint-Simonisten gelernt: „Der Traum von Universalreichen und Universalreligionen gehört nicht mehr in unsere Zeit: Assoziationen, das ist die neue Formel, die die Beziehung zwischen Freiheit und Autorität, Individuum und Gemeinschaft regeln wird." Keine Nation und keine Religion kann für andere Modell des Fortschritts sein. Die Muslime werden einen eigenen Weg zur *perfection* gehen. Saint-simonistisch ist auch, daß es dabei nicht um Erhalt einer alten Kultur geht, sondern um ihre Entwicklung zur Zivilisation. Er plädiert für langfristige Entwicklung, muß aber einem *clash of civilisations* zuvorkommen. In Algerien sollen die Algerier Bauern sein, die Kolonisten nur Agenten der Verbesserungen. Es sind die von den Saint-Simonisten bekannten Infrastrukturmaßnahmen: Kanäle, Häfen, Banken, Industrie. Diese Verbesserungen (und die Wirkung moderner Schulen) werden langfristig die arabische Landwirtschaft, Sozialverfassung und Besitzstruktur verändern. In gemeinsamer Arbeit in Armee und Werkstatt werden Franzosen und Algerier einander nahekommen. Vgl. *L'Algérie pour les Algériens*. – Paris 1861 (Neuausgabe 2000) und *L'Algérie française : indigènes et immigrants*. – Paris 1862, (Neuausgabe 2002). Urbains Einfluß auf die Politik des Kriegsministeriums und des Kaisers war zeitweise groß, aber der Einfluß des Kaisers, des Kriegsministeriums und Urbains waren im Algerien der Siedler begrenzt.

Biographie: Michel Levallois, *Ismaÿl Urbain (1812-1884) : un autre conquête de l'Algérie*. – Paris 2001; ders., *Ismaÿl Urbain : royaume arabe ou Algérie franco-musulmane? 1848-1870.* – Paris 2012; *Les écrits autobiographiques d'Ismayl Urbain. Suivi par „Homme de couleur", saint-simonien et musulman : une identité française* / Anne Levallois. – Paris 2005. Historische Würdigung im Rahmen der französischen Algerienpolitiken: Osama W. Abi-Mershed, *Apostles of Modernity : Saint-Simonians and the Civilising Mission in Algeria*.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

– Stanford, Cal. 2010 (zeigt auch, wie gespenstig die von Urbain beeinflußten Ziele Napoléons III. an den Realitäten in Algérien vorbeigingen; Urbains Schulen konnten nie die richtigen Lehrer und Schüler finden und ihren Schülern hatten sie weder in der Kolonialverwaltung noch in den Stämmen Positionen zu bieten).

4.1.3 Sozialisten

Sozialismus als Bewegung und als Theorie war zunächst eine französische Erscheinung: Ein Ableger des demokratischen Republikanismus, der Rückfalloption der Sozialisten bleibt. Höhepunkt des Sozialismus war die Revolution 1848, danach kamen Exil und politisches Verstummen. Bei ihrer Rückkehr 1870 sind diese Sozialisten historische Figuren in einer anderen sozialistischen Bewegung. Petra Weber, *Sozialismus als Kulturbewegung : frühsozialistische Arbeiterbewegung und das Entstehen zweier feindlicher Brüder Marxismus und Anarchismus*. – Düsseldorf 1989 (eine interessante Darstellung der Ideenentwicklung des Sozialismus, vorwiegend auf Frankreich konzentriert); Marcel David, *Le printemps de la fraternité : genèse et vicissitudes 1830-1951*. – Paris 1992 (Gesamtdarstellung der Traditionen der französischen Linken).

Aus der Tradition der französischen Linken haben die Sozialisten die Exzeptionalität Frankreichs übernommen. Frankreich wurde als die einzige soziale Gesellschaft gesehen; daß die Regierungen nach 1815 konterrevolutionär waren, zeigt ihre Entstehung aus Fremdherrschaft. Aus dem demokratischen Charakter Frankreichs folgte eine französische Mission, demokratischen Bewegungen in Europa beizustehen. Anglophobie ist ein gemeinsamer Zug der französischen Linken, mit dem sie den Horror vor dem Pauperismus und die Mission Frankreichs verbinden konnte. Die französischen Sozialisten haben durchaus eine Zukunft eines organisierten, „amphictyonischen" Europas gesehen, aber nie geglaubt, das sei ohne Veränderung der sozialen Grundlagen erreichbar.

Zur internationalen Theorie: J.-L. Puech, *La tradition socialiste en France et la Société des Nations*. – Paris 1921 (eines der Bücher um 1920, die zeigen wollen, daß der Völkerbund im eigenen Land besonders tiefe Wurzeln habe; behandelt Saint-Simonisten, Fourieristen, Pecqueur, Leroux, Proudhon); Armando Saitta, *Dalla res publica christiana agli Stati Uniti di Europa : sviluppo dell'idea pacifista in francia nei secoli XVII-XIX*. – Roma 1948. – S. 163-184*;* Gerhart Schlott, *Nationales und internationales Denken der deutschen und französischen Sozialisten (besonders in den Jahren 1865-1871)*. – Diss. Frankfurt am Main 1960. – S. 104-143 (über das demokratisch-nationalistische Sendungsbewußtsein französischer Sozialisten); Christine Held-Schrader, *Sozialismus und koloniale Frage : die überseeische Expansion im Urteil früher französischer Sozialisten*. – Göttingen 1985 (die frühen Erklärungen des Imperialismus aus Unterkonsumtion/Eroberung neuer Märkte wurde von französischen Sozialisten entwickelt, die Skizzen der nationalistischen und internationalistischen Theorien dieser Autoren gehen aber weit über diese Fragestellung hinaus; behandelt Considerant, Leroux, Pecqueur, Blanc, Proudhon, Cabet, Blanqui).

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Étienne Cabet (1788-1856), einer der prominenten Autoren des französischen Frühsozialismus, fehlt hier, weil bei ihm jakobinischer Nationalismus und utopischer Kommunismus gar zu innig verbunden sind (seine Utopie *Voyage en Icarie* 1840 ist über weite Strecken eine kontrafaktische Geschichte einer sozialistischen Entwicklung Frankreichs seit 1789), ohne ökonomische Analyse und ohne internationalistische Theorie. Internationalistische Ziele (brüderliche Hilfe und am Ende ein europäischer Kongreß) sind demokratische Tradition. Vgl. Held-Schrader a.a.O. S. 178-201. **Auguste Blanqui** (1805-1881) fehlt, weil bei ihm weder Imperialismus noch Internationalismus eine systematische Bedeutung haben; das revolutionäre Frankreich war exzeptionell, anderen nationalen Bewegungen mißtraute er zunehmend, weil sie bloß national waren. Er ist ein Begründer des französischen Antimilitarismus, als revolutionärem Äquivalent zu Friedensbewegung und Militärdienstverweigerung. Disziplin des stehenden Heeres schafft Unterwürfigkeit im Staat, an die Stelle des Heeres sollen militärische Erziehung und Miliz treten. Das soll rein defensiv sein, über Krieg entscheidet eine Volksabstimmung (*L'armée esclave et opprimée*. – Paris 1880). Blanqui denkt, diese Lösung sei in einem republikanischen Frankreich möglich und werde dann zum Sozialismus führen. Die Republikaner wollten aber gerade deshalb mit der Miliztradition nichts mehr zu tun haben. Vgl. Maurice Domanget, *Les idées politiques et sociales d'Auguste Blanqui*. – Paris 1957. – S. 319-339; Held-Schrader a.a.O. S. 201-241.

Louis Blanc (1811-1882), Journalist und Historiker. 1848 Sekretär der Provisorischen Regierung und Leiter der Luxembourg-Kommission zur Prüfung der Reorganisation des französischen Wirtschaftssystems. Exil in England 1848-1870. Nach der Rückkehr Abgeordneter der äußersten Linken. Biographie: Leo A. Loubère, *Louis Blanc : his Life and his Contribution to the Rise of French Jacobin-Socialism*. – Evanston, Ill. 1961. Überblick über seine politischen und sozialistischen Ansichten: Benoit Charruaud, *Louis Blanc : la république au service du socialisme ; droit au travail et perception démocratique de l'état*. – Thèse Univ. Strasbourg 2008 (http://scd-theses.u-strasbg.fr/315/). Louis Blanc war der „jakobinischste" der französischen Sozialisten des 19. Jahrhunderts. Sein historischer Beitrag zum Sozialismus war die Kritik der Konkurrenz und der Gewerbefreiheit, die zum Pauperismus führen. Er besteht auf dem Recht auf Arbeit und der Pflicht des Staates, Arbeitsplätze zu schaffen. Durch Staatskredite soll die Wirtschaft allmählich in staatlichen Besitz kommen, um durch Produktion für einen bekannten Bedarf den Zyklus von Überproduktion und Krise zu beenden. So sehr das ein nationaler Rahmen ist, diese Idee hat einen starken internationalen Kontext: es war Blancs Beitrag zur Orientkrise 1840: Gewerbefreiheit führt notwendig zu Kriegen auf Leben und Tod zwischen Frankreich und England, weil jetzt beide weltweit mit denselben Gütern auf einem begrenzten Markt konkurrieren. Dogmengeschichtlich klingt es wie eine Antwort auf das Say'sche Gesetz als Grundlage für das liberale Lob der Interdependenz: „Stets übertrieb die Produktion die Hilfsquellen, welche bezahlen!" (*Organisation du travail*. – Paris 1841, dt. Übersetzung 1847). Das Konkurrenzsystem führt auch international nicht zur Koopera-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

tion. Nur über Begrenzung der Interdependenz kann der Sozialismus Frieden bringen. Es ist der übliche Nationalismus der französischen Linken: Frankreich ist das erste Land der Zivilisation, seine Aufgabe ist, anderen Nationen zur Staatlichkeit zu helfen (Deutschland, Italien, Polen). Die französischen Kolonien sind wohltätig für die Zivilisation (bis zur Bekehrung der Muslime zum Christentum; ein Christ war Blanc gewiß nicht, es ist eine Frage der Zivilisation). Die bourgeoise Julimonarchie hat diese Aufgabe Frankreichs in Europa und Übersee nicht wahrgenommen. England ist erfolgreich durch gnadenlosen Egoismus. Die ständige Konfrontation zwischen England und Frankreich ist unvermeidbar. Auf dem kurzen Höhepunkt seines politischen Einflusses war Blanc bereits antibellizistisch – als Sozialist: Giuseppe Mazzini versuchte ihn im März 1848 von der Notwendigkeit von Interventionen zu überzeugen, weil das republikanische Frankreich sich nur in einem republikanischen Europa erhalten könne. Blanc antwortete, ein solcher Krieg für Europa würde einen neuen Napoléon bringen, Europa erwarte von Frankreich jetzt die Organisation der Arbeit – was Mazzini zu dem Kommentar herausforderte: „als ob die Organisation der Arbeit jemals in einem Land allein verwirklicht werden könnte“ (Mazzini an George Sand 4. 9. 1850, zit. nach Wilhelmus van der Linden, *The International Peace Movement 1815-1874*. – Amsterdam 1985. – S. 384). Der späte Blanc im englischen Exil kann sich ein Europäisches Schiedsgericht vorstellen. Überblicke über seine außenpolitischen Ideen: Leo A. Loubère, *Les idées de Louis Blanc sur le nationalisme, le colonialisme et la guerre*, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 4 (1957) 33-63; Christine Held-Schrader, *Sozialismus und koloniale Frage : die überseeische Expansion im Urteil früher französischer Sozialisten*. – Göttingen 1985. – S. 104-132 (als den ersten systematischen Imperialismustheoretiker, der Krieg aus Überproduktion und Unterkonsumtion konkurrierender kapitalistischer Staaten ableitet). Zu systematisch darf man sich seine Texte nicht vorstellen; Blancs Äußerungen sind verstreut in seinen journalistischen und historischen Texten. Loubère und Held-Schrader können als Führer zu diesen Texten genutzt werden.

Émile de Girardin, auch eine Art Sozialist von 1848, wird im Anhang zur Bedeutung der Friedensbewegung behandelt (Abschnitt 6.4).

4.1.3.1 Pierre Leroux

1797-1871, Drucker, Gründer der Zeitung *Le Globe*, Saint-Simonist, Gründer einer Genossenschaft (Druckerei), 1848-1852 Abgeordneter der Nationalversammlung, 1852-1869 im Exil. Biographie: Jack Bakunin, *Pierre Leroux and the Birth of Democratic Socialism : 1797-1848*. – New York 1976.

Leroux ist neben Comte und den Saint-Simonisten einer der Lehrer der Menschheitsreligion der Zukunft. Alle Wesen im Universum leben durch ihre gegenseitigen Beziehungen. Die Isolation ist das Nichts, der Tod. Aus diesem allgemeinsten Grundsatz seiner Philosophie kommt er rasch zur universalen Kommunikationsgemeinschaft, durch die allein der Mensch in Beziehung zu Gott und dem Universum treten kann. Die Kommunikation zur Verwirklichung des Menschlichen muß kosmopolitisch sein (Leroux zählt die üblichen kosmopolitischen Klassen

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

auf: Gelehrte, Künstler, Industrie). Traditionell wurden soziale Grenzen nur durch christliche Nächstenliebe überschritten; sie ist Selbstaufgabe, Opfer, also ein falscher Versuch, Gott direkt zu lieben. Seit der Französischen Revolution ist das Christentum historisch überholt (wie später bei Michelet oder Quinet ist die Französische Revolution weltgeschichtlich, weil sie das Christentum aufhebt). Leroux verlangt die Transformation der *charité* in *solidarité*, die den natürlichen Egoismus der Menschen (eine Grundbedingung für Freiheit) bewahren soll. Er verlangt das Zugeständnis, daß jeder Mensch auf Gegenseitigkeit angewiesen ist. Überall, wo Menschen sich zu einer Assoziation zusammentun, wird die Spaltung zwischen Egoismus und Altruismus überwunden. Der Staat sollte eine Assoziation von Assoziationen werden. „Humanité" als universale Kommunikationsgemeinschaft bezieht Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft ein. Nur in der Kontinuität der Geschichte kann die Perfektionierung des Menschengeschlechts erwartet werden (so eng ist dieser Zusammenhang, daß Leroux sogar eine Art Wiedergeburt lehrt). Der Weg zur *humanité* setzt Überwindung aller „Kasten" voraus: Familie, Vaterland, Eigentum dürfen die Verwirklichung der Menschheit nicht behindern. Die knappste Formulierung dieses Solidarismus: *De l'individualisme et du socialisme,* in: *Œeuvres* I, 365-380 (als Zeitschriftenaufsatz 1834). Leroux philosophisches Hauptwerk: *De l'humanité, de son principe, et de son avenir : où se trouve exposée la vraie définition de la religion et où l'on explique le sens , la suite et l'enchainement du Mosaïsme et du Christianisme*. – Paris 1840, Neudruck Paris 1985. Einen direkten Einfluß auf die Arbeiterbewegung hatte er kaum, wurde aber um 1900 und in den 1980er Jahren als Ahn eines eigenen französischen Sozialismus wiederentdeckt (und rasch wieder vergessen).

Zur Philosophie (oder Theologie): Paul Janet, *La philosophie de Pierre Leroux*, II: *L'idée de l'humanité*, in: Revue des deux mondes (15 mars 1899) 379-406; Armelle LeBras-Chopard, *De l'égalité dans la difference : le socialisme de Pierre Leroux*. – Paris 1986. – S. 23-151; Bärbel Kuhn, *Pierre Leroux – Sozialismus zwischen analytischer Gesellschaftskritik und sozialphilosophischer Synthese*. – Frankfurt am Main 1988; Vincent Peillon, *Pierre Leroux et le socialisme républicain : une tradition philosophique*. – Latresne 2003. Zu Solidarismus/Sozialismus als Balance von Freiheit und Gleichheit: Armelle Le Bras-Chopard, *De l'égalité dans la différence : le socialisme de Pierre Leroux*. – Paris 1986; Bruno Viard, *Pierre Leroux penseur de l'humanité*. – Cabris 2009. Leroux hatte einen großen Einfluß auf die romantische Literatur in Frankreich. Vgl. David Owen Evans, *Le socialisme romantique : Pierre Leroux et ses contemporains*. – Paris 1948 (Neudruck Hannover 2006).

Als internationalistisches Programm ist Leroux' „Menschheit" vage (was er selber erkannt hat: *Œuvres* I, 342). Die Gegner sind klar: der gewöhnliche französische demokratische Chauvinismus und der demokratische Nationalismus Mazzinis. Leroux lehnt die Aufteilung der Welt in Territorien ab. Aber die besondere französische Mission bleibt doch, nur soll sie pazifistisch sein. Er will die Revolution und Napoléon zugleich verstehen und überwinden. Sein Europa ist kein Superstaat und keine Föderation, sondern ein Prozeß der Annäherung. Einer von Leroux' Begriffen, die sich wie „socialisme" und „solidarité" durchgesetzt haben, ist „société des nations", aber seine Gesellschaft der Völker hat keine Institutionen. Kurze Referate zur internationalen Politik bei Leroux vgl. J.-L. Puech *La tradition*

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

socialiste en France et la Société des Nations. – Paris 1921. – S. 161-180; Le Bras-Chopard a.a.O. S. 323-329; Kuhn a.a.O. S. 128-137.

Wie andere Sozialisten seiner Zeit ist Leroux ein Kritiker der liberalen Theorie der Konsumtion, die nur Reiche als Käufer kennt und auf Exporte verweist, wenn dieser Markt nicht ausreicht. Neuverteilung der Einkommen soll einen breiteren inneren Markt schaffen (*De l'économie politique anglaise*, in: *Œuvres* I, 381-390, ursprünglich 1835). Der industrielle Geist hat den kriegerischen Geist nicht abgelöst: „L'industrie, c'est la guerre" (*Maltus et les économistes, ou: y aura-t-il toujours des pauvres?* – Boussac 1849. – S. 53, Text von 1846). Leroux hat nur in gelegentlichen Bemerkungen eine Imperialismustheorie und immer mit antijüdischem Ton. Vgl. Christine Held-Schrader, *Sozialismus und koloniale Frage : die überseeische Expansion im Urteil früher französischen Sozialisten*. – Göttingen 1985. – S. 65-78.

Œuvres = *Œuvres de Pierre Leroux*. – Paris 1850-51. – 2 Bde., Neudruck Genf 1978

L' union européenne, in: Le Globe 24 Novembre 1827
in: Oeuvres de Pierre Leroux. – I (1850) S. 291-304
Absolute Monarchie und Adel sind Ursachen des ewigen Krieges. Europa war für den Krieg organisiert, der Krieg erschien als natürlicher Zustand und Notwendigkeit. Aber der Geist des Krieges und der Geist der Eroberung sind nicht länger der Geist des 19. Jahrhunderts. Im Zeitalter der Handelsfreiheit wird es keinen Unterschied großer und kleiner Nationen geben. Die politische Ökonomie bereitet eine Weltmonarchie vor, die dauerhafter sein wird als die von Karl V. oder Napoléon. Die Staaten werden dezentral, jede Provinz und jede Stadt wird die ihr angemessene Aktivität haben. Barrieren, die Nationen voneinander trennen und Freiheit, Wissenschaft, Industrie behindern, verschwinden.

Aux politiques : de la politique sociale et religieuse qui convient à notre époque
Partie IV De la politique extérieure, ou de la mission de la France
in: Oeuvres de Pierre Leroux. – I (1850) S. 254-288
Section 1 *De la solidarité des peuples*
Innen- und Außenpolitik sind zwei Aspekte derselben Sache: Frankreich ist in schlechter Verfassung, weil es keine Rolle in Europa spielt, und spielt keine Rolle, weil es in schlechter Verfassung ist/eine schlechte Verfassung hat.
Section 2 *De l'état de l'Europe*
Kein Wesen im Universum kann isoliert leben. Auch Völker müssen in Beziehungen treten. Selbst der Krieg ist Kommunikation zwischen Völkern, freilich historisch überholt. Eine Nation wie Frankreich, die eine führende Rolle in Europa spielen muß, ist verloren, wenn sie daran gehindert wird.
Section 3 *Du pouvoir spirituel en Europe*
Die bekannte Lehre Saint-Simons, daß die Nationen seit Jahrhunderten den universellen Zustand des Mittelalters zerstören.
Section 4 *Du simulacre de pouvoir spirituel appelé la Sainte-Alliance*
Die Heilige Allianz zeigte, daß die alte *pouvoir spirituel* zerstört ist, aber auch, daß das Menschengeschlecht ohne universellen Zusammenhang nicht leben

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

kann. Mit Napoléon ist die Möglichkeit eines Reiches untergegangen, die Heilige Allianz ist die Erscheinung dieser Krise.

Section 5 *Du rôle providentiel de la France*

Dieser Abschnitt hat nur ein Kapitel: *La France est une religion*. Er wiederholt, daß für Frankreich die innere und die äußere Krise nicht zu trennen sind. Frankreich ist eine Religion, weil es die neue Trinität Liberté, Égalité, Fraternité verwirklichen muß. Diese Formel ist die Erscheinung Gottes im Menschengeschlecht, wenn Frankreich diese Formel religiös begreift, dann erfüllt es die alten religiösen Verheißungen. Frankreich soll die geistliche Gewalt Europas und der Welt sein.

Die Publikationsgeschichte dieses Textes ist verworren. *Aux politiques* ist Bearbeitung eines Aufsatzes von 1832 und ist (nach der Bibliographie von LeBras-Chopard) 1841 in dem Band *Discours sur la situation actuelle de la société et de l'esprit humain* erschienen und wurde in Leroux' *Revue indépendante* November 1841 bis März 1842 und Juli 1842 nachgedruckt. In der *Revue Indépendante* und in der Nouvelle édition von *Discours* 1847 fehlt aber der außenpolitische Teil. Es ist ein Zeichen des Desinteresses an den außenpolitischen Theorien, daß LeBras-Chopard und andere Kommentatoren das Fehlen nicht kommentiert haben. Die Auseinandersetzung mit Texten von Edgar Quinet datiert diesen Text auf frühestens 1841. Stand der Text in der 1. Auflage von *Discours sur la situation actuelle de la société et de l'esprit humain,* die aber nirgends nachgewiesen ist? Teil 3 von *Aux politiques* enthält bereits eine Polemik gegen die Übernahme der undemokratischen englischen Verfassung: mit einer fremden Verfassung kann Frankreich keine Mission in Europa mehr haben, Staaten können nur noch durch eine eigene Verfassung eine Mission haben. Als Anhang publizierte Leroux 1850 zwei Texte, die 1842 und 1847 noch Teil von *Aux politiques* waren:

Étude sur Napoléon, erstmals in: *Le Globe* 24 juin 1829, zuletzt *Oeuvres* I, 304-323 (feiert Napoléon als Schöpfer einer europäischen Einheit, die mit kriegerischen Methoden freilich scheitern mußte; die französische Tradition der Befreiungsmission muß friedlich fortgesetzt werden; Frankreich hat eine besondere Verantwortung für Südeuropa und das Mittelmeer.

La France sous Louis-Philippe, erstmals im Rahmen von *Aux politiques* in: *Revue indépendante* Mars 1842, zuletzt *Oeuvres* I, 391-427 (Frankreich wurde 1840 außenpolitisch gedemütigt, weil es keine eigene politische Idee hatte und damit seine Mission nicht fortsetzen konnte. Leroux folgt in der innenpolitischen Notwendigkeit einer französischen Mission Quinet, formuliert aber pazifistischer; dieser Anhang macht den konkreten Hintergrund von Leroux' außenpolitischem Denken in der Orient-Rhein-Krise 1840 klarer als die Fassung in *Aux politiques* 1850).

4.1.3.2 Constantin Pecqueur

1801-1887, ökonomischer Publizist. 1848 Mitglied der Luxembourg-Kommission zum Studium der Arbeiterfrage. Bibliothekar der Nationalversammlung.

Pecqueur war religiöser Sozialist: Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit, Solidarität und Assoziation werden aus dem Evangelium abgeleitet. Selbst sein ökonomisches Hauptwerk (*Théorie nouvelle d'économie sociale et politique* 1842) ist eher

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

theologisch. Die materiellen Fortschritte der Industrie beenden die Leidenschaften nicht, Religion, Moral, Erziehung bleiben Voraussetzungen der neuen Gesellschaft. Pecqueur war Saint-Simonist und Fourierist gewesen, später war er einer der ersten Sozialisten, die den kollektiven Besitz der Produktionsmittel für entscheidend halten. Er hatte im Auftrag des französischen Wirtschaftsministeriums die Eisenbahnen in Belgien studiert und sein erstes großes Werk notiert die Veränderungen durch Dampfkraft. Erst diese neue Dynamik der Produktivität macht Befriedigung der Bedürfnisse möglich. Marx wird ihm darin folgen, aber bei Pecqueur kann Einsicht Klassenkampf vermeiden, wie sie Krieg vermeiden kann. „Améliorations matérielles" führen zur brüderlichen Gesellschaft nur, wenn ihnen ein moralischer Fortschritt entspricht. Der Weg zum Sozialismus ist ein langer Weg über Sozialpolitik und Gemeinwirtschaft zu einem beamteten Management der Unternehmen.

Die Literatur zu Pecqueur besteht fast ausschließlich aus Überblicke in Dissertationen: G. Marcy, *Constantin Pecqueur : fondateur du collectivisme d'état (1801-1887)*. – Paris 1934; Herbert Raff, *Constantin Pecqueur : ein religiöser Sozialtheoretiker an der Schwelle des modernen Maschinenzeitalters*. – Zürich 1949; Ahmed Zouaoui, *Constantin Pecqueur : aspects de sa doctrine socialiste ; contribution à l'internationalisme*. – Genéve 1964; Jean-Pierre Ferrier, *La pensée politique de Constantin Pecqueur*. – Paris 1969.

Pecqueur war Sieger eines der großen Preisaufgaben der Friedensbewegung im 19. Jahrhundert. Die Pecqueur-Überblicke haben meist ein Kapitel zum Internationalismus, das aber immer zu stark ein Referat von *De la Paix* ist (Marcy S. 142-162, Zouaoui S. 183-205, Ferrier S. 152-163). Seine internationale Theorie muß man in der komplexeren Darstellung in *Économie sociale* suchen. Er hat zu viele Motive – Moral, Repräsentationssystem, Industrie, Organisation –, als traue er keinem einzeln, die zudem nur lose verbunden sind. Die Weltgesellschaft bleibt eine Staatenwelt. *Économie sociale* wurde für dasselbe Preisausschreiben geschrieben wie Friedrich Lists *Le système naturel d'économie politique* und der sozialistische Internationalist ähnelt dem liberalen Nationalisten: die neue Verkehrs- und Maschinenwelt, die Voraussetzung einer Gleichrangigkeit der großen Nationen, eine internationale Ordnung des ewigen Friedens in ferner Zukunft (Marcy und Raff haben diese Nähe der beiden Autoren noch gesehen). Pecqueur denkt in historischen Prozessen: internationale Organisation, Umbau der Armeen, Weg zum Freihandel. Er geht rasch von der in Frankreich vorherrschenden Kongressidee zur internationalen Organisation in Analogie des Staates voran. Die kommende Ordnung Europas soll sich an Nordamerika orientieren. Die Weltordnung bleibt ferne Zukunft. Pecqueurs Vorstellung eines gut eingerichteten Staates war bereits 1842 eine sehr stark gebundene Solidargemeinschaft. Wie dieser Sozialismus international gedacht werden kann, ist nicht erkennbar. In seinen Schriften nach 1842 kommt der internationale Zustand nur noch marginal vor.

Vgl. J.-L. Puech, *La tradition socialiste en France et la Société des Nations*. – Paris 1921. – S. 116-159 (hat erkannt, wie sehr Pecqueurs Internationalismus auf Nationen beruht); Christine Held-Schrader, *Sozialismus und koloniale Frage : die überseeische Expansion im Urteil früher französischer Sozialisten*. – Göttingen 1985. – S. 78-103 (als früher Analytiker des Zusammenhangs von Unterkonsumtion und Imperialismus); Wilhelmus van der Linden, *The Interna-*

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

tional Peace Movement 1815-1874. – Amsterdam 1987. – S. 225-229, 244-245, 283-284 (ein kurzes, ausgezeichnetes Portrait).

Économie sociale : des intérêts du commerce, de l'industrie et de l'agriculture, et de la civilisation en général, sous l'influence des applications de la vapeur ; machines fixes – chemins de fer – bateux à vapeur etc.; ouvrage couronné en 1838 par l'Institut de France. – Paris : Capelle, Dessart 1839

Der erste Band gibt einen Überblick über den Einfluß der Maschinen auf Industrie, Arbeitsbeziehungen, politische Assoziationen, Kredit, internationale Wirtschaftsbeziehungen. Die neue Industrie hat zu Hierarchisierung und Egalisierung geführt. Der Geist der Isolation, des Mißtrauens, der unerbittlichen Konkurrenz, der feindlichen Rivalität wird vom Geist der Assoziation, des Vertrauens, des Friedens, der Harmonie und der Solidarität begrenzt. Der zweite Band ist ein Traktat über Eigentum, Reichtum und die internationalen Folgen der Industrie.

Ch. XXI *La puissance des nations*

Ungleichheit der Nationen ist nicht allein eine Frage des Reichtums, sondern beruht auf Moral, Wissenschaft, Produktivität. Moral wird bestimmt als Patriotismus und Freiheit. Zwar ist heute die Macht von Staaten von ihrer Fähigkeit bestimmt, beim Wettrüsten mithalten zu können, aber das kann nicht einfach Imitation materieller Produkte sein. Würde Frankreich England nachahmen, verlöre es seine Position an der Spitze der Zivilisation, die auf moralischem Vorrang beruht. Die Unterschiede Europas zu Asien (oder gar zu Afrika) sind so extrem, daß diese Staaten zunehmend und noch lange den europäischen Industriegesellschaften ökonomisch unterworfen sein werden. Diese ökonomische Dominanz ist nicht mehr der alte *esprit de guerre*: nicht Länder werden angeeignet, sondern Produkte. Auch in diesen immobilen Gesellschaften werden sich Institutionen und Sozialbeziehungen verändern, „brusque, mais inévitables".

Ch. XXII *De voyages cosmopolites*

Der neue Verkehr ist eine Schule der Gegenseitigkeit, fördert Toleranz und Fortschritt der Zivilisation. Es ist eine Europäisierung des Globus. Es wird Vermischung der Rassen geben, aber in europäischer Kleidung.

Ch. XXIII *La guerre*

Neue Techniken haben den Krieg so effizient, die gegenseitige Zerstörung so sicher gemacht, daß Krieg in Europa bedeutungslos geworden ist. Der mechanisierte Krieg, der Schlachten zwischen Millionen von Teilnehmern möglich macht, macht sich selber unmöglich. Der ewige Frieden ist noch entfernt, aber die Errichtung eines Tribunals ist nahe. Weitere Folgen des Bedeutungsverlustes des Krieges: Freiheit, Arbeit, Repräsentation, christliche Religion. Die Zukunft bringt größere Staaten und weniger Kriege. Reisen, Handelsbeziehungen, Allianzen und Verträge schaffen Solidarität, eine Gemeinschaft der Überzeugungen und der Sitten. Es wird eine europäische Föderation geben und eine europäische Armee. Armeen werden zu Truppen für öffentliche Arbeiten und Milizen. Krieg zwischen fortgeschrittenen und zurückgebliebenen Nationen ist weiter möglich. Die Weltgeschichte von Alexander dem Großen bis zum amerikanischen Kampf gegen Indianer war eine externe Mission der zivilisierten Staaten. Auch hier ist denkbar, daß friedliche Mittel der Zivilisierung wichtiger werden.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Ch. XXIV *Les colonisations*
Kolonialsiedlung kann als Werk der Vorsehung gesehen werden, weil sie die menschliche Besiedlung der Erde vorantreibt. Heute hat sie die Gewalt und den Eigennutz früherer Jahrhunderte überwunden. Die großen europäischen Nationen werden dem britischen Beispiel folgen, aber auch für Ägypten und das Osmanische Reich sieht er Aufgaben in Afrika, die Anwesenheit der Franzosen an der afrikanischen Küste wird auch bei afrikanischen Staaten Ehrgeiz erwecken.
Ch. XXV *La fusion européenne ou fédération des peuples*
Es wird eine moralische und politische Einheit Europas unter einem *congrès général* geben, eine Analogie zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Wie jede Assoziation ist das nicht Gleichmacherei. Der Antrieb kommt von kosmopolitischen Gruppen: Geschäftsleuten, Wissenschaftlern, Künstlern. Führend sind darin die am stärksten industrialisierten und freien Staaten, aber auch die konservativen Nationen können nicht abseits stehen, schon ihre Interessen zwingen sie, ihren Völkern mehr ökonomische und politische Freiheit zu geben. Diese europäische Einheit setzt Gleichheit der Nationen voraus, nur bei Gleichheit der industriellen Entwicklung ist eine Union möglich (die deutschen Staaten können mit Preußen einen Zollverein schließen, mit England nicht). Die gemeinsamen industriellen Interessen werden Kriege verhindern, vor allem wenn die Bevölkerungsmehrheit entscheiden kann. Als Institutionen nennt er Schiedsgerichte. Die werden nötig bleiben, weil die Völker außer Interessen auch Leidenschaften haben.
Ch. XXVI *L'unité de langue, de monnaies, de poids et mesures*
Ch. XXVII *Le sentiment religieux*
Ohne Religion würde diese ganze Entwicklung zu materialistisch und anti-sozial.

De la paix, de son principe et de sa réalisation : ouvrage couronné en 1842 par la Société de la Morale Chrétienne. – Paris : Capelle, 1842. – XV, 456 S.
Krieg widerspricht dem Christentum (er preist Jesus Christus und beschimpft Mohammed) und dem wahren Wohlstand der Völker (dieser sehr lange Teil ist sehr rhetorisch). Er unterscheidet indirekte und direkte Friedensstrategien. Indirekte sind Erziehung, Friedensgesellschaften, wissenschaftliche Kongresse, Volksbibliotheken, Industrie, internationale Wirtschaftsbeziehungen, ein kosmopolitisches Budget, Abrüstung, Umbau der Armeen in Arbeitseinheiten und Milizen (eine vollständige Abrüstung ist eher gefährlich), Eisenbahnen und Kolonisation als internationale Gemeinschaftsunternehmen, Repräsentativverfassung. Direkte Mittel sind Formen internationaler Organisation. Absolute Unabhängigkeit kommt allein Gott zu, Menschen und Nationen sind der Gerechtigkeit unterworfen (im Christentum, das Altertum hatte die Nation überfrachtet). Es muß ein internationales Tribunal geben. Die Nationen bleiben Ordnungsprinzip (in einer Stufenordnung Familie, Stadt, Provinz, Nation). Keine Nation soll eine andere bedrängen. Internationale Verrechtlichung stellt er sich in Phasen vor: erst einen Kongreß, der den Frieden erhält, dann einen ständigen Kongreß, eine Konföderation friedlicher Völker (nach Vorbild des ersten amerikanischen Kongresses), ein Repräsentativsystem aller Völker (nach Vorbild des späteren amerikanischen Kongreß), eine internationale Regierung (nach Vorbild konstitutioneller Regierungen) und zuletzt „die freiwillige Vereinigung der Völker auf Basis vollständiger Gleichheit".

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Des armées dans leur rapports avec l'industrie, la morale et la liberté, ou : Des devoirs civiques des militaires ; ouvrage couronné en 1842 par la Société de la Morale Chrétienne. – Paris : Capelle, 1842. – VIII, 284 S.
Das stehende Heer ist moralisch und politisch gefährlich und ökonomisch unnütz. Der *esprit guerrier* ist unvereinbar mit den friedlichen Zielen der Völker. Die stehenden Heere müssen ersetzt werden durch Einheiten mit einem zivilen Charakter, die statt absolutem Gehorsam einen am Recht orientierten vernünftigen Gehorsam haben. Soldaten und Zivilisten müssen denselben Regeln unterworfen werden. In der Moderne müssen das die Regeln des Zivillebens sein. Er macht Vorschläge für neue Disziplin, stärkeren Anteil von Reservetruppen, Umbau der Heere zu Arbeitseinheiten für öffentliche Arbeiten und zuletzt Milizen. Nur so ist das Militär mit der Zivilisation und dem dauerhaften Frieden vereinbar. Wenn alle Soldaten sind, ist keiner mehr Soldat.

4.1.3.3 Victor Considerant

1808-1893, Offizier, fourieristischer Publizist, Abgeordneter 1848/49, Exil in den USA, 1869 Rückkehr. Biographie: Jonathan Beecher, *Victor Considerant and the Rise and Fall of French Romantic Socialism*. – Berkeley, Cal. 2001 (überarbeitete französische Übersetzung 2012); Michel Vernus, *Victor Considerant : démocrate fouriériste*. – Paris 2009.

Victor Considerant war der führende Sprecher des Fourierismus nach dem Tode Fouriers. Von Fourier hat er gelernt, daß die endgültige Ordnung eine langfristige Annäherung in welthistorischen Phasen sein wird. Es gibt einen einheitlichen welthistorischen Prozeß in Arbeitswelt und Staatenwelt: am Anfang isolierte Existenz und mangelnde Organisation von Individuen und Völkern, am Ende die harmonische Organisation von Individuen und Völkern. Aufgabe der Gegenwart ist, friedliche Annäherung an Assoziation, Organisation, Institution voranzubringen. Die europäische Einheit, die Ausgangspunkt der Einheit der Welt sein wird, kann weder durch Machtpolitik noch durch einen Plan zum ewigen Frieden kommen, sondern als Organisation der Industriegesellschaft durch Kongresse (sein Ausgangspunkt war die medizinische Zusammenarbeit in Europa). Wenn die Kongresse eine Institution werden, kann die *souveraineté insociale* durch eine *souveraineté générale* abgelöst werden (*La paix ou la guerre*. – Paris 1839). Die Initiative muß Frankreich ergreifen, die Rolle des Befreiers gehört traditionell Frankreich. *Pacifique* setzt er nicht nur mit *organisatrice* gleich, sondern auch mit *généreuse*, eine Anknüpfung an das Selbstverständnis der französischen Republikaner, daß Frankreich international durch Großzügigkeit ausgezeichnet sei (*Principes du socialisme : manifeste de la démocratie au XIX siècle*. – Paris 1847. – S. 67-68; Text von 1843). In späteren Krisen hat Considerant direkt zur europäischen republikanischen Föderation aufgerufen (es sind immer nur Aufrufe, immer nur wenige Seiten). Das republikanische, zivilisierte, industrielle Europa steht gegen das feudale, barbarische, kriegerische Europa. Grenzen werden bedeutungslos werden, Staaten nur noch Provinzen eines durch wissenschaftliche, industrielle, künstlerische Beziehungen vereinten Europa sein (*Dernière guerre et la paix définitive en Europe.* – Paris 1850, Neudruck in: *Five Views on European Peace*

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

: Reorganization of the European Community in der Garland Library of War and Peace New York 1972). 1870 ist das Vorbild der USA deutlicher. Den Bürgerkrieg gegen Sklavenhalter rechtfertigt er. Gegen die jakobinische Republik feiert er den Föderalisten Anarchasis Cloots (siehe Bd. I, 445-448). Die neue französische Republik wird keinen Außenminister und keinen Religionsminister brauchen (*La France imposant la paix à l'Europe : lettre aux membres du gouvernement provisoire de la République*. – Paris 1870). Mit der absoluten Souveränität fällt der Einheitsstaat: er verteidigt die Pariser Kommune und pazifistische Geschäftsleute gegen die nationalistischen Literaten und Rhetoren der Nationalregierung in Versailles. Sozialismus ist kein Thema mehr, es gibt nur noch vage Hinweise auf *travail*, *liberté*, *justice*, *fraternité* (*La paix en 24 heures dictée par Paris a Versailles : adresse aux Parisiens*. – Paris 1871). Zu Considerant im Deutsch-Französischen Krieg 1870-1871: Beecher a.a.O. S. 396-421.

Christine Held-Schrader, *Sozialismus und koloniale Frage : die überseeische Expansion im Urteil früher französischen Sozialisten*. – Göttingen 1985. – S. 57-64 führt Considerant als den ersten an, der auf den Zwang Englands zur Expansion hingewiesen hat, aber noch nicht durch eine ökonomische Analyse. Der Industriestaat braucht Rohstoffe und Absätzmärkte. Diese Tendenz zur Weltwirtschaft durch Kolonisation begrüßt Considerant durchaus. 1847 leitet er die Expansion aus der Unterkonsumtion der pauperisierten Arbeiter ab.

De la politique sociale considérée comme devant être la politique de la France – application à la question d'Orient, in: La Phalange No. 41, 1 Septembre 1839
Théorie des alliances, in: La Phalange No. 42, 15 Septembre 1839
Des Congrès européens, in: La Phalange No. 43, 1 Octobre 1839
Rôle de la diplomatie dans le mouvement social, in: La Phalange No. 44, 15 Octobre 1839
Buchausgabe: De la politique générale et du rôle de la France in Europe. – Paris : Bureau de La Phalange, 1840. – 160 S.
England („un vampir social") ist der egoistischste aller Staaten, Rußland tendiert zur internationalen Einheit – aber durch Unterdrückung. Nur Frankreich kann für die Einheit der Nationen wirken, es unterdrückt nicht, es organisiert ihre Assoziation. Der Allianz der kontinentalen Staaten unter französischer Führung können England und Rußland einst beitreten. Die endgültigen Formen der Einheit der Menschheit ist noch nicht zu erkennen. Die europäische Einheit wird die Form eines Kongresses annehmen. Brutale Gewalt wird von industriellen Nationen nicht mehr gewünscht, wir erleben den Übergang von Beute und Krieg zu industrieller und produktiver Aktivität. Bisher konnte man über Pläne für den ewigen Frieden spotten: Vernunft allein kann den Krieg nicht besiegen, Frieden muß aus Interessen der Wirtschaft kommen. Bisher gab es Kongresse nur zufällig, sie müssen Institution werden. Wie alle dauerhafte Autorität erhalten sie ihre Legitimität durch sozialen Nutzen. Er ordnet diesen Übergang in die fourieristische Geschichtsphasen ein: in Europa hat die Menschheit den Zustand der *incohérence* bereits verlassen, aber den Zustand der *unité* oder *harmonie* noch nicht erreicht. Ob der Zustand perfekter Harmonie jemals kommt, ist ungewiß. Aber die Menschen haben mehr Bedarf an Frieden. Daran muß die Politik sich orientieren.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Auf dem Titelblatt der Buchausgabe 1840 erscheint übrigens die Maxime *Si vis pacem, para pacem* erstmals in pazifistischer Absicht.

Ganzin, Michel
La pensée européenne de Victor Considerant : un prophétisme democratique, in: Europe et état (II) : Actes du Colloque de Nice (17-18-19 septembre 1992). – Aix-en-Provence : Presses universitaires d'Aix-Marseilles, 1993. – S. 52-90
Auch in: L'Europe entre deux tempéraments politiques : idéal d'unité et particularisme régionaux / ed.: Michel Ganzin et Antoine Leca. – Aix-en-Provence : Presses universitaires d'Aix-Marseilles, 1994. – S. 105-132
Die entscheidenden Kategorien für die europäische Organisation sind die Fortschrittsidee (das gemeinsame Europa als eine Frucht von Wissenschaft und Industrie) und die Rolle Frankreichs als *la nation prédestinée* (gegen das egoistische England und gegen Bellizismus). Wir hören nur wenig über Institutionen. Klar ist nur, daß diese Föderation die Selbständigkeit der Nationen garantieren soll. Der europäischen Einheit, die Considerant sich immer als eine Naherwartung vorstellt, folgt in fernerer Zukunft ein weltweiter ewiger Frieden, dessen Form aber noch undeutlicher bleibt.

Rolland, Patrice
Considerant et le débat sur la fédération européenne, in: Cahiers Charles Fourier no. 19 (2008) S. 135-154
Considerants außenpolitisches Denken kommt nicht aus Fouriers Utopien, sondern aus der traditionellen französischen Annahme, daß Industrie und Handel zum Frieden führen. Wie die republikanischen Nationalisten der 1830er und 1840er Jahre kann er sich Völker nur in Harmonie vorstellen. Aber anders als bei den Liberalen stellt sich das pazifistische Europa nicht von alleine her. Wie die Gesellschaft der Individuen benötigt die Gesellschaft der Nationen die Garantie eines gemeinsamen Rechtes. Dieses Interesse am Recht unterscheidet Considerant von anderen Sozialisten. Seine Vorstellung europäischer Einheit wird immer präziser. Vorbild ist die amerikanische Föderation, an der er den antimilitärischen Zug betont. Die friedliche Föderation ist eine Föderation von Handelsstaaten, die die militärische Vergangenheit überwunden haben.

Arthur de Bonnard (1805-1875), Fourierist, Arzt, Genossenschaftler, hat einen Text zur europäischen Föderation publiziert. Im Kern ist es eine neue Landkarte Europas (die Kolonialansprüche inbegriffen), klar gegen Rußland (und fast so klar gegen Großbritannien). Bonnard wäre einer der Sozialisten, die zu europäischen Föderalisten wurden, wenn wir seinem Titel und der einen Seite über ein Conseil Amphictyonique ou Congrès permanent d'Europe so ernst nehmen wollten (*Confédération européenne : paix universelle*. – Paris 1867). Nach dem Deutsch-Französischen Krieg erschien ihm Jeanne d'Arc und er begründete Wallfahrten für die Befreiung von Elsaß und Lothringen. Vgl. Bernard Desmars im On-line-Lexikon der Fourieristen (http://charlesfourier.fr/article.php3?id_article=548).

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Jean-Baptist André Godin (1817-1888), ein Fabrikant, der für seine Arbeiter ein fourieristisches Phalanstère gegründet hatte (das – im Gegensatz zu anderen – lange funktionierte), verknüpft den internationalen Frieden nicht mit dem fourieristischen Modell. Es ist ein Schiedsgericht/Kongreß-Modell. Er hätte gern in ganz Europa Republiken, rechnet aber damit, daß die nicht so bald kommen werden. Das europäische Friedensbündnis wird als Zusammenarbeit republikanischer und konstitutioneller Staaten beginnen. Ein Umbau von Staaten in sozialistische Gesellschaften spielt trotz des Titels seines Buches keine Rolle (*Le gouvernement : ce qu'il a été, ce qu'il doit être et le vrai socialisme en action.* – Paris 1883). Vgl. J.-L. Puech, *La tradition socialiste en France et la Société des Nations*. – Paris 1921. – S. 110-116; *Biographical Dictionary of Modern Peace Leaders*. – Westport, Conn. 1985. – S. 334-336.

4.1.4 Pierre-Joseph Proudhon

1809-1865, Sohn eines Arbeiters. Linguistische, philosophische und juristische Studien. Drucker, leitender Angestellter einer Spedition. Philosophischer, ökonomischer und politischer Schriftsteller. 1848/49 Abgeordneter der Nationalversammlung, 1849-1862 Gefängnis und Exil. Biographie: Pierre Haubtmann, *Pierre-Joseph Proudhon : sa vie et sa pensée*. – Paris 1982-1988. Zur Einführung taugen die biographisch angelegten Monographien: Célestin Bouglé, *La sociologie de Proudhon*. – Paris 1911; Robert L. Hoffman, *Revolutionary Justice : the Social and Political Theory of P.-J. Proudhon*. – Urbana, Ill. 1972; K. Steven Vincent, *Pierre-Joseph Proudhon and the Rise of French Republican Socialism*. – New York 1984. Einführung in Proudhons Begriffe: *Dictionnaire Proudhon* / sous la direction de Chantal Gaillard et Georges Navet. – Bruxelles 2011.

Schon seine Zeitgenossen hatten Schwierigkeiten, Proudhons Denken zu klassifizieren, das 20. Jahrhundert, das stärker auf Disziplinen und ihre Methoden setzte, noch mehr. Er hat philosophische Werke geschrieben, die Fachphilosophie hat sich kaum dafür interessiert. Er könnte ein Ökonom sein, wurde aber sofort aus der Wissenschaft gewiesen und im 20. Jahrhundert kaum noch beachtet, denn seine ökonomischen Bücher handeln von den Grundlagen des Rechts und der Herrschaft. Im 20. Jahrhundert wurde Proudhon häufig als Soziologe verstanden, aber die Soziologie zählt ihn nicht zu ihren Klassikern. Sein letztes philosophische Werk, *De la Justice dans la Révolution et dans l'Eglise* 1858, geht von Erkenntnistheorie und Metaphysik über Geschichtsphilosophie, Wissenssoziologie, Anthropologie, Psychologie, Politische Ökonomie zur Soziologie des Staates und der Familie. Man hat ihn zum Autodidakten erklärt, aber dieses Urteil übersieht den essentiell antiphilosophischen Charakter aller originellen Philosophie im nach-hegelianischen 19. Jahrhundert. Am besten ist Proudhon als ein früher Praktiker kritischer Theorie und Ideologiekritik zu verstehen. Proudhons Programm einer *philosophie populaire* ist gegen *philosophie pour la philosophie* gerichtet. Das Volk hat alle Voraussetzungen zu philosophieren und die Zeit dazu ist gekommen. Von Kant hat Proudhon den Primat der praktischen Philosophie und die Antinomienlehre, die er auf die gesamte Philosophie ausweitet, übernommen. Der Bereich des Absoluten ist Menschen nicht zugänglich. Der Abso-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

lutheitsanspruch der Theorie, die immer ein Versuch ist, Macht zu fundieren, muß bekämpft werden. Proudhon braucht Gott, das Transzendente, das Absolute als Gegenpart des Menschen. Allein die Idee Gottes kann uns zu Gerechtigkeit helfen, aber wir können die Gerechtigkeit nur im Kampf gegen Gott, das Absolute und die Kirche verwirklichen. Menschliche Ideen stehen immer antinomisch zu einander. Widersprüche zwischen Lehrmeinungen sind nicht Irrtum, sondern das Wesen der Wahrheit. Ursprung der Ideen ist die Arbeit; Arbeiter generieren neue Ideen, nicht Philosophen. Der kritische Philosoph kann nur Widersprüche analysieren. Damit verweist diese kritische Theorie auf einen historischen Prozeß: Generierung und Durchsetzung von Ideen ist ein Kampf der Gruppen mit eigenem Bewußtsein. Also Klassenkampf. Proudhon ist ein Philosoph der Menschenwürde, die kein Postulat sein darf, sondern aus dem Recht der Arbeit (nicht „Recht auf Arbeit", das wäre nur die Barmherzigkeit, wie sie die Kirche verspricht) und dem Kampf kommt. Weil es ein Kampf ist, kommt es auf *force* an. Dieser Grundbegriff Proudhons hat keine volle deutsche Entsprechung; es ist Stärke, Macht, Gewalt. Das Recht braucht *force*, *force* braucht Recht. *Justice* (Gerechtigkeit/Recht) ist zugleich transzendentales Prinzip, kosmologische Kraft, angeborene Charaktereigenschaft, historische Realität, die wir erst allmählich wahrnehmen, Zukunftsaufgabe, deren Inhalt erst noch (in einem wohl endlosen Deliberationsprozeß) bestimmt werden muß. Proudhon sieht als seine Leistung an, die Theorie des Rechts/der Gerechtigkeit zu einer „théorie réaliste" gemacht zu haben. *Justice* ist nicht nur das Ziel der menschlichen Geschichte, sie ist auch ihre Voraussetzung. *Justice* ist die Idee, die Philosophie und Sozialprozeß erst möglich macht. *Justice* ist eine Eigenschaft von Institutionen, die den Prozeß der Deliberation ermöglichen. *Justice* ist anthropologisch fundiert, aktuell aber erst seit der Französischen Revolution und vollendet wird sie erst, wenn die Arbeiter diese Idee ergriffen haben und mit Klassenbewußtsein für sie kämpfen werden. Die Öffentlichkeit als Frucht der Revolution prüft die Ideen, wissenssoziologisch beruht die *raison publique* auf der *groupe travailler*. Das angeborene Gewissen sagt, daß die Geschichte der Triumph der *justice* über den Egoismus ist, im Einzelnen ist das Ende offen. Proudhons Geschichtstheorie ist Konflikttheorie. Konflikte können nur als Fortführung der Geschichte bearbeitet werden. Proudhon ist in einem historischen Zeitalter einer der historischsten Denker. Dennoch gibt es eine lange Kette von Urteilen (Karl Marx, Ludwig Gumplowicz, Martin Buber), die Proudhon historisches Denken absprechen; sie suchten beim ihm nach einer materialistischen Dynamik der Geschichte und haben den historischen Kampf der Ideen im Prozeß der *raison publique* nicht erkannt. Proudhons letzte Darstellung seiner Philosophie ist *De la Justice dans la Révolution et dans l'Eglise,* Studien 6, 7 und 9; das Werk heißt in der 2. Auflage 1860 *Essais d'une philosophie populaire* und beginnt mit einem Programm *Philosophie populaire*. Die großen Philosophiehistoriker am Ende des 19. Jahrhunderts wie Marin Ferraz und Friedrich Jodl haben noch versucht, Proudhons Platz in der Philosophiegeschichte zu bestimmen. Danach ist er aus der Fachphilosophie verschwunden. Einer Philosophie, die vorsokratische und postkantianische Momente hat, wird nicht länger getraut.

Vgl. Friedrich Jodl, *Geschichte der Ethik als philosophischer Wissenschaft*. – 3. Aufl. – Stuttgart 1923. – S. 294-307; Georges Gurvitch, *L'idée du social*. – Paris 1932. – S. 327-406 *La synthèse proudhonienne* (Neudruck Aalen 1972);

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ders., *Proudhon : sa vie, son œuvre ; avec un exposé de sa philosophie*. – Paris 1965; Henri de Lubac SJ, *Proudhon et le christianisme*. – Paris 1945. – S. 210-245 (engl. Übersetzung 1948 u.d.T.: *The Un-marxian Socialist : a Study of Proudhon*); Peter Heintz, *Die Autoritätsproblematik bei Proudhon : Versuch einer immanenten Kritik*. – Köln 1956, Édouard Jourdain, *Proudhon, Dieu et la guerre : une philosophie du combat*. – Paris 2006.

Zu Proudhons negativer Theologie: Henri de Lubac SJ, *The Un-marxist Socialist : a Study of Proudhon*. – New York 1948, französ. Original 1945 u.d.T.: *Proudhon et le christianisme*; Pierre Haubtmann, *P.-J. Proudhon : genèse d'un antitheiste*. – Paris 1969 (die Frage nach Proudhons Religion ist darüber hinaus in allen biographischen und exegetischen Werken zu Proudhon von Mgr Pierre Haubtmann präsent); Bernard Voyenne, *Proudhon et Dieu : le combat d'un anarchiste*. – Paris 2004; Éduard Jourdain, *Proudhon, Dieu et la guerre* a.a.O.; Frédéric Krier, *Sozialismus für Kleinbürger : Pierre Joseph Proudhon – Wegbereiter des Dritten Reiches*. – Köln 2009. – S. 178-282 *Antitheismus, Judentum und Christentum*.

Ein „Programm" seiner Geschichtstheorie hat Proudhon in *Philosophie du progrès* 1853 gegeben, eine Ausführung ist *De la Justice dans la Révolution et dans l'Eglise* 1858 letztlich in allen 12 Studien, v.a. Studie 9, *Progrès et décadence*. Vgl. zur Geschichtsphilosophie Peter Heintz a.a.O. S. 15-80; Aaron Noland, *History and Humanity : the Proudhon Version*, in: *The Uses of History : Essays in Intellectual and Social History Presented to William J. Bossenbrook* / ed. by Hayden V. White. – Detroit 1968. – S. 59-105; William H. Harbold, *Progressive Humanity in the Philosophy of P.-J. Proudhon*, in: Review of Politics 21 (1969) 28-47; Pierre Haubtmann, *La philosophie sociale de P.-J. Proudhon*. – Grenoble 1980. – S. 131-146 *La philosophie du progrès*.

Proudhons Ökonomie ist ein früher Versuch einer Kritik der Politischen Ökonomie, er folgt dem historischen Gang der Theorien als einer Kette von Versuchen der Ökonomen, die Verhältnisse zu rechtfertigen, und der Sozialisten, sie summarisch abzulehnen. Er begriff, daß innerhalb der Ökonomie keine Lösung möglich war, weil die Politische Ökonomie die Sphäre der Gerechtigkeit nicht mehr fassen konnte. Seine positive Darstellung der gerechten Ökonomie hat er nicht vollendet und nach seinem Ansatz konnte das auch nicht geleistet werden: die neue Ökonomie muß aus den Ideen und dem Klassenbewußtsein einer realen Arbeiterbewegung kommen (die Volksbank war Proudhons eigene Idee). Fragmente seiner positiven Sozialphilosophie haben Proudhon die Bezeichnung „Vater des Anarchismus" eingebracht. Klar ist aber nur sein Kampf gegen etatistischen Sozialismus. Umstritten ist, ob seine Vorschläge „Anarchismus" (um 1850), „Föderalismus" (wenn er von politischen Institutionen spricht), „Mutualismus" (wenn er von ökonomischer Ordnung spricht) eine Einheit bilden. Die Idee des Föderalismus ist gegen den aktuellen Zentralismus gerichtet, der Mutualismus ist ein Ziel, das ins Auge gefaßt werden kann, wenn die Herrschaft des Rechts der übliche Zustand geworden ist. Man muß diesen historischen Charakter bei Proudhon immer bedenken. Es geht nicht um die Einrichtung einer ausgedachten neuen Ordnung, sondern um die Transformation bestehender Verhältnisse. Er hat Anarchismus als theoretisch wahr akzeptiert, die historische Aktualität hat er bezweifelt. Die Freiheit bei Proudhon sieht nie nach einem kosmopolitischen Auf-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

bruch aus. Als Antifeminist war er selbst in seinem nicht gerade feministischen Jahrhundert berüchtigt (später ist auch noch seine Homophobie bemerkt worden). Das muß als ein Grundmerkmal seines Systems begriffen werden: Gerade weil Gerechtigkeit auf Konflikt und Aushandeln beruht, hat er den Bereich der Familie völlig vom Bereich der Macht und der Gerechtigkeit getrennt. Das weibliche Prinzip soll in der Familie wirken, aber nur in der Familie. Auch Proudhons Antisemitismus ist Teil des Systems, sein Bild des Juden ist das Gegenbild zum Arbeiter: Juden sind heimatlos und produzieren nicht.

Zur Politischen Theorie: K. Steven Vincent, *Pierre-Joseph Proudhon and the Rise of French Republican Socialism*. – New York 1984 (biographisch); Alan Ritter, *The Political Thought of Pierre-Joseph Proudhon*. – Princeton 1969 (theoretische Analyse); Èdouard Jourdain, *Proudhon, un socialisme libertaire.* – Paris 2009; ders., *Proudhon contemporain*. – Paris 2018. Zur Souveränität des Rechtes: Anne-Sophie Chambost, *Proudhon et la norme : pensée juridique d'un anarchiste*. – Rennes 2004. Zum Mutualismus: Jean Baucal, *Proudhon : pluralisme et autogestion*. – Paris 1970; Marion Schweiker, *Der Mutualismus Pierre-Joseph Proudhons als Grundlage einer föderativ-demokratischen Neuordnung Europas*. – Göttingen 1996. – S. 103-339; *Corpus : revue de philosophie* No. 47 (2004) Themenheft Proudhon. Zum Föderalismus: Célestin Bouglé, *Proudhon fédéraliste*, in: *Proudhon et notre temps* / Amis de Proudhon. – Paris 1920. – S. 239-255; J.-J. Chevallier, *Le fédéralisme de Proudhon et de ses disciples*, in: *Le fédéralisme* / par Gaston Berger ... – Paris 1956. – S. 87-127; Bernhard Voyenne, *Le fédéralisme de P.-J. Proudhon*. – Paris 1973, dt. Übersetzung Frankfurt am Main 1982; Karl Hahn, *Föderalismus : die demokratische Alternative ; eine Untersuchung zu P.-J. Proudhons sozial-republikanisch-föderativem Freiheitsbegriff*. – München 1975; Patrice Rolland, *Le fédéralisme, un concept social global chez Proudhon*, in: Revue du droit public et de la science politique en France et a l'étranger 109 (1993) 1521-1546; Fawzia Tobgui, *Le fédéralisme de Proudhon : mort de l'État?*, in: *Quel au delà pour la nation : mondialisme, internationalisme, fédéralisme ...?* – Paris 1999 (Cahiers de la Société P.-J. Proudhon) S. 61-77. Vgl. zu Proudhons Familienvorstellungen: Petra Weber, *Sozialismus als Kulturbewegung*. – Düsseldorf 1989. – S. 196-210. Vgl. zu Proudhons Antisemitismus: Frédéric Krier, *Sozialismus für Kleinbürger* a.a.O. S. 178-282; Werner Portman, *Proudhon und das Judentum, ein kompliziertes Verhältnis, in: „Antisemit, das geht nicht unter Menschen" : anarchistische Positionen zu Antisemitismus, Zionismus und Israel* / hrsg. von Jürgen Mümken und Siegbert Wolf. – Bd. 1, *Von Proudhon bis zur Staatsgründung*. – Lich 2013. – S. 39-79.

Proudhon hatte eine beträchtliche intellektuelle Wirkung in peripheren Ländern wie Portugal oder Rußland, in Ländern mit einem moderneren arbeitsteiligen Wissenschaftsbetrieb gab es keine nachhaltige Wirkung. Proudhons Themen hatten eine starke Bedeutung in der Philosophie des 20. Jahrhunderts, aber Pragmatismus, Ideologiekritik, Wissenschaftssoziologie, Sozialkonstruktivismus haben nie systematisch an ihn angeknüpft. Faßbar ist seine Wirkung auf politische Theorien der Anarchisten, Sozialisten, Föderalisten und Faschisten. Marx' Kritik der politischen Ökonomie knüpft an ihn an, aber er wurde ein besonders beharrlicher Anti-Proudhonist. Bakunin blieb sein Schüler. Proudhon hatte eine

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

starke Wirkung in der französischen Arbeiterbewegung: in der Lösung von den bürgerlichen Republikanern, in der Pariser Kommune, noch im frühen 20. Jahrhundert im (gewerkschaftlichen) Syndikalismus als Reaktion auf den revisionistischen Sozialismus. Georges Sorel hat bei Proudhon den Kampfcharakter der Arbeiterbewegung gelernt, aber aus „Ideen" ist „Mythos", aus „force" ist „violence" geworden. Célestine Bouglés Solidarismus und Léon Duguits (juristischer) Syndikalismus sind von Proudhon angeregt worden. Proudhon wird zum unmarxistischen und französischen Sozialisten par excellence. Der Cercle Proudhon 1911 bis 1914 war ein (gescheiterter) Versuch, die syndikalistische Arbeiterbewegung zur monarchistischen Action française zu locken. Aus Sorels Heroisierung des Arbeiters wird Proudhon als Held, eine „version contemporaine du Cato des Romains, paysan-soldat, âpre à la guerre comme dans le travail" (Géraud Poumarède). Die Vichy-Parole „Travail, Famille, Patrie" sollte auch nach Proudhon klingen. Vichy ist offenkundig eine Parodie auf Proudhon, aber auch die föderalistischen, personalistischen, korporatistischen Proudhonisten der 1930er und 1940er Jahre sind fast alle als *ni droite, ni gauche* klassifiziert worden. So bekannt Proudhon als „Vater des Anarchismus" ist, in gegenwärtigen anarchististischen oder post-anarchistischen Theorien haben post-nietzscheanische kritische Philosophen seinen Platz eingenommen.

Zur Rezeption links und rechts: *Proudhon, l'éternel retour*, in: Mil neuf cent : revue d'histoire intellectuelle No. 10 (1992). Zu links oder rechts: Patrice Rolland, *La référence proudhonienne chez Georges Sorel*, in: Cahiers Georges Sorel No. 7 (1989) 127-161. Zu rechts: Georges Navet, *Le Cercle Proudhon (1911-1914) : entre le syndicalisme révolutionnaire et l'Action française*, ebd. S. 46-63; Géraud Poumarède, *Le Cercle Proudhon ou l'impossible synthèse*, in: Mil neuf cent 12 (1994) 51-86; Frédéric Krier, *Sozialismus für Kleinbürger : Pierre Joseph Proudhon – Wegbereiter des Dritten Reiches*. – Köln 2009 (das Ergebnis ist magerer als der Titel ohne Fragezeichen suggeriert, auch wegen der Beschränkung auf die magere deutsche Rezeption). Zu Bouglé, Duguit und der Suche nach demokratischen Alternativen zur 3. Republik: Anne-Sophie Chambost, *Proudhon et les juristes : actualitè de la pensèe proudhonienne au tournant du XIXe siècle*, in: *Droit, politique et littérature : mélanges en l'honneur du Professor Yves Guchet* / études coordonnés par Pascal Morvan. – Bruxelles 2008. – S. 15-34. Beispiel eines Post-Anarchismus der stark auf Proudhon zurückgreift: Daniel Colson, *Petit lexique philosophique de l'anarchisme : de Proudhon à Deleuze*. – Paris 2001).

Proudhons Interesse an internationaler Politik ist spät. 1848 hat er noch „girondistische Träume von natürlichen Grenzen und unterdrückten Völkern" (Madeleine Amoudruz). Begeisterung für brüderliche Interventionen fehlte bereits. Zum Friedenskongreß in Paris 1849, meinte er nur, den allgemeinen Frieden werde es erst geben, wenn das Volk nicht länger unterdrückt ist. Gerade deshalb erwartete er rasch neue internationale Beziehungen: Hätten wir mehr Vertrauen in die Revolution, würden wir nicht mehr von Außenpolitik reden; der Revolution in einem Land werden die anderen Länder folgen. Dann wird es keine Zentralisation und keine politischen Nationen mehr geben. So wird das Problem des Weltstaates gelöst und die Träume Napoléons und des Abbé Saint-Pierre werden wahr. Die neue Ökonomie wird weltweit gelten: „Die Harmonie regiert, ohne Diplomatie

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

und ohne Konzil, bei den Nationen; nichts kann sie mehr stören“ (*Idée générale de la révolution au XIXe siècle* 1851, Rivière-Ausgabe 1923. – S. 331-337). In diesem Text ist Proudhon zugleich dem Anarchismus und einer kosmopolitischen Weltgesellschaft am nächsten gekommen. Immer, wenn nach der Internationalen Theorie des Anarchismus gesucht wurde, mußte man sich an diese Stelle halten. Hans Morgenthau hat sie in seinem Feldzug gegen das Verschwinden der Politik in einer „science of peace“ aufgespießt; Proudhon rückt da nahe an den von ihm dauernd verspotteten Cobden (*Scientific Man vs. Power Politics*. – Chicago 1946. – S. 78 und 90). Seit 1859 schreibt Proudhon an seinem Werk über Krieg und Frieden. Er versucht zu zeigen, wie stark die Legitimität des Krieges im allgemeinen Bewußtsein der Menschheit verankert ist; wie die Sicherheit aller Rechtsbereiche auf dem ursprünglichen Recht der Gewalt beruht; wie aus der Legitimität dieses Rechts des Krieges eine Begrenzung der Kriege folgt; daß die realen Kriege nicht legitim sind, weil ihre Ursache nicht politisch ist, sondern das fehlende ökonomische Gleichgewicht; daß der Krieg in sozialen Kampf transformiert werden muß. Es geht bei Proudhon nie um die bekannte Juristenfrage eines Krieges ums Recht, sondern um das ursprüngliche Recht der Gewalt und des Krieges und warum es in der Moderne des Pauperismus seine Legitimität verliert. Proudhon hat als erster eine Theorie des Krieges geschrieben, einen umfassenden Versuch, den Krieg sozialwissenschaftlich und normentheoretisch zu begreifen (Theorien der Kriegführung sind dagegen traditionell). Auch nach Proudhon gab es nur wenige solche Versuche. Die Schwächen des Buches sind deutlich: der vieldeutige Begriff der *force*; die Trennung des Krieges in der Idee und in der Realität; die Kontinuität von Krieg und gesellschaftlicher Auseinandersetzung (Robert Hoffman schiebt das auf den Mangel einer Sprache der dynamischen Soziologie); die summarische Ableitung aller Rechte aus dem Recht der Stärke; die extreme Reduzierung der gegenwärtigen Kriegsursachen auf den Pauperismus. *La guerre et la paix* hat eine komplexe historische Struktur. Der Krieg scheint der Vorzeit anzugehören, aber wir akzeptieren das Urteil der Schlachten noch immer; der Krieg ist eine ursprüngliche Idee der Menschheit, hat aber seinen politischen Nutzen überlebt. Von J.-L. Puech 1910 bis Alex Pritchard 2013 ist die historische Struktur des Arguments betont worden. Proudhon gehört in die Reihe der Kriegssoziologen des 19. Jahrhunderts, die eine Transformation des Krieges beschreiben und vorhersagen: Comte, Spencer, Novicow. Er hat eine klassische Beschreibung des Militarismus: seit die Militärs nicht mehr fremde Nationen plündern, plündern sie durch *gouvernementalisme* die eigene Gesellschaft. Zu seinem Urteil über den Militarismus muß man auch seine Aufzeichnungen über die politische Bedeutungslosigkeit Napoléons heranziehen, eine Kritik des Heroismus in seinem letzten Stadium (*Napoléon I : manuscrits inédits*. – Paris 1898). Die einzige große Kriegstheorie des 19. Jahrhunderts ist wie alle großen Theorien des Jahrhunderts historisch angelegt, aber nicht das einfache Zukunftsversprechen einer „science of peace“. Proudhon war immer ein Gegner der freiwilligen Unterwerfung. *Force* ist ein Teil der Menschenwürde. Wenn wir von Proudhon aus zurückschauen, wird die Kontinuität des französischen „Bellizismus“ seit Cousin (mit dem er nichts zu tun haben will) deutlich: Es ist ein Versuch die Verträge von 1815, die auf Sieg/Niederlage zurück gingen, als Ausgangspunkt der aktuellen internationalen Beziehungen zu akzeptieren. Wenn wir nach vorne schauen, fallen die Ähnlichkeiten zu Nietzsche auf: Alles Recht

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

kommt aus dem *droit de la force*, das wir als Manifestation der ursprünglichen Schöpfungskraft mit Nietzsches Willen zur Macht identifizieren können. Auch Nietzsche versucht damit die Gültigkeit von Verträgen zu begründen (Proudhon hat er wohl nicht gelesen, aber auch außerhalb der Kriegstheorie gibt es viele strukturelle Übereinstimmungen). Der Unterschied zu Nietzsche ist, daß Proudhon zwei „göttliche" Prinzipien hat: Krieg *und* Frieden gehen auf die ursprüngliche Schöpferkraft zurück.

La guerre et la paix war ein Buchhandelserfolg, aber die Zeitgenossen haben dann wenig damit anfangen können. Sie haben es für eine Apologie des Krieges gehalten und sind nur selten bis zur Kritik des Pauperismus gekommen. Später hat man sich für den Pauperismus interessiert, aber selten an die Transformation des Krieges geglaubt. Ein Beispiel für die Schwierigkeiten, das Buch als Ganzes zu lesen, zeigt Panaite Juganaru, *L'apologie de la guerre dans la philosophie contemporaine*. – Paris 1933: Proudhon steht dort im Kapitel *Les apologies mystico-sentimentales* im Anschluß an de Maistre und neben deutschen Bellizisten und im Kapitel *Les théories positivo-évolutionistes* neben Comte und Spencer (der Soldat Juganaru urteilt übrigens, daß bei Proudhon Gewalt zu spirituell sei, eigentlich nur *la justice concrétisée;* Brutalität und Willkür, die zur militärischen Gewalt gehören, würden einfach abgespalten). Das Völkerrecht spielt in den Kommentaren keine Rolle; Nicolas Bourgeois bringt es fertig, es in dem Buch, in dessen Titel es steht, wegzulassen (*Les théories du droit international chez Proudhon : le fédéralisme et la paix*. – Paris 1927). Wilhelm Grewe (unten referiert) war der erste, der Proudhon als Völkerrechtstheoretiker erst nahm, anscheinend auch der letzte (über Proudhons Kritik des Pauperismus wundert er sich nur). Seit 1970 wird das Buch neu gelesen als Warnung vor dem ewigen Frieden ohne Spannungen, das Interesse am Krieg wurde zu einem allgemeineren Interesse an Kampf und Konflikt; das ist fast ausschließlich eine französische Lektüre. Einige Referate, die Proudhons Dialektik nicht zu stark vereinfachen: J.-L. Puech, *Proudhon et la guerre*, in: *Proudhon et notre temps* / Amis de Proudhon. – Paris 1910. – S. 203-238, v.a. 204-222; Aaron Noland, *Proudhon's Sociology of War*, in: *American Journal of Economics and Sociology* 29 (1970) 289-304; Alexis Philonenko, *Proudhon ou le silence des dieux*, in: Revue de métaphysique et de morale 77 (1972) 56-99, 166-182, Neudruck in: ders., *Essais sur la philosophie de la guerre*. – Paris 1976. – S. 99-158.

Während *La guerre et la paix* von den Grundlagen des Völkerrechts handelt, hat sich Proudhon in den folgenden Jahren mit dem Völkerrecht beschäftigt. Er hat Angst vor Weltkriegen zwischen Großstaaten, die keine internationalen Bindungen mehr anerkennen (vgl. den Brief vom 3. Mai 1860, deutsch zitiert bei Lutz Roemheld, *Integraler Föderalismus*, Bd. 1. – München 1977. – S. 68). Gegner sind die nationalistischen Demokraten und der Kaiser, die nichts mehr vom Friedensvertrag von 1815 wissen wollen. Der späte Proudhon besteht auf zwei Prinzipien: föderalistisch verfaßte Staaten sind friedensfähiger als zentralistische Nationalstaaten und allein die Kontinuität der einmal erreichten internationalen Verrechtlichung kann Ausgangspunkt weiterer Verrechtlichung sein. Der Föderalismus ist häufig kommentiert worden, die Kontinuität der Verträge nur selten. Proudhons Leistung war, die von Burke oder Adam Müller kommende konter-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

revolutionäre Idee der internationalen Gesellschaft in eine post-revolutionäre zu transformieren. Er hat zwei verschiedene Transformationsmodelle. Er kommt in *La Guerre et la paix* ohne Föderalismus aus und in den Schriften zum Föderalismus ohne Mutualismus. Seine Ökonomie ist utopischer als seine Politik. Aber allein die gerechte ökonomische Ordnung kann eine dauerhafte Basis eines friedensfähigen Völkerrechts sein. Proudhon verteidigt den prekären Normenfortschritt gegen vermeintlich sichere wissenschaftliche Lösungen (ewige Nationen und natürliche Grenzen). Das Geschichtsbild des Völkerrechtlers Proudhon ist das übliche Geschichtsbild des 19. Jahrhunderts mit der Erinnerung an den Triumph der Nationen über das Römische Reich. Aber die Nationen sind keine Einheit von Natur her, sondern Produkte des Kampfes. Nationen, die in diesem Kampf nicht untergegangen sind, sind heute nicht mehr gefährdet. Aber weder muß das unabhängige Italien ein Einheitsstaat werden (*La fédération et l'unité en Italie*. – Paris 1862), noch muß die polnische Nation einen eigenen Nationalstaat erhalten (Polen wurde nicht von der Natur, sondern von den Verträgen von 1815 geschaffen). Proudhon besteht darauf, daß die großen Nationalstaaten die eigentlichen Nationalitäten Europas zerstören, indem sie die lokalen Heimatländer (*pays*) auflösen und über die Grenzen der Völkergrenzen hinweg expandieren. Er ist konsequent: auch Franzosen gibt es nicht; die ursprünglichen Nationalitäten sollen auch dort wiederhergestellt und zu einer Föderation vereint werden (*France et Rhin.* – Paris 1867, Notizen zu natürlichen Grenzen und zur Neugliederung Frankreichs als Föderation, jetzt in der Rivière-Ausgabe von *Du principe fédératif* 1959. – S. 553-604). Vgl. Madeleine Amoudruz, *Proudhon et l'Europe : les ideés de Proudhon en politique étrangère*. – Paris 1945 (der vollständigste Überblick); Samuel Hayat, *Nationalités*, in: *Dictionnaire Proudhon* a.a.O. S. 357-366.

Die unmittelbaren Schüler Proudhons hatten wenig Interesse an seinen außenpolitischen Theorien, aber es gibt Proudhonisten in der Internationalen Arbeiter-Assoziation und Michail Bakunin hat Anarchismus und Föderalismus auch als internationale Ordnungen gesehen, aber viel dogmatischer als Proudhon. Wie viel Tolstoi von Proudhon gelernt hat, ist umstritten. Obwohl Proudhon nur negative Bedingungen des internationalen Föderalismus genannt hat, hieß eine der französischen Vereinigungen zur Gründung eines Völkerbundes im Ersten Weltkrieg Société Proudhon (nicht glaubwürdiger als der Cercle Proudhon und auch nur vorübergehend). Die Europabewegung in Frankreich und Italien war stark von der proudhonistischen Idee geprägt, daß eine internationale Föderation eine Basis in der förderalistischen Organisation der Staaten und Gesellschaften haben muß; Alexandre Marc, Denis de Rougemont, Mario Albertini sind nur von Proudhons Föderalismus her zu verstehen. Für die Theorie der Internationalen Beziehungen hatte Proudhon allein in Frankreich eine gewisse Bedeutung. Für Raymond Aron war er wichtig, weil er ganz anders als Treitschke doch dasselbe sagt: die Machtpolitik kann nicht verurteilt werden, weil sonst der ganze Verlauf der politischen Geschichte verurteilt werden müßte. Arons Proudhon klingt nach Adam Müller oder Carl Schmitt, nach dem Idol des rein politischen Krieges in gegenseitiger Anerkennung; Pauperismus, Transformation des Krieges und Annäherung an internationales Recht sind verschwunden (*Frieden und Krieg : eine Theorie der Staatenwelt*. – Frankfurt am Main 1963. – S. 692-703 *Proudhon und das*

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Recht der Kraft). Zurückgekehrt ist Proudhon in die Internationalen Beziehungen erst 50 Jahre später bei Alex Pritchard, der versucht, gegen die konventionelle Rede von dem anarchischem Staatensystem oder der anarchischen Staatengesellschaft einen substantielleren Begriff von Anarchie einzuführen; Pritchard hat damit den radikalen Föderalismus zurückgebracht, nicht aber die Geschichtlichkeit der internationalen Politik und der internationalen Normen. Der tatsächliche Proudhon hat viel mehr von Hedley Bulls *anarchical society*. Proudhon muß als Theoretiker der Internationalen Beziehungen erst noch entdeckt werden. Vgl. zu Proudhons (Nicht-)Wirkung in den Internationalen Beziehungen: Madeleine Amoudruz, *Proudhon et l'Europe* a.a.O. S. 117-147; Bernard Voyenne, *Histoire de l'idée fédéraliste, III. – Les lignées proudhoniennes*. – Paris 1981; Carol Bergami, *Des lignées proudhoniennes? : Sur les racines et sur la portée d'un européisme pluraliste „à la française"*, in: *The Road to a United Europe : Interpretations of the Process of European Integration* / ed. by Morten Rasmussen and Ann-Christina L. Knutsen. – Brüssel 2009. – S. 23-38.

La guerre et la paix : recherches sur le principe et la constitution du droit des gens. – Bruxelles : Hetzel, 1861 (Essais d'une philosophie pratique ; 13) 2 Bde.
Parallel auch in Paris und Leipzig erschienen
Neuausgabe in Oeuvres complètes de P.-J. Proudhon. – Paris : Lacroix, 1869. – Bd. 13-14
Neuausgabe in Oeuvres complètes de P.-J. Proudhon. – nouv. edition. – introduction et notes de Henri Moysset. – Paris : Rivière, 1927 (Standardedition)
Neuausgabe in Oeuvres complètes de P.-J. Proudhon. – nouv. edition. – Antony : Editions Tops, 1998 (enthält außer den Anmerkungen von Henri Moysset neue Anmerkungen von Hervé Trinquier; dazu in t. II, 191-291 Briefe Proudhons zu *La guerre et la paix* 1859-1861)

I *Phénoménologie de la guerre*

Krieg ist ein rechtliches Phänomen, aber die Juristen halten ein Recht des Krieges für Selbstwiderspruch. Wie Religion und Recht ist Krieg innerlich, moralisch, nicht äußerlich, physisch. Krieg ist mehr als Schlachten, Strategie und Taktik, Diplomatie und Schikane. Der Krieg ist göttlich, ursprünglich, für das Leben notwendig (göttlich wird definiert als natürliche Schöpferkraft, beim Menschen als Spontaneität des Geistes). Frieden ohne Krieg wäre ein Nichts. Das Urteil der Schlachten ist allgemein anerkannt (wie das Urteil der Revolutionen). Das gilt noch für die Gegenwart. Recht kommt aus dem Kampf und bleibt ein (unblutiger) Kampf. Die Nähe von Recht und Krieg zeigt sich in der Wirtschaft. Auch die Philosophie bezeugt, daß der Krieg für die Menschheit nötig ist: "Force, bravour, vertu, héroisme, sacrifice de biens, de la liberté, de la vie" sind so nötig wie Liebe, Familie, Ruhe. Wir schätzen Krieger höher als zivile Politiker. „Le veritable Christ, pour les masses, c'est Alexandre, César, Charlemagne, Napoléon." Auch Frieden ist göttlich, mystisch, verehrungswürdig, ursprünglich wie der Krieg. Die Friedensgesellschaften und der Wiener Kongreß sind Zeichen der Idee des Friedens. Aber weiter nehmen wir Friedenspolitik um jeden Preis übel. Der Krieg ist eine der Kräfte der menschlichen Seele, er hat seine Wurzeln in der Dialektik selber.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

II *De la nature de la guerre et du droit de la force*

Die ganze Welt kennt ein Recht der Gewalt – nur die Juristen nicht! Damit bleibt der Krieg bloßer Raub. Der Krieg verfolgt ein menschliches Interesse nicht anders als Arbeit, Staat, Familie, Regierung, Religion. Weil die Juristen kein Recht der *patrie* anerkennen, können alle Eroberer, „ces destructeurs de patrie", sich Wohltäter der Menschheit nennen. Die Frage nach dem Recht der Gewalt ist die Frage nach den Grenzen ihres Rechtes. Gerechtigkeit ist Anerkennung von Freiheit und Würde, sie tritt auf als Recht der Arbeit, der Intelligenz, der Liebe, des Alters. Gewalt hat in diesen Bereichen nichts zu suchen. Aber sie hat ihren eigenen Rechtsbereich, denn sie trägt zur Würde bei. Das Recht der Gewalt zu leugnen, wäre, die Menschenrechte zu leugnen. In jedem Rechtsbereich kämpfen Kräfte um eine Balance, sie erkennen einander an und kontrollieren einander. Im Völkerrecht ist das Recht der Gewalt das älteste Recht und Quelle aller anderen. Die Fusion von politischen Einheiten, die Wiederherstellung von Nationen, das internationale Gleichgewicht kommen aus dem Recht der Gewalt. Die Aufgabe des Rechts ist Erhaltung: Menschen dürfen andere Menschen nicht unterdrücken, die Majorität nicht die Minorität. Aber Staaten/Nationen können einander aufsaugen. Das bedeutet Zerstörung von Kulturen, Abschlachten von Völkern oder ihrer Aristokratien, Unterdrückung von Sprachen. Im Staatsrecht gibt es keine Entsprechung zur Eroberung. Aber es gibt Mißbrauch von Privilegien und Revolution. Eine Nation, die sich politisch nicht organisieren kann, wird Opfer ihrer Nachbarn. Proudhon sieht eine Abfolge von *droit de la force, droit de la guerre, droit de gens, droit politique, droit civile, droit économique, droit philosophique* (Meinungsfreiheit) und zuletzt *droit de la liberté, ou l'humanité*. Die reine Freiheit ist „l'expression la plus élevée de la force."

III *La guerre dans les formes*

Staaten haben eine Würde, sie verlangen Unabhängigkeit und protestieren gegen Absorption. Der bedingungslose Patriotismus der frühen Staaten ist zurückgetreten. Das Recht der Gewalt ist nur noch gültig, wenn der Krieg einen Sinn hat. Bloße Gewalt reicht nicht mehr. Wenn das eroberte Volk nicht assimiliert werden kann, ist der Krieg ein Mißbrauch und das Urteil der Gewalt falsch. Die endlosen Kriege der europäischen Könige haben wenig, die der Revolution und Napoléons nichts gebracht. Die Völker wurden nationaler. Der Prozeß der Staatenbildung stößt uns ab, aber wir erkennen Überlegenheit an. Die Formen des Krieges müssen diesem Ziel dienen. In einem Krieg gegen Piraten ist alles erlaubt, nicht aber in einem Krieg gegen ein friedliches Volk. Damit kann der Krieg juristisch gefaßt werden (während Grotius und die Juristen nur auf Milde des Feldherrn hoffen). Er besteht auf dem Duellcharakter des Krieges mit Waffen auf Gegenseitigkeit.

IV *De la cause première de la guerre*

Über den Widerspruch zwischen Idee und Realität des Krieges. Letzte Ursache der realen Kriege ist der Pauperismus, die Zerstörung des ökonomischen Gleichgewichts. Der Krieg ist aus Plünderung entstanden, Eroberung ist Transformation der Plünderung. Nur für politische Ziele bleibt der Krieg legitim. Die Streitigkeiten der Regierungen gehen die Völker nichts an. Im bewaffneten Frieden werden nicht mehr fremde Nationen ausgeplündert, sondern die eigene. Jede Nation muß wählen: untergehen oder sich durch die Kosten der Verteidigung zerstören.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

V *Transformation de la guerre*
Der rein politische Krieg wäre reformierbar, weil er Recht ist. Ökonomische Konflikte kann er nicht lösen. Die Völker erwarten vom Krieg, was nur Wissenschaft, Arbeit, Freiheit geben können. Krieg hat das politische Gleichgewicht geschaffen, aber Ökonomie und Künste des Friedens müssen es vollenden. Ein Krieg, der nichts Neues schafft, ist nicht gerechtfertigt. Da niemand die Universalmonarchie will, hat der Krieg keine Aufgabe mehr. Der Kampf um den Fortschritt findet in der Ökonomie statt. Das Schwert bringt nur Waffenstillstand, *meetings* (das meint die Friedensbewegung) bringen nur heuchlerischen Frieden. Frieden muß Manifestation des *conscience universelle* sein. Nur die Arbeiter können den Krieg beenden, wenn sie das ökonomische Gleichgewicht schaffen.
Conclusion générale
Unser Recht beruht noch auf den Kriegen. Die Demokraten wollen den Rechtsfortschritt der großen Friedensverträge aufheben. Aber längst tritt Gerechtigkeit an die Stelle von Krieg und Christentum: „L'HUMANITÉ NE VEUT PLUS LA GUERRE."

Du principe fédératif et de la nécessité de reconstituer le parti de la Révolution. – Paris : Dentu, 1863. – 324 S.
Neuausgabe in Oeuvres complètes de P.-J. Proudhon. – Paris : Lacroix, 1869. – Bd. 8
Neuausgabe in: Du principe fédératif et oeuvres diverses sur les problèmes politiques européens. – Paris : Rivière, 1959 (Oeuvres complètes de P.-J. Proudhon. – nouvelle edition) S. 253-551 (Standardedition)
Deutsche Übersetzungen:
Über das Prinzip der Föderation und die Notwendigkeit, die Partei der Revolution wiederherzustellen, in: P.-J. Proudhon, Ausgewählte Texte / hrsg. von Thilo Ramm. – Stuttgart : Koehler, 1963. – S. 193-264 (nur den ersten, theoretischen Teil)
Über das Föderative Prinzip und die Notwendigkeit, die Partei der Revolution wieder aufzubauen / übersetzt von Lutz Roemheld. – 3 Teile. – Frankfurt am Main (u.a.) : Lang, 1989-1999
1 Der Föderalismus vereint Gerechtigkeit, Ordnung und Freiheit. Autorität kommt von der Natur, Freiheit von der menschlichen Vernunft. In der Realität befinden sich Autorität und Freiheit in kontinuierlichem Kampf. Mit zunehmender Entwicklung wird die Autorität unerträglicher (in Großstaaten unerträglicher als in patriarchalischen Gruppen), die Freiheit kann sich mehr entfalten. Die Idee der Föderation, Ordnung aufgrund von Verträgen, kann sich erst mit fortschreitender Zivilisation entfalten. Staaten sind von Natur expansionistisch, Föderationen nicht; Universalföderation ist ein Widerspruch. Schon Europa ist zu groß für eine Föderation. Aber die Nationalstaaten können Föderationen werden. Dann ist das europäische Gleichgewicht erreichbar, das zwischen Staaten unerreichbar ist. Föderalisierung der großen Staaten setzt allgemeine Abrüstung voraus. Staaten vernichten den Heimatsinn. In einem föderativen System kann es keine Demagogie geben, es rettet das Volk vor der Regierung und vor eigener Torheit. Dieses neue Staatsrecht braucht eine neue Wirtschaftsordnung. Mit den Klassenkämpfen werden die starken Regierungen verschwinden.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

2 Kritik des Unitarismus und Bellizismus der französischen Demokratie. Nationalität benötigt keinen Nationalstaat. Das haben die Demokraten nicht begriffen, weil sie das Ziel des Staates, Freiheit, nicht begriffen haben.

Si les traités de 1815 ont cessé d'exister : actes du futur congrès. – Paris : Dentu, 1863. – 108 S.
Neuausgabe in Oeuvres complètes de P.-J. Proudhon. – Paris : Lacroix, 1869. – Bd. 8 zusammen mit *Du principe fédératif*
Neuausgabe in Oeuvres complètes de P.-J. Proudhon. – nouvelle edition. – introduction de Georges Duveau. – Paris : Rivière, 1952 zusammen mit Contradictions politiques, dort S. 327-428 (Standardausgabe)
(Der Titel bezieht sich auf den Ausspruch Napoléons III., daß die Verträge von 1815 nicht mehr gültig seien.)
II *Théorie générale des traités de paix*
Verträge sind Akte, die den Sieg einer Macht beurteilen. 1648 und 1815 wollten die Mächte nicht nur einen Machtzustand anerkennen, sondern einen haltbaren Zustand einrichten. Der kann nur auf Recht und Interesse beruhen. 1648 war die Idee des Gleichgewichts neu. Das Recht des Siegers ist immer noch der erste Artikel des Völkerrechts, aber das Recht der Pluralität ist der zweite. Das ist eine föderalistische Idee, die den Gang der Zivilisation verändert und damit auch die Staaten im Innern. 1815 war die wechselseitige Garantie der Mächte neu. Das Völkerrecht manifestiert sich sukzessiv, nie in abstrakter Weise, es antwortet immer auf eine Notwendigkeit. 1815 mußte Europa neu geordnet werden, auch die Völker warteten auf eine Neuordnung. Der Wiener Kongreß konnte nur der erste einer Reihe von Kongressen sein. Die Verträge sind unzerstörbar, müssen aber verbessert werden, weil sich die *intelligence* weiterentwickelt.
IV *Des modifications faites aux traités de 1815 et de leurs confirmations*
Die Heilige Allianz war im Interesse der Fürsten, hat aber *l'ère des principes* begonnen. Nationalität und natürlichen Grenzen haben eine gewisse Bedeutung, sind aber überschätzt. Autochthone Nationen gibt es nicht mehr, der Krieg hat sie längst zu größeren Einheiten vermischt. Das Staatensystem ist der vorerst letzte Stand in diesem Prozeß. Der von Napoléon III. vorgeschlagene Kongreß sollte nicht die Verträge für gegenstandslos erklären, sondern auf ihrer Grundlage weiterarbeiten und ihre Prinzipien stärker hervortreten lassen. Auf Grund der Entwicklung der letzten 25 Jahre muß zu den Prinzipien von 1648 und 1815 ein drittes Prinzip kommen: Verzicht auf Eroberungen und allgemeine Abrüstung.

Puech, Jules-L.
La tradition socialiste en France et la Société des Nations. – Paris : Garnier, 1921 (Bibliothèque d'information sociale) S. 181-201 Proudhon et la fédération des peuples
Krieg ist *une manifestation de la conscience universelle* und kann deshalb nur durch *une manifestation de la conscience universelle* beendet werden. Etatistische Lösungen muß Proudhon ablehnen, eine Föderation von Staaten wäre so unhaltbar wie ein Eroberstaat. Das föderalistische Prinzip ist nur anwendbar auf kleine Staaten. So bleibt nur Frieden als Gleichgewicht. Wir müssen deshalb an die Tradition der klassischen europäischen Friedensverträge von 1648 und 1815 anschließen und das Vertrauen, das sie geschaffen haben. Statt auf internationale Institutionen setzt Proudhon auf Verträge. Zwischen großen Einheitsstaaten ist

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

eine internationale Verrechtlichung aber schwierig zu erreichen. Das Problem eines ewigen Friedens wäre gelöst, wenn die von Proudhon verlangte Ersetzung politischer durch ökonomische Organisation vorangetrieben würde. Von Proudhon können wir lernen, daß internationale Organisation auf den Prinzipien der Gerechtigkeit und der Arbeit aufbauen muß. Es ist ein idealistisches Konzept.

Duprat, Jeanne
La conception proudhonienne des facteurs économiques de la guerre et de la paix, in: Revue internationale de sociologie 37 (1929) 143-172
Krieg ist eine Verletzung ökonomischer Gesetzmäßigkeiten, seine Ursache ist die Störung des ökonomischen Gleichgewichts. Pauperismus soll auch scheinbar politische Kriege und Religionskriege erklären. Aber gerade Proudhon hat Sinn für andere Ursachen der Kriege, so erkennt er den Unterschied zwischen nationalen und politischen Kriegen. Proudhons Ziel ist die gerechte Verteilung nationaler und internationaler Reichtümer. Duprat fragt, ob der Wirtschaftskrieg (in ihrer Zeit Rohstoffkonflikte) Vorstufe oder Ablösung der Kriege ist. Wirtschaftskriege sind nicht Proudhons Thema, aber seit 1860 ist der ökonomische Faktor, den Proudhon erkannt hat, stärker und sein Schluß noch aktueller geworden: nur die Organisation der Arbeit kann den Krieg beenden.

Grewe, Wilhelm C.
Krieg und Frieden : Proudhons Theorie des Völkerrechts, in: Zeitschrift für Politik 30 (1940) 233-245
Seit 1919 ist unklar, was Krieg und was Frieden ist (dauernd werden Kriege geführt mit der Fiktion, sie seien keine Kriege im Sinne des Völkerrechts). Proudhon kann bei der Reflexion helfen, weil er nicht an der Begriffsentleerung des positivistischen Völkerrechts beteiligt ist. Er spricht vom Recht des Krieges mit gesundem Menschenverstand gegen die Juristen, so wie man vom Recht der Arbeit, des Geistes, der Liebe spricht. Der Krieg ist ein Urteilsspruch im Namen der Macht, das Kriegsrecht ist das Prozessrecht dieses Kampfes, das Völkerrecht regelt die Ergebnisse. Grewe lobt den Übergang von formaler Legalität zu substantiellen Rechtsbegriffen. Proudhon beschäftigt sich mit dem Widerspruch zwischen dieser Idee des Rechtes der Macht und der Wirklichkeit, die vom wirtschaftlichen Mangel bestimmt ist. Er will den bewaffneten Frieden beenden, als größte Last der Völker. Solange wirtschaftliche statt politischer Probleme dominieren, ist der Krieg nicht reformierbar und muß aufgegeben werden. Die von den Kriegen der Vergangenheit geschaffenen Gegebenheiten, behalten aber ihre Gültigkeit. Proudhon wird der von Kriegen bestimmten Geschichte gerecht.

Vernes, Paule-Monique
La guerre selon Proudhon, in: La guerre et ses théories – Paris : PUF, 1970 (Annales de philosophie politique ; 9) S. 71-94
Die Frage nach dem Krieg ist bei Proudhon die politische Frage, wie es zum Staatensystem kommt. Krieg entscheidet die Konkurrenz zwischen Staaten. In diesen Zusammenstößen bilden sich im Laufe der Geschichte Normen heraus. Ohne diesen Prozeß wäre die Gerechtigkeit nicht zu verstehen. Daß Proudhon auf dem göttlichen Ursprung besteht, bedeutet in Proudhons üblicher „kantianischer" Terminologie nur, daß eine ursprüngliche Tatsache akzeptiert werden muß. Die ursprüngliche Tatsache ist *la force*. Krieg ist die früheste Manifestation der *force*. Durch die Ursprünglichkeit kommt der *force* und damit dem Krieg ein

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Recht zu, gegen das nicht geklagt werden kann. Das ist Folge der „ungeselligen Geselligkeit“ des Menschen. „La guerre exclut Dieu et prend sa place.“ Das Recht der *force* geht dem Recht des Krieges voraus. Recht ist Anerkennung von Würde, *force* ist Voraussetzung der Würde und damit Voraussetzung allen Rechtes. Menschen und Nationen müssen ihren Platz in einer Konkurrenz selber bestimmen, der Krieg vollzieht notwendige Änderungen in den Beziehungen, Kriegsrecht und Völkerrecht regeln diese Machtverhältnisse. Der Krieg hat mit dem Staat ein Substitut geschaffen, das die Konkurrenz der Individuen regelt, damit ist er Ursprung aller weiteren Rechte. Aus diesem Begriff des Krieges folgt, daß es keinen ungerechten Feind geben kann und Frieden Kampf um Macht bleibt. Proudhon verurteilt die Kriege der Wirklichkeit, weil sie von dieser Legitimation des Krieges abweichen. Ökonomische Interessen als Kriegsgrund können nicht gerechtfertigt werden. Das ist ein anderer Antagonismus als der Streit um die Bildung neuer politischer Gemeinschaften. Um endlosem Krieg zu entkommen, muß die Besonderheit des Politischen anerkannt werden. Proudhon hat begriffen, daß eine bloße Wirtschaftsordnung ohne staatliche Strukturen die Separation von Politik und Ökonomie nicht leisten kann. In Proudhons Föderalismus geht es um die Bedingungen für eine Konkurrenz, die nicht gewalttätig wird.

Hoffman, Robert L.
Revolutionary Justice : the Social and Political Theory of P.-J. Proudhon. – Urbana, Ill. : Univ. of Illinois Pr., 1972. – S. 261-275
Proudhon nennt jeden Konflikt „guerre“, so wird „Krieg“ Basis aller menschlichen Dynamik. Er glorifiziert den Krieg, um die Transformation des Antagonismus zu zeigen. Antagonismus der Kräfte verschwindet auch in der bürgerlichen Gesellschaft nicht: Frieden muß dynamisch sein, auf ökonomische Balance und Gerechtigkeit gegründet. Wenn *force* Recht schafft, hat jeder Mensch sein Recht, weil er *force* hat. Menschen dürfen einander nicht zerstören und können einander nur durch gegenseitige Hilfe entwickeln. Antagonismen, in denen *forces* einander zerstören statt in ein Gleichgewicht zu bringen, sind nicht länger Krieg. Konstruktiver Antagonismus ist der zentrale Begriff von *La guerre et la paix*. Proudhon hat keine Terminologie für eine dynamische Gesellschaft, so werden *la guerre*, *la force*, *le droit*, *l'esprit guerrier* überstrapaziert. In *De la justice* ist das Gleichgewicht zu statisch, *La guerre et la paix* soll das korrigieren. Proudhon teilt nicht die üblichen Vorstellungen des 19. Jahrhunderts, daß Fortschritt hauptsächlich technisch, ökonomisch und kulturell ist. Fortschritt ist Weg zur Freiheit; Gerechtigkeit und Freiheit gibt es nur als historische Bewegung.

Roemheld, Lutz
Zu Proudhons Friedens- und Konflikttheorie, in: Von der freien Gemeinde zum föderalistischen Europa : Festschrift für Adolf Gasser zum 80. Geburtstag / hrsg. von Fried Esterbauer ... – Berlin : Duncker & Humblot, 1983. – S. 93-119
Proudhon nennt Konflikte in einer Gesellschaft und zwischen Gesellschaften „Krieg“. Frieden ist nicht das Ende des Antagonismus, sondern Transformation von gewaltsamer zu vertraglicher Konfliktaustragung. Frieden muß ständig neu geschaffen werden, er kann nur aus seinem Gegensatz verstanden werden (wie der Krieg auch). Nötig ist der Ausbau des Rechtes, zwischen den Staaten und als *droit économique*. Das kann gelingen, wenn der Pauperismus als Hauptursache

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

des Krieges beendet wird. Gerechtigkeit ist eine Kraft, die Ausgleich schafft. Nur föderalistisch verfaßte Gesellschaften sind zu internationalem Frieden fähig, weil nur sie auf zunehmende Verrechtlichung hin angelegt sind. Die Organisation friedlicher Beziehungen zwischen Gesellschaften bleibt vage, aber Proudhon hat erkannt haben, daß zwischen der Struktur einer Gesellschaft und den Beziehungen zwischen Gesellschaften eine Wechselwirkung besteht.
Roemheld präsentiert Proudhon als Beispiel dafür, daß Friedensforschung in Beziehung zur Philosophie bleiben muß.

Held-Schrader, Christine
Sozialismus und koloniale Frage. – Göttingen : Muster-Schmidt, 1985. – S. 133-174 Proudhon : ökonomische Deutung und moralische Verurteilung des Expansionszwanges der «Eigentümergesellschaft»
Proudhon ist Imperialismustheoretiker, weil er Kolonialinteressen aus Widersprüchen ungleicher Verteilung erklärt, letztlich erklärt er Expansion aus Unterkonsumtion. Damit deutet er 1840 die Orientkrise und noch die Analyse des Pauperismus in *La guerre et la paix* sind von dieser Theorie geprägt. Internationale Investitionen führen zu Abhängigkeit. Der Krieg zwischen den Mächten wird jetzt noch durch Kapitalexport/Absatzmärkte hinausgeschoben. Seine Argumente sind utilitaristisch (nicht nachhaltig) und moralisch (gegen Engländer, gegen Juden, gegen „molochisme judaico-britannique"). Proudhon lehnt ökonomische Expansion ab und preist zivilisatorische Expansion, eine Mischung aus Geschichtsfortschritt und Rassismus. Auch hier erwartet er mit der Zeit einen Gleichgewichtszustand. Denn letztlich muß er Kolonialherrschaft wie jede Herrschaft ablehnen.

Amodio, Luciano
Guerra e pace in Proudhon, in: Il politico 53 (1988) 643-678
Proudhons *guerre dans les formes* kann mit Vattels reguliertem Krieg zwischen Kollektiven identifiziert werden. *Force* sozialisiert und daraus entsteht alles Recht und aller Fortschritt. *Droit de la force* ist wie jedes Recht pazifistisch, es impliziert nicht unbedingt den Krieg. Wegen „dem Schweigen der Götter" sind wir aber auf Entscheidungen durch Krieg angewiesen. *Guerre dans les formes* ist legitim, verliert aber seine Legitimität, wenn Beherrschung der Unterworfenen nicht möglich ist. Damit ist *guerre dans les formes* nach der Französischen Revolution und in der Zeit des Nationalismus nicht mehr vorstellbar. Der Weg zum Frieden hat bei Proudhon zwei Etappen: eine negative, politische und eine positive, soziale. Politisch sieht Proudhon seit 2500 Jahren einen Weg zum Gleichgewicht, mehr als Gleichgewicht ist auf diesem Weg nicht möglich.

Jourdain, Éduard
Proudhon, dieu et la guerre : une philosophie du combat. – Paris : Harmattan, 2006. – 248 S. (Ouverture philosophique)
Proudhon steht zwischen dem Idealisten Kant (nach dem eine Verfassung die Leidenschaften einhegen kann) und dem Materialisten Marx (nach dem erst das Ende des Kapitalismus Ende aller Antagonismen sein wird). Proudhon will *une paix belliciste*, der absolute Frieden ist die Hölle. Krieg ist das Bewegende der Weltgeschichte. Proudhon war immer Gegner der freiwilligen Unterwerfung, diesen Kampf führt er in *La guerre et la paix* fort. *Droit de force* kommt als Begriff bei Proudhon schon 1840 vor, jetzt wird er näher bestimmt: Anerkennung der Souveränität jeder gesellschaftlichen Einheit (auch die Familie kann sich nur durch ein

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

eigenes Recht behaupten). Frieden ist Ende des Massakers, nicht Ende der Antagonismen. Krieg und Frieden sind Formen des Antagonismus. Kampf ist *création*, innerer Kampf, sozialer Kampf, Kampf mit der Natur. Da klingt Proudhon schon nach Nietzsche: „se distinguer, se definier, c'est être; de même que se confrondre, et s'absorber, c'est se perdre." Diese Philosophie des Kampfes ist gegen Hierarchien gerichtet. Die Kirche kann den Frieden nicht bringen, weil sie göttliche Wahrheiten von außen bringen will. Seit der Französischen Revolution bestimmt die Freiheit. *Justice* ist Anerkennung. Das Friedensprojekt des Staates unterdrückt die „Freiheiten", ohne Sicherheit zu schaffen. Der Staat kann den Krieg nicht transformieren, das kann nur eine neue soziale und ökonomische Ordnung. Kampf bringt eine kontinuierliche Regeneration der Gesellschaft durch die sozialen Gruppen. Nur Kampf kann Frieden bringen.

Pritchard, Alex
Justice, Order and Anarchy : the International Political Theory of Pierre-Joseph Proudhon. – London (u.a.) : Routledge, 2013. – 223 S. (The New International Relations)

ch. 6 *The historical sociology of war : order and justice in Proudhon's La Guerre et la Paix*

Proudhons Untersuchung folgt den drei Stadien Comtes. In theistischen Gesellschaften dominieren militärische und religiöse Führer, Zeiten kriegerischer Reiche waren Zeiten der Fortentwicklung des Rechtes. Die atheistische Gesellschaft der metaphysischen Periode kann den Krieg nicht legitimieren. Erst die Wissenschaft erkennt das Recht der Stärke. Wir müssen die moralischen Aspekte des Krieges begreifen, um zu verstehen, warum Menschen bereit sind zu töten und zu sterben. Alle Rechte beruhen auf Anerkennung menschlicher Würde. Würde zeigt sich in der Bereitschaft diese Rechte zu behaupten. Alle Rechte beruhen auf dem Krieg und dem Kriegsrecht, die allein Stabilität für die Völker bringen. Proudhon ist mit Kant einig: innere Ordnung setzt äußere Ordnung voraus. Das Recht ist nicht einfach das Recht des Siegers. Ohne *droit de la force* wären alle Institutionen/Macht nur Tyrannei. Die Demokraten wollen Institutionen völlig neu aufbauen, sie begreifen nicht, daß dazu ein *droit de la force* gebraucht wird. Die realen Kriege des Pauperismus können nicht legitimiert werden. Die Ökonomen setzen die Identifizierung von Krieg und Plünderung in die Frühzeit, Proudhon sieht in der Gegenwart strukturell gewordene Plünderung. Bei Comte wurde der Krieg transformiert, als Krieger durch Industrielle ersetzt wurden; bei Proudhon werden Industrielle durch Arbeiter ersetzt, um den Frieden zu schaffen.

ch. 7 *Anarchy, mutualism and the federative principle*

Proudhons Ordnungsidee war immer Föderalismus: weder Anarchie noch Herrschaft. Das europäische Gleichgewicht kann so verstanden werden, *La guerre et la paix* endet optimistisch. Die spätere Formel, daß das 20. Jahrhundert föderalistisch sein wird oder Beginn eines tausendjährigen Fegefeuers, zeigt wachsenden Pessimismus. Wir müssen Proudhons Prophezeiung anerkennen: wenige Jahre später war das europäische Gleichgewicht zerstört.

Pierre Malardier (1818-1894), Lehrer, 1849-50 Abgeordneter, Exil, Teilnehmer der Internationalen Friedens- und Freiheitsliga, wegen Teilnahme an der Pariser Kommune verbannt, war einer der wenigen aus Proudhons Umkreis, die zu inter-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

nationalen Fragen schrieben. Er kritisiert Schiedsgericht und Kongreß und verlangt eine wirkliche Föderation von Republiken (für das europäische Gleichgewicht würde eine Monarchie in Frankreich reichen, aber Europa braucht mehr als Gleichgewicht). Tatsächlich geht es um eine neue Karte Europas: Gleichgewicht durch Föderationen (Österreich und Preußen werden in die Länder zerlegt, aus denen sie bestehen, Rußland auf seinen nationalen Kern reduziert). Zweifel an der Friedensfähigkeit des bourgeoisen Rechtsstaats gibt es nicht. Malardier hält sich an die real existierende Schweiz und an Kants Friedensschrift (er ist wohl der erste, der in direkter politischer Absicht wieder auf Kant zurückgreift). Den Bezug zu Proudhon würde man nicht merken, wenn dieser nicht so häufig als Autorität zitiert würde. In der Einschätzung der Verträge von 1815 als Ausgangspunkt weiterer Verrechtlichung will er ihm nicht einmal folgen (*Solution de la question européenne : confédération européne ; réalisation du droit international*. – Bruxelles 1861).

Nicolas Villiaumé (1818-1877), Anwalt, Historiker und Ökonom auf der Seite der radikalen (Sozial-)Demokratie, beendete sein Lehrbuch der Ökonomie mit einer Aufforderung an Frankreich, erneut das Universum zu beherrschen, diesmal nicht in der brutalen Weise des Altertums, sondern durch „la vertu et l'abondance" (*Nouveau traité d'économie politique* 1857, II, 316). Sein Buch über den Krieg wenige Jahre später versichert, daß der Krieg von Ökonomie und Moral verurteilt wird, aber sein Recht selbst von den Besiegten akzeptiert wird. Es ist ein unkonzentriertes Sammelsurium von Kriegsrecht, Militärpolitik, Strategie, Taktik, Bürgerkrieg, alles immer sehr historisch und wenig ökonomisch. Am ehesten könnte das Ziel sein, den notwendigen Krieg zu rechtfertigen – für nationale Unabhängigkeit und zur Rettung von durch Tyrannen unterdrückten Völkern. Man kann das Buch lesen als ein Zeichen, wie unsicher die französische Linke war, wie sie mit dem Krieg umgehen sollte. Er klingt im Jahr von Proudhons *La guerre et la paix* fast wie eine Parodie auf Proudhons Phänomenologie des Krieges und ohne Proudhons Dialektik des Friedens (*L'esprit de la guerre*. – Paris 1861).

4.1.5 Liberale Ökonomen

Die Unterscheidung zwischen Geist der Eroberung und Geist der Industrie ist eine Tradition seit Montesquieu, Constant und Say (siehe Bd. I, 391-396, 448-454). Das bleiben Grundtexte für das 19. Jahrhundert. Die französischen Ökonomen des 19. Jahrhunderts mißtrauen dem Staat (das ist in England im 19. Jahrhundert nie so prononciert). Dunoyer, Bastiat, Molinari, Leroy-Beaulieu haben den Staat denunziert. Bastiat hat den Gegensatz von Produktion und Plünderung zu einem universalen Analyseinstrument machen wollen. Die französischen *économistes* sind eine Kampfgemeinschaft für Freihandel und Frieden. Als Analysen, warum die Freihandelsallianz der Ökonomen und Weinexporteure gegen protektionistische Allianz der Fabrikanten und Bauern (und zunehmend auch Sozialisten) chancenlos blieb: Alex Tyrrell, *‚La Ligue Française' : the Anti-Corn Law League and the Campaign for economic Liberalism in France During the Last Days of the July Monarchy*, in: *Rethinking Nineteenth-Century Liberalism : Richard Cob-*

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

den Bicentenary Essays / ed. by Anthony Howe and Simon Morgan. – Aldershot 2006; David Todd, *L'identité économique de la France*. – Paris 2008. Die französische Friedensbewegung wurde, stärker als in anderen Ländern, von Ökonomen geführt, weil sie aus der Freihandelsbewegung kam. Charles Dunoyer, Joseph Garnier, Horace Say, Gustave de Molinari und Paul Leroy-Beaulieu haben eine Rolle auf Friedenskongressen und in Friedensgesellschaften gespielt, v.a. aber der ehemalige Saint-Simonist und spätere liberale Ökonom Michel Chevalier und der Führer der französischen Friedensbewegung Frédéric Passy.

4.1.5.1 Frédéric Bastiat

1801-1850, Kaufmann und Grundbesitzer, Publizist für Interessen des Weinhandels. Seit 1846 Organisator der französischen Freihandelsbewegung. 1848-1850 Abgeordneter in Konstituante und Legislative.

In Frankreich hatte die Freihandelsbewegung keinen Erfolg, Bastiat führte das auf die Schwäche der französischen Demokratie zurück. Er schreibt gegen die bellizistische Republik. Bastiat war einer der führenden liberalen Publizisten des 19. Jahrhunderts. Pareto hat ihn als Moralisten klassifiziert, nicht als Ökonomen. Die Wiener Schule des Liberalismus, die mit Bastiat eine subjektive Werttheorie gemeinsam hat, hat ihn verdrängt (Menger nannte ihn einen „Advocaten", Schumpeter einen „bather who enjoys himself in the shallows and then goes beyond his depth and drowns"). Im Zuge des Neoliberalismus (dem es an Klassikern fehlt) gab es eine Bastiat-Renaissance mit Internet-Fan-Seiten, einer (gescheiterten) Gesamtausgabe und einer (vielleicht noch nicht gescheiterten) englischen Werkausgabe.

> Über Bastiat wird viel geschrieben, aber fast immer sind es Einführungen, die einander ähneln. Vgl. aber: Dean Russell, *Frédéric Bastiat and the Free Trade Movement in France and England 1840-1850.* – Genève 1959 (die Buchhandelsausgabe 1965 ist gekürzt); Philippe Solal/Abdallah Zouache, *Ordre naturel, raison et catallactique : l'approche de F. Bastiat*, in: *Les traditions économiques françaises 1848-1939* / sous la direction de Pierre Dockes… – Paris 2000. – S. 565-577; Robert Leroux, *Political Economy and Liberalism in France : the Contributions of Frédéric Bastiat*. – London 2011 (französ. Original 2008).

Bastiats libertäre Apologie der Harmonien des Selbstinteresses ist auch für Verhältnisse des 19. Jahrhunderts flach. Aber das Kriegskapitel ist spannend, weil es die Grenzen der auf natürliche Harmonien gegründeten Theorie zeigt. Es ist eine Variante von Bastiats berühmter Polemik gegen die Staatsgewalt (*L'etat*, in: *Journal des débats* Sept. 25, 1848, in: *Oeuvres complètes* IV (1870) S. 327-341). Ökonomische Harmonie liegt nicht in der Natur des Menschen, sondern muß durch Organisation des Friedens erlangt werden. Der Krieg ist die Erklärung, warum die Welt doch (noch) nicht ökonomisch/harmonisch eingerichtet ist. Bastiat hat aus der Abfolge von Geist der Eroberung und Geist der Industrie einen historisch offenen Gegensatz gemacht: Die harmonische Welt der Ökonomie wird es nur geben, wenn die Menschheit sich von dem Wunsch, unverdient zu Reich-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

tum zu kommen, frei gemacht hat. Er kann keinen ökonomischen Mechanismus nennen, der einen Weg vom Kriegssystem zum Friedenssystem erzwingt. Grundlage der Ökonomie ist die Moral (so wie ihr Ziel das Lob Gottes ist). Der libertäre Ökonom greift auf das Evangelium als Quelle der Sozialwissenschaft zurück, der katholische Pazifist Gratry kann sich als sein Schüler sehen. Wegen des Krieges muß der Dogmatiker der ökonomischen Harmonien den Weg zur Soziologie von Krieg und Frieden beginnen. Auch politisch ist der Ökonom nicht wirklich naiv: der Pazifist Bastiat ist so patriotisch wie Franzosen aller *couleur*. Nachdem im Juni 1848 die Armee gegen revolutionäre Arbeiter gebraucht wurde, vertagt er die Abrüstung (Wilhelmus van der Linden*, The International Peace Movement 1815-1874*. – Amsterdam 1987. – S. 277-285. 398-403).

Paix et liberté ou le budget républicain. – Paris : Gratiot, 1849. – 88 S.
Neuausgabe in: Oeuvres complètes t. V (1863) 407-467.
Neudruck New York 1971 (in der Reihe Garland Library of War and Peace)
Engl. Übersetzung in: "The Law", "The State", and Other Political Writings 1843-1850. – Indianapolis 2012 (The Collected Works of Frédéric Bastiat)
Ausgangspunkt von Bastiats Friedensschrift ist nicht der Frieden, sondern die Stabilisierung der Republik durch einen ausgeglichenen Etat. Durch Abrüstung können Steuern gesenkt werden. Gegen eine Republik, die sich in der Tradition des griechischen und römischen Republikanismus sieht und einen falschen Freiheitsbegriff mitschleppt. Für französischen Einfluß bringt „la force brutal" nichts, ist eher hinderlich. Einfluß kommt aus Ideen, aus Institutionen, aus „le spectacle de leur succès": Die großen internationalen Ereignisse waren italienische Renaissance, englische Revolution 1688, amerikanische Unabhängigkeitserklärung, französische Revolution 1789. Bastiat geht nicht davon aus, daß Großbritannien oder die USA per se friedlich seien, die Kriege der letzten Jahre haben überall gezeigt, daß der Geist der Regierenden der Krieg ist, der Geist der Regierten der Frieden. Deshalb muß Solidarität der Völker organisiert werden. Die Franzosen haben die Aufgabe, dazu die Initiative zu ergreifen. Das Prinzip der neuen Außenpolitik lautet: „so wenig Kontakte zwischen den Regierungen wie möglich; so viele Kontakte zwischen den Völkern wie möglich" (ein Cobden-Zitat). An einen Überfall auf Frankreich glaubt er nicht. Auch die Könige, die den Herd der Revolution unterdrücken möchten, haben mehr von einem friedlichen, ungerüsteten und sozial befriedeten Frankreich. Wichtig ist der freie Handel. Dann werden wir eine europäische Balance haben, die *balance du commerce*.

Harmonies économiques. – 2me ed., augmentée des manuscrits laissés par l'auteur. – Paris : Guillaumin, 1851. – S. 498-509 Guerre
(aus dem Nachlaß, die Aufl. 1850 erhält dieses Kapitel noch nicht)
Neuausgabe in Oeuvres complètes 1854-1855 als t. VI.
Englische Übersetzung: Economic Harmonies. – Princeton, N.J.: Van Nostrand, 1964.
Menschen kennen zwei Wege, um zu Reichtum zu kommen: arbeiten und stehlen. Das industrielle System ist auf *domination de la nature* gerichtet, das kriegerische System auf *domination des hommes*. Die Neigung, andere auszuplündern, gehört zur Natur des Menschen. Deshalb ist Idolatrie des Selbstinteresses unangebracht. Altertum und Feudalismus haben nicht auf Handel, Industrie, Arbeit gesetzt. Ein ökonomischer Mechanismus, der zum Frieden führen kann, ist die

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

höhere Produktivität der Arbeit. Der Produzent schafft Güter, der Räuber verschiebt sie nur. Wenn der Produzent sich verteidigen muß, schafft er weniger Güter. Gott hat angeordnet, daß der Mensch vom friedlichen Kampf mit der Natur lebt, aber überall herrscht permanenter Raub. Alle Länder sind vom Krieg betroffen: Sklaverei und Aristokratie sind die Folgen. Den Eroberern gehören Wohlstand, Künste, Eleganz, militärischer Pomp, sie bestimmen die öffentliche Meinung. Raub und Produktion sind beide in der menschlichen Natur verwurzelt, es wird ein langer Prozeß sein, bis das Raubwesen aus der sozialen Welt verschwunden sein wird.
Das Buch ist eine Mischung aus ökonomischer Anthropologie und antisozialistischer Polemik; die Interessen der Menschen sind in Harmonie (das rechtfertigt Politik der Freiheit) und nicht antagonistisch (das würde Politik des Zwanges rechtfertigen). Die erste Ausgabe 1850 ähnelt noch einer traditionellen ökonomischen Analyse (im Ton freilich kaum noch). Unter den Zutaten 1851, die das nicht vollendete Hauptwerk schaffen sollten, dominieren die „ökonomischen" Begründungen für radikale Reduktion des Staates und der Appell zum Frieden.

4.1.5.2 Gustave de Molinari

1819-1912, kurz Professor in Brüssel und Antwerpen, lange ökonomischer Publizist in Frankreich und Belgien. Herausgeber des *Économiste belgique* 1855 - 1867, des *Journal des Débats* 1870-1876 und des *Journal des Économistes* 1881-1909. Aktiv in Bastiats Freihandels-Association; Teilnehmer des Friedenskongresses in Paris 1849, belgischer Vizepräsident des Genfer Friedenskongresses 1867. Zur Biographie: David M. Hart, *Gustave de Molinari and the Anti-Statist Liberal Tradition, Pt. I*, in: *Journal of Libertarian Studies* 5 (1981) 263-290.

Molinari ist Erbe der libertären französischen Ökonomie von Say bis Bastiat, Apologet der freien Unternehmen, Feind des Sozialismus. Er ist der libertärste Autor dieser Schule, selbst in der Sicherheitspolitik setzt er auf konkurrierende Sicherheitsunternehmen. Diese Vision war aber Fluchtpunkt einer weltgeschichtlichen Entwicklung, die in der Annäherung an natürliche ökonomische Gesetze besteht, vgl. *Cours d'économie politique* (1855) und *Les lois naturelles de l'économie politique* (1887). Das Thema seiner Bücher ist meist die Frage, warum dieser Zustand erst am Ende der Geschichte erreichbar ist. Molinari ist, wie andere Autoren des 19. Jahrhunderts, vor allem ein Autor der Krise des Jahrhunderts. Die Weltgeschichte ist der Weg vom Krieg zum Frieden und vom Monopol zur Konkurrenz. Die Staatsmonopole des Zeitalters des Ackerbaus und des Handwerks waren legitim als Sicherung gegen barbarische Völker. Im Zeitalter der Großindustrie, des internationalen Handels und des weltweiten Arbeitsmarktes (den Molinari seit 1846 propagiert (den Molinari seit 1846 propagiert mit der Idee einer internationalen Arbeitsvermittlung) sind die barbarischen Völker bedeutungslos geworden und der Krieg hat seinen Sinn verloren. Aber Militarismus, Etatismus, Protektionismus und Kolonialismus sind nicht verschwunden (Ausbreitung der Zivilisation und Erschließung weltweiter Ressourcen für die Zivilisation akzeptiert Molinari, aber das sollen private Unternehmen und ihre privaten Sicherheitsdienste leisten). Molinari, der in seinem frühen Aufsatz über Sicherheitsunternehmer erklärt hatte,

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

es gäbe keine Sozialwissenschaft, sondern nur Wirtschaftswissenschaft, ist gezwungen eine Klassenanalyse vorzulegen, um zu erklären, warum der Krieg überlebt hat: Die produzierenden Klassen haben immer noch nicht genügend Einfluß im Staat, der weiter den expansionistischen Interessen der militärischen und administrativen Klassen dient. Diese Themen bestimmen alle späten Bücher Molinaris von *L'évolution économique du dix-neuvième siècle* (1880) über *L'évolution politique et la revolution* (1884), *Les lois naturelles de l'économie politique* (1887), *Notions fondamentales d'économie politique et programme économique* (1891) und von *Comment se résoudra la question sociale* (1896) bis zu *Les problèmes du XXe siècle* (1901) und *Économie de l'histoire : théorie de l'evolution* (1908); diese Bücher unterscheiden sich wenig, nur die stärker auf das Thema Krieg konzentrierten von 1898 und 1899 werden unten referiert. Molinaris Bedeutung liegt in der Weitergabe der Lehre vom Frieden durch Industrie und Freihandel von einer Generation Mitte des 19. Jahrhunderts zu einer Generation um 1900. Um 1880 ist das in einer Zeit des Protektionismus und Imperialismus kaum von analytischem Wert. Spannender sind seine Zweifel an seinem Argument. Damit die Rolle des Staates für die innere Sicherheit absterben könnte, braucht die Gesellschaft mehr Moral und Religion. Die Rolle des Staates für die äußere Sicherheit könnte durch dauerhaften Frieden absterben. Eine direkte Beziehung zwischen Moral und Frieden stellt er nicht her, zu sehr ist er damit beschäftigt, sich vom Moralismus der Friedensbewegung zu distanzieren. Aber er benötigt einen Umschwung der öffentlichen Meinung, die endlich begreift, daß der Krieg sinnlos geworden ist. Molinari ist weltgeschichtlich ein Optimist, aber er teilt Kants Befürchtung, daß die Natur durch neue Kriege zum Frieden schleifen muß.

Molinaris eigener Beitrag zur Friedensbewegung war die Idee einer Liga der neutralen Staaten: Im Zeitalter der Interdependenz werden auch neutrale Staaten von den Kriegen ihrer Nachbarn geschädigt und haben damit ein Recht, den Frieden zu erzwingen. Die Idee der Liga der Neutralen selber ist nicht ganz neu (es hatte solche Ligen im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg und in den britisch-französischen Kriegen um 1800 gegeben mit dem begrenzten Ziel, Durchsuchung neutraler Schiffe durch die britische Flotte zu beenden), neu ist aber die Begründung bei Molinari: Die neuen kommerziellen Interessen haben ein neues Völkerrecht geschaffen. Diese Idee hat er 1849 angedeutet unter dem Namen einer Heiligen Allianz der Geschädigten. Entwickelt hat er sie im Krimkrieg, als er die Westmächte wie eine Liga der Neutralen behandelt (die der Türkei selbstlos gegen den Russischen Angreifer beistehen). Seit 1887 empfiehlt er die Liga in der sich abzeichnenden Konfrontation zwischen zwei Bündnissen in Europa. Die Idee beruht immer auf der Teilnahme der Großmacht Großbritannien. Molinari hat die Propaganda der Friedensbewegung gegen den Krieg begrüßt, aber an eine „force morale de l'opinion" hat er nie geglaubt. Seine Liga ist ein militärisches Bündnis, das durchsetzen soll, daß Eroberungskriege unter zivilisierten Staaten unmöglich werden. Justiz benötigt Gewalt, einer *force matérielle* muß mit einer *force matérielle* begegnet werden. Die Öffentlichkeit weiß das, deshalb hat die Friedensbewegung so wenig Anhang. Molinari weiß aber, daß seine Politik Rückhalt in der öffentlichen Meinung braucht und regt deshalb 1887 eine Association pour l'établissement d'une Ligue des neutres an. Molinaris Texte zur Ligue des

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

neutres von 1855 bis 1896 sind im Anhang seines Buches *Grandeur et décadence de la guerre* (1898) S. 258-304 gesammelt; der zweite Teil dieses Buches ist die systematischste Darstellung der Liga. Silberner, der sich als einziger mit Molinaris Theorien zu Krieg und Frieden beschäftigt hat, erkannte, wie wenig der Ökonom Molinari auf die Spontaneität der Ökonomie vertraut.

Molinari wurde von der internationalen Friedensbewegung geehrt. Die Liga der Neutralen spielt in Vorschlägen der Interparlamentarischen Union in den 1890er Jahren und in der Friedensbewegung im Ersten Weltkrieg und in den Diskussionen um Neutralität in der Zwischenkriegszeit eine Rolle (mit den USA anstelle Großbritanniens). Aber der Freihandelspazifismus war am Ende des 19. Jahrhunderts bereits von einer Sache französischer und englischer Libertärer zu einer Sache englischer Sozialliberaler geworden. Norman Angell zitiert Molinari als einen Einfluß auf seine Lehre, daß der Krieg im Zeitalter der ökonomischen Interdependenz nutzlos geworden sei. Aber auch Angells Themen der nationalistischen öffentlichen Meinung und der kollektiven Verteidigungsallianzen, die wie Institutionen kollektiver Sicherheit genommen werden, sind bei Molinari vorgeprägt. Vilfredo Pareto war sein Schüler, zunächst im libertären und pazifistischen Widerspruch gegen den Staat, später im Übergang von der Ökonomie zur Soziologie. Pareto lobt ihn, wo er Bastiat tadelt: Molinari habe gewußt, daß die ökonomische Wissenschaft nicht reicht, um eine gegebene soziale Organisation zu beurteilen; zunehmend habe er deshalb soziologische und moralische Argumente integriert. Pareto hat von Molinari die Frage nach der Verzögerung der ökonomischen Weltordnung übernommen, aber nicht den Glauben an eine baldige Überwindung dieser Krise. Vgl. Vilfredo Pareto*, Les systèmes socialistes* (1902-03), in*: Oeuvres complètes* V (1965) II, 69f.; Fiorenzo Mornati, *Gustave de Molinari e Yves Guyot nella formazione del pensiero paretino fino al* Cours d'économique politique, in: *Economia, sociologia e politica nell'opera di Vilfredo Pareto* / a cura di Corrado Malandrino e Roberto Marchionetti. – Firenze 2006. – S. 247-271. Das libertäre Interesse an Molinari seit Murray Rothbart, der nur Molinaris frühe dogmatische Schrift über die Produktion der Sicherheit würdigt, ist ein Rückschritt hinter diese Historisierung. Heute gibt es zwei nach Molinari benannte Institute: eines in Belgien, das seinen Namen allein der nationalen Traditionspflege verdankt, und eines in den USA zur Propagierung des „market anarchism".

De la production de la sécurité, in: Journal des économistes 22 (1849) 277-290
Neudruck in: Gustave de Molinari, Questions d'économie politique et droit public. – Paris : Guillaumin, 1861, t. II, 245-270
Deutsche Übersetzung: Über die Produktion von Sicherheit, in: Aufklärung und Kritik, Sonderheft 2 (1998) 117-130
Menschen leben gesellschaftlich zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse. Ein wichtiges Bedürfnis ist Sicherheit; Menschen sind bereit, einen beträchtlichen Teil ihres Arbeitsertrages dafür auszugeben. Auch die Produktion von Sicherheit sollte freier Konkurrenz unterliegen. Ein freier Sicherheitsunternehmer, der mit seinen Kunden einen Vertrag schließt, kann seine Macht nicht mißbrauchen, wenn die Kunden sich an einen anderen Sicherheitsunternehmer wenden können. Willkür gibt es erst durch Monopol, Justiz wird dann teuer und taugt nicht viel. Krieg ist

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Kampf zwischen mit Sicherheitsmonopol ausgestatteten Staaten um Ausdehnung ihres Marktes. „Krieg ist die notwendige, unausweichliche Folge der Einrichtung des Sicherheitsmonopols." Unter freien Sicherheitsproduzenten kann es keinen Krieg geben, potentielle Kunden können nicht erobert werden. Wenn ein Sicherheitsunternehmer versucht, ein Monopol zu errichten, würden sich die anderen zusammenschließen. „Ebenso wie der Krieg die natürliche Folge des Monopols ist, ist der Friede die natürliche Folge der Freiheit."
Eine Parallelversion gibt es in Molinaris Dialogen *Les soirées de la rue Saint-Lazare : entretiens sur les lois écononomiques et défense de la propriété*. – Paris 1849. Der 11. Dialog (S. 303-337), der die Diskussion über Sicherheit enthält, ist englisch übersetzt in: David M. Hart, *Gustave de Molinari and the Anti-Statist Liberal Tradition Pt. III, Appendix*, in: *Journal of Libertarian Studies* 6 (1982) 88-102. Hier hat Molinari bereits seine Ablehnung des Nationalstaates formuliert.

Paix-Guerre, in: Dictionnaire de l'économie politique / sous la direction de Ch. Coquelin et G. Guillaumin. – Paris : Guillaumin t. II (1853) 307-314
In den frühesten Zeiten der Menschheit war Krieg unvermeidbar. Die Menschen hatten immer Vorstellungen des Gerechten und Guten, zugleich haben sie aber niedrige Triebe und können sich nur schwer an Produktion gewöhnen. Die frühen, von Barbaren umgebenen Staaten mußten kriegerisch sein. Die römische Maxime *Si vis pacem, para bellum* war der Situation antiker Völker angemessen. Die Situation hat sich geändert. Hohe Militärbudgets und die Ausrichtung der Regierungen auf Krieg sind Überreste aus einer Zeit, als Kriege noch Sinn hatten. Der ewige Frieden kann nicht Frucht einer künstlichen Organisation sein, sondern kommt natürlich aus der allmählichen Abschwächung des Kriegsrisikos. Dazu müssen nicht alle Beuteinstinkte verschwunden sein, es reicht, daß das Interesse an Freiheit das Interesse an Monopolen übertrifft. Unglücklicherweise haben die *classes industrieuses*, die am Frieden Interesse haben, zu geringen Einfluß auf die Regierung, es dominieren bürokratische und militärische Interessen. Deshalb wird die Kriegsgefahr betont. Der Despotismus, der administrative und militärische Interessen vertritt, und der Sozialismus, der Administration der freien Produktion vorzieht, sind Feinde des Friedens. Durch Ausweitung der freien Produktion kann der Frieden die Rolle erhalten, die im Altertum der Krieg hatte.
Dictionnaire II, 314-315 über Friedensgesellschaften und Friedenskongresse lobt Molinari das Bemühen, die öffentliche Meinung zu ändern, kritisiert aber das übertriebene Vertrauen in Völkerkongreß und Schiedsgericht.

La paix perpétuelle est-elle une utopie?, in: Journal des économistes 2 ser., 11 (1856) 33-56
Auch als Einleitung von Molinaris Biographie des Abbé de Saint-Pierre 1857
Krieg ist ein schlechtes Verfahren der Entscheidung von Konflikten zwischen Staaten. Als noch um die Existenz der Staaten gekämpft wurde, war ein besseres Verfahren nicht möglich. Zurecht verwarf Ancillon alle Alternativen (Universalmonarchie, Völkergerichtshof, Verfassungen, Fortschritte der Vernunft und der Moral), aber er kannte das neue Element des 19. Jahrhunderts noch nicht: zunehmender Verkehr zwischen den Nationen und daraus entstehende gemeinsame Interessen. Aus Kriegen, die nur die direkt betroffenen Staaten angingen, ist eine Last für alle zivilisierten Völker geworden. Aus den neuen Interessen wächst ein neues Völkerrecht. Die gemeinsame Diktatur der fünf Großmächte muß ein *con-*

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

cert universelle werden. Dieser rechtliche Zustand wird durch Freihandel und Friedenspropaganda vorbereitet. Auch Friedenspropaganda ist Popularisierung der Prinzipien der politischen Ökonomie. Der Frieden kann nicht improvisiert werden, die Ursachen müssen bearbeitet werden: „der ewige Frieden ist eine späte, aber schmackhafte und großartige Frucht am Baum der Zivilisation."

Le Congrès européen. – Bruxelles (u.a.) : Lacroix, Verbroeckhoven, 1864. – 52 S.

Nach einem Überblick über Friedenspläne und Föderationen der Frühen Neuzeit betont Molinari die Rolle der Heiligen Allianz und des folgenden europäischen Konzerts. Hegels Einwände gegen diese Interventionspolitik sind veraltet: Krieg ist zunehmend schädlich. Staaten haben ein Recht Verträge zu schließen, durch welche sie ihr Recht, Krieg zu führen, aufgeben. Krieg ist ein Urteil und Exekution dieses Urteils, aber er ist unvollkommen und barbarisch. Es ist unbezweifelt, daß Gerichte der Selbstjustiz überlegen sind und daß Nationen über ihre eigenen Angelegenheiten nicht gut urteilen. Die Machtunterschiede zwischen den Nationen können zwar durch Allianzen ausgeglichen werden, perfekt wäre aber nur eine *force publique*. Zu dieser überlegenen Ordnung wird es nicht kommen, internationale Ordnung müßte den mächtigen Staaten aufgezwungen werden. Legitimationsbasis für ein europäisches Konzert ist das Interesse der Neutralen. Das Konzert von 1815 hatte die kleineren Staaten kontrolliert, das neue Konzert soll die Großmächte bändigen. Ein ständiger Gerichtshof braucht eine Gewalt, der keine Armee einzelner Großmächte gewachsen wäre.

Grandeur et décadence de la guerre. – Paris: Guillaumin, 1898. – 314 S.

Teil I *Grandeur de la guerre*

Überblick über die Weltgeschichte des Krieges: Der Krieg schafft und festigt Staaten. Seit der Fortschritt der Rüstung eine Invasion von Barbaren unmöglich gemacht hat, verliert der Krieg seinen Zweck und kann die Idee des ewigen Friedens aufkommen. Der bewaffnete Frieden bringt keinen Fortschritt an Sicherheit.

Teil II *Décadence de la guerre*

Daß der Krieg so lange fortdauert, liegt an der politischen Schwäche der Industrie. Der Staat hat sein Monopol für innere und äußere Sicherheit bewahrt, die Großunternehmer haben sich mit den alten militärischen Führungsklassen verbunden. Die herrschende Klasse sieht den Staat als ein Unternehmen und hat ein Interesse, Umfang und Bedeutung des Unternehmens zu vermehren. Das nachrevolutionäre Regime hat so wenig Interesse am Frieden wie das vorrevolutionäre. In der Industriegesellschaft hat die Mehrheit Interesse am Frieden, aber zu wenig Macht, um den Frieden durchzusetzen. Die Kosten des bewaffneten Friedens sind untragbar, aber wenn eine Macht rüstet, müssen alle Mächte folgen.

Esquisse de l'organisation politique et économique de la société future. – Paris : Guillaumin, 1899. – XXVII, 242 S.

Englische Übersetzung: The Society of Tomorrow : a Forecast of its Political and Economic Organisation. – London : Fisher Unwin, 1904

Neudruck New York 1971 in der Reihe Garland Library of War and Peace

Teil I *State of war*

Von kämpfenden Horden über militarisierte Staaten bis zur Sinnlosigkeit des Krieges: er nutzt nur noch militärischen und bürokratischen Klassen und schadet den produzierenden Klassen.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Teil II *State of peace*
Frieden als permanenter Zustand zwischen zivilisierten Staaten ist nur durch kollektive Garantie der Staaten erreichbar. Den Lasten des bewaffneten Friedens muß, erzwungen oder freiwillig, europäische Einigung folgen. Durch allgemeine Abrüstung werde freie Verfassungen (bisher werden Staaten durch Gewalt zusammengehalten und können kein Recht auf Sezession anerkennen), Menschenrechte (Rechte der Staaten über Leben, Freiheit und Besitz der Bürger sind durch den Kriegszustand begründet), Ende der Steuern (sie sind Kriegsressourcen) möglich. An die Stelle des Staatsmonopols treten konkurrierende Sicherheitsunternehmen. Die Regierungen werden aber versuchen, weiter die Macht der nichtindustriellen Klasse zu vermehren, er hofft auf demokratische Institutionen und öffentliche Meinung. Am Ende steht ein Traktat über Ökonomie ohne Grenzen für Kapital, Güter und Arbeit. Die Ausbreitung der Zivilisation wird weitergehen, nicht mehr als staatliche Kolonialbildung, sondern als kommerzielle Unternehmungen konkurrierender Unternehmen.

Silberner, Edmund
The Problem of War in Nineteenth Century Economic Thought. – Princeton, N.J. : Princeton Univ. Pr., 1946, Neudruck New York 1972 (The Garland Library of War and Peace) S. 114-129
Molinaris Friedenstheorie beruht völlig auf historischer Entwicklung: der Krieg war einst zum Überleben nötig, zivilisierte Nationen sind aber nicht länger gefährdet, jetzt kostet der Krieg mehr als er einbringt. Das war zu Molinaris Zeit nicht mehr originell und ist nicht überzeugend. Aber während Say den Frieden aus den Interessen der industriellen Klassen hervorgehen ließ, begreift Molinari die Notwendigkeit internationaler Organisation. Die Vorschläge – Liga der neutralen Staaten und Internationales Gericht mit Exekutivgewalt – erklärt Silberner für nutzlos, weil Molinari sie mit der Fortdauer der Souveränität der Staaten vereinbar hält.

Augustin Cournot (1801-1877), Mathematiker, hoher Funktionär in der Wissenschaftsverwaltung. Er war von Herkunft kein Ökonom, doch das 20. Jahrhundert kennt ihn fast nur noch als Pionier mathematischer Modelle in der ökonomischen Analyse. Cournot interessierte sich für die Prognoseleistungen von Wissenschaften, v.a. für die Belastbarkeit von allgemeinen Harmonie-/Gleichgewichtsannahmen. Es ging um Bestimmung der Grenzen von Bastiats universellen Harmonien, die dem Leibnizianer Cournot an sich nicht fremd waren: Die Kräfte im Innern der Staaten können durch die ökonomische Wissenschaft kalkuliert werden, in internationalen Beziehungen kann man dagegen nur Macht kalkulieren. Das Mächtegleichgewicht ist nicht das abstrakte Gleichgewicht der Mathematiker. Stabilität war immer nur vorübergehend erreichbar, die europäische Geschichte ist mehr von Kriegen, Zerstörungen und gebrochenen Allianzen geprägt als von stabilem Gleichgewicht. Der bewaffnete Frieden mit seinem Wettrüsten führt zum Ruin der Staaten. Ändern könnten das nur die Vereinigte Staaten von Europa oder ein internationaler Gerichtshof. Recht läßt sich aber nicht voll auf Nationen anwenden. Man kann hoffen, daß eine Veränderung der innerstaatlichen Verhältnisse eine Veränderung der internationalen Beziehungen bringt, aber wissenschaftlich können wir davon nichts wissen. So bleibt allein die Mächtebalance (*Considéra-*

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

tions sur la marche des idées et des événements dans les temps modernes (1872) II/6 *De l'avènement de la politique moderne et de l'idée de l'équilibre politique*). Cournot ist von Soziologen als ein Vorläufer von Max Webers Analyse der Ablösung von Vitalität und Politik durch Rationalität und Bürokratisierung beachtet worden. Aber auch diese Prognose wendet er nicht auf internationale Beziehungen an. Vgl.zu Cournot: R. Ruyer, *L'humanité de l'avenir d'après Cournot*. – Paris 1930; Friedrich Jonas, *Geschichte der Soziologie* II (1968) 155-159; François Vatin, *Économie politique et économie naturelle chez Antoine-Augustin Cournot*. – Paris 1998.

Paul Leroy-Beaulieu (1843-1916), 1872 Professor an der École Libre des Sciences Politiques, 1880 am Collège de France Nachfolger seines Schwiegervater Michel Chevalier. Biographie: Dan Warshaw, *Paul Leroy-Beaulieu and Established Liberalism in France*. – De Kalb, Ill. 1991. Leroy-Beaulieu war der führende französische liberale Ideologe des späten 19. Jahrhundert: Anhänger antietatistischer Ökonomie, Moralist der individuellen Initiative als Grundlage der Zivilisation, Schumpeters Vorläufer in der Verklärung des Unternehmers als Innovator, Gegner des Sozialstaates (auch die *frivolité* der Verträge zur internationalen Regelung von Arbeitsbeziehungen hat er bekämpft, *L'état moderne et ses fonctions*. – Paris 1890. – S. 350). Vgl. Dan Warshaw a.a.O. (Deutung als Apologet der *grande bourgeoisie*); Leiko Kurita, *Paul Leroy-Beaulieu and his ‚Cheap Government'*, in: *European Economists of the Early 20th Century, Vol. 1, Studies of Neglected Thinkers of Belgium, France, the Netherlands and Scandinavia*. – Cheltenham 1998. – S. 190-207. Seine Statistiken zeitgenössischer Kriege waren die bekanntesten Texte der Friedensforschung der Zeit, von der Ligue Internationale et Permanente de la Paix und ihrer englischen Schwesterorganisation gefördert. Verluste der Gesamtwirtschaft durch Krieg waren traditionell ein Argument der Friedensbewegung, so umfassend war es nie belegt worden (diese Arbeiten sind ein Beispiel für seine Methode: faktennah, mit der Versicherung, diese Fakten sprächen für sich selbst). Vgl. *Les guerres contemporaines (1853-1866) : recherches statistiques sur les pertes d'hommes et de capitaux*. – Paris 1868, engl. u.d.T.: *Contemporary Wars (1853-1866) : Statistical Researches Respecting the Loss of Men and Money Involved in Them*. – London 1869, Neudruck in: *Internationalism in Nineteenth-century Europe : the Crisis of Ideas and Purpose* / ed. by Sandi E. Cooper. – New York 1976. – S. 387-436 (The Garland Library of War and Peace); ders., *Recherches économiques, historiques et statistiques sur les guerres contemporaines (1853-1866)*. – Paris 1869. In seinen ökonomischen Lehrbüchern hat Leroy-Beaulieu zu Frieden und Krieg nur wenig gesagt, das aber klar: Erste Aufgabe des Staates ist, Sicherheit zu bieten. Staaten, die nicht rüsten, müssen das Schicksal Chinas fürchten (das damals gerade von Japan angegriffen worden war). Er polemisiert gegen „les économistes purement sentimentaux", die voreiligen Vorhersagen des ewigen Friedens glauben und auf Schiedsgerichte und „d'autres belles idées" vertrauen. Er polemisiert auch gegen die Idee, daß dem *Ètat militaire et féodal* ein *État industriel* folgen werde (*Traité theorique et pratique d'économie politique* – Paris 1896. – IV, 678-680). Damit verwirft Leroy-Beaulieu, der zu den ersten Mitgliedern der Ligue Internationale et Permanente de la Paix gehört hatte, am Ende des 19. Jahrhundert die Friedens-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

theorie der Ökonomen dieses Jahrhunderts. Leroy-Beaulieu war einer der eifrigsten Kolonialautoren der frühen Dritten Republik. Er argumentiert nationalistisch, daß das kleine Frankreich zwischen den Mächten eine nordafrikanische Extension braucht (er begann als Autor im Empire libéral im Gefolge Prevost-Paradols, des bekanntesten Vertreters dieser Idee), und ökonomisch, daß in Asien und Afrika der Fortschritt des wachsenden Wohlstandes spontan nicht erreichbar sei. Ungleiche Entwicklung begründet das Recht auf und die Pflicht zur Intervention europäischer Staaten. Es ist unnatürlich und ungerecht, daß die Zivilisation sich auf einen kleinen Teil der Welt beschränken soll. Dieses Argument ist aus dem Völkerrecht seit Jahrhunderten bekannt, Leroy-Beaulieu rechnet es um in Begriffe der Verzinsung von Investitionen: Es gibt ein Recht auf Kolonisierung, weil die Verzinsung in Übersee höher ist als in Europa. Kolonisierung ist nur als Erziehungsmission oder als Vormundschaft gerechtfertigt, Kolonialisten und Eingeborene müssen einander tolerieren. Auch ein diszipliniertes, harmonisches Erziehungsunternehmen kann, selbst für Indien, Jahrhunderte Vormundschaft bedeuten. Vgl. *De la colonisation chez les peuples modernes*. – Paris 1874, weitere Auflagen 1882, 1886, 1891, 1902, 1908; *L'Algérie et la Tunisie*. – Paris 1887, weitere Auflagen 1897, 1913. Literatur: Agnes Murphy, *The Ideology of French Imperialism 1871-1881*. – Washington 1948 (Neudrucke 1968 und 1977). – S. 103-175; Dan Warshaw a.a.O. S. 78-105, 135-138; Philippe Hugon, *Le pensée libérale française et la colonisation : l'oeuvre de Leroy-Beaulieu*, in: *Les traditions économiques françaises 1848-1939* / sous la direction de Pierre Dockes… – Paris 2000. – S. 565-577; Osama W. Abi-Mershed, *Apostles of Modernity : Saint-Simonians and the Civilizing Mission in Algeria*. – Stanford, Cal. 2010. – S. 203-210 (über Leroy-Beaulieus wachsenden Widerspruch gegen die französische Assimilierungspolitik).

4.2 Großbritannien

England ist das klassische Land des (Frei-)Handelspazifismus, aber wir sind in der Verlegenheit, einen klassischen Text zu nennen, in dem Freihandel und Frieden in eine theoretisch anspruchsvolle Beziehung gebracht werden. Die Behandlung des Krieges und des Friedens bei britischen Ökonomen ist stereotyp, es ist eine Fortsetzung der Kritik der ökonomischen und kolonialistischen Monopole bei Adam Smith und Jeremy Bentham. Auf allen Seiten der handelspolitischen Debatten standen Smith-Schüler. Es ging um Politik (den Schutz der Großgrundbesitzer, die den britischen politischen Prozeß beherrschten, und die labilen Koalitionen vor den Parteienbildungen der 1860er Jahren), da sind keine großen Theorien zu erwarten. Die Theoretiker bevorzugen alle Freihandel, betonen aber den Unterschied zwischen Theorie und Politik. Daß Freihandel für die internationalen Beziehungen vorteilhafter sei als Isolation durch Schutzzölle, weil Handel wechselseitige Abhängigkeit bringt, wurde von den Ökonomen geteilt, aber nicht als ein Gegenstand angesehen, der in den Bereich der Ökonomie fällt (Nassau Senior, *Three Lectures on the Transmission of Precious Metals from Country to Country and the Mercantile Theory of Wealth*. – London 1828. – S. 49-51; J. R. McCul-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

loch, *The Principles of Political Economy with Some Inquiries Respecting their Application*. – 4th ed., 1843. – S. 153-160, ähnlich John Stuart Mill). Die Kritik eines falschen Verlangens nach nationaler Unabhängigkeit ist alles, was die Ökonomen zu Richard Cobdens Freihandelsbewegung beisteuern. Zur Fremdheit zwischen ökonomischer Wissenschaft und Freihandelsbewegung: Mark Blaug, *Ricardian Economics : a Historical Study.* – New Haven 1958. – S. 202-212; William D. Grampp, *The Manchester School of Economic*s. – Stanford, Cal. 1960. Auch nach dem Sieg des Freihandels warnen Ökonomen davor, allein auf ökonomische Mechanismen zu setzen. J. E. Cairnes erklärte, *laissez-faire* sei kein Satz der Wissenschaft, "as if there were no such things in the world as passion, prejudice, custom, esprit de corps, class interest, to draw people aside from the pursuit of their interests in the largest and highest sense!" (*Political Economy and laissez-faire*, in: *Essays in Political Economy*. – London 1873. – S. 232-264). Auch in Großbritannien fordert die akademische Ökonomie Ergänzung durch Psychologie und Soziologie.

Nassau Senior (1790-1864), Anwalt, Ökonomieprofessor, Regierungsberater. Er schrieb über Außenpolitik, aber das sind keine ökonomischen Schriften. An einer Nation interessiert ihn „her pride, her vanity, her ambition". Die Nationen haben zu viel Stolz und sind immer in Gefahr sich zu überschätzen. Sie haben keine Freunde, die sie konsultieren, und kein Tribunal, vor dem sie etwas klären könnten. So gibt es nur ein Verfahren: abschätzen, welchen Eindruck der eigene Standpunkt auf andere macht (*France, America, and Britain*, in: *Edinburgh Review*, April 1842, Neudruck in: *Historical and Philosophical Essays*. – London 1865, vol. I, 1-90). Senior setzt auf Balance gegen einen Angreifer, an weitere Regeln glaubt er nicht: „the attempt to bind nations by mere moral sanctions, is to fetter giants with cobwebs." Staaten wissen, daß sie *force* und *boldness* zeigen müssen, und sind deshalb ängstlich bemüht, nicht als ängstlich zu gelten. Sie halten sich aber durchaus an *the public opinion of nations*, die im Völkerrecht ausgedrückt ist. Es gibt keine stabile internationale Rechtsprechung, aber auch kaum Hinweise, daß Staaten das mißachten, was sie für das Recht halten. Wenn die Regeln vollständiger und klarer würden, wäre „dispute rare and brief" (*The Law of Nations*, in: *Edinburgh Review*, April 1843, in: *Historical and Philosophical Essays* I, 138-254). Senior stimmt mit Mill darin überein, daß internationalen Beziehungen nicht durch Ökonomie erklärt werden können.

Die Comteanische Bewegung, die in Großbritanien durchaus Anhang hatte, argumentierte zwischen europäischer Politik und ethisch-religiösen Wandlungen; soziologische Argumente sind selten. **Henry Dix Hutton** (1824-1907), Anwalt, Bibliothekar am Trinity College Dublin, Comte-Übersetzer, folgt Comte darin, daß wir uns erst in der Übergangsperiode von der militärischen zur industriellen Gesellschaft befinden. *Industry* (*agriculture, manufacture, commerce, banking*) ist noch nicht so die Grundlage der modernen Gesellschaft, wie Krieg die Grundlage der alten gewesen war. Noch muß bewaffnete Intervention als internationaler Schutz verteidigt werden – eine Apologie des Krimkriegs (*Modern Warfare: its Positive Theory, and True Policy*. – London 1855). Wie bei dem anderen britischen Comteaner Frederic Harrison (s.o.) kann man den Eindruck haben, es gehe nur um ein dauerhaftes britisch-französisches Bündnis: Wie bei Harrison soll die-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ses Bündnis Ausgangspunkt einer *Western Confederation* sein, ein Modell kollektiver Sicherheit, das vom Ersten Weltkrieg bis zur NATO-Gründung den Internationalismus von Norman Angell und Alfred Zimmern dominieren wird. 1870 war Hutton Mitglied im Anglo-French Intervention Committee und verlangte ein britisches Eingreifen in den Deutsch-Französischen Krieg zur Bewahrung des "general peace of confederated Europe." Mit einem Schiedsgericht können solche Konflikte nicht gelöst werden, man benötigt "a League of international Defence" (*Europe's Need and England's Duty*. – London 1870). Zu Frederic Harrisons politischer Publizistik oben Abschnitt 2.3.1.3.

Die Bewegungen, die in Großbritannien als sozialistisch bezeichnet wurden, vor allem die Chartisten der 1840er Jahre, stehen in einer britischen radikalen Tradition, in der es um Parlamentsreform, Ausdehnung des Wahlrechts und Bändigung aristokratischer Korruption ging; Veränderungen der Besitzstruktur blieben Minderheitsforderungen. Diese Bewegungen sind wichtig für die Vorgeschichte der Internationalen Arbeiterassoziation, aber im Land der Weltwirtschaft schweigen die Sozialisten zur Weltwirtschaft. **Robert Owen** (1771-1858), der philanthropische Unternehmer, der am Anfang der britischen sozialistischen Tradition steht, scheint eine Ausnahme zu sein. Sein ursprünglicher Antrieb war nicht der Krieg, sondern Pauperismus. Ihn trieb die Angst um, daß die britische Industrialisierung zu weit gegangen ist und daß mit der aufholenden Industrialisierung anderer Länder ein deindustrialisiertes, pauperisiertes Großbritannien bleibt. Am Anfang seines öffentlichen Wirkens hatte er die auf dem Aachener Kongreß 1818 versammelten Mächte aufgefordert, seine Einrichtungen zu studieren; mit seinem System würden die Regierungen in Friedenszeiten weniger Verbrecher haben und im Krieg bessere Soldaten. Gar zu rasch verspricht er dann die noch nie dagewesene Möglichkeit „to establish a permanent system of peace, conservation, and charity ... to supersede the system of war, destruction, and almost every evil, arising from uncharitable notions among men ..." (*Selected Works of Robert Owen*. – London 1993. – I, 267). Die Vernunftwidrigkeit des Krieges bleibt auf seiner Liste der Vernunftwidrigkeiten des gegenwärtigen Systems und das Versprechen des Friedens auf seiner Liste der Versprechen der Vernunft. Aber er wird nie klar, warum veränderte Lebensbedingungen der Arbeiter den Frieden bringen. Owen ist ein klarer Vertreter der Deutungen, die Hans Morgenthau „Science of Peace" genannt hat: „the science of the inference of circumstances over mankind will speedingly enable all nations to discover, not only the evils of war, but the folly of it" (Report to the County of Lanarck (1820), ebd. I, 327). Aber statt ökonomischer Wissenschaft – Owen kam sowohl als Unternehmer wie als Sozialist mit wenig ökonomischen Denken aus –, sind es Erziehung zur Vernunft (beim späten Owen wird der Chiliasmus der Rationalität immer schriller) und harmonische Gemeinschaften. In den sozialistischen Organisationsentwürfen kommen „internationale Beziehungen" nur als Besuche zwischen den harmonischen Gemeinschaften vor. Er hat zu einer Föderation zwischen den USA und Großbritannien und auch der ganzen Welt aufgerufen. Wie die Staaten und die harmonischen Gemeinschaften zusammenpassen, bleibt unklar. Albert Thomas, Gründungsdirektor der Internationalen Arbeitsorganisation, hätte seine Organisation gerne in der Tradition des Owen von 1818 gesehen, konnte aber nicht verschweigen, wie wenig konkret Owens Ende der Kriege durch Arbeitsorganisation

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

war (*Quelques notes sur Robert Owen et la législation internationale du traivail*, in: *Mélanges offerts a M. Charles Andler*. – Strasbourg 1924. – S. 323-333).

Vgl. J. F. C. Harrison, *Robert Owen and the Owenians in Britain and America : the Quest for the New Moral World*. – London 1969; Gregory Claeys, *Reciprocal Dependence, Virtue and Progress : Some Sources of Early Socialist Cosmopolitanism and Internationalism in Britain, 1750-1850*, in: *Internationalism in the Labour Movement 1830-1940* / ed. by Frits von Holthoon and Marcel van der Linden. – Leiden 1988, vol. I, 235-258; ders., *Citizens and Saints : Politics and Anti-Politics in Early British Socialism*. – Cambridge 1989 (wichtig für Owens Weltbild zwischen rationalistischem Millenarismus, Erziehungsbewegung, Gemeinschaftsbildung).

Zu Owens (ungehörten) Aufrufen zur Föderalisierung der ganzen Welt: Thomas Richard Davies, *Educational Internationalism, Universal Human Rights, and International Organisation : International Relations in the Thought and Practice of Robert Owen*, in: Review of International Studies 40 (2014) 729-751.

Silberner 1946 behandelt McCulloch (S. 52-58), Cobden (S. 60-62), John Stuart Mill (S. 62-67) und dessen Anhänger Cairnes und Fawcett (S. 67-68).

4.2.1 Richard Cobden

1804-1865, Textilhändler in Manchester, außenpolitischer Publizist, Sprecher der Anti-Corn Law League 1838-1846, Mitglied des Parlaments 1841-1857 und 1859-1865. Er handelte 1860 den britisch-französischen Handelsvertrag aus, der als Beginn einer neuen Welt des Freihandelspazifismus gefeiert wurde. Zur Biographie: John Morley, *The Life of Richard Cobden*. – London 1881 (ein Grundwerk des britischen Internationalismus und des Cobden-Kultes); Nicholas C. Erdsall, *Richard Cobden – Independent Radical*. – Cambridge, Mass. 1986. Eine gute Aufsatzsammlung zu diversen Aspekten von Cobdens Politik und Ruhm: *Rethinking Nineteenth-Century Liberalism : Richard Cobden Bicentenary Essays* / ed. by Anthony Howe and Simon Morgan. – Aldershot 2006. Als Einführung: A. J. P. Taylor, *The Trouble Makers : Dissent over Foreign Policy 1792-1939*. – London 1957. – S. 50-66; Peter Cain, *Capitalism, War and Internationalism in the Thought of Richard Cobden*, in: *British Journal of International Studies* 5 (1979) 229-247 (= Einleitung des Nachdrucks von Cobdens *Political Writings* 1995).

Cobden war die führende Person der Anti-Corn Law League, einer außerparlamentarischen Bewegung, die ein Parlament von Landbesitzern zum Aufgeben der Getreide-Schutzzölle zwang. Er war der angesehenste Sprecher der britischen und europäischen Friedensbewegung in der Mitte des Jahrhunderts: ohne selber Mitglied einer Friedensgesellschaft zu sein, identifizierte er die Themen, die in der britischen und europäischen Öffentlichkeit über den Kreis der religiösen Pazifisten hinaus konsensfähig waren. Er führte den Kampf gegen die Außenpolitik Palmerstons, die fast jedes Jahr eine Intervention oder Androhung einer Intervention brachte. Langfristig hat er damit den Ton für die neue Liberale Partei angegeben. Zur Freihandelsbewegung: Norman McCord, *The Anti-Corn Law*

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

League : 1838-1846. – London 1958; Paul A. Pickering / Alex Tyrell, *The People's Bread : a History of the Anti-Corn Law League*. – London 2000. Zum Starkult um Cobden: Simon Morgan, *From Warehouse Clerk to Corn Law Celebrity : the Making of a National Hero*, in: *Rethinking Nineteenth-Century Liberalism* a.a.O. S. 39-55. Zu Cobdens Bedeutung für die Friedensbewegung: Wilhelmus van der Linden, *The International Peace Movement 1815-1874*. – Amsterdam 1987; David Nicholls, *Richard Cobden and the International Peace Congress Movement, 1848-1853*, in: *Journal of British Studies* 30 (1991) 351-376; Martin Ceadel, *Cobden and Peace*, in: *Rethinking Nineteenth-century Liberalism* a.a.O. S. 189-207 (Ceadels Aufsatz ist eine Verdichtung seiner Darstellungen in *The Origins of War Prevention : the British Peace Movement and International Relations, 1730-1854*. – Oxford 1996 und *Semi-Detached Idealists : the British Peace Movement and International Relations, 1854-1945*. – Oxford 2000). Zu Cobdens parlamentarischem Kampf gegen Interventionen und Kriege: Miles Taylor, *The Decline of British Radicalism, 1847-1860*. – Oxford 1995.

Ein Theoretiker war er nicht. Er schätzte Bastiats ökonomische Harmonien, hat aber nie versucht, wie dieser seiner Politik eine Theorie zu geben. Ein Ökonom mußte er nicht sein, weil sein Glauben an ökonomische Harmonien noch zu unangefochten war. Sein Ziel war der Abbau aristokratischer Privilegien. Die britische radikale Tradition kann ihm noch die Soziologie ersetzen (eine soziologische Theorie wurde erst nach Cobdens Tod nötig, als von den Liberalen mehr als der Abbau alter Privilegien verlangt wurde und die liberale Partei zum ersten Mal zerbrach). Zu Cobdens physikotheologischem Weltbild: Boyd Hilton, *The Age of Atonement : The Influence of Evangelicalism on Social and Economic Thought 1785-1865*. – Oxford 1988. – S. 189-202, 246-248 (über die christliche laissez-faire-Tradition, in deren Licht Cobden auch Adam Smith liest); David Stack, *Phrenological Friends : Cobden and His ‚Father Confessor' George Combe*, in: *Rethinking Ninetheenth-Century Liberalism* (s.o.) S. 23-38. Cobden war berühmt für griffige Maximen: "Commerce is the grand panacea, which, like a beneficent medical discovery, will serve to inoculate with the healthy and saving taste for civilisation all the nations of the world". Oder: "As little intercourse as possible betwixt the governments, as much connection as possible between the nations of the world." Oder: „Free trade is the international law of the Almighty" (das soll ein „favourite sentiment" gewesen sein, aber in seinen Schriften und Reden wurde es so nicht gefunden). Es ist nicht möglich, aus solchen Maximen ein System zu konstruieren. Cobdens einziger Bezug auf Theorie ist Kritik. Er protestiert gegen aristokratische Politik und außenpolitischen Aktivismus ohne *necessità*. Er erkennt Interesse und Ehre als Kriegsgründe an, kann aber bei den Kriegen seiner Zeit nur Korruption und Inkompetenz erkennen. Auch sein Prinzip der Nichtintervention wird nicht dogmatisch präsentiert, sondern ganz von England aus gesehen und anti-aristokratisch formuliert. Seine Kritik der Mächtebalance ist resolut historisch und auf England bezogen. Sein Maßstab ist immer das Nationalinteresse, gesehen als Interesse des Volkes im Gegensatz zum Interesse der Aristokraten. Die Welt Cobdens ist eine nationale Welt. Für das mächtige England zählen letztlich nur Frankreich als ebenso mächtiger Nachbar und die USA als Vorbild eines mächtigen Staates ohne aristokratische Sicherheitspolitik. Cobden kennt kein einheitliches internationales System. Auf dem Kontinent können andere Zustände

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

herrschen, aber das ist dann eine andere Welt mit einem anderen Entwicklungsstand. Die Welt als Ganzes ist noch nicht am Ende ihres Weges zum Frieden. Man darf Cobden nicht auf Maximen mit einem unbestimmten Zeithorizont und mit unbestimmten Machtressourcen reduzieren. Hans Morgenthau nennt unter den Vertretern der Scheinwissenschaft vom Frieden vor allem Cobden (nur Woodrow Wilson wird etwas häufiger genannt), er tadelt Cobdens Idee einer „foreign politics without politics" und lobt dessen Widerspruch gegen den liberalen Interventionismus (*Scientific man vs. power politics*. – Chicago 1946). Tatsächlich ist Cobdens Lehre ein Realismus für England und fürs 19. Jahrhundert. Die Situation einer zur Isolation fähigen größten Macht war nur damals gegeben. Der deutsche Sieg 1870 wird auch in England für das Nachdenken über den Krieg eine Zäsur sein. Um solche historischen Grenzen seiner Lehre zu antizipieren, fehlen Cobden die theoretischen Voraussetzungen. Martin Ceadel hat bei Cobden eine Entwicklung von einem frühen Utopismus zu einem späten Realismus erkennen wollen. Das Material gibt für eine so starke These nicht genug her. Cobden war immer anti-utopisch, aber er gestattete sich Ausblicke auf Werte und Möglichkeiten, die nicht ausformuliert werden. In einer seiner letzten großen Reden vor der Aufhebung der Getreidezölle schließt er mit einem Ausblick auf den ewigen Frieden: Freihandel ist die Analogie zur Gravitation, durch ihn werden Menschen über alle Antagonismen der Rasse, des Glaubens und der Sprache zusammengebracht und in den "bonds of eternal peace" verbunden. Da deutet er einen historischen Rahmen an: So könnte in 1000 Jahren das Bedürfnis zu machtvollen Reichen mit gigantischen Armeen und Flotten absterben und die Menschen eine Familie werden, in der die Früchte der Arbeit frei ausgetauscht werden. Dann wird die Erde regiert werden, wie heute innerhalb der Staaten regiert wird (*Speeches on Questions of Public Policy*. – London 1870, I, 362-363, Manchester 15. Januar 1846). Solche Visionen mögen Cobden motiviert haben, aber in seinen Reden geht es darum selten und in seinen Schriften nie. Er hält Freihandelsbewegung und Friedensbewegung weitgehend auseinander. Er stellt die Freihandelsbewegung nicht als Friedensbewegung dar, auch wenn er der Friedensbewegung zu erklären versucht, warum sie sich für Freihandel engagieren sollte (vgl. seinen Brief an Henry Ashworth am 12. April 1842 in: *The Letters of Richard Cobden* I (Oxford 2007) S. 267-268 und seinen Vortrag vor der Peace Society am 14. Mai 1842, referiert im *Herald of Peace*, July 1842; zitiert bei Ceadel, *The Origins of War Prevention* a.a.O. S. 122, ebd. S. 311 über den Kontext – übrigens ist das seine bei weitem emotionalste und am stärksten religiöse Formulierung des Friedens als von der Vorsehung bestimmtem „free and unfettered intercourse"). Auch in den späteren Jahren, in denen er die englische und internationale Friedensbewegung beriet oder für sie sprach, stellt er die Friedensbewegung nicht als Freihandelsbewegung dar. Es gibt keinen Zweifel, daß Cobden den Freihandel für eine Basis des Friedens hielt, aber er glaubte gewiß nicht, das sei ein rascher Weg. Der Freihandelsvertrag mit Frankreich 1860 war als Vertrauensbildung gedacht, um mit Abrüstung beginnen zu können (A. A. Iliascu, *The Cobden-Chevalier Commercial Treaty of 1860*, in: *Historical Journal* 1971, 67-98).

Cobden nimmt England als aristokratische Nation wahr. Er wird zum ersten Jingoismus-Kritiker (damals fehlte dieses Wort für den britischen Chauvinismus

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

als *fighting spirit* noch). Die “Paniken”, die zu Aufrüstung genutzt werden, bekämpft Cobden als Verschwörungen, die Unterstützung für aristokratische Interessen organisieren sollen. Sein Engagement für Schiedsgerichtsbarkeit (Kriege brechen selten wegen den großen Interessengegensätzen aus) und für balancierte Abrüstung (Rüstungen sind – um mit einer modernen Analyse zu sprechen – autistisch verursacht) hängen mit diesem Mißtrauen in die Verläßlichkeit der nationalen öffentlichen Meinung in einer aristokratisch geführten Gesellschaft zusammen. Die Friedensbewegung sah er als Aufklärung der öffentlichen Meinung. Zunehmend konzentrierte er seine Kritik auf die Presse. Die „pugnacious propensity“ wird von Cobden nie theoretisch erklärt, weder soziologisch noch psychologisch; die Deutung der Engländer als aristokratische Nation macht das überflüssig. John A. Hobson und Norman Angell haben von ihm sowohl die Vorstellung des ökonomischen Friedens wie die Jingoismuskritik gelernt, auch bei ihnen wird das nicht theoretisch verbunden. Vgl. David Brown, *Cobden and the Press*, in: *Rethinking Nineteenth-Century Liberalism* a.a.O. S. 39-55.

Cobden war einer der wenigen strikt antikolonialen Politiker und Publizisten des 19. Jahrhunderts. Seine Zivilisationstheorie ist schwächer ausgebildet als im 19. Jahrhundert üblich und er fordert außerhalb Europas dieselbe Nichtintervention wie in Europa. Andererseits verhehlt er nie, daß er das Osmanische Reich für eine Art *failed state* hält, der allein von England vor dem verdienten Untergang beschützt wird, nicht nur gegen Rußland, auch gegen die eigenen Untertanen (sowohl die christliche Mehrheit wie die muslimische Minderheit). Darunter sind „orientalistische“ und islamophobe Kommentare. So hat John M. Hobson ihn als Vertreter einer “liberal-imperial civilizing mission in the East” identifiziert. Das ist zu hastig, eine gründlichere Bearbeitung wäre nötig (*The Eurocentic Conceptions of World Politics*. – Cambridge 2012. – S. 35-40).

Die Erinnerung an Cobdens Friedenspolitik wurde noch lange verkörpert von John Bright, seinem engsten politischen Mitstreiter, Architekt der Wahlrechtsreform von 1867 und neben Gladstone und Cobden einer der Objekte des Heldenkults der Liberalen Partei. Gladstone sah sich als Schüler Cobdens (vgl. Anthony Howe, *Gladstone and Cobden*, in: *Gladstone Centenary Essays* / ed. by David Bebbington and Roger Swift. – Liverpool 2000. – S. 113-132). Gladstones Politik war nicht Cobdens strikte Nichtintervention. Aber diese Unterschiede wurden vergessen. Cobden blieb v.a. als Freihandelspolitiker in Erinnerung, aber der Cobden Club, einer der frühesten Think Tanks, hütete auch Cobdens friedenspolitische Tradition und förderte die frühen Anläufe zu einem empirischen Studium des Krieges. Vgl. zur Geschichte des Cobden-Kults und der Cobden-Tradition: Anthony Howe, *Free Trade and Liberal England 1846-1946*. – Oxford 1997. Außerhalb Englands hatte Cobden nur für linksliberale und sozialdemokratische Kreise Bedeutung; der “Cobdenismus” des Sozialdemokraten Eduard Bernsteins ist übrigens, wie der britische „Cobdenismus” von Bernsteins Zeitgenossen, eher „*Gladstonian Imperialism*“ (R. A. Fletcher, *Cobden as Educator : the Free-Trade Internationalism of Eduard Bernstein, 1899-1914*, in: American Historical Review 88 (1983) 561-578; ders., *Revisionism and Empire : Socialist Imperialism in Germany 1897-1914*. – London 1984). Nach dem Ersten Weltkrieg wurde wieder daran erinnert, daß Cobden nicht nur Handelspolitiker war. John A. Hobson preist

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ihn als “the clearest-eyed and firmest-principled interpret of the visible tendencies of his time”, stellt aber klar, daß in einer völlig neuen Situation der Globalisierung des Kapitals jede Anknüpfung an Cobden eine Historisierung voraussetzt (*Richard Cobden* a.a.O. S. 387-409 *Cobden and Modern Internationalism*). Woodrow Wilson, dessen erstes politische Vorbild Cobden gewesen war und dessen Bild einer Welt demokratischer Nationalstaaten an Cobden erinnert, hat sich in seinem internationalen Programm nie auf Cobden berufen. Auch Cordell Hull nicht, der das Friedensversprechen des Freihandels wieder in die Politik einführte. Auch nicht die amerikanischen Radikalen von Charles Beard bis Noam Chomsky, die die interventionistische Außenpolitik des eigenen Landes denunzieren. Amerika mußte seinen eigenen „Cobdenismus” erfinden. Zum Schicksal des Cobdenismus im 20. Jahrhundert: Frank Trentmann, *The Resurrection and Decomposition of Cobden in Britain and the West : an Essay in the Politics of Reputation*, in: *Rethinking Nineteenth-Century Liberalism* a.a.O. S. 264-288. Für den Realismus hat die Absage an eine Cobdensche Harmonieerwartung eine große Rolle gespielt, sowohl in Hans Morgenthaus *Scientific Man vs. Power Politics* (1946) wie in Kenneth Waltz‘ *Man, the State and War* (1959). Aber der Cobdenismus wurde post-realistisch wieder ins Gespräch gebracht: Michael Howards *The Invention of Peace : Reflections on War and International Order* (2000) ist eine lange Frage, ob das Ende des Ost-West-Konfliktes nicht doch Cobden bestätigt hat („But it took time“).

England, Ireland, and America. – London : Ridgway, 1835. – 160 S.
In: The Political Writings of Richard Cobden. – London 1867, I, 5-153 (Neudruck 1995 in: The Political and Economic Works of Richard Cobden)
The Political Writings of Richard Cobden. – 4th ed. – London 1903, I, 3-119 (Neudruck 1973 in: The Garland Library of War and Peace)
England
Kritik des Glaubens an Mächtebalance, an der Selbstüberschätzung der britischen Rolle im internationalen System, an den Chimären der Bedrohungsanalysen. Man darf das eigene Volk nur zum Schutz der eigenen Ehre oder des eigenen Interesses in einen Krieg verwickeln, es gibt keine Aufgabe als Weltgendarm und Friedensbringer. Durch Interventionen kann man der Wirtschaft nicht helfen: Der Handel braucht den Krieg nicht, der Krieg schadet dem Handel. Eine richtige Handelspolitik (das Osmanische Reich ist freihändlerisch) reicht nicht, wenn das ganze Land durch Despotismus kommerziell heruntergekommen ist. Eine russische Eroberung der osmanisch beherrschten Länder wäre für diese ein Gewinn und für England und Europa kein Problem (zumal Rußland dadurch langfristig gebunden wäre). Damit England auf Intervention verzichtet, müßte die öffentliche Meinung sich völlig ändern. Sie müßte von Englands Interessen geleitet werden, nicht von denen der aristokratischen Klasse. „The middle and industrious classes of England can have no interest apart from the preservation of peace.“ Das künftige Programm dieser Klassen wird sein: „no foreign politics.“
America
Unter Einfluß der aristokratischen Klassen beachtet die britische öffentliche Meinung unbedeutende Länder und übersieht den wichtigsten Handelspartner. In der kommenden ökonomischen Konkurrenz ist England behindert durch unnütze Ausgaben für Sicherheit. Die USA intervenieren nie. England kann die republika-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

nische Regierungsform der USA nicht kopieren, jedes Volk braucht eine passende Verfassung und die Engländer sind ein aristokratisches Volk. Aber man kann einiges nachahmen: öffentliche Sparsamkeit, Nichteinmischung, allgemeine Bildung. Nur so könnte England die Konkurrenz zu einer Republik bestehen. Nichteinmischung und Abrüstung bringen solide Finanzen.

Russia. – Edinburgh : Tait, 1836. – 52 S.
In: The Political Writings of Richard Cobden. – London 1867, I, 155-354 (Nachdruck 1995 in: The Political and Economic Works of Richard Cobden)
The Political Writings of Richard Cobden. – 4th ed. – London 1903, I, 121-272 (Nachdruck 1973 in: The Garland Library of War and Peace)
Deutsche Übersetzung in: Richard Cobden und das Manchestertum / hrsg. von Karl Brinkmann. – Berlin 1924 (Klassiker der Politik ; 10) S. 23-131

1- 2 Das Osmanische Reich und Polen sind gescheiterte Staaten, die nicht von England erhalten werden sollen. Unterschwellig sieht er eine russische Zivilisierungsmission, Hauptkriterium ist aber Interesse. Russischen Eroberungen müssen England nicht stören, heute führt der Weg zur Größe über *labour* und *improvement*. Rußland ist nur wegen der Schwäche seiner Nachbarn groß und wird durch Eroberungen schwächer.

3 *The balance of power*

England will keine Veränderungen auf dem Kontinent dulden, zu denen es nicht gefragt wird. Die *balance of power* ist aber nicht nur falsche Politik, sie ist völlig unklar, eine Chimäre, ein Nichts. Die Balance als Zustand des Systems und die Politik der Balancierung wurden durcheinandergeworfen. Es hat nie ein Gleichgewichtssystem gegeben. Balance als Politik kommt aus der Angst vor Macht durch Eroberungen. Tatsächlich beruht die Macht eines Staates auf *labour* und *improvement*, wie England und Amerika zeigen. Unter den Bedingungen des 19. Jahrhunderts ist aber auch Balance der ökonomischen Macht Unsinn. Das Osmanische Reich war nie Teil des europäischen Gleichgewichts. Nord- und Südamerika haben sich, trotz der engen ökonomischen und kulturellen Beziehung zu Europa, geweigert, Teil dieser Balance zu werden (das ist übrigens der Kontext der berühmten Maxime: „as little intercourse as possible between the governments, as much connection as possible between the nations of the world"). Dafür muß England nicht Republik werden, es muß nur das Interesse des Volkes beachten.

4 Protection of Commerce

Die veränderten Bedingungen des 19. Jahrhunderts erfordern Freihandel. Die meisten englischen Kriege der letzten 150 Jahre waren Handelskriege. Sie haben der Wirtschaft nicht genutzt. Ein wohlgerüstetes und robustes Volk muß keine Angriffe fürchten. Prinzip einer neuen Außenpolitik ist: „to nationalise public feeling". Eine Außenpolitik, hinter der Interessen aller Klassen stehen, folgt dem „bona fide principle of non-intervention in the political affairs of other nations." Der Weg zu einem glücklichen Polen, einer zivilisierten Türkei, einem freien Rußland ist nicht Krieg, sondern Handel. Wenn Rußland die Türkei erobert, braucht es nach zehn Jahren Kampf einen neuen Kurs. Dann ist das britische Beispiel wichtig.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

House of Commons, June 12, 1849
In: Speeches on Questions of Public Policy / ed. by John Bright and James E. Thorold Rogers. – London : Macmillan, 1870, II, 159-177 (Neudruck 1995 in: The Political and Economic Works of Richard Cobden)
Rede zu einem Antrag, mit anderen Staaten vertraglich auszumachen, bei Streitigkeiten ein Schiedsgericht zu benennen. Für die Lösung von Konflikten muß eine bessere Methode als Krieg gefunden werden. Normalerweise werden internationale Verträge eingehalten, das wird auch bei Schiedsgerichts-Verträgen so sein. Kriege kommen nicht aus großen Interessen, sondern aus lachhaften Vorwänden. Abrüstung ist erst möglich mit einer Institution, die Vertrauen schaffen kann. Ohne Vertrauen gibt es nur eine einzige Grenze immer höherer Rüstung: „the limit of taxation." Es geht nicht darum, die ganze Welt unter ein gemeinsames Gericht zu stellen. Es soll auch keine militärische Erzwingung der Einhaltung der Verträge geben. Die öffentliche Meinung der Staatengemeinschaft reicht dafür: ein Land, das sich nicht an die Verträge hält, gerät „in a worse position before the world." Ein Vertrag mit den Piraten von Borneo mag ausgeschlossen sein, aber es geht um Verträge mit Großmächten wie den USA und Frankreich oder mit den schwächeren Staaten Westeuropas. Der Charakter der Menschheit wird sich nicht plötzlich ändern und die Leidenschaften, die zum Krieg geneigt machen, werden bleiben. Aber das jetzige Kriegssystem kann überwunden werden.
(Der Antrag wurde mit 176 zu 79 Stimmen abgelehnt.)

House of Commons, June 17, 1851
In: Speeches II, 515-527
Rede zu einem Antrag für gegenseitige und balancierte Flottenreduzierung. Frankreich und England rüsten nur, um die Balance zu sichern. Diese könnte durch einen Vertrag auf niedrigerem Niveau stabilisiert werden. Ohne ein solches Abkommen erhöht das Rüstungsniveaus sich ständig und automatisch. Flottenreduzierung ist kein Mittel für einen schwachen gegen einen starken Staat. Frankreich und England sind aber starke Staaten, die einander nicht dauerhaft überwältigen können. Es kann nicht um *ambition* gehen, nur um *self-defence*.
(Über den Antrag wurde nicht abgestimmt, weil die Regierung versicherte, sie habe mit einem solchen Plan keine Probleme.)

What Next – and Next? – London : Ridgway 1856. – 50 S.
In: The Political Writings of Richard Cobden. – London 1868 (Neudruck 1995 in The Political and Economic Works of Richard Cobden) II, 107-212
The Political Writings of Richard Cobden. – 4th ed. – London 1903 (Neudruck 1973 in The Garland Library of War and Peace) II, 459-536
Britisch-russischer Handel hätte durch Wechselseitigkeit Frieden sichern können. Die Idee, daß Rußland über den Westen herfällt, ist kindisch, es kann einen offensiven Krieg gar nicht finanzieren. Aber auch die Westmächte können einen offensiven Krieg, der Rußland wirklich unter Druck setzt, finanziell nicht durchhalten. Der Krieg schädigt die *working classes*, brutalisiert die Massen und macht die Reichen reicher und die Armen ärmer. Das war schon in den Kriegen gegen Napoléon so, endgültig aber nach dem das Ende des alten Armenrechtes und der Wuchergesetze. Cobden entwirft ein Friedensprogramm, das Rußland keine Versprechen für die Zukunft abverlangt und Österreich und Preußen Hilfe bei der Abwehr Rußlands zusichert. Statt der Mächtebalance will er eine Friedensliga, deren Charakter zwischen Bündnis und Völkerbund nicht klar erkennbar ist. Statt

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Reduzierung der russischen Flotte fordert er eine europäische Flottenreduzierung (orientiert an der Handelsflotte der einzelnen Staaten).

The Three Panics : an Historical Episode. – London : Ward, 1862. – 152 S.
in: The Political Writings of Richard Cobden. – London 1868 (Neudruck 1995 in The Political and Economic Works of Richard Cobden) II, 215-435
The Political Writings of Richard Cobden. – 4th ed. – London 1903 (Neudruck 1973 in The Garland Library of War and Peace) II, 537-704
Mehrfach dienten angebliche französische Rüstungen zur Rechtfertigung der Erhöhung des britischen Militäretats. Cobden versucht zu zeigen, daß die französische Flotte langfristig immer etwa 2/3 der britischen Flottenstärke umfaßt hat. Die britischen Paniken sind selbstgemacht. Militärausgaben folgen tendenziell der Prosperität des Landes. In Wirtschaftskrisen schrumpfen die Ängste auf „the usual letter from Admiral Napier, in the *Times*, on the state of the Navy"; mit erneuerter Prosperität kommen sofort wieder Bedrohungsphantasien: das ist die Weise, wie die aristokratischen Klassen ihren Anteil am Wachstum haben wollen. Einen Militärisch-Industriellen-Komplex sieht Cobden nicht: die Paniken sind absurd, weil die Sprecher der Streitkräfte keine wachsende Bedrohung erkennen. Mit der tatsächlichen Außenpolitik hat die Bedrohungspropaganda nichts zu tun: die *alarmists* werden ohne Verzug wieder Anhänger des britisch-französischen Bündnisses. Cobdens Interesse gilt der letzten Panik: Dem Krimkrieg folgte keine Abrüstung, die neue Panik kam aus „elevated and official circles", nämlich von den aristokratischen Freunden des Habsburgerreiches. Schuld hat immer die Regierung, die diese Bewegungen beachtet und ihnen eine falsche Autorität gibt. Einzige Lösung sind bilaterale Verhandlungen über wechselseitige Reduktion der Flotte. Dann würde Frankreich auch mehr Vertrauen in die neue kommerzielle Politik des Cobden-Chevalier-Vertrages haben.

Gollwitzer, Heinz
Geschichte des weltpolitischen Denkens. – Göttingen : Vandenhoeck und Ruprecht. – Bd. I (1972) S. 500-510 Agitation und Ideologie: Richard Cobden
Cobden bekämpft die britische russophobe Fixierung auf das Orientproblem mit ökonomischem Realismus: der Aufstieg der Vereinigten Staaten ist eine größere Gefahr für die britische Weltstellung. Die Auflösung der Weltpolitik in Weltökonomie bringt aber nicht das Ende internationaler Konflikte. Er hat erkannt, daß die Ablösung des aristokratisch-kriegerischen Zeitalters durch ein bürgerlich-kommerzielles Zeitalter noch unvollendet ist. Deshalb fordert er Reduzierung der Staatstätigkeit und des Krieges. Die Nationalökonomien bleiben abgegrenzte Einheiten mit Spannungen untereinander. Die britischen Radikalen haben die Nation hochgeschätzt und Cobden spricht immer aus einer Position, in der Großbritannien die mächtigste Nation ist. Eine solche Nation braucht keine Eroberungen, Interventionen und Kolonien, die eher schwächen als stärken. Die USA begreifen diese Politik eines mächtigen Staates besser. Er hütet sich, dieses Prinzip zu einem immobilen Extremismus werden zu lassen. Bei Cobden sind internationale Beziehungen nie von der Maximierung der ökonomischen Beziehungen bestimmt, sondern vom moralischen Verhalten der Kaufleute und Regierungen. Er protestiert gegen die Vermischung von Handel und Gewalt: Eroberungen, Kolonialismus, Sklavenhandel haben sich gerächt und sind eine schwere Hypothek für die Zukunft einer Nation. Eine Besserung ist erst zu erwarten, wenn sich weltweit die Staaten

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

gegenseitig anerkennen. Cobdens Forderung, asiatische Staaten gleichberechtigt in die Welt(handels)politik einzubeziehen, ist einer seiner wichtigsten Beiträge zur progressiven Umgestaltung der internationalen Beziehungen.

Vincent, R. J.
Nonintervention and International order. – Princeton, N.J. : Princeton Univ. Pr., 1974. – S. 45-63 Richard Cobden's Theory of Nonintervention
Cobden argumentiert nicht abstrakt mit Souveränität, sondern konkret mit Nationalinteresse, das Interesse der *industrial classes* ist. Gegen das Prinzip der Balance spricht dessen Unklarheit, aber auch realistische Einschätzung der Interessen. Statt zu intervenieren, sollen „schemes of universal benevolence" Gott überlassen werden. Großbritannien kann nicht alle Länder der Erde reformieren. Er glaubt stattdessen an *power of example*. England, Amerika, Frankreich dominieren das internationale System ausreichend, um Rußland zur Anpassung zu bringen. John Stuart Mill verwendet wie Cobden ein Argument, daß Revolutionen sich selber erhalten müssen. Aber Cobden sieht nie die Notwendigkeit von Counter-Interventionen zur Abwehr von Interventionen dritter Staaten.

Hammarlund, Per A.
Liberal Internationalism and the Decline of the State : the Thought of Richard Cobden, David Mitrany and Kenichi Ohmae. – Basingstoke (u.a.) : Palgrave Macmillan, 2005. – 226 S. (passim)
Cobden erkennt, daß in der neuen Welt von Nationalismus und Industrialisierung die alte Bedeutung des Krieges verschwindet. In einem internationalen System, das von ökonomischer Konkurrenz bestimmt wird, ist die Staatsmaschinerie Belastung. Der militärische Apparat kann leicht geopfert werden. Cobden geht durchaus nicht von einem machtlosen Staat aus, sondern von einem Spielraum, Macht abzugeben. Das alte auf Balance und Kolonien beruhende internationale System hat wenig mit dem neuen zu tun, das auf Handelsmacht beruht. Cobden kennt das Wort „Interdependenz" noch nicht, aber die Sache. Das alte System war eine Chimäre, das neue ist nicht nur neu, sondern auch real. Cobdens Problem ist, daß dieser Wandel nicht bemerkt wird. Cobden akzeptiert Nationalismus als einen machtvollen Instinkt. Auch die neue Ordnung ist eine nationalstaatliche Ordnung, geregelt durch Verträge über Rüstungsbeschränkungen, Handelsöffnungen und Schiedsgerichte. *Congress of nations*, *code of laws*, *a supreme court of appeal* (gar mit einer militärischen Exekution der Urteile) würden nur zu mehr Kriegen führen. Internationale Institutionen werden nur angedeutet. Meist reichen Freihandel und internationale Arbeitsteilung für weltweites friedliches Zusammenleben der Staaten.

James Edwin Thorold Rogers (1823-1890), Professor der Politischen Ökonomie war einer der wenigen akademischen Cobdeniten; er war mit Cobden verschwägert, gab dessen Reden heraus, und setzte als Politiker Cobdens radikale Politik fort. Edmund Silberner, *The Problem of War* a.a.O. S. 197-198 hat seine Äußerungen zu Krieg und Frieden zusammengestellt: Ein langer bewaffneter Frieden ist zerstörerischer für Wohlstand als ein kurzer Krieg; der Wohlstand eines Landes ist untrennbar mit dem Wohlstand anderer Länder verbunden, deshalb wird Krieg immer mehr zu Narrheit und Verbrechen; Krieg kann durch Arbi-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

tration ersetzt werden, der politische Ansatzpunkt dafür wird eine Zusammenarbeit der englischsprachigen Völker sein. Mehr steht bei Rogers tatsächlich nicht, Argumente dafür fehlen. Rogers ist ein Kritiker deduktiver Ökonomie (seine wissenschaftliche Leistung war eine Geschichte der Löhne), er betont den Unterschied zwischen *laissez-faire*-Dogmatik und sozialen, wirtschaftspolitischen Realitäten (*laissez-faire* kann keine Politik sein, nur Maßstab für Politik). Daß er im internationalen Handel diese Warnung nicht beachtet (und seinen Meister John Stuart Mill für Schutzzollargumente tadelt), liegt daran, daß er noch an eine natürliche Basis des internationalen Tausches glaubt: Freihandel führt nicht zu internationalen Monopolen, die den Frieden gefährden würden, weil jedes Land eigene natürliche Anlagen hat, die sich spontan entfalten müssen. Vgl. *A Manual of Political Economy for Schools and Colleges*. – Oxford 1868. – ch. 18 *Foreign Trade*; *The Economic Interpretation of History*. – New York 1889. – ch. 5 *Diplomacy and Trade;* ch. 16 *Laissez-faire*; ch. 17 *The History of the Protectionist Movement in England* (mit einem Abschnitt über Protektion und Militarismus). Vgl. auch sein *Cobden and Modern Political Opinion : Essays on Certain Political Topics*. – London 1873.

4.2.2 Herbert Spencer

1820-1903, Eisenbahningenieur, Redakteur am *Economist,* philosophischer und politischer Autor. Biographisch: Herbert Spencer, *An Autobiography*. – London 1904; David Duncan, *The Life and Letters of Herbert Spencer*. – London 1908; J. D. Y. Peel, *Herbert Spencer : the Evolution of a Sociologist*. – London 1971; Mark Francis, *Herbert Spencer and the Invention of Modern Life*. – Stocksfield 2007.

Spencer war zu Lebzeiten wohl der bekannteste lebende Philosoph der Welt, aber schon die Nachrufe haben ihn als Größe einer vergangenen Zeit gesehen. Er bietet eine naturalistische Theorie an, die Metaphysik, Biologie, Psychologie, Soziologie und Ethik umfaßt. Er stellt einen einheitlichen Weltprozeß dar, der ohne göttliche Eingriffe auskommen kann. Evolution ist bei Spencer Differenzierung, der Weg vom Homogenen zum Heterogenen, vom Unbestimmten zum Bestimmten, Zunahme von Struktur und Stabilität; das gilt gleichermaßen für Sterne, Tiere und Zivilisationen. Seine allgemeine Evolutionstheorie hat Parallelen zu allgemeinen Systemtheorien des 20. Jahrhunderts, die sich aber ihres bloß methodischen Charakters deutlicher bewußt sind.

Vgl. Josiah Royce, *Herbert Spencer : an Estimate and Review*. – New York 1904 (Spencers Gesetze sind zu allgemein, als daß einen analytischen Nutzen haben könnten); Gerhard Lehmann, *Geschichte der Philosophie*, Bd. IX (1953) 135-143 (Spencer als eine der typischen Wissenschaftssynthesen des 19. Jahrhunderts); Michael W. Taylor, *The Philosophy of Herbert Spencer*. – London 2007; Mark Francis a.a.O. S. 109-186 *The Lost World of Spencers Metaphysics*. Zur Biologie: Robert J. Richards, *Darwin and the Emergence of Evolutionary Theories of Mind and Behavior*. – Chicago, Ill. 1987. – S. 243-330; Michael W. Taylor, *Men versus the State : Herbert Spencer and Late Victorian Individualism*. – Oxford 1992. – S. 74-99; Mark Francis, *Herbert Spencer* a.a.O. S. 187-243 *Spencers Biological Writings and*

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

his Philosophy of Science. Zur Psychologie: Robert M. Young, *Mind, Brain and Adaptation in the Nineteenth Century : Cerebral Localization and its Biological Context from Gall to Ferrier*. – Oxford 1970. – S. 150-196; Mark Francis, *The Problem with Star Dust : Spencer's Psychology and William James*, in: *Herbert Spencer : Legacies* / ed. by Mark Francis and Michael W. Taylor. – London 2015. – S. 154-183.

Geblieben ist er als Klassiker der Soziologie, wo die Begriffe seiner Evolutionstheorie noch immer verständlich sind: Differenzierung und Integration als Weg zur Stabilisierung; Organismus als Gegenmodell zum Modell des Herstellens; Gesellschaftstypen, um das Zusammenspiel von Institutionen und Sozialpsychologie zu fassen. Seine Methode, reine Typen zu bilden, hat sich in den Idealtypen der Soziologie gehalten. Die Soziologen, die am Ende des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts dominierten, haben mit Spencer begonnen (nur Max Weber fehlt sehr auffällig). Aber fast alle wollten die Soziologie gegen Spencer anders begründen. Wegen ihrer mangelnden Verselbständigung gegenüber Ethik und Biologie ist Spencers Soziologie mit der späteren Soziologie schwer vereinbar. Man kann Spencer nicht retten durch Reduzierung auf einen soziologischen Kern (die Empfehlung von Jonathan Turner), relevant ist er für die Reflexion über die Stellung der Soziologie unter den Humanwissenschaften (die Empfehlung von John Offer).

Zu Spencers Soziologe: Paul Kellermann, *Kritik einer Soziologie der Ordnung : Organismus und System bei Comte, Spencer und Parsons*. – Freiburg 1967. – S. 57-98; Jonathan H. Turner, *Herbert Spencer : a Renewed Appreciation*. – Beverly Hills 1985; Tim S. Gray, *The Political Philosophy of Spencer : Individualism and Organicism*. – Aldershot 1996; Mark Francis, *Herbert Spencer* a.a.O.; John Offer, *Herbert Spencer and Social Theory*. – Basingstoke 2010.

Spencer begann als ein politischer Radikaler mit einer naturrechtlichen Argumentation. Bereits Sir Ernest Barker hat erkannt, daß Spencers System ein Versuch war, den frühen Radikalismus in einem veränderten politischen und intellektuellen Umfeld zu retten (*Political Thought in England : from Herbert Spencer to To-day*. – London 1915). Fluchtpunkt des Systems ist eine Utopie, die durch eine Evolutionslehre als Zukunft des Menschengeschlechts plausibel werden soll: eine Menschheit ohne Übervölkerung, ohne dysfunktionale Unterschichten, ohne Krieg, ohne Überarbeitung. Die Individuen werden selbständiger und solidarischer; Personen, die einander achten, werden einander helfen. Spencers Politik ist von Staatsfeindschaft bestimmt, er möchte staatliche Zwangsregelungen auf ein Mindestmaß reduzieren und gerichtliche Entscheidung und Bürgergesellschaft stärken. Die Ziele ändern sich von 1843 bis 1902 nicht wesentlich, aber die antiaristokratischen Töne werden verhaltener, die Ablehnung staatlicher Armenfürsorge und das Mißtrauen gegen Gewerkschaften schriller. Mehr Demokratie wagen will er erst, wenn es weniger Staat gibt. Die neue Politik setzt die biologische Verbesserung des Menschengeschlechts voraus: aus ungeselligen werden soziale Wesen. An die Stelle des ursprünglichen Vertrages tritt die lange Geschichte der lamarckianischen Vererbung von Verhaltensmustern. Spencer hat Angst vor einer Umkehrung dieses Prozesses, der seit Jahrtausenden in den Friedensräumen der Staaten abläuft, den die Staaten mit ihren Machtapparaten aber auch

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

gefährden. Er war kein Ökonom, es geht um *laissez-faire* zum Abbau des Staates, nicht Apologie des Konkurrenzkapitalismus. Ziel ist eine Gesellschaft von Genossenschaften. Er konnte der einzige große „Theoretiker des Hochliberalismus“ (Adorno/Horkheimer) nur sein, weil er die Analyse des Industriekapitalismus vermeidet. Soziologie ist die Antwort auf die Nutzlosigkeit der Ökonomie für die Freiheit. Diese lamarckianische Soziologie kann brutaler als die Ökonomie sein, utopischer muß sie sein. Ähnlichkeiten zwischen Spencers Politik und den ökonomischen Libertären sind oberflächlich.

Zu Spencers politischen Theorien: Mark Francis, *Herbert Spencer* S. 245-326; Michael W. Taylor, *Men Versus the State : Herbert Spencer and Late Victorian Individualism*. – Oxford 1992 (der späte Spencer war politisch isoliert, als die Liberalen zu etatistischerer Reformpolitik übergingen). Zu Spencers globaler Wirkung gehörten ein progressiver und ein konservativer Spencerianismus: *Global Spencerism : the Communication and Appropriation of a British Evolutionist* / ed. by Bernard Lightman. – Leiden 2016 (die Mischung ist je nach Land verschieden; es ist ein ominöses Zeichen, daß es in Deutschland keinen Spencerianismus der Konservativen gab).

Am Anfang und am Ende von Spencers Werk stehen Schriften zur Ethik (die späten *Principles of Ethics* sind eine Neubearbeitung der frühen *Social Statics*). Kern der Ethik ist die gegenseitige Einräumung gleicher Freiheitsspielräume (eine Version der Goldenen Regel) und unverminderte Verantwortlichkeit des Urhebers einer Handlung für die Folgen. Deshalb muß der Staat alle Momente der Fürsorge verlieren und sich allein auf Gerechtigkeit beschränken. An die Stelle tritt private Wohltätigkeit (die dem verurteilten Paternalismus reichlich ähnlichsehen kann). Diese Prinzipien wurden im Laufe der sozialen Entwicklung entdeckt und sind seitdem so verbindlich, als wären sie apriorisch, können aber dem gegenwärtigen Handeln doch nicht zugrunde gelegt werden, weil die soziale Entwicklung nicht genügend vorangeschritten ist. Der Weg vom Egoismus zum Altruismus kann nicht vom Individuum geleistet werden. Ethik und Soziologie sind aufeinander angewiesen: erst mit dem Verschwinden der Machtstaaten ist eine moralische Gesellschaft möglich, erst in einer moralischen Gesellschaft ist der Machtstaat verzichtbar. Auch bei Spencer ist Soziologie Lehre von der Verzögerung des ethischen Endzustandes. Spencer ist einer der ersten, die zwischen absoluter und relativer Ethik unterschieden haben. Uns ist das durch Max Weber als Gesinnungsethik und Verantwortungsethik vertraut, bei den Zeitgenossen war es umstritten (für Henry Sidgwick ist Spencers relative Ethik gar keine Ethik und die absolute Ethik der Zukunft irrelevant). Spencer geht es nicht um zwei Arten der Sollensethik, sondern um deren Überwindung durch die Utopie einer neuen Menschheit in neuen Formen des menschlichen Zusammenlebens. Auch diese Utopie selber, vor allem ihr Pazifismus, war bei Zeitgenossen umstritten. Dafür muß man nicht gleich Nietzsche zitieren, der von Spencers Idee der „Einverleibung“ eines neuen Ziels der Menschheit durchaus fasziniert war und auch der Anweisung folgt, Steigerung des Lebens zu suchen, Altruismus aber als falsches Ziel der Menschheit bekämpft; auch William James fand diese Welt ohne Gegensätze wie „the white-robed harp-playing heaven of our sabbath-schools, and the ladylike tea-table elysium“ (*The Dilemma of Determinism* 1896).

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Zu Spencers Ethik: Pjotr A. Kropotkin, *Ethik*. – Berlin 1923. – S. 218-242; Robert J. Richards, *Darwin and the Emergence of Evolutionary Theories of Mind and Behavior*. – Chicago 1987. – S. 243-294 *Spencer's Conception of Evolution as a Moral Force* (zugleich ein bedeutender Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte und ein früher Versuch zur Erneuerung der evolutionären Ethik); Michael W. Taylor, *Men Versus the State : Herbert Spencer and Late Victorian Individualism*. – Oxford 1992; Eve-Marie Engels, *Herbert Spencers Moralwissenschaft – Ethik oder Sozialtechnologie? Zur Frage des naturalistischen Fehlschlusses bei Herbert Spencer*, in: *Evolution und Ethik* / hrsg. von Kurt Bayertz. – Stuttgart 1993. – S. 243-287; David Weinstein, *Equal Freedom and Utility : Herbert Spencer's Liberal Utilitarianism*. – Cambridge 1998; Maria Cristina Fornari, *Die Entwicklung der Herdenmoral : Nietzsche liest Spencer und Mill*. – Wiesbaden 2009 (ital. Original 2006); Thomas Dixon, *The Invention of Altruism : Making Moral Meaning in Victorian Britain*. – Oxford 2008. – S., 181-221 *Herbert Spencer, the Radical*.

Die historische Gestalt von Spencers Theorie ist um 1900 mit der Abkehr der Biologen von der lamarckianischen Vererbung erworbener Eigenschaften zusammengebrochen. Lamarckianismus war eine Theorie von Radikalen, um das Potential von Erziehung zu betonen. Spencer klingt häufig so, als habe er längst Akkulturation durch Sprache und Brauch an die Stelle der anthropologischen Evolution gesetzt. Aber er zögert, Vererbungstheorie wirklich in Zivilisationstheorie zu transformieren. In der Biologie skizziert er eine Menschheit der Zukunft mit höherer Intelligenz und Selbstkontrolle, die durch das Leben in komplexen Gesellschaften über Generationen hinweg erworben und vererbt werden. Damit kennt er gescheiterte Rassen (beginnend mit den Iren). Daß er in der Soziologie biologische Überreste weitgehend vermeidet, ändert nichts am Verschwinden der schwächeren Rassen. Der Prozeß der Entwicklung von Horden über Stämme bis zu Nationen ist ein Prozeß der Vernichtung der nicht konkurrenzfähigen Intelligenzen, der für die Menschheit ein Vorteil ist. Aber wenn das Stadium höherer Gesellschaften mit Individuen erreicht ist, die zu Kooperation fähig sind, muß die aktive Vernichtung aufhören, weil sie mit dem höheren moralischen Standard unvereinbar ist. Dann ist nur noch „industrial war" akzeptabel, die ökonomische Konkurrenz der Gesellschaften, die aber auch allmähliches Verschwinden der gescheiterten Individuen und Rassen bedeutet (*The Study of Sociology*, Works XII, 189-195). Spencers bedeutende soziologische Einsicht, daß nur unvollständig organisierte Gesellschaften entwicklungsfähig sind, die deshalb aber nicht stabil sein können, opfert zugleich die Selbständigkeit der Soziologie. Spencers Argumente sind immer historisch, aber er hat keine ausreichende Theorie einer sozialen Dynamik (die Geschichtsphilosophie der *Principles of Sociology* wurde nicht geschrieben) und muß auf konventionelle Rassentheorien über Vermischung ähnlicher und nichtähnlicher Rassen zurückgreifen. Der japanischen Regierung rät er zur Bewahrung der Selbständigkeit gegen imperialistische Mächte nicht nur, den Weg zur Parlamentarisierung über 200 Jahre hinzuziehen, sondern auch Mischehen zu verbieten; das Argument dafür ist nicht einmal lamarckianisch, er beruft sich auf Degenerationserfahrungen mit Pferden, Rindern und Schafen (Brief an Kaneko Kentarō 1892 bei Duncan a.a.O. S. 319-323). Wenn Sozialdarwinismus die biologische Deutung sozialer Konflikte meint, dann ist Herbert Spencer der Klassiker

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

des Sozialdarwinismus (und es ist mehrfach vorgeschlagen worden, den Sozialdarwinismus, aus Fairness gegenüber Darwin, „Spencerianismus“ zu nennen). Wenn Sozialdarwinismus die Apologie dieses Kampfes meint, dann ist auch Spencer nur bedingt Sozialdarwinist.

Vgl. zu Spencers Lamarckianismus: Robert C. Bannister, *Social Darwinism : Science and Myth in Anglo-American Social Thought*. – Philadelphia, Pa. 1979. – S. 34-56 *Hushing Up Death*; Mike Hawkins, *Social Darwinism in European and American Thought, 1860-1945 : Nature as Model and Nature as Threat*. – Cambridge 1997. – 82-103 *Herbert Spencer and Cosmic Evolution*; Peter J. Bowler, *Herbert Spencer and Lamarckism*, in: *Herbert Spencer : Legacies* / ed. by Mark Francis and Michael W. Taylor. – London 2015. – S. 203-221. Der damit verbundene Rassismus hat die Spencer-Forschung bisher nur wenig und gewiß noch nicht abschließend beschäftigt. Vgl. Thomas Gondermann, *Evolution und Rasse : theoretischer und institutioneller Wandel in der viktorianischen Anthropologie*. – Bielefeld 2007. – S. 231-263; Wulf D. Hund, *Racism in White Sociology : from Adam Smith to Max Weber*, in: *Racism and Sociology* / ed. by Wulf D. Hund and Alana Lentin. – Zürich 2014. – S. 40-45.

Im 19. Jahrhundert ist Spencers Lehre der gewaltigste Versuch einer Friedenswissenschaft, bedeutet damit aber auch das gewaltigste Scheitern. Seine Äußerungen zu Krieg und Frieden hat Spencer mit einer Verurteilung des Krieges begonnen, der in englischer Art als Intervention gesehen wird; die Agumentation ist völlig naturrechtlich (*The Proper Sphere of Government* (1843) letter 5; letter 6 enthält eine Verurteilung des Kolonialismus). 1851 vertritt Spencer Positionen, die Mehrheitsmeinung der damaligen Friedenskongresse waren: für den Verteidigungskrieg, gegen absoluten Pazifismus. Für eine internationale Föderation ist die soziale Evolution noch nicht ausreichend fortgeschritten. Die Friedensbewegung ist aber ein Zeichen der sozialen Evolution. In Spencers System sind die Ziele geblieben, aber in weite Ferne gerückt. Die gesamte Anlage seiner Synthetischen Philosophie ist vom Ausblick auf den Frieden bestimmt. Die Biologie endet mit der Möglichkeit einer friedensfähigen Menschheit: weniger, intelligentere, moralischere Menschen (*The Principles of Biology* § 373). Die Psychologie endet mit der Möglichkeit des Anwachsens altruistischer Gefühle ebenfalls im Frieden (*The Principles of Psychology*, Corolarries ch. V, *Sociality and Sympathy* § 511, ch. VIII, *Altruistic Sentiments*, §§ 524-532, ch. IX, *Aesthetic Sentiments* § 540). Soziologie und Ethik sind völlig von der Frage nach Krieg und Frieden bestimmt. Erst im Zeitalter des Friedens können die absolute Ethik der gleichen Freiheitsspielräume und die ökonomische Gesellschaft verwirklicht werden. Kein Autor des 19. Jahrhunderts hat so systematisch die Kosten des Krieges und die Versprechen des Friedens protokolliert wie Spencer. Die Unterscheidung des militanten und des ökonomischen Gesellschaftstyps ist eine Reaktion auf die Militarisierung seit 1866/71. Spencer kämpft gegen chronische *militancy* an, aber er meint v.a. Bürokratisierung und Etatisierung, die schon die Zeitgenossen nicht mit Militarismus identifiziert haben. Da Spencer nur zwei Idealtypen entwickelt, muß jede Abweichung vom Modell des ökonomischen Gesellschaftstyps als Rückkehr zum militanten Typ erklärt werden. Zu verstehen ist diese Typenbildung nur durch seinen sehr weiten Aggressionsbegriff: jede erzwungene Kooperation ist Aggression. Das gehört in die noch ungeschriebene Genealogie des Begriffs

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

der strukturellen Gewalt. Der ökonomische Gesellschaftstyp wird immer nur als Negation des militanten Gesellschaftstyps entwickelt. Es gibt keine Fakten für den ökonomischen Gesellschaftstyp, weil er allenfalls aus Annäherungen bei den am höchsten entwickelten Gesellschaften erkennbar ist. Er wird davon bestimmt, daß der Kampf zu einem Faktum der Vergangenheit wird. Spencer wird zum Propheten des anachronistischen Überlebens von Elementen der Militärgesellschaft (das 20. Jahrhundert kannte dieses Erbe vor allem aus Joseph Schumpeters Deutung des Imperialismus). Seine Lehre kommt aus der Unzulänglichkeit des ökonomischen Ansatzes. Er hat wie Comte und Proudhon begriffen, daß eine Lehre vom Frieden zugleich dem Krieg den Platz einräumen muß, den er historisch hatte, und doch eine Zukunft des Friedens eröffnen muß. Aber für den Weg vom Krieg zum Frieden hätte Spencer eine viel stärkere Geschichtsphilosophie benötigt als seine Evolutionstheorie bieten kann. Er kennt als Ethiker den gebotenen Endzustand, aber er hat keine soziale Dynamik, die dahin führen muß. Er muß alle Hindernisse auf dem Weg zum guten Leben auf den Krieg schieben. Bei Spencer bleibt immer der Bezug zu einem letztlich unilinearen historischen Prozeß: der ökonomische Gesellschaftstyp soll die Zukunft sein und wenn er es nicht wird, ist das ein Versagen der Menschheit. Die Soziologie geht wieder in Ethik über.

Gute Überblicke über die Gesellschaftstypen: Tim S. Gray, *The Political Philosophy of Spencer : Individualism and Organicism*. – Aldershot 1996. – 112-125; Hans Joas / Wolfgang Knöbl, *Kriegsverdrängung : ein Problem in der Geschichte der Sozialtheorie*. – Frankfurt am Main 2008. – S. 127-136 (die Autoren sind sich der Ambivalenz von Extremtypen und Entwicklungsstufen bei Spencer bewußt); John Offer, *Herbert Spencer and Social Theory*. – Basingstoke 2010. – S. 223-252 *Militant and Industrial Social Types* (der vollständigste Überblick über das Vorkommen der beiden Typen in den verschiedenen Schriften Spencers und Kritik diverser anderer Darstellungen).

Spencer beachtet mehr als die meisten englischsprachischen Theoretiker des 19. Jahrhunderts das internationale System. Aber er hat keine Theorie der internationalen Beziehungen, ihn interessieren nur die Folgen des internationalen Systems für die Einzelgesellschaften. Er ist ein Begründer der Analyse der Beziehungen zwischen dem Ausmaß des außenpolitischen Drucks und des Freiheitsspielraums der Verfassung, wie sie von John Seeley und in dessen Gefolge von Otto Hintze bekannt ist. Er ist ein Theoretiker des Nationalstaats, aber er analysiert zu wenig, warum die Staaten nicht kleiner bleiben konnten (was von Föderalisten im 19. Jahrhundert nicht selten gefordert wurde) oder nicht größer werden können (wie in den letzten Lebensjahren Spencers bereits viele Theoretiker der Weltreichskonkurrenz meinen). Er weiß, daß der Kontinent militaristischer ist als das insulare Großbritannien, aber die „Re-Barbarisierung“ des imperialen Großbritanniens beschäftigt ihn viel mehr. Er denkt, wie andere englische Radikale, letztlich isolationistisch. Ihm fehlt nicht nur die Industrie, sondern auch die Weltwirtschaft; damit kann er die Dynamik der kolonialen Zerstörung bedauern, aber nicht fassen. Der Pazifismus der soziologischen Analyse muß sentimental bleiben, Mitleid mit den verschwindenden Aborigines. Weltgesellschaft hätte er durchaus als *global civil society* denken können; aber davon keine Spur. Über die Weltföderation spricht er nicht als Soziologe.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Vgl. das (immer viel zu kurze) Portrait Spencers im Rahmen der Gruppenportraits britischer liberaler Theoretiker: Georgios Varouxakis, '*Patriotism', 'Cosmopolitanism' and 'Humanity' in Victorian Thought*, in: European Journal of Political Theory 5 (2006) 100-118; Duncan Bell and Casper Sylvest, *International Society in Victorian Political Thought : T. H. Green, Herbert Spencer, and Henry Sidgwick*, in: Modern Intellectual History 3 (2006) 207-238, Neudruck in Duncan Bell, *Reordering the World*. – Princeton, NJ 2016. – 237-264; Caspar Sylvest, *British Liberal Internationalism, 1880-1930 : Making Progress?* – Manchester 2009. – 106-121.
Zu Spencers eigenem frustrierenden Engagement als Mitgründer der Anti-Aggression League 1881-1882 vgl. Martin Ceadel, *Semi-detached Idealists : the British Peace Movement and International Relations, 1854-1945*. – Oxford 2000. – S. 115-120. Aktuelle Stellungnahmen gegen den Krieg aus Spencers späten Jahren in: *Various Fragments*. – London 1907 (*Works* XVIII, Neudruck Oldenburg 1966) und *Facts and Comments*. – London 1902 (*Works* XIX, Neudruck Oldenburg 1966). Vgl. Mark Francis a.a.O. S. 277-292 (zum Anti-imperialismus); John M. Hobson, *The Eurocentric Conception of World Politics : Western International Theory 1760-2010*. – Cambridge 2012. – S. 88-99 (sieht auch Spencers Anti-Imperialismus nur rassistisch).

Um 1900 versuchte die pazifistische Soziologie, sich von Spencer zu distanzieren und die Rolle der Gewalt auch aus der Geschichte zu vertreiben. Damit mußte der Frieden noch stärker als bei Spencer auf Anthropologie gegründet werden, eine ahistorische Naturanlage soll jetzt Kooperation und Frieden garantieren. Vgl. Jacques Novicow, *La critique du Darwinisme social*. – Paris 1910 (übrigens hatte Novicow 1893 mit einer sehr „spencerianischen" historischen Apologie des Kampfes begonnen). Umgekehrt wurden früh Zweifel am quasi-natürlichen Zurücktreten des militanten Gesellschaftstyps geäußert: Otto Hintze hält an Spencers Typen fest, identifiziert aber den militanten Typ mit den kontinentalen Mächten, den ökonomischen Typ mit den Seemächten England und Amerika; er erwartet eine zunehmende Anpassung der Seemächte an die (notwendig) weniger freien Landmächte. Die englisch-amerikanische Kritik ist ein Spiegelbild dieser Analyse: Spencers Theorie wurde an westlichen Staaten gewonnen und die autokratischen kontinentalen Mächte werden das Gleichgewicht, das Spencer erwartete, noch für lange unerreichbar machen. Franklin Giddings hat das bereits 1904 formuliert, im Ersten Weltkrieg findet er Nachfolger in Texten über Spencer als „frustrated prophet of peace" (so Joseph Jastrow in: The Dial 30. August 1917). Vgl. auch Alfred W. Tillett, *Militancy Versus Civilization : an Introduction to, and Epitome of, Herbert Spencer Concerning Permanent Peace as the First Condition of Progress*. – London 1915 (Tillett gibt den Hinweis, daß alle Teile der Synthetischen Philosophie mit der Frage nach der Möglichkeit des Friedens enden, aber aus aktuellen Gründen interessiert er sich mehr für den Unterschied Englands und Deutschlands). Die theoretisch wichtigere Wende war Thorstein Veblens Hinweis, daß Deutschland und Japan eine Verbindung von Industrialismus und Militarismus zeigen, die von Spencer nicht vorgesehen war; mehr als die zeitgenössischen Imperialismustheorien mußte das das Ende der beiden Typen Spencers werden. Vgl. auch Joseph Dorfman, *The ‚Satire' of Thorstein Veblen's Theory of the Leisure Class*, in: Political Science Quarterly 47 (1932) 363-409 über Veblens

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

frühe Abkehr von Spencer, indem er versucht, Züge des militanten Gesellschaftstyps bei den nicht produzierenden Besitzern von Reichtümern nachzuweisen; Veblen holt damit die von Spencer versäumte Analyse der real existierenden Industriegesellschaft nach. Der letzte große Versuch einer spencerianischen Analyse im Zeitalter von Faschismus und Bolschewismus war Harold Lasswells *garrison state*. Wie bei Spencer werden dichotomische Typen gebildet (der Gegentyp zum *garrison state* wechselt bei Lasswell mehrfach den Namen von *civilian state* bis *world order of dignity*, was, wie schon bei Spencer, die Schwierigkeiten zeigt, den liberalen, zivilen Typus selbständig zu fassen). In der Nachfolge Spencers steht Lasswell mit der umfassenden Durchführung des Gesellschaftstyps in politischen Institutionen, Charaktertyp und Wertesystem. Wie bei Spencer soll dieses Konzept politische Soziologie und Lehre von den internationalen Beziehungen zusammenhalten. Wie bei Spencer beruht es auf einer normativen Vorentscheidung (Lasswells einschlägige Aufsätze 1937-1950 sind gesammelt in: *Essays on the Garrison State*. – New Brunswick, N.J., 1997; dort nicht enthalten ist Lasswells späteste und umfassendsten Bearbeitung in: Harold D. Lasswell/Myres S. McDougal, *Jurisprudence for a Free Society*. – New Haven, Conn. 1992. – Bd. II, 986-1031). Die Resonanz der Typen schrumpfte jedoch bald zu einer militärsoziologischen Spezialdebatte über Berufsoffiziere, Lasswell umfassendere politische Absicht wurde aufgegeben und die Beziehung zu Spencers Makrosoziologie vergessen (Samuel P. Huntington, *The Soldier and the State : the Theory and Politics of Civil-Military Relations*. – Cambridge, Mass. 1957. – S. 222-227. 346-350). Auch die Identifizierung des militanten Gesellschaftstyps mit „Militarismus“ (Volker R. Berghahn, *Militarismus : die Geschichte einer internationalen Debatte*. – Hamburg 1986. – S. 15-19, engl. Original 1981) trifft nur einen Aspekt bei Spencer. Er war zweifellos der systematischste Theoretiker des „Militarismus“ im 19. Jahrhundert, aber unser Wort „Militarismus“ faßt nur die späte Geschichte des militanten Gesellschaftstyps, das was Spencer „Re-Barbarisierung“ nennt, nicht aber die Jahrtausende alte Geschichte der Staaten. Eine der heutigen Soziologie noch mögliche Deutung ist die Darstellung als spezialisierte Soziologie der Organisation für den Krieg (Volker Kruse, *Krieg und Gesellschaft in der frühen soziologischen Theorie*, in: *Forschungsthema: Militär ; militärische Organisation im Spannungsfeld von Krieg, Gesellschaft und soldatischen Subjekten* / hrsg. von Maja Apelt. – Wiesbaden 2010. – S. 36-39.

Social Statics : The Conditions Essential to Human Happiness Specified, and the First of Them Developed. – London : Chapman, 1851
Die Neuausgabe des Buches 1892, die auch als Bd. 11 in die *Works of Herbert Spencer* ausgenommen wurde, ist stark gekürzt und verändert
ch. XXI *The Duty of the State*, sect. 8-9
Angriffskriege können moralisch nicht gerechtfertigt werden; auch Verteidigungskriege sind nicht moralisch, müssen aber akzeptiert werden, um Moral zu ermöglichen. Wer einer Invasion mit *non-resistance* begegnen wollte, müßte sich auch widerstandslos betrügen und berauben lassen. Es gibt eine Pflicht zum Widerstand. Internationale Gerichtsbarkeit wird kommen, wie freie Verfassung und Rechtsstaat gekommen sind. Er erwartet eine *federation of peoples – a universal society*. Voraussetzung ist die Entwicklung der sozialen Moral. Friedensbewegung, Vorschläge für gegenseitige Abrüstung, internationale Besuche und Adres-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

sen sind Zeichen dieser Entwicklung. Auch die Forderung nach *non-resistance* ist ein gutes Zeichen, aber die extremste Forderung ist nicht die wichtigste. Die Stabilität eines so komplexen Gebildes, wie es eine all-umfassende Föderation wäre, beruht nicht auf der „fitness of one nation but upon the fitness of many."
(1892 hat Spencer den Hinweis auf die Friedensbewegung gestrichen).
ch. XXX *General Considerations*, sect. 2-5
Der frühe Mensch brauchte eine wilde Natur, um sich gegen noch wildere Tierarten durchzusetzen. Deshalb ist der Weg zur Zivilisation ein langer Weg. Die „predatory disposition" führt auch zum Krieg zwischen Menschen. Zwar gab es in den Staaten Anpassung des Charakters durch Disziplin, aber Krieg zwischen Staaten verhindert weitere Anpassung. Der Kampf gegen *inferior races of men* hat die Zivilisation vorangebracht (durch den Friedensraum größerer politischer Einheiten), zugleich aber die Zivilisation aufgehalten. Der Krieg kann erst überwunden werden, wenn der soziale Zustand herrschend geworden ist. Dann wird sich durchsetzen, daß Ausrottung und Unterwerfung der *inferior races* Unrecht ist.

Principles of Sociology. – 3 Bde. – London 1876-1897 (A System of Synthetic Philosophy Bde. VI-VIII)
Einzelne Teile sind separat erschienen, so die *Political Institutions* nach Vorabdrucken in Zeitschriften erstmals in Buchform 1882.
Neudruck in *The Works of Herbert Spencer* 1904, Bde. VI-VIII nach den Ausgaben 1897-1904, Neudruck Osnabrück 1966
Zahlreiche separate Neudrucke der *Principles of Sociology* bis heute
Deutsche Übersetzung: Prinzipien der Soziologie in 4 Bänden Stuttgart 1877-1897
vol. I, Part II, *Inductions of Sociology*
ch. X, *Social Types and Constitutions*
Der Weg zu komplexen Staaten geht über Krieg und Entwicklung militärischer und politischer Institutionen. Nur durch Krieg werden Stämme zu Nationen. Im militanten Gesellschaftstyp sind Volk und Armee im Ganzen identisch, politische Institutionen müssen Armee und Staat angemessen sein. Zentralisierung hat im Krieg Vorteile, prägt den Staat dann aber auch im Frieden. Die dazu gehörende Ethik ist eine *religion of enmity*. Die politische Struktur beruht auf dem Glauben, daß die Mitglieder dem Ganzen dienen, nicht das Ganze den Mitgliedern. Für den ökonomischen Gesellschaftstyp gibt es nur wenig Daten, da es diesen Typ in komplexen Gesellschaften nur in unvollkommener Annäherung bei einigen stärker ökonomisch geprägten Staaten gibt. Zentralisierung und Gehorsam spielen dort keine wichtige Rolle. Das Wohl der Individuen wird wichtiger als das Wohl des Ganzen. Gesellschaften können sich nur fortentwickeln, wenn nicht alle ihre Züge rigide einem Ziel unterstellt sind. Der militante Gesellschaftstyp neigt zu dieser *completeness* und ist deshalb gehindert sich fortzuentwickeln. Spencer diskutiert das als Rassentheorie: Gesellschaften, in denen Eroberer-Rassen mit strenger Kontrolle regieren, werden kaum eine ökonomisch bestimmte Gesellschaft entwickeln. Mischung stark verschiedener Rassen führt zu einer Gesellschaft mit ständigen Konflikten. Mischungen von Rassen mit geringen Unterschieden sind dagegen die beste Ausgangsbasis für die Entwicklung der Gesellschaft. Die Zukunftsgesellschaft wird ein neuer Gesellschaftstyp sein, der die Früchte der Arbeit weder für staatliche Organisation noch für materiellen Überfluß verwendet.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ch. XI, *Social Metamorphoses*
Ein langer Frieden (wie 1815-1850) begünstigt die Wandlung zum ökonomischen Gesellschaftstyp, kriegerische Zeiten (wie seit 1850) die Rückkehr zum militanten Gesellschaftstyp. Bedrohung zwingt zu Rüstungen und Zentralisierung (Spencer nutzt die Gelegenheit über alle anderen Ausweitungen der Staatstätigkeit zu klagen). Eisenbahnen und Telegraphen haben große Wandlungen gebracht, gleichermaßen für Gesellschaften des militanten wie des ökonomischen Typs.
Ch. XII, *Qualifications and Summary*
Jede Gesellschaft beginnt mit der Differenzierung von Außenbeziehungen und Produktion. Außenbeziehungen sind abhängig von der Umwelt: In einer Situation dauernder Konflikte und Kriege verschwinden friedliche Gesellschaften. In großen Staaten entwickelt sich ein friedlicheres politisches System. Wo der militante Typ nicht zu rigide organisiert ist, können ökonomische Gesellschaften entstehen. Wenn ökonomische Gesellschaften wieder aggressive oder defensive Kriege führen, kommt es zum Rückfall in den militanten Typ.
vol. II, Part V, *Political Institutions*
ch. XII, *Military Systems*
Über die Differenzierung der militärischen Institutionen von der Bevölkerung und die Differenzierung innerhalb militärischer Institutionen. Die Gesellschaft wird zunehmend von Vertrag und *voluntary cooperation* bestimmt, die Armee bleibt bei Status und *compulsory cooperation*.
ch. XVII, *The Militant Type of Society*
In einer Situation dauernder Kriege haben Gesellschaften, die ihre Mitglieder militärisch organisieren können, einen komparativen Vorteil. Wenn Erhaltung der Gesellschaft das Hauptziel ist, ist das Individuum „owned by the state“: Zentralisierung, c*ompulsive cooperation*, Fixierung der Positionen *in rank, in occupation, in locality*. Nichtstaatliche Organisationen werden nur zugelassen, wenn sie sich einfügen. Die Wirtschaft tendiert zu Autarkie. Spencers Beispiele enden beim Deutschen Reich und der britischen Rückkehr zu militärischer Aktivität.
Ch. XVIII, *The Industrial Type of Society*
Nur Gesellschaften, deren Existenz nicht gefährdet ist, können die Institutionen des militanten Typs aufgeben und zu Vertrag und Dezentralisierung übergehen. Nur im industriellen Gesellschaftstyp kann das ethische Prinzip, daß jeder die Folgen seines Verhaltens voll auf sich nehmen muß, durchgesetzt werden (in diesem Zusammenhang am klarsten formuliert, was bei Spencer „Sozialdarwinismus“ heißen könnte). Bei dauerhaftem Frieden können auch die großen Staaten sich auf den gegenseitig vorteilhaften Austausch einlassen und ihre Bürger werden eine Beschränkung ihrer Individualität durch Handelsbeschränkungen nicht mehr dulden. Der Fortschritt des Industrialismus wird die Schranken zwischen den Nationen beseitigen und eine gemeinsame Organisation ermöglichen, wenn nicht unter einer einzigen Regierung, dann doch unter einer Föderation von Regierungen.
Ch. XIX, *Political Retrospect and Prospect*
Es ist unklar, wie stark die Zukunft von Kriegen bestimmt sein wird. Der industrielle Gesellschaftstyp wird sich nicht überall durchsetzen, schon das Klima verhindert, daß überall komplexe Gesellschaften entstehen. Aber die Menschheit hat vom Krieg alles bekommen, was er geben konnte. Die Erde ist von den „more powerful and intelligent races“ bevölkert. Die Bildung großer Staaten ist abge-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

schlossen, noch größere benötigen Zwangsgewalt. Jenseits des Nationalstaates können wir nur noch friedliche Föderationen erwarten.
vol. III, Part VIII, Industrial Institutions
Ch. XXIV, Conclusion
Bei einem Überblick über die gesamte Evolution kann man annehmen, daß über alle rhythmischen Schwankungen hinweg die Anpassung der menschlichen Natur an den sozialen Zustand weiter gehen wird. Der Weg von kleineren zu größeren politischen Einheiten wird sich fortsetzen als *federation of the highest nations*, die Kriege unter ihren Mitgliedern verbieten wird und damit Re-Barbarisierung beendet. Dann können auch große Gesellschaften die sozialen Charakterzüge zeigen, die es bisher nur bei isolierten, friedlichen Stämmen gibt.

Principles of Ethics. – 2 Bde. – London 1892-1893 (A System of Synthetic Philosophy Bde. IX-X)
Einzelne Teile sind separat erschienen, der Anfang als *The Data of Ethics* bereits 1879
Neuausgabe in *The Works of Herbert Spencer* 1904, Bde. IX-X nach den Ausgaben 1892-1893, Nachdruck Osnabrück 1966
Zahlreiche separate Neudrucke der *Principles of Ethics* bis heute
Deutsche Übersetzung: *Prinzipien der Ethik* in 2 Bänden in 3 Teilen Stuttgart 1891-1893. (Der Anfang der Ethik wurde bereits 1879 übersetzt als: *Tatsachen der Ethik*.)
vol. I, Part I, *The Data of Ethics*
§ 49: Solange es feindliche Beziehungen zwischen Staaten gibt, hängt die Existenz des Individuums an der Existenz der Gesellschaft. Erst im Friedenszustand kann der Gegensatz von individuellen und gesellschaftlichen Zielen wegfallen. Die Zivilisation hat sich dem Gesellschaftsideal angenähert, erreicht werden kann es erst, wenn die Kriege aufhören. § 91: Notwendig ist eine Verbindung von Egoismus und Altruismus. In den internationalen Beziehungen lassen sich gegenläufige Züge zeigen: Es gibt Krieg, Eroberung, Teilung, Versklavung. Aber nationale Individualität wird mehr geachtet als früher, es gibt Katastrophenhilfe über Grenzen hinweg und Schiedsgerichtsbarkeit. In den Beziehungen der Zivilisation zu den Unzivilisierten läßt sich von diesen Fortschritten wenig erkennen. § 109: Solange es Krieg und Ungerechtigkeit zwischen Gesellschaften gibt, kann es keine Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaften geben. Militante Organisation ist mit reiner Gerechtigkeit so unvereinbar, wie es militante Aktionen sind.
vol. I, Part II, *The Inductions of Ethics*
§ 115: In jeder Gesellschaft entwickelt sich die *ethics of enmity* als Reaktion auf äußere Bedingungen, die *ethics of amity* als Reaktion auf innere Bedingungen. Deshalb gibt es täglich Widersprüche. § 118: Sowohl rohe Stämme wie zivilisierte Gesellschaften benötigen zugleich Regeln für *external self-defense* und *internal cooperation*, für *external antagonism* und *internal friendship*. In Gesellschaften mit indigenen Religionen gibt es keinen offenen Widerspruch zwischen den beiden Codes. Im Christentum ist der Widerspruch zwischen der genuin christlichen Ebene der *amity* und der Ebene der unterdrückten heidnischen Religionen der *enmity* dagegen nie gelöst worden. Ch. III-XIII dokumentieren einzelne Pflichten und Tugenden, immer mit der Frage, ob sie durch kriegerische oder friedliche Gesellschaftsstruktur gefördert werden.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

vol. II, Part IV, *The Ethics of Social Life: Justice*
§ 260: Spencer läßt die Rechtfertigung des Angriffskriegs als Verbesserung der Qualität der Menschengattung durch Sieg der Stärkeren allenfalls für die Frühzeit der Menschheit gelten. Sobald ethische Reflexion beginnt, ist ein Stadium der Menschheitsentwicklung erreicht, in dem der Angriffskrieg nicht mehr gerechtfertigt werden kann. Der Verteidigungskrieg behält eine *quasi-ethical justification*. Erst wenn auch er verschwindet, ist der Übergang von der relativen Ethik zur absoluten Ethik möglich. Ch. IX-XVIII prüft Spencer die einzelnen natürlichen Rechte des Menschen unter Anwendung des Prinzips der gegenseitigen Einräumung gleicher Freiheitsspielräume. Die Freiheitsrechte dürfen allein für die Verteidigung der Gesellschaft eingeschränkt werden. Solange Verteidigung noch nötig ist, kann das Prinzip der gleichen Freiheit nicht absolut gelten. Es gilt vor der Staatenbildung und wenn der Frieden wieder Normalform geworden ist. § 364: Die Lehre, daß sich Staaten innerhalb einer begrenzten Sphäre der Staatstätigkeit halten sollen, gilt nur für Staaten des vollendeten friedlichen und ökonomischen Gesellschaftstyps. Unter den bestehenden Bedingungen ist die *religion of enmity* mit ihrem Glauben an unbegrenzte Autorität des Staates nötig.
vol. II, Part VI, *The Ethics of Social Life: Positive Beneficence*
§ 473-475: Eine Welt, in der Aggressionen und Eroberungen herrschen, wird nicht leicht einen Platz für eine soziale Ordnung finden, für die *fraternal regard* am wichtigsten ist. Viele glauben an eine unveränderliche menschliche Natur, andere glauben an sehr schnelle Änderungen. Tatsächlich ist ein Übergang von der *fitness* für ein militantes Leben zur *fitness* für ein ökonomisches Leben nur im Laufe von mehreren Generationen unter der Disziplin eines sozialen Lebens möglich. Wenn die Gesellschaften aufgehört haben, einander zu zerstören, könnte dieser Fortschritt der *beneficence* rascher verlaufen. Wenn wir volle Sympathie empfinden könnten, würden wir weder das Elend zuhause noch in der Ferne aushalten. Zunahme an Sympathie ist nur möglich bei Abnahme von Leid. Wenn der Bevölkerungsdruck nachläßt und die Kriege Geschichte geworden sind, ist gewiß mit mehr Sympathie zu rechnen. Altruismus ist dann nicht nur Hilfe in der Not, sondern wechselseitige Förderung des Glücks. (Dies ist der Schlußpunkt nicht nur der *Ethik*, sondern des gesamten *Systems der Synthetischen Philosophie.*)

Turner, Jonathan H.
Herbert Spencer : a Renewed Appreciation. – Beverly Hills, Cal. (u.a.) : Sage Publ., 1985
Spencers Gesellschaftstypen sind Varianten der Zentralisation/Dezentralisation. Als Philosoph bevorzugt er dezentrale Systeme, als Soziologe akzeptiert er die Zentralisierung als Fakt komplexer Gesellschaften. Zwischen beiden Typen besteht eine dialektische Beziehung: Dezentralisierung fordert Zentralisierung heraus, Zentralisierung Dezentralisierung. Deshalb besteht eher ein rhythmischer Wechsel als eine evolutionäre Abfolge. Kleine Gesellschaften können sich ohne Krieg erhalten, große entstehen erst im Krieg und haben durch die militärische Organisationsform größere Überlebenschancen. Das ergibt einen *spiraling process* von politischer Organisation, Krieg, Eroberung, politischer Reorganisation. Wenn der vergrößerte Staat nur durch Gewalt zusammengehalten wird, droht ihm Zerfall. Ebenso, wenn er keine starke Verteidigung benötigt. Klassenunterschiede

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

gehen auf den Krieg zurück, erhalten sich aber, so lange politische Zentralisierung sich erhält. In der Wirtschaftsgesellschaft gibt es keine Klassen, die Reichen haben nur geringe politische Legitimität.

Battistelli, Fabrizio
Zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Natur : das britische soziologische Denken von der Schottischen Schule zu Herbert Spencer, in: Machtpolitischer Realismus und politische Utopie : Krieg und Frieden in der Geschichte der Sozialwissenschaften / hrsg. von Hans Joas und Helmut Steiner. – Frankfurt am Main : Suhrkamp, 1989 (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft ; 792) S. 18-48 (Spencer S. 28-46)
engl. Übersetzung u.d.T.: War and Militarism in the Thought of Herbert Spencer, in: International Journal of Comparative Sociology 34 (1993) 192-209 (ergänzt um einen Brief Spencers gegen den Burenkrieg).
Bei der Analyse der militärischen Gesellschaft greift Spencer auf frühgeschichtliche und ethnographische Daten zurück, historische und zeitgenössische Erfahrungen fehlen fast ganz. Er will die Ablösung militärischer durch industrielle Institutionen zeigen. Dieser Evolutionismus scheint optimistisch und apologetisch, ist aber nicht unilinear. Spencer berücksichtigt Verzögerung, Stillstand und Tendenzwenden. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts, verstärkt seit den 1870er Jahren sieht er eine Wende zum Militarismus. Als Theoretiker kann er nicht zeigen, warum der Krieg einen Sinn gehabt hatte, aber nicht länger hat. Nach seiner Theorie müßte der neue Militarismus aus Bedrohung kommen. Für Großbritannien ist das sicher falsch. Als politischer Autor ahnte Spencer am Ende seines Lebens, daß der neue Militarismus etwas mit der industriellen Gesellschaft zu tun hat. Er hütete sich aber, das Scheitern seiner Theorie einzugestehen.

4.2.3 Militärökonomen

Als Militärökonom reicht dem 19. Jahrhundert, zumal in Großbritannien, meist Adam Smith. Seine Regel, daß Sicherheit wichtiger ist als *opulence*, wird allgemein akzeptiert. So sagt J. R. McCulloch, *The Principles of Political Economy with Some Inquiries Respecting their Application*. – 5th ed., 1864. – S. 105-111: Normalerweise gibt es keinen Widerspruch zwischen Handel und Sicherheit; falls doch einmal Reichtum auf Kosten der Sicherheit wächst, sollte der Gesetzgeber „interfere to redress the balance“. Vor dem ersten Weltkrieg haben sich britische Ökonomen nur in Ausnahmsfällen für Militärökonomie interessiert. Eine solche Ausnahme waren die Jahre der Aufrüstung in der sich androhenden Konfrontation auf dem Kontinent nach 1866. Leslie und Cairnes kommen aus dem Umkreis von John Stuart Mill, sie sehen ihre Äußerungen zur Sicherheitspolitik nicht als Teil der theoretischen Ökonomie. Mit einer naiven „Science of Peace“ hat das gewiß nichts zu tun. Ein kurzer (sehr kurzer) Überblick über britische Militärökonomie bei John K. Whitacker, *The Economics of Defense in British Political Economy, 1848-1914*, in: *Economics and National Security : a History of their Interaction* / ed. by Craufurd D. Goodwin. – Durham 1991 (*History of Political Economy, Annual Supplement to Volume 23*) 37-60.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Thomas Edward Cliffe Leslie (1826-1882), Professor für Recht und für Ökonomie in Belfast, Begründer der historischen Schule der Ökonomie in Großbritannien, ist ein Beispiel für die britischen Schwierigkeiten mit Cobdens Friedensbewegung. An sich hofft er auf einen Frieden durch freie politische Institutionen, internationales Tribunal und Wehrpflichtarmeen. Er will ein internationales Recht, das wirklich Recht und wirklich international ist, bloße *opinion* reicht nicht. Die Hoffnung beruht darauf, daß konstitutionelle Regierungen eher als Fürsten sich einer rechtlichen Kontrolle unterstellen und daß Souveränität teilbar ist und deshalb ein internationales Recht ohne Weltstaat denkbar ist (*Nations and International Law*, in: *Fortnightly Review*, July 1868, Neudruck in: *Essays in Political an Moral Philosophy*. – Dublin 1879. – S. 111-127). Aber er bezweifelt, daß das bonapartistische Frankreich die Schwelle zum Handelsstaat unwiderruflich überschritten hat (*The Question of the Age – Is It Peace?* in: *Macmillan's Magazine* 2 (1860) 72-88, Neudruck in: *Essays* S. 62-93). Er bezweifelt, daß ein Europa der Nationalstaaten der Endzustand sein wird; das kommende Völkerrecht wird durch Gewalt entschieden, nicht von „natural justice in men" (*The Future of Europe Foretold in History*, in: *Macmillan's Magazine,* 2 (1860) 329-338, Neudruck in: *Essays*. – S. 94-110). Leslie bezweifelt, daß die Zukunft der Miliz gehört; da folgt er Tocquevilles Argument, daß wegen der Abneigung der kommerziellen Klassen gegen den Krieg stehende Heere zunehmen werden. Deshalb bevorzugt er die allgemeine Militärpflicht Preußens; sie sei weniger zu mißbrauchen als eine reine Berufsarmee, aber beim britischen Pauperismus wäre eine solche Armee eher eine Gefahr als ein Schutz. Es reicht nicht die preußischen Militärreformen zu kopieren, man muß auch die Bauernbefreiung kopieren, d.h. die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessern, um zu einer Wehrbereitschaft zu kommen (*The Military Systems of Europe in 1867*, in: *North British Review,* December 1867, Neudruck in *Essays*. – S. 128-147). Zu Leslie als Ökonom: R. D. Collison Black, *The Political Economy of Thomas Edward Cliffe Leslie (1826-82) : a re-assessment*, in: *The European Journal of the History of Economic Thought* 9 (2002) 17-41, darin S. 19-23 zur Militärökonomie.

John Eliot Cairnes (1823-1875), Professor für Ökonomie (und Recht) in Dublin, Galway und London. Der bedeutendste Ökonom im Gefolge von John Stuart Mill, ist so wenig wie dieser ein Pazifist (der Krieg ist noch nicht verzichtbar), aber wie dieser ein demokratischer Internationalist. Die internationale öffentliche Meinung, auf der das Völkerrecht beruht, ist noch schwach, aber mit Entwicklung gemeinsamer Ziele und gemeinsamer Ideen kann auch international eine Gesellschaft entstehen. Sie ist eine Frucht von Volksbildung, Pressefreiheit, guten Straßen, besserer Post. Abrüstung ist erst möglich, wenn die Staaten auf das Urteil der internationalen Öffentlichkeit vertrauen können. Die Friedensbewegung soll an dieser internationalen Öffentlichkeit arbeiten (Cairnes Vorstellung internationaler öffentlicher Meinung ist ein nicht institutionalisiertes Schiedsurteil der „most eminent statesmen and jurists" aller Staaten). Eine solche internationale öffentliche Meinung soll aber nicht nur stark sein, sie muß auch zu einer Übereinstimmung kommen können. Dafür ist „a simplification of international questions" nötig. Diese erwartet der Ökonom-Jurist von Freihandel und „the recent progress of ethical and juridical philosophy" (*International Law*, in: Fortnightly Review, November

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

1865, Neudruck in: *Political Essays*. – London 1873. – S. 109-126). Auf die veränderte militärische Situation in Europa nach dem Deutsch-Französischen Krieg reagierte Cairnes mit Polemiken gegen *peace-at-any-price principles* und *doctrine of non-intervention*. Die erhabene Distanz Englands vom Kontinent, die Basis des Cobdenismus war, ist jetzt Vergangenheit. Großbritannien muß eine ausreichende Armee besitzen, wenn es seiner Außenpolitik Gewicht geben will, und es muß damit rechnen, in einen Konflikt mit kontinentalen Mächten verwickelt zu werden. Überlegungen des Zivilisationsfortschritts sollen jetzt keine Rolle mehr spielen: „It may be that warfare carried on by entire populations is ‚essentially retrograde'; but retrograde or not, this is the danger against which we have to provide." Die nötige moralische und intellektuelle Kraft kann nur aus einer Armee kommen, die auf die ganze Gesellschaft zurückgreift. Er will seine Leser überzeugen, daß gerade dieses „preußische" System den Frieden fördert: Bei industriellen Nationen ist es besser, wenn ein großer Teil der Bevölkerung in den Krieg involviert ist und deshalb die Gründe für den Krieg sorgfältig abgewogen werden. Die Volksarmee ist auf Verteidigung angelegt und wenn alle Nationen diese Organisation annehmen, „aggressive wars would be unsuccessful wars" (*Our Defences : a National or a Standing Army*, in: *Fortnightly review*, February 1871, Neudruck in: *Political Essays*. – London 1873. – S. 199-255). Georgios Varouxakis geht davon aus, daß diese Stellungnahme mit John Stuart Mill abgesprochen wurde: beide schließen eine Freiwilligenarmee aus, denn im Zeitalter der Volkskriege müssen die Bürger die Folgen des Krieges selber erfahren, damit sie nicht bellizistische Politik unterstützen (*Liberty Abroad : J. S. Mill on International Relations*. – Cambridge 2013. – S. 168).

4.3 Deutschsprachiger Raum

Karl Heinrich Rau, der führende Handbuchautor der deutschen Nationalökonomie, war der deutsche Vizepräsident des Friedenskongresses in London 1851, aber als Theoretiker des Friedens ist er eher nicht bekannt (Rau begründet wie die klassische Ökonomie den Außenhandel mit komparativem Vorteil; er fügt nur einen Klugheitsgrund an: Außenhandel befestigt friedliche Beziehungen zwischen Staaten (*Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*, 3. Aufl. (1837) §417). Der Ökonom Peter Kaufmann, der ein Theoretiker des Friedens sein wollte, hat ökonomische Argumente für den Frieden nur nebenbei beachtet. Die deutschen Freihändler haben den Frieden betont, aber mit so vielen Einschränkungen, daß sie wie Apologeten des Borussentum auftreten konnten. Die deutschen akademischen Ökonomen der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts sind am ehesten als Militärökonomen relevant.

Silberner, *The Problem of War* a.a.O. behandelt Friedrich List (S. 134-171), Wilhelm Roscher (S. 173-178), Karl Knies (S. 178-180), Lorenz von Stein (S. 180-182) und Albert Schäffle (S. 182-189).

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

4.3.1 Friedrich List

1789-1846, Professor für Staatsverwaltungspraxis in Tübingen, Konsulent des Deutschen Handels- und Gewerbevereins, Abgeordneter im württembergischen Landtag. Politische Verfolgung und Exil in den USA. Rückkehr nach Europa als amerikanischer Konsul. Ökonomischer Publizist und Eisenbahnprojekteur. Biographie: Friedrich Lenz, *Friedrich List : der Mann und das Werk*. – München 1936, Neudruck Aalen 1970; William O. Henderson, *Friedrich List : Economist and Visionary, 1789-1846*. – London 1983 (dt. 1984).

List ist der Klassiker des ökonomischen Nationalismus. Von den amerikanischen *Outlines of American Political Economy* (1827) über das französische *Le système naturel d'économie politique* (1837) bis zum deutschen *Das nationale System* (1841) hat er seine Lehre immer ausführlicher formuliert. Er polemisiert gegen die individualistisch-kosmopolitischen Ökonomie, die – zu kosmopolitisch – nicht sieht, daß es den ewigen Frieden noch nicht gibt, und – zu individualistisch – nicht sieht, daß nur der gesamte gesellschaftliche Zusammenhang einer Nation die Bedingungen der Wirtschaft bildet: geistige Bildung, moralisch Grundlage, Sicherheit. Jede Entwicklung ist nationale Entwicklung. Kosmopolitische Wirtschaft wird durch Aufbau von Nationalökonomien erreicht. Im Zeitalter der Maschinenproduktion würde allgemeiner Freihandel die fortgeschrittenste Industrienation zum Weltmonopolisten machen. Auch die Vorstellung, Schutzzölle könnten in jedem Territorium eine selbständige Industrie schaffen, lehnt List als abstrus ab. Kleinere Territorien müssen Anschluß an die Wirtschaft von Nachbarn suchen. Entwickeln können sich nur die Länder des Nordens; die Länder des Südens können nur Lebensmittel und Rohstoffe liefern (das Argument war zunächst klimatisch, wird aber zunehmend um stagnierende Kultur ergänzt).

Zu List als Nationalökonom vgl. Artur Sommer, *Friedrich Lists System der politischen Ökonomie*. – Jena 1927 (der große List-Philologe hat als Letzter die Spannungen in Lists Werk beachtet); Werner Strösslin, *Friedrich Lists Lehre von der wirtschaftlichen Entwicklung : zur Geschichte von Entwicklungstheorie und –politik*. – Basel 1968; Monique Anson-Meyer, *Un économiste de développement au XIXe sciècle : Friedrich List*. – Grenoble 1982 (die letzte Gesamtdarstellung); Josua Werner / Gerhard Mauch, *Friedrich List und die Lehre von den produktiven Kräften*, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 206 (1989) 533-545; Birger P. Priddat, *Produktive Kraft, sittliche Ordnung und geistige Macht : Denkstile der deutschen Nationalökonomie im 18. und 19. Jahrhundert*. – Marburg 1998. – S. 233-259 (Einordnung in die deutsche na-tionalökonomische Tradition).

List begriff, daß über die Wirtschaftspolitik hinaus ein grundsätzlicher Kampf gegen „die Schule" geführt werden mußte. Auch seine systematischen Schriften sind Programmschriften für diesen Kampf. *Das nationale System* ist in der vorliegenden Form ein Fragment. Es sollte neun Bände umfassen von der Acker- und Gewerbeverfassung bis zur Staats- und Parlamentsverfassung, auch ein Band *Internationale Verhältnisse und auswärtige Politik* war vorgesehen. Noch am Ende seines Lebens wollte er sein Werk fortsetzen mit einem Band *Über die Wirkung der politischen Institutionen auf die Reichtümer und die Macht der Nationen*.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Eine Probe ist seine Forderung nach einem bäuerlichen Mittelstand, weniger aus ökonomischen Gründen, als um dem liberalen Staat eine soziale Basis zu geben. Gegenüber der industriellen Dynamik kann List nur hoffen, daß Raum für mittlere Unternehmen bleibt (*Die Ackerverfassung, die Zwergwirtschaft und die Auswanderung* (1842, jetzt in: *Schriften/Reden/Briefe* V, 1928, 418-547). Vgl. Noboru Kobayashi, *Friedrich Lists System der Sozialwissenschaft*, in: *Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie* X / hrsg. von Bertram Schefold. – Berlin 1990. – S. 63-77.

Eine andere Fortsetzung sollte *Die Politik der Zukunft* heißen und einen Ausblick auf die kommende Weltpolitik geben. Schon in seinen frühen föderalistischen Schriften erwähnte er die politische Einigung der Menschheit in einer Weltföderation, aber das war damals nur Polemik gegen einen Weltstaat. In *Outlines* macht er sich über Saint-Pierre lustig: der Weltstaat ist Vernunftgebot, nicht Gegenwart. Eine echte Weltwirtschaft könnte es nur in einem Weltstaat geben. Diese Position hat List in seinen systematischen Werken durchgehalten. 1837 und 1841 war das Motto „Et la patrie, et l'humanité". List steht in der kantischen Tradition der Souveränitätskritik, die eine internationale Zusammenarbeit über Grenzen hinweg nicht als ausreichend anerkennen kann, wenn das rechtliche Band fehlt. Das kantische Gebot eines Rechtszustandes war für List verbindlich. *Das nationale System* war aber bereits von Ausblicken auf weltweite Kolonien und Protektorate geprägt. Nach 1841 gibt es keine Hinweise mehr auf das kosmopolitische Endziel, aber die Dynamik der Weltpolitik wird zur Geschichte der Bildung von zwei Riesenimperien – den USA und England – bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts, ihres drohenden Weltkrieges und der Versuche von drei, vier unsicheren Mächten – Frankreich, Deutschland, Rußland, vielleicht noch Spanien – einen Platz in dieser imperialen Welt zu finden. Von weiteren Nationen kann man nicht reden. Keiner der asiatischen Staaten hat hier eine Aussicht unbelästigt seine Kultur fortzusetzen, alle müssen zivilisiert werden, weil sie mehr für den Weltmarkt hergeben müssen. Wie immer im 19. Jahrhundert ist das Osmanische Reich das erste Opfer, sein Niedergang ist Ursache dieser weltpolitischen Dynamik (*Politik der Zukunft* (1846, jetzt in: *Schriften/Reden/Briefe* VII, 1931, 482-502). Dieses *manifest destiny* steht *avant la lettre* bereits im Artikel *Asien* im *Staats-Lexikon* Bd. I (1834) 696-722 (wo er die USA bis zum Kap Horn und dann nach China ausgreifen läßt). Neu ist 1846 nur der einheitliche dynamische Weltprozeß: Im Zeitalter der Fabriken, Eisenbahnen und Dampfschiffe ist es möglich geworden, eine Wissenschaft von der Zukunft zu geben. Das war sein letzter Versuch als Theoretiker. Danach blieb nur der verzweifelte Versuch, dem Hegemon England zu erklären, warum Schutzzölle (und deutsche Dominanz über die europäische Türkei) auch für den Hegemon (der Afrika und Asien bekommen soll) gut sind. Wir sind ganz in einer Welt der Machtpolitik und der Balance (*Über den Wert und die Bedingungen einer Allianz zwischen Großbritannien und Deutschland. – 1846*, in: *Schriften/Reden/Briefe* VII, 267-296). Weippert feiert den späten List im Namen des Realismus, Silberner verdammt ihn im Namen des Internationalismus, beides verrät ihre Zeit und Herkunft. Abstrakte Souveränitätskritik fällt hinter List zurück. Die Wissenschaft von der Zukunft hat er nicht begründet (es ist keine Methode erkennbar), aber er hat bereits viel von der Entwicklung des 20. Jahrhunderts gesehen. Befürchtungen und Projekte zeigen die Brüchigkeit seines ökonomi-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

schen Nationalismus. List hat seinen modernen Gefolgsleuten voraus, daß er diese Brüchigkeit begriffen hat. Es geht nicht um Entwicklungsprozesse, die alle Länder nach bekanntem Muster nachholen könnten, sondern um eine einzige weltgeschichtliche Krise. Die von List angemahnte Synthese ist nichts, was irgendeine Ökonomie adoptieren könnte. List kann allein eine Rolle spielen in der Diskussion über die Grenzen der Ökonomie.

Lists Weltpolitik und die Widersprüche zwischen kosmopolitischen Fernzielen und kriegsträchtigen Naherwartungen sind viel diskutiert worden: Ludwig Sevin, *Die Entwicklung von Friedrich Lists Kolonial- und weltpolitischen Ideen bis zum Plane einer englischen Allianz 1846*, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich 33 (1909) 1673-1715 und 34 (1910) 173-222; Artur Sommer a.a.O. (als Widerspruch zwischen Theorie und Praxis; unten referiert); Georg Weippert, *Der späte List : ein Beitrag zur Grundlegung der Wissenschaft von der Politik und zur politischen Ökonomie als Gestaltungslehre der Wirtschaft*. – Erlangen 1956 (als Widerspruch zwischen mitgeschleppter kosmopolitischer Ideologie und Befreiung zu realistischer Betrachtung); Heinz Gollwitzer, *Geschichte des weltpolitischen Denkens*. – Bd. I. – Göttingen 1972. – S. 510-528; Mechthild Coustillac, *La pensée de Friedrich List (1789-1846) et son rapport à la France*. – Diss. Toulouse 1992 (mit kaum glaubhafter Naivität kann List nie zugeben, daß seine zivilisatorischen Projekte Gewalt erfordern); Klaus Thörner, *Der ganze Südosten ist unser Hinterland : deutsche Südosteuropapolitik von 1840 bis 1945*. – Diss. Osnabrück 2000. – S. 1-17 (übermäßig auf Kontinuität deutscher Mitteleuropavorstellungen fixiert); Rüdiger Gerlach, *Imperialistisches und kolonialistisches Denken in der politischen Ökonomie Friedrich Lists*. – Hamburg 2009 (übermäßig auf einverständliche „Revitalisierung" der außereuropäischen Welt fixiert).

Lists Kritik der „Schule" ist nie völlig vergessen worden, er hatte einen wunden Punkt berührt. Aber die spätere Nationalökonomie hat nie wirklich an List anknüpfen können. In der Entwicklungsökonomie ist er merkwürdig präsent und nicht präsent. Zur Rezeption: „*Die Vereinigung des europäischen Kontinents" : Friedrich List – gesamteuropäische Wirkungsgeschichte seines ökonomischen Denkens* / hrsg. von Eugen Wendler. – Stuttgart 1996 (zeigt eine sehr diverse Rezeption). Spannender wäre eine Rezeptionsgeschichte für außereuropäische Länder, knappe Hinweise zu Indien und Japan bei: Eugen Wendler, *Friedrich List : politische Wirkungsgeschichte des Vordenkers der Europäischen Integration*. – München 1989. Neuere Hinweise auf List in der Internationalen Politischen Ökonomie haben ein abstraktes List-Bild: Davis Levi-Faur, *Friedrich List and the Political Economy of the Nation-State*, in: Review of International Political Economy 4 (1997) 154-178; Christine Margerum Harlen, *A Reappraisal of Classical Economic Nationalism and Economic Liberalism*, in: International Studies Quarterly 43 (1999) 733-744; Eric Helleiner, *Economic Nationalism as a Challenge to Economic Liberalism? : Lessons from the 19th Century?*, in: ebd. 46 (2002) 307-329. Die Dependenztheorie hätte ein List-Programm sein können, bevorzugte aber eine Ableitung aus den ökonomischen Kategorien bei Marx (Bernard Semmel, *The Liberal Idea and the Demons of Empire ; Theories of Imperialism from Adam Smith to*

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Lenin. – Baltimore, Md. 1993. – S. 188-189, vgl. auch das Urteil von Arghiri Emmanuel: List hat nicht einmal eine Theorie des Protektionismus; letztlich bleibt er in der Freihandelsökonomie und John Stuart Mill kann genau dasselbe über Schutzzölle sagen, *Unequal Exchange : a Study of the Imperialism of Trade*. – New York 1972. – S. XVIII, französ.Original 1969). Dieter Senghaas, kein Ökonom doch Theoretiker der Autozentrierten Entwicklung, hat kontinuierlich an List erinnert: *Friedrich List und die Neue internationale ökonomische Ordnung*, in: Leviathan 3 (1975) 292-300 (auch in D. S., *Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik : Plädoyer für Dissoziation*. – Frankfurt am Main 1977); *Friedrich List und die moderne Entwicklungsproblematik*, in: Leviathan 17 (1989) 561-573; *Wege aus der Armut : was uns Friedrich List und die Entwicklungsgeschichte lehren*, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2008, Heft 12, 79-95. Eine historische Darstellung von Lists Wirkung (oder Wirkungslosigkeit) in der Dritten Welt nach 1960, die über das Anekdotische hinausginge, ist ein Desiderat.

Arbeit, in: Staats-Lexikon oder Encyklopädie der Staatswissenschaft / hrsg. von Carl von Rotteck und Carl Welcker. – Bd. I (1834) 644-649

(In dem Teilabdruck in *Schriften/Reden/Briefe* Bd. V, 40-45 fehlt gerade der hier interessierende Abschnitt.)

Völker, deren Wohlstand auf Arbeit beruht, entwickeln ihre körperlichen und geistigen Kräfte, v.a. die Völker des gemäßigten Klimas: der Winter ist der Erzeuger der Arbeit und der Kultur. Im Naturzustand erscheint Arbeit als ein Übel, das man auf Frauen, Kinder und Sklaven abwälzen will. Auch die Kriege sind ein Versuch, Arbeit abzuwälzen. Krieg war in der Geschichte (fast) immer ein Versuch, Heerführer zu bereichern und ihre Macht auszudehnen. Der Krieg hat die Arbeit abgewertet, indem er ihre Ehre nahm und die Sicherheit des Eigentums zerrüttete. Jetzt haben aber ganze Staatenvereine das Rechtsgesetz anerkannt. Es kommt ein Staatensystem, das aus Arbeit hervorgegangen ist und keinen anderen Krieg kennt, als Verteidigung gegen ungerechte Angriffe, und nur eine Eifersucht, „sich in den Institutionen der Zivilisation den Rang abzulaufen." Dann ist es nicht mehr Chimäre der Hoffnung, daß das Prinzip Arbeit „die ganze Erde besiegen und beherrschen werde." Alle anstrengende Tätigkeit wird durch Maschinen ausgeübt werden, durch Verbesserung der politischen Institutionen müssen die Früchte der Arbeit weniger mit Müßiggang und roher Gewalt geteilt werden.

Das nationale System der politischen Ökonomie, Bd. 1. – Der internationale Handel, die Handelspolitik und der deutsche Zollverein. – Stuttgart (u.a.) : Cotta, 1841. – LXVIII, 589 S.

Neudruck in: Schriften/Reden/Briefe, Bd. VI. – Berlin : Hobbing, 1930

11. Kap. *Die politische und die kosmopolitische Ökonomie*

Smith und Say wollen eine politische Ökonomie oder Nationalökonomie geben, zwischen den Ebenen der Individualökonomie und der Weltökonomie fehlt aber die Ebene der Nation. Die klassische Ökonomie setzt den Zustand des ewigen Friedens oder einer Universalrepublik voraus, der in der Wirklichkeit nicht gegeben ist. Ihre Verwirklichung ist ein Gebot von Vernunft und Religion und die Geschichte lehrt, daß kriegerische Gesellschaften auf einem niedrigen Niveau des Wohlstandes stehen. Wenn die Natur den Weg von Familienverbänden zu Nationen mit vielen Millionen Bewohnern geschafft hat, können wir ihr auch zutrau-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

en, daß sie eine Einigung aller Nationen bewirken kann. Die neuere Entwicklung des Weltgeistes deutet darauf hin: Wissenschaften, Erfindungen, Industrie, gesellschaftliche Organisation, materieller und geistiger Verkehr. „Je höher aber die Industrie steigt, je gleichmäßiger sie sich über die Länder der Erde verbreitet, umso weniger wird der Krieg möglich sein." Zwei industriell voll entwickelte Staaten fügen einander in einer Woche mehr Schaden zu, als sie in einem Menschenalter reparieren könnten. In den Kongressen der Großmächte besitzt Europa auch bereits den Embryo eines künftigen Nationenkongresses. Die politische Union ist immer der Handelsfreiheit vorausgegangen. Sonst würde Handelsfreiheit „nicht die Universalrepublik, sondern nur die Universaluntertänigkeit der minder vorgerückten Nationen unter die Suprematie der herrschenden Manufaktur-, Handels- und Seemacht" bringen. Die Universalrepublik, wie sie Heinrich IV.[9] und der Abbé St. Pierre gedacht haben, kann nur realisiert werden mit Nationen auf möglichst gleicher Stufe der Industrie und Zivilisation, der politischen Bildung und Macht. Mit der allmählichen Bildung einer solchen Union wird Handelsfreiheit möglich. Nur das Schutzzollsystem kann solche gleich entwickelte Nationen schaffen und ist damit der Weg zur politischen Union und zur Handelsfreiheit.

15. Kap. *Die Nationalität und die Ökonomie der Nation*

Nicht jede Nation kann durch Schutzzölle Gleichrangigkeit erlangen, eine „normmäßige Nation" braucht ein großes, wohlarrondiertes Territorium, eine große Bevölkerung, eine gleichmäßige Ausbildung von Ackerbau, Industrie und Handel, ein hohes Niveau der allgemeinen Bildung, Wissenschaft, Verfassung und Institutionen, eine Werteausrichtung auf Freiheit, Gesetzlichkeit, Sittlichkeit und Wohlstand. Große Nationen benötigen natürliche Grenzen und einen eigenen Zugang zu Meer. Kleine Nationen müssen die Angliederung an größere Nachbarn suchen. Traditionell wurden Nationen durch Erbe, Kauf und Eroberung gebildet. Er empfiehlt ein neues Mittel: „die Vereinigung der Interessen verschiedener Staaten durch freien Vertrag". Lists Beispiele sind der eventuelle Beitritt der Niederlande und Dänemarks zum Zollverein und zum Deutschen Bund (historisch und kulturell seien diese Staaten eher deutsch), den Anschluß Belgiens an einen größeren Wirtschaftsraum (Frankreich oder Deutschland) und Vereinigung der USA und Kanadas. So lange es die Universalkonföderation nicht gibt, handeln Staaten irrational, die sich verhalten, als gäbe es den ewigen Frieden bereits. Wenn Kriege drohen sind eigene Manufakturen unverzichtbar, Kriege haben immer zu ökonomischer Selbständigkeit und Schutzzollpolitik geführt. Ein Krieg kann ein Segen für neue Industrien sein, aber ein Friedensschluß eine Katastrophe. „Die Wissenschaft darf nicht die Natur der Nationalverhältnisse in Abrede stellen oder ignorieren oder verfälschen, um kosmopolitische Zwecke zu befördern. Diese Zwecke können nur erreicht werden, indem man der Natur folgt und ihr gemäß, die einzelnen Nationen einem höheren Ziel entgegen zu führen sucht." Es ist ausgeschlossen, daß nicht konkurrenzfähige Staaten („Spanien, Portugal, Neapel, Türkei, Ägypten, und alle barbarischen, halbzivilisierten Länder der heißen Zone") eigene Wirtschaftsnationen werden. Sie müssen Anlehnung suchen, wofür eigentlich nur England in Frage kommt, das dort aber nicht als ein protektionistisches Imperium auftreten soll, sondern seinen Einfluß nutzen soll, diesen Staaten zu

[9] Gemeint ist der Friedensplan des Herzogs von Sully, der im 19. Jahrhundert meist noch als ein Plan des französischen Königs galt.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

besseren Institutionen und freiem Zugang durch andere Industrienationen zu helfen (England muß den Zugang zu weiteren Gegenden der heißen Zone nicht monopolisieren, es kann seinen Bedarf an Kolonialprodukten allein in Indien schon decken).
Die Nord-Süd-Handelsbeziehungen werden in Kap. 35-36 genauer besprochen, ein Potpourri von freien Handelsverträgen mit Lateinamerika und kommender Notwendigkeit, ganz Asien „in Zucht und Pflege" zu nehmen, Zusammenarbeit der kontinentaleuropäischen Mächte gegen englische Suprematie und Notwendigkeit, daß sich England um ein Bündnis mit den Kontinentalmächten bemühen muß, um den aufsteigenden Vereinigten Staaten gewachsen zu sein.
Das natürliche System der politischen Ökonomie war Lists dritte Bearbeitung seiner ökonomischen Grundauffassungen nach *Outlines of American Political Economy* (1827; in: *Schriften/Reden/Briefe* II, 1931) und *Le système naturel d'économie politique* (1837, in: *Schriften/Reden/Briefe* IV, 1927). Es gibt erhebliche Unterschiede in Zweck und Ton dieser Schriften, aber die Grundsätze sind dieselben. Das Buch von 1841 ist eine Ausarbeitung des Manuskripts von 1837, zunächst noch in französischer Sprache begonnen. Sein deutsches Buch plante List als eine staatswissenschaftliche Arbeit in neun Bänden. Sein Verleger verlangte das Dringendste in einem Band. List klagte, daß man ihn so bloß für einen Außenhandelstheoretiker ansehen werde; so kam es auch. Zu den widersprüchlichen Plänen über die Fortsetzung des Buches vgl. die Zusammenstellung in *Schriften/Reden/Briefe* VI (1930) 633-657.

Sommer, Artur
Friedrich Lists System der politischen Ökonomie. – Jena : Fischer, 1927. – 242 S.
Lists Nationalismus hat drei Wurzeln: persönlicher Patriotismus (v.a. in seinen journalistischen Arbeiten), Nationenbegriff (mit wenig Interesse an Sprache, Abstammung, Geschichte), rationalistischer Begriff der „Normalnation". Die Nationen des Nordens konkurrieren um die Position als Normalnationen, nur wenige können sie erreichen. Die Nationen des Südens können sie nie erreichen. Deren Beschränkung auf Ackerbau und Rohstofflieferung ist eine Grundlage der Lehre. Vereinigung der Völker ist ideale Position der Vernunft, Absonderung der einzelnen Normalnationen Forderung der Realpolitik. Die Realpolitik wird durch das Idealziel gerechtfertigt: nationale Absonderung als Weg zum vernunftgemäßen Endzustand. Die Weltunion bleibt blaß. Sie ist allenfalls Föderation von Staaten und wird für Jahrhunderte nicht kommen. List billigt die englische Suprematie, so lange ein eigener Raum für Deutschland bleibt. In den späten Schriften kommt der zukünftige Freihandel nicht mehr vor und die Normalnationen sind Imperien geworden, zwischen denen es kaum noch Handelsbeziehungen gibt.

Silberner, Edmund
The Problem of War in 19th Century Economic Thought. – Princeton, N.J. : Princeton Univ. Pr., 1946. – S. 134-171
List bricht mit dem kosmopolitischen Friedensversprechen der klassischen Ökonomie. Solange es noch Staaten gibt, die auf Eroberungen aus sind, ist nationale Macht eine Notwendigkeit. Er hält am kosmopolitischen Endziel fest: Er verteidigt Protektionismus im Namen des Freihandels und fordert militärische Stärke im

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Namen des Pazifismus. Seit 1820 redet er immer wieder von künftiger internationaler Verrechtlichung und Welthandelskongreß. Er hat keinen Respekt für Selbständigkeit kleiner Staaten, er will reichlich viele Randstaaten in ein vergrößertes Deutschland einbeziehen, er macht sich zuletzt keine Illusionen, daß das Krieg bedeuten muß. Für das 20. Jahrhundert kündigt er interkontinentale Kriege an. Er hat an seine pazifistischen Erklärungen entweder nie geglaubt oder den Glauben verloren. Nie beschreibt er die pazifistische Orientierung genauer, es bleibt völlig unklar, wie diese Welt nationaler Machtstaaten zum Frieden kommen soll.

Nägler, Frank
Von der Idee des Friedens zur Apologie des Krieges : eine Untersuchung geistiger Strömungen im Umkreis des Rotteck-Welckerschen Staatslexikons. – Baden-Baden : Nomos Verl.-Ges., 1990. – 577 S. (passim)
Das Prinzip Arbeit wird das Prinzip Krieg ablösen, Frieden kann erst auf Industrialisierung folgen. Krieg zwischen industriellen Nationen ist unwahrscheinlich wegen dem Schaden für Individuen und auch für die siegreiche Nation. Der ewige Frieden wird von der Ökonomie erwartet, kann aber nicht einfach durch Handel kommen. Die Universalmonarchie wird im Kreis des *Staatslexikons* allgemein verworfen, List verwirft außerdem die ökonomische Abhängigkeit. Frieden wird bei List mit Emanzipation gleichgesetzt, aber tatsächlich hat er nur Emanzipation der Industriellen. Rottecks kleinbürgerlich-kleinbäuerliche Utopie ist bei List nur noch Nationalschwäche. Die von ihm vertretene kapitalistische Klasse hat Interesse am garantierten Frieden, kann sich als Nation aber nur in internationaler Konkurrenz vorstellen. Die Nord-Süd-Teilung der Welt ist ewig. List klingt eher naiv als imperialistisch, aber die Logik seines Systems führt zu Imperien. Zur Schaffung der „normalmäßigen Nationen“ muß Krieg akzeptiert werden. Der Zustand gleicher Nationen bleibt eine Chimäre. Am Ende setzt er auf kriegerische Allianzen von Großmächten. Näglers Buch stellt den Wandel von Kants kosmopolitischer Friedenstheorie zum nationalistischen Bellizismus des 19. Jahrhunderts als ein Unternehmen der Liberalen dar. List gehört dabei zu den pazifistischeren Mitarbeitern des Staatslexikons. (Vgl. oben das Referat dieses Buches bei deutschen Liberalen in Abschnitt 2.5.1 und bei Carl von Rotteck in Abschnitt 2.5.1.1.)

4.3.2 Freihändler

Die Transformation des europäischen Staatensystems war bei deutschen Freihändlern kein Thema. Trotz der Anknüpfung an Cobden und Bastiat – das Friedensthema ist marginal. Wenn man aber den späteren Michel Chevalier stellvertretend für französische Freihändler nimmt, ist der Unterschied nicht so groß: Die Tatsachen des Krieges und der Rüstung müssen hingenommen werden. Vgl. zu den deutschen Freihändlern: Volker Hentschel, *Die deutschen Freihändler und der volkswirtschaftliche Kongreß 1858 bis 1885*. – Stuttgart 1975 (Krieg und Frieden sind bei Hentschel kein Thema). Zu H. B. Oppenheim, einem der prominentesten deutschen Freihändler, siehe oben Abschnitt 2.5.4.3 bei Völkerrecht.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

4.3.2.1 John Prince-Smith

1809-1874, gebürtiger Engländer. Journalist und Gymnasiallehrer, führender Autor der deutschen Freihändler. Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhaus (Fortschritt) und des Reichstags (Nationalliberal).

Prince-Smith hätte der deutsche Cobden oder Bastiat werden können (er hat Bastiats *Ökonomische Harmonien* übersetzt), aber in Deutschland ist seine Stellung marginaler. Hätte er eine eigene Theorie fertigbekommen, sie wäre wohl noch elementarer ausgefallen als bei Bastiat). Es gibt gelegentlich biographische Skizzen, die sich ausschließlich für den Freihändler und Gegner aller Staatseingriffe interessieren. Am nützlichsten immer noch: Julius Becker, *Das Deutsche Manchestertum : eine Studie zur Geschichte des wirtschaftspolitischen Individualismus*. – Karlsruhe 1907. Vgl. auch Volker Hentschel, *Die deutschen Freihändler* a.a.O. S. 58-60, 110-117 und passim; Ralph Raico, *Die Partei der Freiheit : Studien zur Geschichte des deutschen Liberalismus*. – Stuttgart 1999. – S. 49-86 (stellvertretend für das libertäre Interesse). Eine ernsthafte Beschäftigung mit seiner politischen Theorie gab es nicht. Die Ökonomie des 19. Jahrhunderts war gezwungen, zu einer Soziologie der Verzögerung des Überganges von der Politik zur Ökonomie voranzuschreiten. Prince-Smith entfernt sich am Weitesten von seinen Anfängen. Molinari oder Spencer, die Herrschaft historisch würdigen, hätten nie die Politik als getrennte Lebenssphäre würdigen können. Das ist das Deutsche an dem deutschen Freihändler.

Prince-Smith will den Frieden über mehr Verkehr herstellen, aber die Sicherheit ökonomischer Harmonien hat er nie. Schon in seiner ersten Schrift sieht er den Kampf ums Dasein: Völker, die die Befreiung der Produktionskräfte verweigern, werden beiseitegeschoben. Er klingt wie sein Gegner Friedrich List. Die ökonomische Entwicklung wirkt nicht auf die Einbildungskraft, weil sie nicht die raschen Erfolge der Politik hat. Er muß Frieden als Ziel der Freihändler festlegen, weil nur Ideen den Gemeinsinn begeistern können. Er muß eine post-materialistische Utopie versprechen. Beim späten Prince-Smith führen diese Motive zu einer Jingoismus-Analyse als Analyse des „Staatssinns“ (auch da ist er Vorläufer ohne direkte Wirkung). Prince-Smith kann diesen „Staatssinn“ aber nur fassen, weil er ihn akzeptiert. Die liberale ökonomische Theorie, die ihm seit 1839 nicht gelingen wollte, wurde 1873 zu einer bellizistischen politischen Soziologie.

Über Handelsfeindseligkeit. – Königsberg : Theile, 1843. – 87 S.
Neudruck in: Gesammelte Schriften, Bd. II. – Berlin 1879. – S. 79-149
Macht, die kein Bedürfnis mehr erfüllt, verschwindet. Fürsten waren für Sicherheit nötig, ihre Kriege haben das Volk nicht stark beschädigt. Heute ist internationaler Verkehr wichtiger und Besitz eines durch Eroberungen erschöpften Landes bedeutungslos geworden. Leidenschaftliche Kriege zwischen zivilisierten Völkern werden mit weiterer internationaler Verflechtung abnehmen, „wenn ein gleiches Erwerbsinteresse die Nationen verbunden und das Rechtsprinzip im Verkehr die Gewalt ganz überwunden haben wird.“ Die Fürsten haben den Unterschied schon begriffen, sie intervenieren noch, scheuen aber vor Kriegen zurück. Die Staatsmacht müßte verschwinden, hat aber eine neue Aufgabe gefunden:

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Handelskriege gegen andere Wirtschaftsstaaten. Das beruht auf falschen Vorstellungen über die Interessen der Völker. Freihandel bringt Völkerfrieden, Völkerfrieden bringt Freiheit. Die Völker müssen an Mut, Kraft und Intelligenz zunehmen, um nicht beiseitegeschoben zu werden. Eine demokratische Verfassung wäre am besten, wird aber auf dem Kontinent durch außenpolitische Konflikte verhindert.

Über den politischen Fortschritt Preussens. – Zürich (u.a.) : Verl. des Literarischen Comptoirs, 1844. – XXIV, 96 S.
Neudruck in: Gesammelte Schriften, Bd. II. – Berlin 1879. – S. 1-76
Politischen Formen sind durch soziale Zustände bedingt. Absolutismus gehörte zu einer Stufe, in der Konflikte zwischen Ständen und zwischen Nationen dominierten. Industrie und internationaler Verkehr haben Gegenseitigkeit der Interessen gebracht, der allgemeine Konflikt ist aufgehoben. Der Staat kann sich nur noch erhalten, wenn er den diplomatisch-polizeilichen durch den sozial-bildenden Charakter ersetzt. Gerade Preußen kann den staatlichen Zwang lockern, weil seine Bürger Weltbürgertum und innere sittliche Haltung besitzen. Der moderne Krieg ist durch seine Vernichtungskraft unmöglich geworden. Eroberung ist kein Ziel mehr, weil Boden keine Hauptquelle des Reichtums mehr ist. Damit kann der Völkerantagonismus ersetzt werden durch vereinigende Gemeinschaft der Verkehrsinteressen und (im Innern) die polizeiliche Brechung aller selbständigen Kräfte durch volle Geltung der Individualität. Aufgabe der neuen Zeit ist Ordnung durch Freiheit, die alten Mächte haben das nicht begriffen. Durch Entwicklung der Produktivkräfte können materielle Bedürfnisse leichter befriedigt und „das Geistige um seiner selbst willen" gepflegt werden. Das Ziel der Kulturentwicklung ist von Schönheit bestimmte Zivilisation, eine Menschheit ohne Knechtschaft.

Über die weltpolitische Bedeutung der Handelsfreiheit : Vortrag auf dem Volkswirtschaftlichen Kongreß, Köln 1860. – Leipzig : Hübner, 1860. – 12 S.
Neudruck in: Gesammelte Schriften, Bd. III. – Berlin 1880. – S. 121-134
Gemeininteressen brauchen die Gewalt einer Idee. Freiheit und Frieden als Voraussetzung höherer Kultur sind solche Ideen. Staatsmächte schaffen durch falsche Handelspolitik Antagonismen und müssen dann zur Abwehr aufrüsten. Handelsfreiheit und internationale Verflechtung der Interessen sind das wirksamste Mittel, Kriege zu verhüten. Frieden als Ziel des Freihandels ist wichtiger als Versorgung mit billigen Gütern. Allein die Vision einer volkswirtschaftlichen Weltgemeinschaft über Staatsgrenzen hinweg, kann nationale Antipathien übertreffen.

Der Staat und der Volkshaushalt : eine Skizze. – Berlin : Springer, 1873. – 68 S.
Neudruck in: Gesammelte Schriften, Bd I. – Berlin 1877. – S. 131-200
Die menschliche Gesellschaft beginnt mit Kampf und deshalb mit Befehlshabern. Zusammenschluß durch Arbeitsteilung und Tausch ist spät. „Der Staat ist älter als der Volkshaushalt." Die Weltordnung ist wohltätig, weil sie Entwicklung vorsieht. Entwicklung ist „Kampf ums Dasein". Das wußten die Volkswirte schon vor Darwin. Ohne Kampf hätte sich eine egalitäre, aber arme Gesellschaft entwickelt, Vorherrschaft der Stärkeren wurde ein Glück für das Menschengeschlecht. Im Kampf um beschränkte Nahrungsvorräte bildeten sich Staaten, die Staatsmacht bringt inneren Frieden und Recht. Völkerrecht kann es nicht geben, weil es keine

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

internationale Exekutivgewalt gibt; Verabredungen müssen durch Gewalt der Staaten erzwungen werden. Die Friedensbewegung glaubt, Völker seien brüderlich, nur Regierungen zettelten Kriege an. Tatsächlich verhetzen die Völker einander und die Regierungen dämpfen die Erregung. Diesen Antrieb der Völker nennt er Staatssinn: „Durch diesen Staatssinn nun fühlt sich der schwache Einzelmensch eins mit einer starken Gemeinschaft, einem Staatswesen, welches eine gebieterische Macht entfaltet und sich vor der Welt Achtung erzwingt. Er rettet sich dadurch vor dem erdrückenden Gefühl seiner Ohnmacht in der Vereinzelung." Der Staatssinn läßt uns Entbehrungen ertragen – aber keine einzige Demütigung. Prince-Smith akzeptiert den Staatssinn im Kampf der Staaten: „Ein Staat kann und darf nicht brüderlich fühlen. Er existiert als ‚Macht', und das Wesen der Macht ist es überhaupt, unter ihrem Willen den Willen Anderer zu beugen …" Freilich soll der Staat nicht den dauerhaften dem nächstliegenden Nutzen opfern. Dazu gehört Zuverlässigkeit bei eingegangenen Verpflichtungen. Die gefährlichste Lage für einen Staat ist Isolierung. Der Erwerbssinn ist so wichtig wie der Staatssinn, der Volkshaushalt ist eine Vereinigung, der wir noch enger angehören als dem Staat. Aber Mitwirken an der Volkswirtschaft bringt weniger Befriedigung als Zugehörigkeit zur Staatsgemeinschaft. Existenzfragen sind staatliche Fragen, in der Wirtschaft werden nur Vorteile geopfert, die sich wieder einbringen lassen. Für wirtschaftliche Aktivitäten können wir uns nicht begeistern, sie beruhen zwar auf Zusammenwirken, stellen aber keine Gemeinschaft her. Nur im Staat ist es möglich über Einzelinteressen hinaus für die Gemeinschaft zu wirken und Opfer zu bringen. Krieg soll vermieden werden, wird aber nicht dauerhaft verschwinden. Er hat ein ökonomisches Fundament und ist auch für die Ökonomie eine Probe, ob sie gesund ist. Er zeigt den Staaten ihre Fehlentwicklungen. Ein Schiedsgericht kann keine Konflikte zwischen Völkern lösen. Was Diplomaten ersticken, macht ein Gericht zum Flächenbrand. Souveräne dürfen sich einem Richterspruch nicht beugen und können nicht Richter in fremden Angelegenheiten sein, weil sie parteiisch sein müssen. Es kann keine internationalen Normen geben. Anwendung bürgerlicher Gesetze in Staatenkonflikten wäre die Stockung allen staatlichen Lebens. Kultur läßt sich nicht auf beliebigen Grundlagen errichten, wir müssen die im Geschichtskampf entstandene Kultur fortsetzen. Volkssouveränität ist nur in den USA möglich, wo der Staat von keinem Nachbarn bedroht ist.

Julius Faucher (1820-1878), Junghegelianer und demokratischer Journalist, im englischen Exil Redakteur am pazifistisch-freihändlerischen *Morning Star*, nach der Rückkehr Herausgeber der theoretischen Zeitschrift der deutschen Freihändler; versuchte im preußischen Verfassungskonflikt die Haltung der Wirtschaftsliberalen zum Heer zu klären. Am Nutzen des Heeres zweifelt er nicht, denn internationale Krisen stellt er sich als ungebremst gewalttätig vor: „Greife zu, damit Du nicht selbst zum Gegenstand der Griffe anderer werdest". In Krisen muß alle wirtschaftliche Rücksicht aufhören, Eroberung wird nötig. Aber im Frieden darf das Heer kein Bleigewicht der volkswirtschaftlichen Entwicklung werden. Faucher verlangt Orientierung an der Entwicklung anderer Staaten. Preußen hat eine extrem hohe Militarisierungsquote und verzichtet damit auf Wachstum, obwohl es unwahrscheinlich ist, daß es in jeder Generation in einen großen Krieg hineinge-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

zogen wird. Trotz dem extrem realistischen Urteil über Krisen, kommt er klar aus der Zeit vor 1866-1871 *(Zur Frage der besten Heeresverfassung, in: Vierteljahresschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte 5 (1864) 111-169).* Vgl. Volker Hentschel, *Die deutschen Freihändler* a.a.O. S. 67-70 und passim; Harald Biermann, *Ideologie und Realpolitik : Kleindeutsche und auswärtige Politik vor der Reichsgründung*. – Düsseldorf 2006. – S. 156-165 *Freihandel als Außenpolitik-Ersatz?*

August Lammers (1831-1892), ein nationalliberaler Journalist und Politiker, Gründer einer erstaunlichen Zahl gemeinnütziger Vereine gegen den zunehmenden Etatismus; er war einer der wenigen prominenten Publizisten, die gegen die militärische Einigung und die Annexion von Nordschleswig, Elsaß und Lothringen protestierten: Das Prinzip der Berufsarmee, der Eroberung und der Ruhmsucht sind am Ende. Die Völker Europas werden „in wohlgezogenen Grenzen nebeneinander wohnen, jedes in friedliche Erwerbs- und Bildungs-Arbeit vertieft, sich gegenseitig täglich näher rückend durch materiellen, geistigen und persönlichen Verkehr." Kriege mit „herzlicher und allgemeiner Zustimmung des Volkes" billigt er, aber im zivilisierten Europa gibt es solche Kriege kaum. Mit dem Kulturfortschritt wachsen durch Krieg Störungen im Volksleben. Der ewige Frieden mag unerreichbar sein, aber starke und ununterbrochene Annäherung ist geboten. Der Krieg wird humaner, kürzer und seltener. Lammers akzeptiert Treitschkes Diktum, daß der Staat Macht ist und alles für seine Selbsterhaltung tun darf (das ist gegen Bastiat gesagt, der für den Frieden Kosaken in Paris dulden wollte). Sicherheit ist der einzige Kriegsgrund. Mit einem Wehrpflichtheer wird es keinen Angriffskrieg mehr geben (*Deutschland nach dem Kriege : Ideen zu einem Programm nationaler Politik*. – Leipzig 1871). Lammers skizziert die übliche historische Entwicklung vom Krieg zum Frieden. Ewigen Frieden und Schiedsgerichte kann es nur im europäischen Kulturraum geben, mit den verteidigungsfähigen Einheitsstaaten ist jeder Kriegsgrund weggefallen: Kreuzzüge gibt es nicht mehr, kriegerische Gelüste von Adel und Monarchen sind machtlos, die Diplomatie steht im Dienst des Weltfriedens. Kriegstaten sind romantisch, aber wir bleiben nicht Knaben. „Den niedrigsten Grad von Kriegslust mit dem höchsten Grade von Kriegsfähigkeit zu verbinden, das ist in praktischer Hinsicht die hier zu lösende Aufgabe." Als Freihändler spricht er gegen List: Zollschranken bedeuten Fähigkeit zur Kriegsführung. Der Krieg muß am Rande der Zivilisation bleiben (*Staat und Krieg,* in: Vierteljahresschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte 39 (1873) 1-25). Nationale Selbstbeschränkung und Freihandel hindern Lammers nicht an Bellizismus: Daß die Liberalen 1859 den Krieg abgelehnt haben, sieht er 1870 als „einen Augenblick von freihändlerischer Ausschließlichkeit"; „Konkordanz der legitimen Freihandel- und Friedensidee mit einem gerechten und vernünftigen Kriege" ist möglich. Vgl. Arwed Emminghaus, *August Lammers : Lebensbild eines deutschen Publizisten und Pioniers der Gemeinnützigkeit aus der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts*. – Dresden 1908; Volker Hentschel, *Die deutschen Freihändler* a.a.O. S. 135-140 und passim.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Karl Arnd (1788-1867)[10], Straßen- und Wasserbauingenieur, ökonomischer und historischer Schriftsteller, steht unter den deutschen Freihändlern als Pazifist allein. Er übernahm die Deduktionen der klassischen Ökonomie ohne Abstriche. Das natürliche System kommt ohne Staat aus, Ziel ist ein kosmopolitischer Zustand, darauf verweisen Sittengesetz und Naturgesetz. Herrschaft der physischen Kräfte wird durch Herrschaft des Rechts ersetzt. Auch die Völker Amerikas, Asien und Afrikas können im freien Welthandel als Konkurrenten der Europäer bestehen. Seine Autobiographie zeigt, was ihn bewegt: gegen Priesterherrschaft, Willkür der Fürsten und allgemeines Wahlrecht (da posieren nämlich Vertreter der Staatsgewalt als Volksvertreter); gerade deshalb ist er für den Kleinstaat. Die Argumente für Freihandel und Kleinstaat sind dasselbe: „Konkurrenz der menschlichen Kräfte". Den Nationalstaat braucht er nicht. Er lobt die Kriege 1854, 1859 und 1866 als Freiheitskriege, danach gibt es keinen weiteren Grund zum Krieg. Deutsche Nationalliberale pflegten das erst nach 1870 so zu sehen. Er hat das übliche Geschichtsbild der Friedensökonomie des 19. Jahrhunderts: In der Geschichte war Verteidigung der friedlichen, bäuerlichen Gesellschaften nötig, aber der Krieg hat sich verselbständigt, v.a. in Kontinentaleuropa mit seinen Berufsheeren. Die Ökonomen müssen an die Forderungen der Vernunft und des Chri-stentums, an die Last des bewaffneten Friedens und an den Nutzen der Abrüstung erinnern: „Ist das Bestreben aller Staatsverwaltungen einmal ausschließlich auf die Steigerung der materiellen Wohlfahrt und geistigen Bildung der Einwohner gerichtet, so hat kein Staat das Eroberungsgelüste eines seiner Nachbarn oder von Seiten eines fremden Staates zu fürchten." Dann wird kein stehendes Heer gebraucht und kein Volk von einer fremden Nation beherrscht. Der freie Handel wird auch die weniger gebildeten Völker von den Vorteilen dieser Staatseinrichtung überzeugen – jetzt Japan, bald Indien und China. Als Anhang ein Überblick über die jüngsten Friedenskundgebungen: Studenten, Logen, Arbeitervereine (*Die Friedenswünsche, ihre sittliche und wirthschaftliche Berechtigung*. – Frankfurt am Main 1867). Vgl. *Die naturgemäße Volkswirtschaft*. – Hanau 1845, 2. Aufl. Frankfurt am Main 1851; *Der Freihandel, List und das Memorandum*. – Frankfurt am Main 1849; *Die Volkswirtschaft begründet auf unwandelbare Naturgesetze*. – Frankfurt am Main 1863, 2. Aufl. 1868. Autobiographie: *Karl Arnd's Leben : von ihm selbst beschrieben*. – Frankfurt am Main 1869. Vgl. Max Adler, *Carl Arnd und seine Stellung in der Geschichte der Nationalökonomie*. – Karlsruhe 1906.

4.3.3 Militärökonomen

Militärökonomie ist eine neue Wissenschaft für den neuen bewaffneten Frieden. Während die Gegner Preußens den bewaffneten Frieden auch ökonomisch angreifen, begründen Deutschlands führende Ökonomen, warum ständige Militärausgaben ökonomisch gerechtfertigt seien. Sicherheit ist ein Gut, das ökonomisch analysiert werden kann. Damit sind sie nicht alleine. Diese Art Analysen gibt es auch bei Michel Chevalier. Die deutsche Historische Schule verweigert aber alle

[10] Ich danke Monika Rademacher (Stadtarchiv Hanau) für die Bestätigung des Sterbedatums, in der Literatur erscheinen verschiedene Daten.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Spekulationen über den kommenden Frieden des Industriezeitalters. Der Krieg ist zur natürlichen Umwelteigenschaft der Nationalökonomie geworden.

Karl Knies (1821-1898), einer der Begründer der Historischen Schule der Nationalökonomie, sieht in der Volkswirtschaft „die ökonomische Seite des einen Volkslebens". Der internationale Verkehr (der zur gegenseitigen Ergänzung der Volkskulturen moralisch geboten ist) gehört zu dieser Realität wie die internationalen Konflikte, in denen sich Knies in die Tradition Adam Smiths stellt: die politische Selbständigkeit steht „höher als der ökonomische Vorteil des billigsten Einkaufes". Es ist eine Illusion der Friedensbewegung, daß es keinen Krieg mehr in Europa geben könne. Das Militärwesen ist produktiv, weil es dem Bedürfnis nach Sicherheit dient. Unproduktiv ist nur, dafür zu viel Aufwand zu treiben. Kein Volk kann durch eigenen Beschluß den Krieg von sich fernhalten und aus ökonomischem Bedürfniß zur Miliz übergehen. Das Militär muß für die Gesellschaft ökonomisch tragbar sein. Die Heeresgröße ist abhängig von der Stärke des Nachbarn, in jedem Krieg kann es um Existenz gehen. In großen Staaten ist deshalb das Milizsystem nicht mehr möglich (und kleine Staaten leben vom Schutz der großen Staaten). Die Staaten geben aber mehr aus, als nötig wäre, nachdem sie gesehen haben, wie viel Preußen durch den hohen Stand seines Heeres gewinnen konnte. Alle finanziellen Einwände werden nichts nutzen, solange die Regierungen denken, daß ein starkes Kriegsheer durch ein starkes Heer im Frieden erreicht wird. Alles drängt auf kurze Kriege, aber kurz werden nur die Kriege sein, in welchen sich die Gesamtkräfte der Gegner miteinander messen. Wettlauf um neue Waffen ist nicht zu vermeiden, wenn der Krieg nicht zu vermeiden ist. Aber die Grausamkeit des Krieges kann durch Verträge verhindert werden *(Das moderne Kriegswesen : ein Vortrag. – Berlin 1867*, Neudruck in: Dieter Fritz-Assmus. Zur Rolle der Eisenbahn für die Kriegführung: *Die Eisenbahnen und ihre Wirkungen*. – Braunschweig 1853. Zur Wehrgerechtigkeit: *Die Dienstleistung des Soldaten und die Mängel der Conscriptionspraxis : eine volkswirtschaftlich-finanzielle Erörterung*. – Freiburg 1860, Neudruck in: Fritz-Assmus a.a.O. Zur Ökonomie: Jürgen Löwe, *Kontextuale Theorie der Volkswirtschaft : der Ansatz von Karl Knies als Grundlage zukünftiger Wirtschaftspolitik*. – Amsterdam 1998; Birger P. Priorat, *Produktive Kraft, sittliche Ordnung und geistige Macht : Denkstile der deutschen Nationalökonomie im 18. und 19. Jahrhundert*. – Marburg 1998. – S. 343-356 *Karl Knies' politische Ökonomie als komparative Kulturtheorie*. Zur Militärökonomie: Dieter Fritz-Assmus, *Karl Knies – ein früher Militärökonom : vergessene Schriften eines führenden Vertreters der Alten Historischen Schule zu militärökonomischen Problemen unserer Zeit.* – Bern 1995.

Wilhelm Roscher (1817-1894), einer der Begründer der Historischen Schule der Nationalökonomie und der international erfolgreichste Lehrbuchautor der Ökonomie seiner Zeit, hat den für das 19. Jahrhundert konstitutiven Unterschied von Antike und Moderne nie akzeptiert und will aus der antiken Geschichte Muster für den Verlauf der neueren entnehmen: Auf die Demokratie wird Militärdiktatur folgen. Die allgemeine Wehrpflicht hat einen demokratischen Charakter, weshalb Monarchen versuchen, das Heer durch militärisches Standesbewußtsein vom

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Volk zu trennen. Diese Analyse klingt bei Roscher wie eine Politikempfehlung. Die Demokratie hat eine größere Neigung zu Kriegen – aus Eitelkeit (eine Art Jingoismusanalyse, belegt mit Athen und Karthago und der aktuellen antibritische Bewegung in den USA). In der proletarisierten Gesellschaft führt Demokratie zur Militärdiktatur, weil allein das Militär noch Ansehen besitzt. Roscher empfiehlt gegen Proletarisierung Genossenschaften, Sparkassen usw. (*Politik : geschichtliche Naturlehre der Monarchie, Aristokratie und Demokratie*. – Stuttgart 1892). An Verteidigung zu sparen ist falsche Sparsamkeit. Erst im Krieg zu rüsten, ist heute zu spät. Nach jedem großen Krieg hat man irrtümlich an den ewigen Frieden gedacht. Ökonomisch ist der Krieg immer Zerstörung, die dem Besiegten mehr schadet, als sie dem Sieger nutzt. Aber ein Krieg kann schlechte Verhältnisse im Innern (er befreit unterdrückte Nationen, Religionen und Klassen) und Äußern beenden und dadurch produktiv werden. Kriegen sind oft ökonomische Blütezeiten gefolgt. Dauernde Kriege haben freilich auch die Sieger ruiniert. Er folgt Adam Smith im Primat der Sicherheit vor der Opulenz **(***System der Finanzwissenschaft*. – 4. Aufl. – Stuttgart 1894 §§ 119-120). Vgl. Gottfried Eisermann, *Die Grundlagen von Wilhelm Roschers wissenschaftlichem Werk*. – Düsseldorf 1992; Guido Wölky, *Roscher, Waitz, Bluntschli und Treitschke als Politikwissenschaftler : Spätblüte und Untergang eines klassischen Universitätsfaches in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts*. – Diss. Bochum 2006. – S. 68-150.

4.3.4 Sozialisten

Beiträge von Sozialisten aus dem deutschsprachigen Raum zu internationalen Fragen summieren sich kaum zu einer Tradition. Einige Beiträge sind klar sozialistisch, wurden aber vom Marxismus um eine Wirkung gebracht (so Wilhelm Weitling). Andere gehören eher in die Tradition des demokratischen Nationalismus: Lassalle ist aus der Erinnerung der Partei, die er gegründet hat, nie verschwunden, aber an seine außenpolitischen Auffassungen konnte eine internationalistische Sozialdemokratie kaum anknüpfen. Wilhelm Liebknecht und August Bebel, die die deutsche Sozialdemokratie zum Marxismus geführt haben, kamen aus der demokratischen Bewegung und das hat sie gerade in Fragen der internationalen Ordnung weiter geprägt. So bleiben nur Marx und Engels, die hier wegen ihrem permanenten Exilstatus bei sozialistischem Internationalismus behandelt werden, aber natürlich muß man bei deutschen Sozialisten auch an sie denken (zumal ihre sozialistischen Gegner sie gerne als *pangémanistes* gesehen haben).

Die politische Organisation der deutschen Arbeiterbewegung hat 1863 mit zwei getrennten Vereinen begonnen, was an Differenzen der Nationalpolitik lag. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) war pro-preußisch und antibürgerlich (stand aber dem Marxismus fern), der Vereinstag Deutscher Arbeitervereine (VDAV), später Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP), war antipreußisch und stand in der Kontinuität der bürgerlichen Demokratie (ging aber schneller zum Marxismus über). 1870 waren beide Parteien für einen deutschen Verteidigungskrieg, aber nach dem Sturz des französischen Kaiserreiches waren sie gegen die Fortsetzung des Krieges und gegen die Annexion von Elsaß und Lothringen. Die SPD hat nie vergessen, wie unpopulär diese nicht blind nationa-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

listischen Haltung war. Im Gothaer Programm der SPD wurde versucht, „Befreiung im Rahmen des heutigen nationalen Staates“ und „internationale Völkerverbrüderung“ als Ergebnis des parallelen Strebens der Arbeiterbewegung in allen Kulturländern zu verbinden. Karl Marx hat das verdammt; „internationale Völkerverbrüderung“ hat er denunziert als „eine dem bürgerlichen Freiheits- und Friedensbund entlehnte Phrase, die als Äquivalent passieren soll für die internationale Verbrüderung der Arbeiterklassen im gemeinschaftlichen Kampf gegen die herrschenden Klassen und ihre Regierungen“ (*Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei* (1875, veröff. 1891), in: Marx-Engels-Werke 19, 23-24=MEGA I/25, 17; vgl. Friedrich Engels an August Bebel, 18.-28. März 1875, ebd. 34, 126-127. Auch die „Marxisten“ in SDAP und dann SPD haben sich immer einer Einmischung der Internationalen entzogen; der Internationalismus der SPD war ein Vorläufer des Modells der 2. Internationalen: ein Gesprächsforum zwischen nationalen Arbeiterbewegungen. **Wilhelm Liebknecht** (1826-1900), der wichtigste außenpolitische Sprecher von ADAV/SDAP und dann SPD, war ein Teilnehmer der Revolution von 1848/49 gewesen, stand seit dem Londoner Exil Karl Marx nahe, blieb aber stark innerhalb der demokratischen Tradition. Aus der Erfahrung der Gegenrevolution und aus dem Londoner Exil hat er Russophobie mitgebracht. Er wollte das Habsburger Reich und das Osmanische Reich gegen die russische Gefahr gestärkt sehen (*Zur orientalischen Frage*. – Leipzig 1878). Langfristig entschied sich seine Partei für das demokratische Modell freier südslawischen Staaten. Die Begründung sind deutsche ökonomische und politische Interessen, man wollte Bismarck zu mehr (antirussischem) Engagement auf dem Balkan zwingen (August Bebel, *Deutschland, Rußland und die orientalische Frage*, in: Neue Zeit 4 (1886) 502-515). Immer wieder wurde die Bereitschaft Deutschland zu verteidigen erklärt. Die Unklarheiten des Begriffs der „Verteidigung“ in einer nicht von Sozialisten bestimmten Außenpolitik wurden bis zum August 1914, als es zu spät war, nie geklärt. Eine Besonderheit der Sozialisten war ihr beharrlicher Kampf gegen den preußischen Militarismus. Auch das war kein speziell sozialistisches Programm; in der bekannten Formulierung Reinhard Höhns haben die Sozialisten die bürgerliche Forderung nach einer demokratischen Miliz aufgenommen, die das Bürgertum aufgegeben hatte. Erst nach 1900 wird es mit der Diskussion über Imperialismus zu einem eigenen sozialistischen Theoriefundus kommen.

Zur National-, Außen- und Sicherheitspolitik der sozialdemokratischen Partei(en): Friedrich Hertneck, *Die deutsche Sozialdemokratie und die orientalische Frage im Zeitalter Bismarcks*, in: Archiv für Politik und Geschichte 7 (1926) S. 644-676; Sinclair W. Armstrong, *The Social Democrats and the Unification of Germany 1863-1871*, in: The Journal of Modern History 12 (1940) 485-509; Reinhard Höhn, *Sozialismus und Heer*. – Bad Homburg, Bd. I, *Heer und Krieg im Bild des Sozialismus*. – 1959; Bd. II, *Die Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit dem Moltkeschen Heer*. – 1959; Gerhard Schlott, *Nationales und internationales Denken der deutschen und französischen Sozialisten (besonders in den Jahren 1865-1871)*. – Diss. Frankfurt am Main 1960. – S. 81-143; Günter Ebersold, *Die Stellung Wilhelm Liebknechts und August Bebels zur deutschen Frage 1863 bis 1870*. – Diss. Heidelberg 1963 (beste Dokumentation von Liebknechts Journalistik); Roger Morgan, *The German Social Democrats and the First International 1864-1872*. – Cambridge 1964;

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Hans-Josef Steinberg, *Sozialismus, Internationalismus und Reichsgründung*, in: *Reichsgründung 1870/71 : Tatsachen, Kontroversen, Interpretationen* / hrsg. von Theodor Schieder und Ernst Deuerlein. – Stuttgart 1970. – 319-344; Horst Bartel/Gustav Seeber, *Reichsgründung, Pariser Kommune und revolutionäre Arbeiterbewegung*, in: *Arbeiterbewegung und Reichsgründung* / hrsg. von Horst Bartel. – Berlin 1971. – S. 77-126; Hans-Ulrich Wehler, *Sozialdemokratie und Nationalstaat : Nationalitätenfragen in Deutschland 1840-1914*. – 2. Aufl. – Göttingen 1971 (zu nationalen Minderheiten nach 1864 und 1870); Dieter Groh/Peter Brandt, *„Vaterlandslose Gesellen" : Sozialdemokratie und Nation 1860-1990*. – München 1992. – S. 13-53.

4.3.4.1 Wilhelm Weitling

1808-1871, Schneider und Berufsrevolutionär, Verfasser der programmatischen Texte des Bundes der Gerechten. Auswanderung in die USA. Biographie: Waltraud Seidel-Höppner, *Wilhelm Weitling (1808-1871) : eine politische Biographie*. – Frankfurt am Main 2014.

Weitling hatte großen Erfolg bei der Werbung von Arbeitern für den Sozialismus, seine Bücher können gelesen werden wie eine schriftliche Fixierung dieser Werbung. Sie leben von den erfahrbaren Paradoxien der sozialen Ungerechtigkeit. Dazu gehört auch die Genealogie der Ungleichheit seit den Anfängen der Menschheit, eine Art historischer Materialismus *avant la lettre* (nach französischen Quellen). Er hatte einen universalwissenschaftlichen Ehrgeiz, doch ein deutscher Proudhon ist er nicht geworden. In seinem ersten Buch *Die Menschheit wie sie ist und wie sie sein sollte* (1838, letzte Neuausgabe Reinbek 1971) nannte er als Ziel: „Allgemeine Vereinigung der ganzen Menschheit zu einem großen Familienbunde"; aber ihn interessierte die Beseitigung des Trennenden mehr als die Institutionen der Vereinigung. Von Weitling blieb seine Feststellung, daß das Proletariat kein Vaterland hat. Marx und Engels gaben diesem Handwerkersozialismus keine Chance, aber das *Kommunistischen Manifest*, ihre neue Programmschrift für den von Weitling gegründeten Verein, zeigt in den internationalen Teilen starke Kontinuität.

Vgl. zu Weitling: Lothar Knatz, *Utopie und Wissenschaft im frühen deutschen Sozialismus : Theoriebildung und Wissenschaftsbegriff bei Wilhelm Weitling*. – Frankfurt am Main 1984; Wolf Schäfer, *Die unvertraute Moderne : historische Umrisse einer anderen Natur- und Sozialgeschichte*. – Frankfurt am Main 1985; Fabio Bazzani, *Weitling e Stirner : filosofia e storia (1838-1845)*. – Milano 1985; Klaus Mader, *Wilhelm Weitlings politische Theorie : Entwicklung und Vergleich zum rezipierten politisch-literarischen Umfeld*. – Diss. München 1989; Seidel-Höppner a.a.O. S. 297-517.

Garantien der Harmonie und Freiheit. – Vivis 1842. – XII, 264
Letzte Neuausgabe Stuttgart 1974
I. Abschnitt *Die Entstehung der gesellschaftlichen Übel*
Enthält den Weg der Entstehung des Eigentums, der Erbschaft, des Krieges, der Sklaverei, des Handels.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

I/10 *Das Soldatenwesen*
Ein frühes Dokument sozialistischer antimilitaristischer Agitation.
I/11 *Vaterland, Grenzen und Sprachen*
Das Vaterland ist aus Grundbesitz entstanden. Die Bewohner dieser frühen Staaten hatten Vaterlandsliebe, weil sie in einem Krieg alles zu verlieren hatten. Das moderne Proletariat hat schon alles verloren und hat deshalb kein Vaterland (vgl. auch Weitlings Rhetorik der allgemeinen Fremdheit, die daraus folgt). Nationale Eigenheiten sind Überrest von Rückständigkeit (auch die Vielfalt der Sprachen zeigt nur die frühgeschichtliche Isolierung). Die künftige sozialistische Gemeinschaft wird rasch zu einer einzigen Zivilisation führen.
II. Abschnitt *Ideen einer Reorganisation der Gesellschaft*
Weitling zeichnet ein Bild der Arbeitsorganisation der künftigen Gesellschaft und skizziert Verwaltungseinheiten mit bis zu 1 Million Einwohnern. Wir erfahren nichts über die „Außenbeziehungen" dieser Einheiten. Zumindest in der Übergangszeit gibt es noch Armeen, in die „Begierdekranke" gesteckt werden, die den Aufbau des Sozialismus stören würden.

Friedrich Grünhagen, „Mitglied des suspendierten Königsberger Arbeitervereins", mit einer unglücklichen aber hartnäckigen Beziehung zur Friedensbewegung. Er versuchte dem Königsberger Friedens-Verein zu erklären, daß der Frieden nicht direkt durch Miliz und Abrüstung erreicht werden kann. Die Friedensvereine müssen für das Recht auf Arbeit und für die Abschaffung von Privilegien kämpfen. Sein „Frühsozialismus" war Kampf gegen Behinderung selbständiger Handelsgehilfen und Kampf für ein neues System direkter Steuern (dafür ist er bereits 1848 mit einer Petition nachweisbar) und für Kredite als Entschädigung der Benachteiligten. Am Ende soll es keinen Staat mehr geben, nur noch Produzenten. Er beruft sich auf Proudhon und Girardin. Mal erwähnt er, daß Soldaten die Besitzenden verteidigen, mal, daß ein pauperisierter Staat kein guter Nachbar sei, aber die Beziehung des gesellschaftlichen zum internationalen Frieden ist immer flüchtig. Grünhagen gehört zu den deutschen Autoren, die die internationale Friedensbewegung als Appellinstanz verstehen: Nachdem kein deutscher Friedensverein mit ihm diskutieren wollte, wendet er sich an den Friedenskongreß als „Gesamtvereinstätigkeit der zivilisierten Gesellschaft". Die Freunde des allgemeinen Völkerfriedens nennt er umstandslos „friends of social peace." Vgl. *Ein Wort an und für die Friedensvereine*. – Königsberg 1850; *Ein Wort an und für die Friedensvereine : Folge*. – Königsberg 1850; *Vorlage zum diesjährigen Congreß der Freunde des allgemeinen Völkerfriedens ausgeschrieben nach London zum 22. Juli u. folg. Tage*. – Königsberg 1851 (die Vorlage selber hat einen Titel, dessen Versprechen nicht eingelöst wird: *Über die Ursachen des Krieges und die Bedingungen zum Frieden*). Veit Valentin erwähnt ihn, obwohl er nichts mit dem Völkerbundgedanken zu tun hat (*Geschichte des Völkerbundgedankens in Deutschland*. – Berlin 1920. – S. 81); Karl Holl würdigt ihn als einen Kritiker der Friedensbewegung (*Pazifismus in Deutschland.* – Frankfurt am Main 1988. – S. 30-31).

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

4.3.4.2 Moses Hess

1812-1875, Sohn eines jüdischen Fabrikanten, philosophischer und sozialistischer Publizist, seit 1845 meist im Exil, vor allem in Paris. Seit 1863/64 für Lassalles Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein tätig, später Annäherung an die Internationale. Biographie: Edmund Silberner, *Moses Hess : Geschichte seines Lebens*. – Leiden 1966; Shlomo Na'aman, *Emanzipation und Messianismus : Leben und Werk des Moses Heß*. – Frankfurt am Main 1982.

Hess' Beitrag zur junghegelianischen Diskussion einer Philosophie der Tat wird noch beachtet, weil er damit in eine bekannte Diskussion paßt. Sonst paßt Hess nie. *Die heilige Geschichte der Menschheit von einem Jünger Spinozas* (1837; jetzt in: *Philosophische und sozialistische Schriften 1837-1850 : eine Auswahl*. – 2. Aufl. – Berlin 1980. – S. 1-74) ist eine pseudo-spinozische Theosophie, einer der frühesten deutschen sozialistischen Texte, noch ohne irgendeine Beziehung zu einer realen sozialistischen Bewegung. Mit seinen messianischen Zügen und dem Ernstnehmen der Liebe hätte er ein deutscher Saint-Simonist werden können. Er ist wie Marx zu ökonomischer Argumentation weitergegangen, doch Georg Lukacs hat wohl Recht: „Als Theoretiker ist er aber an der Berührung mit der materialistischen Dialektik zugrunde gegangen" (*Moses Hess und die Probleme in der idealistischen Dialektik* 1926). Auf seinen geschichtstheologischen „Spinozismus" ist Hess wieder zurückgekommen, er versuchte jahrzehntelang, seiner Heiligen Geschichte ein Fundament in einem metaphysisch bis physikalischen Naturalismus zu geben. Shlomo Na'aman hat Hess beschrieben als Typus der Unstabilität eines Juden der ersten Generation der Emanzipation in Deutschland. Aber es ist genauso die Unstabilität eines Demokraten und Sozialisten der ersten Generation in Deutschland. Unstabil war auch sein Publikum: *Die Heilige Geschichte* 1837 ist für Juden geschrieben, die erkennen müssen, daß der traditionelle Messianismus keine Zukunft hat; *Die europäische Triarchie* 1841 ist für Deutsche geschrieben, die vor der patriotischen Illusion eines nationalen Einzelgangs gewarnt werden; *Jugement dernier du vieux monde social* 1851 erinnert die Franzosen, an ihre historische Pflicht, den sozialen und nationalen Bewegungen Europas beizustehen; *Rom und Jerusalem* 1862 warnt deutsche Juden angesichts des deutschen Rassismus vor den Illusionen, daß das Ziel des Judentums nur in Nationalität oder nur in Humanität liegt. Vgl. zu Moses Hess neben Silberner und Na'aman: G. Battista Vaccaro, *Socialismo e umanesimo nel pensiero di Moses Hess : (1837 – 1847)*. – Napoli 1981; Shlomo Avineri, *Moses Hess : Prophet of Communism and Zionism*. – New York 1985; Gérard Bensussan, *Moses Hess, la philosophie, le socialisme (1836-1845)*. – Paris 1985.

So wie Hess immer (irgendwie) sozialistisch war, so war er immer (irgendwie) internationalistisch. *Die Heilige Geschichte,* die mit der Entstehung der göttlichen Einheit aus der Verschiedenheit beginnt, endet mit einem Ausblick auf eine deutsch-französischen Union, der Kern des Neuen Jerusalems ist ein Völkerbund. Hess weiß nicht recht, ob es im heiligen Reich noch verschiedene Staaten und Nationen geben wird, aber er weiß, daß deren Patriotismus dem Bewußtsein der Einheit aller Staaten untergeordnet sein wird. *Die europäische Triarchie* ist saint-simonistisch, aber in deutscher post-hegelianischer Manier wird die politi-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

sche Konkretisierung durch die Fixierung auf die künftige Religion des Geistes verundeutlicht. Hess will den Nationalegoismus beenden und die Nationen bewahren. Weil in Gesellschaft und Moral Institutionen entscheidend sind, werden die Völker die Subjekte der Geschichte bleiben. *Die europäische Triarchie* ist postsaint-simonistisch, weil Hess das Scheitern der neuen Religion bereits bedenkt. Der Weg zur Einheit muß mehr als subjektiver Wunsch sein, nämlich eine Tendenz der europäischen Geschichte des Verhältnisses von Staat und Kirche, von Reichtum und Armut. Kern seiner Theosophie ist die Offenbarung Gottes in der Geschichte und damit in den Nationen (für diesen in der deutschen Tradition so gut bekannten Gedanken zitiert er übrigens Tocqueville). Na'aman hat darauf aufmerksam gemacht, wie hilflos die Formulierung des Beitrags Englands zur Triarchie ist: als wolle Hess vermeiden, die Rolle der Industrie anzuerkennen. Eine klar sozialistische Stellungnahme zum Frieden gibt es nur einmal, in der verkürzten Form eines Katechismus (geschrieben im Auftrag einer der Faktionen des Bundes der Kommunisten): Die permanente Revolution ist Kampf bis zum Sieg der arbeitenden Klasse in allen zivilisierten Ländern. Der Sozialismus in einem Lande ist nicht möglich, weil er immer bedroht ist, solange es noch nichtsozialistische Staaten gibt. Die in einem Land siegreichen Arbeiter müssen ihren Brüdern in anderen Ländern zu Hilfe eilen. Nach dem Sieg der Arbeiter in allen zivilisierten Ländern wird es keine Eroberungskriege oder Handelskriege mehr geben, nur noch Einsätze der Arbeiterarmeen zur Kultivierung der unkultivierten Länder, es ist nicht ausgeschlossen, daß es dabei zu Kriegen kommt (*Roter Katechismus für das deutsche Volk* (1850), in: *Philosophische und sozialistische Schriften* a.a.O. S. 448, 453, 456). Kurz darauf, in *Jugement dernier du vieux monde social* (1851), läßt Hess das Schema der Triarchie nur noch negativ erkennen: die germanische Rasse (Deutsche und Engländer) ist unfähig zum So-zialismus, ohne Frankreich wäre Europas Zukunft die Sklaverei. Damals erwartet er noch ein sozialistisches, demokratisches oder wenigstens republikanisches Frankreich. An diesem Bild Frankreichs hält er aber auch in bonapartistischer Zeit fest. Hess' Zionismus geht aus dem Baufehler der europäischen Triarchie hervor: Was er in *Die Heilige Geschichte der Menschheit* mühsam England zuschreiben wollte, findet er bei den Juden leicht: einen nationalen Kult. Ein jüdisches Gemeinwesen soll die Richtung der sozialistischen Zukunft angeben. Hauptthema ist das Versagen des zur Geselligkeit unfähigen Deutschland (vgl. auch seinen Beitrag zu der bonapartistischen Zeitschrift *L'Espérance* 18.12.1859, zitiert bei Silberner, *Moses Hess* a.a.O. S. 380). Ein normaler Staat kann das nicht sein, Silberer spricht von einem Orden oder einem Aktionszentrum. Zum bonapartischen Hess (unter dem Pseudonym Améro): *Du rôle de l'Allemagne dans le mouvement des nationalités en Europe*, in: Revue contemporaine Sept. 1863. – S. 142-164; *L'Allemagne et le mouvement des nationalités en Europe*, ebd. Mars 1864. – S. 124-137. Er hoffte auf einen europäischen Kongreß, der Frankreich erlaubt, ein demokratisches Deutschland einzurichten, und zuletzt auf einen französischen Sieg über Preußen.

Bei Silberner, Na'aman, Avieri werden alle Hauptschriften von Hess ausführlich behandelt. Vgl. als Ergänzungen: Stephen P. Halbrook, *Left Hegelianism, Arab Nationalism, and Labor Zionism*, in: The Journal of Libertarian Studies 6 (Spring 1982) 181-199; Michel Espagne, *Typologie nationale et philosophie sociale : La Triarchie européenne de Moses Hess*, in: *Le cheminements de*

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

l'idée européenne dans les idéologies de la paix et de la guerre / éd. par Marita Gilli. – Paris 1991. – 293-202; Hans-Joachim Becker, *Fichtes Idee der Nation und das Judentum*. – Amsterdam 2000. – S. 287-293

Die europäische Triarchie. – Leipzig : Wigand, 1841. – 185 S.
in: Philosophische und sozialistische Schriften 1837-1850 : eine Auswahl. – 2. Aufl. – Berlin : Akademie Verl., 1980. – 75-166

I *Das römisch-germanische Europa in seiner Ganzheit*

Über den Weg von der Herrschaft des Staates (römisch) zur Herrschaft des Geistes (germanisch) und über die deutsche Reformation und die Französische Revolution als die großen Schritte auf diesem Weg. Ein europäischer Krieg würde zu einem allgemeinen europäischen Bund führen. „Das Reich Gottes ist vor Allem das Reich des Friedens. Wo aber der Friede ein ewiger sein soll, da muß er durch langen Kampf, durch viele Schmerzen errungen werden… Noch Ein großer, welthistorischer Kampf, und der ewige Friede wird kein schöner Traum, kein frommer Wunsch mehr, sondern realisiert sein." Nach dem Sieg über Napoléon gibt es keinen Grund mehr für Feindschaft gegen Frankreich, nach der Sklavenbefreiung keinen Grund mehr für Feindschaft gegen England. Die bloß äußere Einheit Rußlands (die nur Konservative beeindruckt) ist etwas anderes als die innerlichen Einheit Europas, die durch Harmonie der verschiedenen Hauptvölker Deutschland, Frankreich, England geschaffen wird. Durch diese Einheit wird der Frieden aller garantiert. 1815 wurden nur bewaffneter Frieden und Balance geschaffen. Frieden ohne Vertrauen wird leicht gebrochen.

II *Europa in seiner Zerfallenheit*

deutsche Geistesfreiheit, französische wirkliche Freiheit, englisches historisches Recht.

V *Deutschland, Frankreich und England: unsere Zukunft oder die sozialpolitische Freiheit*

Apologie der Liebe, die in Familien, Stämmen, Nationen, Rassen wirkt. Ziel der Geschichte ist die Überwindung des Egoismus in und zwischen diesen Gruppen. Diese allgemeine Liebe soll keine Vernichtung früherer Organisationen der Liebe sein. Aber er schreibt vor allem gegen den (deutschen) nationalen Patriotismus. Die europäische Triarchie wird die europäische Einheit schaffen, wenn England die deutsche und die französische Tendenz vereinigt und der neuen europäischen Religion eine öffentliche Gestalt gibt. Das Ende der russisch-englische Allianz wird mehr sein als ein gewöhnlicher Wechsel von Bündnissen.

Anhang *Die russische Politik*

Das Prinzip, auf dem ein Staat beruht, ist so sehr Grundlage seiner Macht wie sein sogenanntes Interesse, seine materielle Basis. Unnatürliche Allianzen führen nicht weit. Es soll nicht länger möglich sein, daß Rußland mit einzelnen der drei europäischen Nationen Bündnisse schließt, nur ein Bündnis mit allen gemeinsam soll noch möglich sein.

Rom und Jerusalem, die letzte Nationalitätenfrage : Briefe und Noten. – Leipzig : Mengler, 1862. – XVI, 239 S.
Neuausgaben Leipzig 1899; Wien 1919 und 1935; Tel Aviv 1935 und 1939 (gekürzt); Saarbrücken 2007.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Mit der Befreiung Roms (von der Herrschaft des Papstes) wird auch das totgeglaubte jüdische Volk am Völkerfrühling teilnehmen. Das Judentum hat die erhabenste Religion geschaffen: nicht egoistisch auf das Seelenheil des isolierten Individuums fixiert, sondern auf das Individuum in der Familie, die Familie in der Nation, die Nation in der Menschheit, die Menschheit in der Schöpfung, die Einheit von Schöpfung und Schöpfer. Deshalb hat Judentum das Recht einer großen Kulturnation. Der Judenhaß ist eine deutsche Rasseneigenschaft. Die deutschen Demokraten haben die europäische Nationalitätenbewegung verhöhnt. Ein letzter Rassenkampf ist notwendig, weil die Deutschen nicht begreifen, daß das Zeitalter der Rassen vorbei ist. Auch das kleinste Volk, das als ein kulturhistorisches Volk gelten kann, kann mit den Sympathien der mächtigsten westlichen Kulturvölker rechnen. Die Deutschen haben nicht begriffen, daß sie ihr nationales Ziel nur durch Freundschaft mit den fortgeschrittensten und mächtigsten Völkern der Erde erlangen können. (Hess wirbt für eine jüdische Kolonie in Nahost, zu der Frankreich so helfen soll, wie es auch sonst anderen Völkern hilft.)

4.3.4.3 Ferdinand Lassalle

1825-1864, Sohn eines jüdischen Kaufmanns, Studium der Philosophie, 1846-1854 Rechtsbeistand im Scheidungsprozeß der Gräfin Hatzfeld. 1863 Abspaltung einer Arbeiterorganisation von der demokratischen Bewegung. Biographien: Hermann Oncken, *Lassalle, eine politische Biographie*. – 4. Aufl. – Stuttgart 1923; Shlomo Na'aman, *Lassalle*. – Hannover 1970. Einführung: Hans Mommsen, *Die geschichtliche Bedeutung Ferdinand Lassalles*, in: ders., *Arbeiterbewegung und Nationale Frage* (1969). – Göttingen 1979. – S. 260-295

Lassalles historische Bedeutung als Gründer der ersten Arbeiterpartei steht außer Frage. Das Problem ist, für eine Bedeutung ald Theoretiker einschlägige Texte zu finden: sein Werk besteht aus Büchern über den Philosophen Heraklit (den Metaphysiker des Konflikts) und über die Rechtsgeschichte des Eigentums, einem Historiendrama, zwei Präsentationen der politischen Philosophie Fichtes als Theorie der Demokratie in Deutschland, Stellen aus den Briefen an Marx und Rodbertus; selbst die Jugendbriefe (eher spannend für eine Geschichte der Spätpubertät im bürgerlichen Deutschland des 19. Jahrhunderts) mußten strapaziert werden. Es bleiben seine Agitationstexte 1862 bis 1864 über kapitalistische Ausbeutung, liberale Genossenschaften und staatlich geförderte sozialistische Genossenschaften. Es ging um Delegitimierung der herrschenden Verhältnisse und ihrer liberalen Apologetik, nicht um Analyse der deutschen Realität. Die Erinnerung an Lassalle war auf die SPD angewiesen, die sich in ihrer marxistischen Zeit schwertat, ihn als Theoretiker ernst zu nehmen. Bürgerliche Historiker befaßten sich mit Lassalle, um die internationalistische SPD an die Lehren dieses Etatisten und Nationalisten zu erinnern. Mit der Regierungsbeteiligung der SPD 1919 sah es nach einer Lassalle-Rezeption aus (Karl Renner, Hans Kelsen, Hermann Heller – merkwürdigerweise alles Österreicher). Aber bald gab es nur noch Festreden und dann Historisierung.

Vgl. Fritz Nova, *Lassalle als sozialistischer Theoretiker*. – Köln 1980. Zur Rechtstheorie: Albert Lévy-See, *La force et le droit d'après Ferdinand Lassal-*

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

le, in: *Mélanges offerts M. Charles Andler*. – Strasbourg 1924. – S. 217-229; Thilo Ramm, *Ferdinand Lassalle als Rechts- und Sozialphilosoph*. – Meisenheim 1956 (Neuausgabe in: Thilo Ramm, *Ferdinand Lassalle : der Revolutionär und das Recht*. – Baden-Baden 2004); *Ferdinand Lassalle und das Staatsverständnis der Sozialdemokratie* / hrsg. von Peter Brandt und Detlef Lehnert. – Baden-Baden 2014. Zur Wirkung: Wolf-Ulrich Jorke, *Rezeptions- und Wirkungsgeschichte von Lasalles politischer Theorie in der deutschen Arbeiterbewegung : von der Aufhebung des Sozialistengesetzes bis zum Ausgang der Weimarer Republik*. – Diss. Bochum 1973; *Ferdinand Lassalle und das Staatsverständnis der Sozialdemokratie* a.a.O.

Lassalle Ansichten über das Recht der Nationen und das Recht, für ihr Recht Krieg zu führen, sind deutlich zu fassen. Sein Ziel ist ein deutscher Nationalstaat, der auf eine demokratisch-sozialistischen Revolution angewiesen ist (vgl. *Fichtes politisches Vermächtnis und die neueste Gegenwart* (1860), in: *Gesammelte Reden und Schriften* VI (1919) 61-102). Die Historiker Bernfeld und Na'aman haben deutlicher als die Kommentatoren von Lassalles Politischer Theorie gesehen, daß sein politisch-soziales Engagement auf Beziehungen zum italienischen Risor-gimento zurückgeht. Eine sozialistische Theorie internationaler Beziehungen ist es gewiß nicht. Aber auch der Unterschied zu Marx und Engels ist ein politischer. Diese sahen Rußland und das bonapartistische Frankreich als Hauptgefahren für Demokratie und Sozialismus, Lassalle erlaubte sich, an den Erfolg internationaler demokratischer Verschwörungen zu glauben. Seine Idee, Garibaldi mit einer Armee aus Demokraten Wien erobern zu lassen, brachte den endgültigen Bruch zwischen Marx und Lassalle (Marx an Engels 30.07.1862, MEW 30, 257-259=MEGA III/12, 171-173). Seine Karte Europas ist eine Version der demokratischen Idee der großen historischen Nationen. Aber mit einem sehr starken Gewicht Deutschlands: die preußisch okkupierten Teile Polens sollen deutsch bleiben (*Resolution zur Polenfrage*, in: *Reden und Schriften* IV (1919) S. 304-306); der Balkan soll durch deutsche Truppen geordnet werden (Lassalle an Karl von Rodbertus 8. Mai 1863, *Briefe* VI, 338). Kautsky, Ramm und Wette haben das als Imperialismus verurteilt. Lassalles Kriterium für den Rang als historische Nation ist die Fähigkeit, Angehörige anderer Völker zu assimilieren. Historische Ergebnisse müssen anerkannt werden (seine Beispiele sind für Europa nur historische, für Übersee gegenwärtige). Der Beitrag zur Kultur kann als Beitrag zu Demokratie und Freiheit gemessen werden: Frankreich hat das Elsaß durch die Revolution gewonnen. Aber für Preußens Recht auf Posen spart er sich einen Beweis aus einem revolutionären Fortschritt. In einer Debatte in der hegelianischen Philosophischen Gesellschaft zu Berlin 1861 wiederholt Lassalle die Stellungnahmen von 1859 und 1860: Nationen kommen zwar von Natur, aber ein Recht erhalten sie erst, wenn sie die Menschheit voranbringen. Nationen, die bloß natürlich bleiben, sind „nur Dünger für andere Nationen". Im Altertum hatten alle Nationen ihre eigene Art, seit dem Christentum ist Freiheit die Idee aller zivilisierten Nationen, die ursprüngliche Nationalität ist überwunden, Nationen sind nur noch Verwirklichung der Idee der Freiheit. Die „Germanen" sind allein diese Idee, ein nationalitätsloses Volk, das Freiheit rein verwirklichen kann (*Über den Begriff der Nationalität in der Rechtsphilosophie : Discussionen von 23. Februar und 30. März 1861*, in: Der Gedanke : philosophische Zeitschrift 2 (1861) 249-252).

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Ramm hat das als Weltherrschaft der Deutschen gelesen. Eine deutsche Aufgabe, die Freiheit (Sozialismus) in der Welt voranzubringen, hat Lassalle gewiß gesehen. Aber man muß disparate Texte mischen, um bei ihm eine Aufgabe zu finden, Völker, die bereits auf diesem Weg der Freiheit sind, auch in Zukunft zu beherrschen. Für die preußischen Polen, die Tschechen und die außereuropäische Welt freilich kein Trost.

Vgl. zu Lassalles deutschland- und außenpolitischen Äußerungen die Biographien von Oncken und Na'aman. Am vollständigsten ist Leon Bernfeld, *Ferdinand Lassalles Stellung zur innerdeutschen und auswärtigen Politik*. – Diss. Wien 1922. Ein ernsthafter Versuch diese Äußerungen als Theorie zu fassen: Thilo Ramm a.a.O. 1956 S. 88-106 *Vom Nationalstaat zum Weltstaat* (= 2004 S. 81-99). Überblicke, die kaum über Ramm hinausgehen aber dessen extremere Schlüsse scheuen: Hans-Ulrich Wehler, *Sozialdemokratie und Nationalstaat*. – 2. Aufl. – Göttingen 1971. – S. 34-48; Wolfram Wette, *Kriegstheorien deutscher Sozialisten*. – Stuttgart 1971. – 102-144. Außerdem: Reinhard Höhn, *Sozialismus und Heer*, Bd. I. – *Heer und Krieg im Bild des Sozialismus*. – Bad Homburg 1959. – S. 149-177 (Lassalle sieht wie der Liberalismus seiner Zeit, daß demokratische Völker keine Kriege gegeneinander führen sollen und daß das Heer demokratisch verfaßt sein soll; im bismarckschen Staat hat nur die Sozialdemokratie diese Ideen weitergeführt).

Der italienische Krieg und die Aufgabe Preussens. – Berlin : Duncker, 1859. – 73 S.
in: Gesammelte Reden und Schriften. – Berlin : Cassirer, I (1919) 113-112

Gegen die deutsche, pro-österreichische öffentliche Meinung verteidigt Lassalle den italienischen Krieg als „den gerechtesten und heiligsten Krieg, den je eine Nation kämpfen kann, es kämpft für seine nationale Unabhängigkeit und Existenz." Der Staatsbegriff des Zwangsstaates Österreich ist kulturfeindlich. Demokratie ist nicht von nationaler Selbstbestimmung lösbar, Autonomie im Innern setzt Autonomie nach außen voraus. Lassalle verurteilt Lamartines Nichtintervention 1848, die das Ende der Revolution auch in Frankreich brachte. Das Nationalitätenprinzip darf keine Ausnahme erleiden. Nationalstaaten können nur die historischen Völker werden, denn das Nationalitätenprinzip wurzelt im Recht des Volksgeistes auf eigene geschichtliche Entwicklung und Selbstverwirklichung. Das Recht der Weltgeschichte ist größer als das Recht einzelner Gruppen auf einen eigenen Staat. Mit dem Recht der Weltgeschichte hat die angelsächsische Rasse Amerika, Frankreich Algerien, England Indien, deutsche Völker slawische Völker (gemeint ist die mittelalterliche Expansion nach Altpreußen, Schlesien und die Gebiete östlich der Elbe) und Frankreich Elsaß und Lothringen zur Assimilation gezwungen. Der österreichische Anspruch Italien zu zivilisieren, ist absurd. Österreichs *status quo* ist kein Prinzip. Es muß seine nicht-deutschen Gebiete aufgeben und eine deutsche Provinz werden (wobei Böhmen Teil dieses Deutschlands sein soll). In einem Krieg Preußens gegen Österreich und Dänemark kann Deutschland auf Seiten des Prinzips freier Nationalitäten kämpfen. Bei einer preußischen Verteidigung gegen Frankreich würde die Demokratie auf der Seite Preußens stehen.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Bernhard Becker (1826-1882), Journalist in der demokratischen und sozialistischen Bewegung, Lassalles Nachfolger als Vorsitzender des ADAV, von Zeitgenossen und Nachwelt einhellig als dafür unfähig abqualifiziert. Deutlich fehlte ihm der enthusiastische Glaube, die von ihm vorübergehend geführte Bewegung sei längst dabei, Europa zu verwandeln. Das Nationalitätenprinzip, das die demokratische Bewegung für die Neuordnung Europas hält, wird längst von den Regierungen mißbraucht. Das Recht aller Völkerschaften, die in ihrer Naivität glauben, Staaten werden zu können, kann nicht akzeptiert werden, es wäre Rückfall in mittelalterliche Sonderheiten und würde nicht den Frieden bringen. Das Recht einiger großer Staaten zu akzeptieren, verwandte Völker zu assimilieren, würde nur Streit bringen. Auch ein internationaler Gerichtshof kann nicht helfen (er beruft sich summarisch auf Hegel). So bleibt nur eine Lösung: „durch einen Rechtsbau auf sozialem Grunde Europa in einen einzigen Staat umzuwandeln." Aber dazu ist ein sittlicher Durchbruch nötig, der völlig in der Zukunft liegt (*Der Mißbrauch der Nationalitäten-Lehre*. – Wien 1867, weitere Auflagen 1868 und 1873).

Franz Wiede, 1877 bis 1880 Redakteur der *Neuen Gesellschaft* in Zürich (einer Zeitschrift, die als Theorieorgan des Sozialismus gedacht war, der Marx und Engels aber mißtrauten), versuchte eine eigene Deutung der Zukunft des Krieges. Kriege können nicht aus dem Kampf ums Dasein erklärt werden, der zwingt umgekehrt zur Vereinigung im Krieg gegen die Natur. Die ökonomische Entwicklung einigt die Menschheit durch internationale Arbeitsteilung, Verkehr, Auslandskapital. Auch die geistige Entwicklung führt zur Einheit: eine Sprache wird Weltkultursprache werden, der Nationalismus verschwindet, weil der Verstand das Gemüt zurückdrängt. Die Sozialisten sollen sich an die Demokratie halten, die unausweichlich zum Sozialismus führt. Demokratische Parlamente werden das Militär beschränken; unilateral ist das nicht möglich, aber über parlamentarische Initiativen zu einer internationalen Abmachung. Er erwartet Schiedsgerichte und Umrüstung auf Berufsmilitär oder Miliz. Die Friedensdividente soll dem Unterrichtsbudget zukommen (*Der Militarismus : social-philosophische Untersuchungen in gemeinverständlicher Form*. – Zürich 1877, Neudruck in: *Militarism, Politics, and Working Class Attitudes in Late Nineteenth-century Europe*. – New York 1971 in der Reihe Garland Library of War and Peace).

4.3.5 Soziologen

4.3.5.1 Albrecht Schäffle

1831-1903, Journalist, Professor der Volkswirtschaft in Tübingen, Mitglied des württembergischen Landtages und des deutschen Zollparlaments. Professor in Wien, 1871 österreichischer Handelsminister. Vgl. Albrecht Schäffle, *Aus meinem Leben*. – Berlin 1905. Zu Schäffles historischer Bedeutung: Willy Real, *Der Deutsche Reformverein : großdeutsche Stimmen und Kräfte zwischen Villafranca und Königgrätz*. – Lübeck 1966; Elisabeth-Charlotte Büchsel, *Die Fundamentalar-*

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

tikel des Ministeriums Hohenwart-Schäffle von 1871 : ein Beitrag zum Problem des Trialismus im Habsburgerreich. – Diss. Breslau 1941, Neudruck Aalen 1982; Imai-Alexandra Röhreke, *Albert Schäffles Wandlungsprozeß vom liberalen Zentralisten zum freiheitlichen Konservativen in Österreich*. – Wien 1971.

Schäffle war politisch wichtig als Publizist und Politiker in den Jahren vor der nationalstaatlichen Einigung Deutschlands. Zu seinem mitteleuropäischen Bund (weil ein deutsche Nationalstaat von „Romanismus" (Frankreich) und „Slawismus" (Rußland) beherrscht würde) vgl. *Realpolitische Gedanken aus der deutschen Gegenwart*, in: Deutsche Vierteljahresschrift 22 (1859) # 3, 261-319 und als Kommentar Robert J. Gentry, *Organic Social Thought and Mitteleuropa : Albert Schäffle's Response to Modernization in Central Europe*, in: Austrian History Yearbook 17 (1981) 57-79. Als österreichischer Minister versuchte er einen Ausgleich zwischen Tschechen und Deutschen. Als Publizist wirkte er für Sozialgesetzgebung und gegen Sozialdemokratie. Als Ökonom ist er ein *missing link* zwischen spätidealistischen normativen Ansätzen und den Ordnungslehren der Wiener Schule der Nationalökonomie, der er die Notwendigkeit eines Mittelweges zwischen Ökonomie und Soziologie hinterlassen hat. Weil der Mensch der wichtigste Produktionsfaktor ist, kann die Ökonomie nicht wie eine Naturwissenschaft betrieben werden, sondern muß in einer Theorie menschlichen Handelns fundiert werden. Schäffle begriff die Schwierigkeiten, Ökonomie als Moralwissenschaft zu entwickeln. So wurde er einer der Begründer der Soziologie. Er mißbilligt Comtes Dichotomie von moralfreiem Gesellschaftsprozeß und hypermoralischer positiver Politik. Statt auf biologische Psychologie greift er auf eine philosophische Anthropologie zurück, die die Naturanlage zu Geselligkeit und zivilisatorischem Fortschritt betont. Wie alle soziologischen Theoretiker des 19. Jahrhunderts (und die neueren Soziobiologen) handelt er vom weltgeschichtlichen Progreß von der Tierheit zur Menschheit. An die Stelle des tierischen Kampfes um die Existenz tritt (durchaus im Einklang mit Darwins eigener Ansicht) die Zivilisation als Entfaltung aller ethischen Antriebe des Menschen. Ein Vernichtungskrieg aller gegen alle ist dann nicht mehr denkbar. In Schäffles Soziologie geht es um Differenzierung durch Kommunikationsprozesse, das ist eine Verallgemeinerung des ökonomischen Güterverkehrs zu „Verkehren". Gerade wegen der wachsenden Freisetzung der Subjekte durch die arbeitsteilige Gesellschaft werden Gemeinschaftlichkeit und Sittlichkeit als Rahmen der „Verkehre" gebraucht. Schon bei Zeitgenossen war er berüchtigt für die organizistischen Analogien des sozialen Körpers und Stoffwechsels. Während Durkheim und Cooley noch erkannten, daß Schäffles Redeweise heuristisch zu nehmen ist und daß sich dahinter die erste interaktionistische Soziologie verbirgt, haben die Späteren keinen Nutzen mehr gesehen, hinter Schäffles Metaphern zu schauen und seinen Pedantismus zu ertragen. Am wirkungsvollsten waren seine Auseinandersetzungen mit dem Sozialismus (*Die Quintessenz des Sozialismus* 1875; *Die Aussichtslosigkeit der Socialdemokratie* 1885). Gumplowicz hat auf Grund dieser polemischen Schriften geurteilt, Schäffle sei auf einen Altruismusschub angewiesen. Der Sinn von Schäffles Soziologie ist aber, ohne diese ungewisse Moralisierung auskommen zu können. Für Émile Durkheim war Schäffle ein Helfer in der Unabhängigkeitserklärung der Soziologie (sein Aufsatz über Schäffle 1885, seine erste soziologische Publika-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

tion, steht in deutscher Übersetzung in E. D., *Über Deutschland*. – Konstanz 1995. – S. 189-216).

In Listen der soziologischen Klassiker fehlt Schäffle schon seit langem und es gibt keine zureichende Spezialliteratur. Vgl. Arnold Ith, *Die menschliche Gesellschaft als sozialer Organismus : die Grundlinien der Gesellschaftslehre Albert Schäffles*. – Zürich 1927 (kann durch unangebrachte Vergleiche mit Rudolf Steiner nerven); Fritz Karl Mann, *Albert Schäffle als Wirtschafts- und Finanzsoziologe, in: Gründer der Soziologie*. – Jena 1932. – S. 11-78 (weiter als der Titel vermuten läßt, aber behindert von einem lockeren Begriff von Sozialismus). Eine Schäffle-Monographie ist ein Desiderat für das Verständnis der frühen Geschichte der Soziologie. Historiker der Ökonomie erinnern sich eher an ihn: Knut Borchardt, *Albert Schäffle als Wirtschaftstheoretiker*, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 117 (1961) 610-634; *Albert Schäffle : the Legacy of an Underestimated Economist* / ed. by Jürgen Backhaus. – Frankfurt am Main 2010; Geoffrey M. Hobson, *Albert Schäffle's Critique of Socialism*, in: *Economic Theory and Economic Thought : Essays in Honour of Ian Steedman* / ed. by John Vint ... – London 2010. – S. 296-315.

Schäffle kann als der erste Konfliktsoziologe gelesen werden. Die Absage an die Privilegierung des Egoismus bei der Beschreibung menschlichen Handelns und des Altruismus bei der normativen Bewertung, ermöglicht ihm den Streit zu legitimieren: Auch Selbstbehauptung ist sittlich: es gibt eine Pflicht zum Sieg. „Streit" ist bei Schäffle eine Verallgemeinerung der Konkurrenz. Die Zivilisation ist das Produkt der Daseins- und Interessenkämpfe. Der Kampf ums Leben führt zum sozialen Ausgleich durch Höherentwicklung. Zivilisation ist die „durch Recht und Sitte gesetzte Streitorganisation." Es ist eine Lehre der wachsenden Annäherung an den geselligen Zustand, an Verfriedlichung der Verkehre – im Volk und zwischen den Völkern. Dieser Frieden kann weder absolute Ruhe noch allgemeine Liebe sein. Der Weg zu Simmel einerseits, dessen Konfliktsoziologie eleganter ist, aber im Desinteresse am Streit großer Gruppen anämischer, und zu Gumplowicz andererseits, der zu sehr auf Konflikte zwischen großen Gruppen fixiert ist, ist deutlich. Am ehesten ist Gustav Ratzenhofer mit seiner Lehre der durch Konflikte fortschreitenden Zivilisation Fortsetzer und pedantischeres Replikat Schäffles. Als Konfliktsoziologe ist Schäffle wenig beachtet worden, Hinweise bei Ith a.a.O. S. 272ff.; Borchardt a.a.O.; Jens Loenhoff, *Albert Schäffle über Symbol, Verkehr und Wechselwirkung : ein vergessenes Kapitel Soziologie*, in: Soziologia internationalis 31 (1993) 197-219.

Schäffles Sicht der internationalen Beziehungen ist von seiner Konfliktsoziologie bestimmt. Es ist eine Art Rankeanismus: jeder Staat entwickelt durch den Selektionsdruck im System seine Individualität. Der Weltfrieden wird keine apolitische Harmonie sein, sondern Verlängerung der Interessenpolitik, wie sie auch innerhalb des Staates ohne Krieg bestehen kann. Schäffle beschreibt den Prozeß der Bildung großer Staaten aus kleinen Völkerschaften, ein kriegerischer Anpassungsprozeß, der noch nicht zu einem natürlichen Ende gekommen ist. Ferdinand Tönnies hat kritisiert, daß Schäffle sich nie recht entscheiden kann, ob er seiner Analyse die nationale Gesellschaft oder die Weltgesellschaft zugrunde legen soll. Diese Kritik gilt mehr für die frühe Fassung in *Bau und Leben* als für

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

die späte im *Abriß*, wo die besondere Stellung des Volkes betont wird und die Weltgesellschaft nicht kosmopolitischer Verkehrsraum, sondern Gesellschaft der Völker (oder Staaten) ist. Aber Schäffle besteht immer auf der Anlage des Menschen zum grenzenlosen Verkehr der Weltgesellschaft. Indem er die Entscheidung zwischen Volk und Welt verweigert, ist er ein typischer Soziologe des 19. Jahrhunderts – nationaler Internationalist oder internationalistischer Nationalist. Die Fortschritte der Kommunikation lassen weiteres Wachstum der Verkehrsräume erwarten. Das ist kein per se friedlicher Prozeß. Schäffle ist Funktionalist *avant la lettre*: für die Zusammenarbeit für bestimmte Ziele werden Institutionen aufgebaut, die zur Bildung von Unionen von Staaten führen, die anders jeden Verlust der Souveränität verweigert hätten.

Schäffle bekennt sich zur Maxime *Si vis pacem, para pacem*, hat detailliert aber nur über *para bellum* geschrieben. Er führt einen langen Kampf gegen Abrüstung. Wie die deutschen Philosophen seiner Zeit (und einige der Realisten des 20. Jahrhunderts) würdigt er transnationale Prozesse, die aber nicht mit Überwindung der realen Welt der bewaffneten Staaten verwechselt werden dürfen. Der Verkehr der Völker setzt Bewaffnung der Staaten voraus, eine bewaffnete Weltregierung kommt erst spät (oder gar nicht). Abrüstung führt nicht zum Frieden, sondern zum Chaos. Seine Arbeiten gegen Abrüstung sind Auseinandersetzungen mit ökonomischen Argumenten der Pazifisten, sie unterscheiden sich wenig von anderen Militärökonomen: Sicherheit ist notwendig, was immer sie kostet. Was eine Nation glaubt einsparen zu können, muß sie bei Kriegsausbruch teuer bezahlen. Vgl. *Der nächste Krieg in Zahlen*, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 43 (1887) 505-533; *Die Friedenskonferenz im Haag*, ebd. 55 (1899) 705-748; *Zur sozialwissenschaftlichen Theorie des Krieges*, ebd. 56 (1900) 218-278 (unten referiert ohne die pedantische Widerlegung aller denkbaren Argumente für Abrüstung). Der Schäffle-Abschnitt bei Edmund Silberner, *The Problem of War* a.a.O. S. 182-189 ist Kommentar zu Schäffles Kritik der Abrüstung.

Bau und Leben des socialen Körpers. – Tübingen : Laupp, 1875-1878. – 4 Bde.

Die Neuausgabe 1881 ist wenig verändert, die 2. Auflage 1896 ist übersichtlicher, aber durch die Kürzung gehen Zusammenhänge verloren.

Bd. II, *Allgemeiner Teil, 2. Hälfte Das Gesetz der socialen Entwicklung*

Daseinskampf oder soziale Selektion darf man sich nicht immer als Krieg vorstellen. Kultivierte Nationen vernichten einander nicht mehr physisch. Das Gesetz der sozialen Entwicklung ist Nachahmung im System. Recht und Sitte heben den Streit nicht auf, sie regeln und ordnen ihn; Gewalt und Bedrückung werden unterdrückt, aber nicht der Austrag sozialer Interessenkämpfe selber. Trotz Recht wird um Einkommen, Besitz, Herrschaft, Macht, Ehre gerungen. Recht und Sitte selber kommen nur im Kampf für Recht und Sitte zur Geltung.

5. Abteilung *Der gesellschaftliche Daseins- und Interessenkampf*

Polemik gegen die Überschätzung von Ruhe und Frieden. „Nicht ein streitloser, sondern ein unkriegerischer, d.h. eigenmachtsfreier Zustand ist der Frieden." Auch eine friedliche Zivilisation benötigt den Kampf der Interessen für Vervollkommnung und Abstoßen von Verkommenen und Fremdartigen. Macht ist eine

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Form der Streitentscheidung. Der Vernichtungskampf durch gewalttätige Eigenmacht muß verhindert werden. Das ist die Tendenz der Rechtsentwicklung.

6. Abteilung *Die einzelnen Arten sozialer Streitentscheidungen und Streiterfolge*

Eine Liste von Antrieben, um alles kann Krieg geführt werden. Vernichtungskriege sind selten, statt ganzer Völker werden einzelne Stände vernichtet. „Die Unterwerfung des Schwächeren zum dauernden Objekt der Ausbeutung wirkt sozial integrierend." Daß Krieg nie einen günstigen Einfluß auf die menschliche Entwicklung hatte, ist falsch. Aber die Erfahrung zeigt, „daß der Krieg mehr und mehr sich selbst vernichtet." Höhere Organisation und Arbeitsteilung sind anfälliger für Krieg; allgemeine Wehrorganisation, freiheitliche Staatsverfassung und friedliche Richtung des Volksgeistes sichern eine defensive Sicherheitspolitik; Kulturen haben gegenseitiges Interesse, die Vernichtung einer großen Kultur verarmt auch den Sieger. Kriege innerhalb eines Völkerkreises sind wie Bürgerkriege. Ein Recht im strengen Sinne ist der Krieg nie. Gerecht kann ein Krieg genannt werden, der die zur Erhaltung der streitenden Parteien notwendige Anpassung mit einem Minimum an Vernichtung erzwingen kann und so eine für die Erhaltung der Völkerfamilie schädliche internationale Wechselwirkung dauerhaft beseitigt.

Band IV, Spezieller Teil, 2. Hälfte *Die geistigen Erscheinungen der Gesellschaft, die sociale Ausbildung der Vernunft und der Sprache, das Staatsleben, die heutigen Civilisationskreise*

7. Abteilung *Die zusammengesetzten Staatswesen oder ‚Reiche'*

Weil jeder Staat zu anderen in einem Selektionsverhältnis steht, ist er eine politische Individualität. „Seine eigentümliche Machtsubstanz bedingt auch eine eigentümliche Staatsform. … Jeder Verfassungspolitiker, welcher diese Machtsubstanz in eine fremdartige Form pressen will, muß scheitern."

8. Abteilung *Die internationale Staatstätigkeit und das politische Völkerleben*

Staaten sind Mitglieder von Staatenfamilien, am Ende wird eine Staatengemeinschaft der Menschheit stehen. Rechtlich ist davon erst wenig zu sehen, politisch sind die Beziehungen zwischen den Staaten bereits eng: Koalitionen gegen „Schädiger der Menschheit und der Völker" und Gemeinschaftsleistungen (wie Telegraph), dagegen hat niemand mit einem Hinweis auf Souveränitätslehren protestiert. Internationale Macht wird durch Allianzen der Interessen geschaffen. Je mehr sich die Staaten differenzieren, desto mehr werden sie voneinander abhängig. Gleichgewicht und Intervention bewahren diesen Differenzierungsprozeß. Souveränität ist ein historischer Begriff, der „die jeweilige Grenze im Fortschritt zur höheren Einheit der Vertretung gemeinschaftlicher Interessen mit vereinter Kraft" bezeichnet. Internationale Regelung darf nicht zu früh kommen (gegen Pläne des ewigen Friedens).

Über Recht und Sitte vom Standpunkt der soziologischen Zuchtwahl-Theorie, in: Vierteljahresschrift für wissenschaftliche Philosophie 2 (1878) 38-67

Recht und Sitte müssen als gesellschaftliche Ordnungen der Variations- (=Neuerungs-), Anpassungs- (=Organisations-), Vererbungs- und Streitvorgänge verstanden werden. „Der Satz, welcher Recht und Sitte u.a. auch als soziale *Streit*ordnungen annimmt, ist nur auf den ersten Schein paradox." Gemeinschaft und Streit sind vereinbar, Kämpfe verlangen starke Kollektivkräfte. Dieser Streit ist nicht bestialisch, sondern ein Weg von Vernichtung, Zerstreuung, Verdrängung

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

zu Vervollkommnung, Gliederung, Vereinigung, Ökonomisierung der Arbeitskräfte. Der Kampf der Gegensätze kann in Verträgen enden, zwischen den widerstrebenden Interessen wird durch ausweichende oder wechselseitig nützliche Anpassung Frieden gestiftet. Es ist unwahrscheinlich, daß dieser Prozeß der Verfriedlichung je abgeschlossen sein wird. Einen Frieden ohne Streit kennt die Geschichte nicht. Systeme des Rechts und der Sitte sind deshalb nicht heilig und ewig. Recht und Sitte sollen den Egoismus der Starken beherrschen. Ohne ein Gefühl der Solidarität kommt es zu Demoralisierungs- und Korruptionsprozessen.
(Dieser Aufsatz enthält die Essenz von *Bau und Leben des sozialen Körpers*.)

Deutsche Kern- und Zeitfragen. – Berlin: Hofmann, 1894. – S. 80-111 Kern- und Zeitfragen der Verfassungspolitik überhaupt
Neue Transport- und Kommunikationstechniken haben immer größere Staaten möglich gemacht und damit jeden Staat zu bisher ungeahnter Ausdehnung durch Eroberung, Kolonisation oder Herstellung einer internationalen Verkehrsgemeinschaft gezwungen. Die plötzliche Entstehung eines Weltstaates ist nicht denkbar, eine allmähliche Entwicklung durchaus. Die Zusammenarbeit von Staaten zu „besonderen Zwecken“ kann über den Aufbau von Institutionen zu einer Union führen. Der Widerstand der Staaten ist groß, doch das Ergebnis ist unausweichlich. Es wird ein Prozeß von mehreren Generationen sein. Ob es jemals eine zentrale Gewalt geben wird, ist unklar (auch bei der Entwicklung der Staaten hat sie oft gefehlt), aber irgendwelche Formen öffentlichen Rechts muß auch diese Zusammenarbeit zu „besonderen Zwecken“ entwickeln.

Zur sozialwissenschaftlichen Theorie des Krieges, erster Artikel : Auseinandersetzung mit den Abrüstungsfreunden, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 56 (1900) 218-278
Anläßlich der Haager Konferenz präzisiert Schäffle seine Kriegstheorie: Frieden ist von Streit geprägt, der Streit verschwindet zunehmend, international eher als im Innern, wo die eigentliche Aufgabe wartet: „Die Kriegsverhütung ist nur ein einzelnes Stück der Sozialreform, als deren Aufgabe die allgemeine Beseitigung vernichtenden Daseinskampfes unter Menschen anzusehen ist.“ Die allgemeine Wehrpflicht ist ein Damm gegen willkürliche Kriege. Allgemeine Abrüstung ist mit dem Gesetz der sozialen Entwicklung nicht verträglich: eine Macht muß zu ihrer nationalen Entfaltung Krieg führen können. Aufgabe des Krieges ist Bildung immer größerer Staaten, Erzwingung des materiellen und geistigen Völkerverkehrs, Nötigung der Völker zur Gemeinschaft, Anpassung des Machtgleichgewichts an veränderte nationale Wachstumsverhältnisse. Bereitschaft zum Krieg verhütet unnötige Kriege, es bleiben für die Entwicklung der Völker förderliche und unvermeidliche Kriege. In der Zukunft ist ein Weltfriedenszustand möglich, in dem jeder Krieg ein Weltbürgerkrieg wäre; aber auch dieser Frieden kann nicht ohne Rüstung auskommen. Waffen sind nötig, um eine gewaltsame Errichtung einer Welt-Suprematie zu verhindern. Diese Polemik gegen Abrüstungsfreunde soll nicht gegen Friedensfreunde gerichtet sein. Frieden als gewaltlose Streitführung zwischen den Völkern, sozialen Gruppen und Einzelnen nimmt zu. Kampf ums Dasein ist sozialwissenschaftlich Unsinn. Grundprinzip ist: Wechselwirkung nicht Kampf. Die Weltbewegung ist eine Tendenz zur Harmonie, aber die einträchtige Bewegung im Volk und in der Völkerwelt kann nie absolut werden. Wir müssen auf eine Konzentration der notwendigen Gewalt in Hand des Staates hoffen.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Abriß der Soziologie. – Tübingen : Laupp, 1906. – 252 S.

Zur soziologischen Grundlegung

Menschen treten in Völkern auf. Völker gehen zugrunde, wenn sie sich nicht entfalten. Diese Anlage zur Entwicklung bedeutet auch, daß Völker zu einander Beziehungen haben können. Ziel der Entwicklung ist Zivilisation, Einbürgerung der Personen in immer weitere und immer friedlichere Gemeinschaften. Zivilisation bedeutet statt Abstoßung von Gruppen Anziehung zwischen Gruppen.

I *Die Weltstellung der menschlichen Gesellschaft*

Einem Volk sind zunächst alle anderen Völker fremd. Der reale Verkehrsraum der Individuen bleibt weitgehend identisch mit dem Volk. Aber das Volk lebt in der gesitteten Völkerwelt der durch Verkehr verbundenen Völker. Die Verkehre finden nicht schrankenlos zwischen Individuen statt, sondern im Rahmen von Klassen und Völkern.

II *Das Gesellschaftsbewußsein*

Das Gesellschaftsbewußtsein als Ergebnis aller stattgefundenen und fortdauernden Wechselwirkungen individueller Geister ist nie in allen Individuen gleich, sondern „beharrliche Abgleichung besonderer Bestrebungen, Gefühle und Vorstellungen, welche nie aufhören, auch auseinander zu laufen." Dieser Prozeß ist ein Kontinuum von lokaler bis zur weltweiten Öffentlichkeit. Die Bildung größerer Völker/Öffentlichkeiten sind „langsame und streitvolle" Prozesse.

IV *Der Volkskörper oder die nationale Gesellschaft*

Das Volk ist der Verkehrsraum/Kommunikationsraum, deshalb ist Gesittung national. Verkehr ist in der Regel friedlich. Aber auch Krieg ist eine Form des Verkehrs. Als Folge des Verkehrs tritt Frieden an die Stelle von Krieg, „immer mehr Gemeinschaft an Stelle der Entfremdung." Das Volk ist eine Streitgemeinschaft, die durch staatliche Zusammenfassung sämtlicher Volkskräfte erzwungen wird. Im Laufe der Geschichte entsteht mehr Lebensgemeinschaft und der Streit wird zunehmend unblutig, an die Stelle von Ausbeutung tritt Solidarität.

V *Die Völker- und Länderwelt oder die internationale Gesellschaft*

In *Bau und Leben* wurde die internationale Gesellschaft nicht mit dem „Unterbau der nationalen Gesellschaft" verbunden. Die internationale Gesellschaft ist in der menschlichen Natur angelegt: von der gemeinsamen Erde her, von der Bevölkerung her (der Mensch ist eine der beweglichsten Arten), von der Ökonomie her (Autarkie ist nirgends möglich). Immaterielle Werte beruhen noch mehr auf Ergänzung. Es gibt keine internationale Gewalt, die Gesellschaft von Souveränen ist kriegsanfällig. So bekennt Schäffle sich zur Maxime *Si vis pacem, para bellum*. Die Zukunftsaussichten des internationalen Verkehrs sind ungewiß: der geistige Verkehr läßt sich kaum unterbinden, aber der materielle Güterverkehr befindet sich nach einer freihändlerischen wieder in einer protektionistischen Phase.

Schäffles hinterlassener Text wurde von Karl Bücher auf Grund von Schäffles Notizen vollendet (Teile IV-VII). In seiner Autobiographie erwähnt Schäffle drei unveröffentlichte Aufsätze über Frieden, Macht, Gewalt. Bücher bemerkt, daß im *Abriß* Macht und Gewalt stark berücksichtigt seien (*Abriß* S. X-XI). Die letzte Fassung der Friedenstheorie besitzen wir offenbar nicht.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

4.3.5.2 Ludwig Gumplowicz

1838-1909, aus der jüdischen Bourgeoisie von Krakau, Anwalt, Journalist, Sympathisant der polnischen Nationalbewegung. Professor für Verwaltungslehre in Graz. Zur Biographie: Bernhard Żebrowski, *Ludwig Gumplowicz : eine Bio-Bibliographie*. – Berlin 1926. Für den polnischen Hintergrund: Janusz Praglowski, *Ludwik Gumplowicz und seine Krakauer Zeit*, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 15 (1990) Heft 1, S. 71-83.

Daß Gumplowicz in einem Kapitel mit Soziologen behandelt wird, ist seinem Nachruhm geschuldet. Eigentlich war er Staatsrechtler, aber die Staatsrechtler seiner Zeit haben sich für seine Staatswissenschaft nicht interessiert. Seine naturalistische Lehre vom Staat ließ zu wenig Platz für eine Rechtslehre vom Staat. Aber seine Soziologie ist Soziologie eines Juristen. Gumplowicz hat drei Lehren, die in verschiedenen Büchern von 1877 bis 1885 ihren Schwerpunkt haben, aber doch zusammenhängen: 1., die Lehre von der Entstehung von Staat, Eigentum und Recht durch den Krieg zwischen urzeitlichen Horden, gerichtet gegen den Idealismus der Juristen, die das Recht aus einer Rechtsidee herleiten. Dogmenkritisch ist dieses Thema bearbeitet in *Rechtsstaat und Sozialismus* (1881), historisch in *Der Rassenkampf* (1883). 2., die Lehre vom modernen Kulturstaat, die kaum verschieden ist von dem, was die von Gumplowicz kritisierten Staatsrechtslehrer sagen: eine Apologie des Staates als einzigem Garanten des Rechts, der Freiheit, des inneren Friedens. Er ist ein liberaler Konstitutioneller (für den deutschsprachigen Raum sehr liberal). Das ist das Thema von *Philosophisches Staatsrecht* (1877), in endgültiger Form von *Allgemeines Staatsrecht* (1897). 3., die Gruppensoziologie. Der Staat kann bei Gumplowicz keinen gemeinsamen Willen haben, er kommt immer nur als eine Vielzahl von Gruppen vor. Diese Gruppen stehen in einem Konflikt zueinander. Es ist ein Kampf ums Recht; das Recht ist immer nur ein Zwischenstand im Kampf der Gruppen. Dieser Prozeß der Konfrontation führt zu Vereinheitlichung, zu „Amalgamierung" der Nation, darf aber nicht bis zur Auflösung der Herrschaft führen, denn Aufgabe des Staates ist es, diesen Kampf zu regulieren. Auflösung der Herrschaft würde Barbarei bedeuten. Das ist das Thema von *Grundriß der Soziologie* (1885).

Der Staat entsteht im Krieg, aber im Staat der Gegenwart sind Gruppenkämpfe nicht länger gewaltsame Unterdrückung, sondern zeigen sich in Institutionenbildungen wie Parlamenten und Berufsorganisationen. Das Recht ist ein Kompromiß zwischen Gruppen, „eine Etappe in einem ewigen Kampfe." Daß „Rassen" Gumplowicz nur als Klassen interessieren, war zu seiner Zeit kein Geheimnis. Er bleibt als Begründer der Konfliktsoziologie in Erinnerung. Aber er trägt nicht viel zur Analyse der Klassen bei, was über ältere Analysen von Interessenkonflikten hinausginge. Seine Begriffe von Gruppe, Antagonismus, Anpassung, Suggestion sind unterbestimmt. Das Studium der modernen Gruppenkonflikte weist er nämlich einer künftigen Soziologie zu. Gumplowicz beschränkt Soziologie auf Beziehungen zwischen Gruppen und blendet alle Beziehungen innerhalb der Gruppen methodisch aus. Auch die Dialektik von Konflikt und Konsens kann Gumplowicz nicht als Soziologe angehen. Der Staat ist bei Gumplowicz Zivilisierung, aber als Soziologe kann er den Prozeß der Zivilisierung nicht fassen. Der extremste Natu-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ralist unter den Staatsrechtslehrern des 19. Jahrhundert wäre kein Mann seines Jahrhunderts, wenn er nicht doch einen ethischen Fortschritt vorsehen würde. Das kann bei ihm nur die Ethik der Staatlichkeit sein. Der Staat hat zwei Aufgaben: das Recht zu entwickeln und die Bürger in höherer Moral zu unterweisen. Die Kämpfe im Staat dienen der Menschheit: „je mehr in einem Staate gekämpft wird, desto intensiver ist sein geschichtliches Leben, desto größere Dienste leistet er der Sache der Menschheit. Denn endlich und schließlich bringt jede neuerklommene Stufe der sozialen Entwicklung eine höhere Form des sozialen Daseins zur Reife“ (*Die soziologische Staatsidee* 1893, 2. Aufl. Innsbruck 1901. – S. 142f.). Die Kämpfe, die der Soziologe überall findet, dienen einem universalen Fortschritt, der außerhalb der Soziologie gefunden werden muß. Es geht um die Fortschritte der Volkswirtschaft, der Wissenschaft, der Kunst, des Rechts und der Sitte, die nur in den Staaten erzielt werden können, aber die Existenz der einzelnen Staaten überschreiten. Es gibt bei Gumplowicz immer eine Spannung zwischen seiner eigenen Präferenz für Kultur, Fortschritt zum Allgemeinen, Staatenbildung einerseits und der wissenschaftlichen Distanzierungen von Hoffnungen andererseits.

Die wichtigste Arbeit zu Gumplowicz als Soziologe: Peter Boßdorf, *Ludwig Gumplowicz als materialistischer Staatssoziologe : eine Untersuchung zur Ideengeschichte der Soziologie*. – Diss. Bonn 2003. Kurze Überblicke: Jürgen Hohmeier, *Zur Soziologie Ludwig Gumplowicz' (1838-1909)*, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 22 (1970) 24-38; Gerald Mozetič, *Ein unzeitgemäßer Soziologe : Ludwig Gumplowicz*, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 37 (1985) 621-647; ders., *Ludwig Gumplowicz – ein Grazer Pionier der Soziologie*, in: *Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Graz* / hrsg. von Karl Acham. – Wien 2011. – 433-448; Karl Acham, *Ludwig Gumplowicz und der Beginn der soziologischen Konflikttheorie im Österreich der Jahrhundertwende*, in: *Kulturwissenschaften im Vielvölkerstaat* / hrsg. von Britta Rupp-Eisenreich und Justin Stagl. – Wien 1993. – S. 170-207; Timm Genett, *Der Fremde im Kriege : zur politischen Theorie und Biographie von Robert Michels 1876-1936*. – Berlin 2008. – S. 486-498 *Exkurs: „eadem et non aliter“ – Ludwig Gumplowicz' Soziologie und die antiteleologische Wende des Positivismus.*

Gewirkt hat Gumplowicz in der Staatslehre gar nicht; ein Beitrag, der ihn wenigstens als Kritiker des Staatsrechts würdigen wollte, ist isoliert: Julius Kraft, *Die Kritik der staatsrechtlichen Dogmatik bei Ludwig Gumplowicz,* in: Zeitschrift für öffentliches Recht 4 (1925) 445-457 (Kraft war selber ein Grenzgänger zwischen Jurisprudenz und Soziologie). Gewirkt hat für eine kurze Zeit seine Lehre von der Entstehung des Staates aus der Eroberung, aber Gustav Ratzenhofer und Franz Oppenheimer, die häufig mit ihm zu einer Schule der „soziologischen Staatslehre“ zusammengestellt werden, und Lester Ward, der das Interesse der amerikanischen Soziologie an Gumplowicz begründete, hatten eine optimistischere Sicht eines gerichteten Zivilisationsprozesses. Arthur Bentley nannte ihn bei der Begründung der Analyse der Interessengruppen gemeinsam mit Georg Simmel als Begründer der Konfliktsoziologie. Die spätere Konfliktsoziologie kennt nur noch Simmel. Simmel hatte eine generelle Konflikttheorie, weit entfernt von Gumplowicz' konkretem „Gruppismus“, aber auch weit entfernt von den konkreten makro-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

soziologischen Konflikten seiner Zeit (Gumplowicz hatte die ersten Anfänge von Simmels Soziologie noch gewürdigt, *Soziologie und Politik* (1891), Neudruck in *Ausgewählte Werke* IV, 1928. – S. 328-333). Gegen den soziologischen Funktionalismus machte Irving Louis Horowitz wieder auf Gumplowicz aufmerksam (1963 in seiner Ausgabe von Gumplowicz' *Outlines of Sociology*). Im neuen Interesse an gescheiterten Staaten und ethnischen Konflikten, Gumplowicz' ureigenstem Bereich, spielt er dagegen keine Rolle. Zu groß ist die Angst vor einer „Naturalisierung" des Gruppenhasses, zu gering das Wissen um Gumplowicz' Dialektik von Natur und Staat.

Sozialdarwinist ist der Autor des *Rassenkampf* (das Wort war im Habsburgerreich für die drohenden Auseinandersetzungen zwischen den Nationalitäten bereits gebräuchlich) gewiß nicht, wenn man darunter Kampf zwischen Rassen versteht. Gumplowicz betont die biologischen Unterschiede zwischen den Horden der Urzeit, im späteren Europa macht die Rede von biologischen Rassenunterschieden keinen Sinn. Seine Theorie der Staatsentstehung unterscheidet sich nicht von anderen Liberalen wie Bagehot oder Spencer oder Molinari. Zur Unterscheidung zwischen Gumplowicz uns Rassismus oder Sozialdarwinismus vgl. außer Boßdorf a.a.O. S. 346-388 auch Wolfgang Holzinger, *Gumplowicz' „Der Rassenkampf" (1883/1928) : Ist der Rassismus-Vorwurf berechtigt?*, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 16 (1991) Heft 4, S. 31-53. Gumplowicz ist ein Nationalist des 19. Jahrhunderts mit einer Präferenz für die großen historischen Nationen. Aber er ist einer der wenigen Gegner geschlossener Nationalstaaten. In der Moderne sind Nationalitäten gefestigte Einheiten. Im modernen Staat ist die Unterdrückung von Nationalitäten moralisch untragbar, politisch aussichtslos und außenpolitisch ein Fehler. Bei Gumplowicz ist viel davon ein Plädoyer für Polen. Zur Apologie des multikulturellen Vielvölkerstaates in Gumplowicz' Schriften zum österreichischen Verwaltungsrecht: Boßdorf a.a.O. S. 389-400. Über Polen beim späten Gumplowicz: Franco Savorgan, *Lodovico Gumplowicz e la risurrezione della Polonia*, in: ders., *Studi critici di sociologia* [1]. – Modena 1925. – S. 31-35.

Durch den Staat ist der Dualismus von innen und außen gegeben; im Staat wird der Kampf der Horden zivilisiert, außerhalb des Staates dauert er als Krieg fort. Gumplowicz verbietet sich, eine Entwicklung zum universalen Frieden als Soziologe zu fassen, wie es vor ihm Comte und Spencer sich zugetraut hatten. Stattdessen erklärt er die Staatenwelt realistisch. Er beruft sich auf Ranke, daß die Weltgeschichte nicht nur Kulturentwicklung, sondern Antagonismus der Nationen im Kampf um Boden und Vorrang untereinander ist (*Rassenkampf* 1883. – S. 176 = Neuausgabe 1928. – S. 179). Die das Verhalten der Staaten bestimmenden Mechanismen der internationalen Beziehungen der neueren Geschichte und seiner Zeit (wie Nationalinteresse, Balance, natürliche Grenzen, Nationalitätenprinzip) berücksichtigt er nicht. Damit wird aus dem Rankeanismus ein Triebmodell, mit dem er den Realismus des 19. Jahrhunderts in einem Maße verläßt, wie es Treitschke und Lasson nicht tun. Er kennt aber die Bildung einer europäischen Kultureinheit als Fortsetzung der Nationenbildung. Kriege innerhalb Europas sind unwahrscheinlich geworden. Gumplowicz einziger Versuch einer Politikberatung durch eine Art Internationale Politische Soziologie war eine Deutung der diplomatischen Konstellation um 1890 als Ost-West-Konflikt zwischen westlichem Konsti-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

tutionalismus und russischem Despotismus und sieht der von ihm bekämpften pazifistischen Soziologie des 19. Jahrhunderts sehr ähnlich (persönlich hat ihn wohl gereizt, in dieser Konstellation die Wiederherstellung Polens empfehlen zu können). Diese Art Politikberatung hat er nicht wiederholt und sagt am Schluß seines letzten Buches, daß die Soziologie, die zur inneren Politik etwas sagen kann, in der äußeren Politik nur Zuschauerin bleibt. Wenn Jacques Novicow Herbert Spencer oder Gustave de Molinari wegen der Staatsentstehung aus dem Krieg als Sozialdarwinisten denunziert, trifft er Leute, die sich als Pazifisten verstanden haben und verstanden wurden. Bei Gumplowicz trifft er einen erklärten Nichtpazifisten (vgl. Gumplowicz' Brief an Bertha von Suttner 1896, abgedruckt in deren *Memoiren.* – Stuttgart 1909. – S. 337-338). Michael Mann folgt der denunziatorischen Methode Novicows, wenn er Gumplowicz' historische Theorien aus dem deutschen Militarismus ableitet (u.a. *States, War and Capitalism*. – Oxford 1988. – S. 148). Dieser Konstruktion einer Tradition hat Hans Joas widersprochen, freilich ebenso summarisch (*Kriege und Werte*. – Weilerswist 2000. – 213-216). Peter Boßdorf (a.a.O. S. 375, 381f.) schließt aus Gumplowicz' Äußerungen zu Kriegen des 19. Jahrhunderts (freilich auf zu schmaler Textbasis): ein ganz normaler Realist seiner Zeit. So sah es Gumplowicz selber, wenn er seine Haltung zum prekären Staatenrecht in Übereinstimmung mit Bismarck sieht (*Grundriß der Soziologie*, 2. Aufl. 1905, *Ausgewählte Werke* II, S. 160-162). Aber dieser Realismus zeigt sich auch daran, daß Gumplowicz das Verhalten im internationalen System als einen naturhistorischen Prozeß ansieht, den die Wissenschaft (seine Soziologie nimmt die Rolle der noch nicht bestehenden Wissenschaft von den internationalen Beziehungen ein) beobachten, aber nicht steuern kann.

Philosophisches Staatsrecht : systematische Darstellung für Studierende und Gebildete. – Wien : Manz, 1877. – 195 S.

§ 30 *Völkerrecht*

Das Völkerrecht ist so wenig Recht wie das Staatsrecht, weil die höhere Gewalt fehlt. Aber während es innerstaatlich doch eine starke sittliche Bindung des Staates gibt (Öffentlichkeit), fehlt diese international. Er lobt Adolf Lasson dafür, daß er Völkerrecht durch Völkersitte ersetzt, tadelt ihn aber dafür, daß auch für die Zukunft kein „Völkerrecht" für möglich hält. Realismus ist eine Methode für Vergangenheit und Gegenwart, ihn dogmatisch in die Zukunft fortzuschreiben, ist unwissenschaftlich und damit unrealistisch.

Der Rassenkampf : sociologische Untersuchungen. – Innsbruck : Wagner, 1883. – 376 S.

2., durchgesehene Auflage 1909

Neudruck in: Ausgewählte Werke Bd. III. – Innsbruck : Wagner, 1928 (Neudruck Aalen 1973)

Herrschaft ist aus Zusammenstoß der Stämme entstanden, das war Verschmelzung oder Ausrottung (wenn der besiegte Stamm sich nicht beherrschen ließ). Immer wieder sind aus ursprünglich heterogenen Gruppen („Rassen") Gemeinschaften entstanden, die sich wieder im Gegensatz zu anderen befinden. „Rasse" kann nicht mehr als anthropologischer Begriff verwendet werden, sondern als ein Produkt von historischen Prozessen. Zwischen diesen historischen Rassen sind Kriege nicht seltener geworden, aber der Gegensatz dieser Rassen ist geringer.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

§ 35 *Herrschafts-Gewinnung, -Ordnung und -Erhaltung*
Staaten sind aus Eroberung entstanden und werden durch Herrschaft erhalten. Die Amalgamierung schafft eine neue Rasse, die wieder mit anderen Rassen zusammenstoßen wird. Daß die Rassen auf dem von ihnen besetzten Territorium stagnieren, will die Natur nicht. Die Rassen sind immer in Bewegung, nicht lebensfähige Rassen werden verdrängt. Nur die Formen dieses Kampfes waren im Laufe der Geschichte verschieden: Von Wanderungen der Horden über Kriegszüge zur Landnahme zu Kolonialkriegen. Die Logik dieser wachsenden Räume müßte zur Einheit der Menschheit führen. Aber dieser ewige Frieden ist so weit entfernt, daß er jetzt nur der Traum der Idealisten ist.

Grundriss der Sociologie. – Wien : Manz, 1885. – 246 S.
2., durchges. und verm. Aufl. 1905
Neudruck in: Ausgewählte Werke Bd. II. – Innsbruck : Wagner, 1926 (Neudruck Aalen 1978)
XIII *Wachstum der Staaten*
Die natürliche Tendenz jedes Staates ist stetige Vermehrung seiner Macht und seines Gebietes. Das ist ein Erbstück der Horde. Es ist ein Trieb, der erst mit dem Erlahmen der Kraft aus innerem und äußerem Widerstand aufhört. Die Aktionsfähigkeit des Staates nach außen ist an den Prozeß der Vereinheitlichung im Innern gebunden. Eroberung bringt ein heterogenes Element, das integriert werden muß. Deshalb sind stabile historische Nationalitäten ein Hindernis der Eroberung. Eroberungen sind kein Verbrechen, aber der Versuch gewaltsamer Unterdrückung und Vernichtung der eroberten Nationalität ist unsittlich und inhuman.

Sociologie und Politik. – Leipzig : Duncker & Humblot, 1892. – 162 S.
Neudruck in: Ausgewählte Werke Bd. IV. – Innsbruck : Wagner, 1928. – S. 115-334 (Neudruck Aalen 1972)
§ 35 *Krieg und Völkerrecht*
Kommentar zu Hugo Preuß, der das kommende Völkerrecht auf Weltwirtschaft und -gesellschaft gründet: Falls das kommt, kommt es bestimmt nicht friedlich.
§ 39-43
Diese Paragraphen, die zu einem Teil *Die Politik als angewandte Soziologie* gehören, sind Gumplowicz' geschlossenster Kommentar zur internationalen Politik. Statt von Rassenkampf spricht er vom Kampf zwischen heterogenen Kulturwelten. Europa hat in dreitausend Jahren eine Einheit in Staatensystem und Kultur entwickelt. Dieser Einheit schreibt er, wie allen Gruppen, einen Selbsterhaltungstrieb zu. Früher war der Islam die Gefahr, jetzt ist es Rußland. Es ist ein Konflikt zwischen asiatischem Despotismus und westlichem Parlamentarismus. Eine deutsch-französische Konfrontation kann er sich nicht mehr vorstellen: „da im allgemeinen die Lust am Kriege mit der zunehmenden Kultur abnimmt, so ist an und für sich zwischen zwei hochkultivierten Nationen ein Krieg minder wahrscheinlich, als zwischen unkultivierten oder zwischen einem in der Kultur hochstehenden und einem unkultivierten". Die natürliche Tendenz Rußlands benötigt immer neue Expansionen. Aus dieser Analyse folgt die Wiederherstellung Polens und Förderung der anderen slawischen Völker im Habsburger Reich. Gegen Panslawisten hilft nur Entwicklung der Nationalität der slawischen Völker. Die bedeutenderen europäischen Nationalitäten müssen um ihre Existenz nicht besorgt sein. Veränderungen kann es nur in ethnisch gemischten Gebieten geben.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Allgemeines Staatsrecht. – Innsbruck : Wagner, 1897. – 522 S.
2. Auflage des *Philosophischen Staatsrecht* von 1877, aber mit vielen Entleihungen aus *Der Rassenkampf*, vor allem Ideengeschichte und Nachweis des Rassenkampfes in der europäischen Geschichte sind vermehrt worden. Die völkerrechtlichen Abschnitte (§ 215-217) sind kaum verändert worden
5. Kapitel *Nation und Nationalität*
§ 76 *Territoriale und nationale Integration*
Österreich-Ungarn zeigt, daß territoriale Integration viel weiter gehen kann als nationale. Zur staatlichen Integration reichen Gewalt oder Interessen, Entwicklung einer Nationalität ist ein langer Prozeß, die entwickelte Nationalität ist dann aber viel stärker eingewurzelt. Es kann Nationalität über Grenzen hinweg geben oder verschieden Nationalitäten innerhalb einer Grenze. Aber der Ansatzpunkt für Nationenbildung sind meist Territorien, in denen sich Nationen bilden, durch Kampf und Krieg, selten durch Verträge.
§ 77 *Internationalismus*
Nationalismus ist eine Tatsache, Internationalismus (als kosmopolitische Auflösung der Grenzen) eine Schwärmerei. Weltweite Sympathie ist nicht möglich. Die Aufhebung des Nationalismus wäre das Ende der Geschichte. Wenn Grenzen eingehalten werden, dann am besten die Grenzen historischer Nationalitäten in geographischen Räumen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Integration die bestehenden Grenzen in Europa überschreiten wird (gewiß nicht ohne Widerstand der bestehenden Nationalitäten). Mit Internationalismus darf diese Fortsetzung des Prozesses der Bildung von Nationalitäten nicht verwechselt werden.
§ 78 *Territoriale Gestaltung der europäischen Staaten*
Während im Westen und Norden Europas die Nationalitäten feste Gestalt angenommen haben, stehen im Südosten noch große Umbildungsprozesse bevor, um Nation und Territorium zur Übereinstimmung zu bringen. Auch die polnische Zerstückelung kann keine Zukunft haben, weil die auf dem ursprünglichen polnischen Territorium gebildete Nation fortlebt.
§ 79 *Nationalität und Internationalismus*
Kirchen, Sozialismus und Anarchismus bestreiten die Berechtigung des Nationalismus. In der Entwicklung der Menschheit lassen sich aber die Stufen des Nationalismus (eine Stufe unbewußter Gemeinsamkeiten) und der Nationalität (eine höhere, bewußtere Kulturstufe) nicht überspringen. Die Entwicklung der Menschheit war nie einheitlich und wird es in absehbarer Zeit nicht werden. Als Nationalität noch nicht als moralisches Gut erkannt wurde, sind unzählige Nationalitäten verschwunden. Heute sind Versuche, Nationalitäten für die Einheitlichkeit des Staates zu unterdrücken, vergeblich.
14. Kapitel *Internationale Verhältnisse*
§ 218 *Der Krieg*
Der Staat ist im Krieg entstanden, mit zunehmender Kultur entfernt er sich vom Krieg. Die Gegenwart ist von einem Widerspruch geprägt: „Lauter ‚Friedenskaiser' gibt's heute in Europa und doch erliegen die Völker unter der Last der Steuern zur Erhaltung von Millionen-Armeen." Vielleicht wird der Krieg nie verschwinden, aber es ist möglich, daß ganze Staatensysteme und Kulturgemeinschaften in absehbarer Zeit befriedet werden. Allein Malthus hat gesehen, daß der Krieg als eine Naturerscheinung gesehen werden muß. Es kann kein Recht zum Krieg geben, Krieg liegt jenseits des Rechtes.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

§ 221 *Allgemeine Friedensbestrebungen*
Auch wenn der Krieg Naturgeschehen ist, haben Friedensbestrebungen einen Sinn als Bestrebungen, eine Kulturgemeinschaft zu befrieden, auch wenn sie sich Weltfriedenspläne nennen. Wenn eine Kulturgemeinschaft ein Bedürfnis nach Frieden entwickelt hat, wird der Frieden kommen. Dazu braucht man keine Deklamationen und Kongresse, sondern den wissenschaftlichen Nachweis, daß Kriege kein Bedürfnis mehr erfüllen und Cäsarismus dysfunktional ist.

Sozialphilosophie im Umriss. – Innsbruck : Wagner, 1910. – 162 S.
Nachdruck Aalen 1969
XII *Soziologie und Politik*
Die Entwicklung der Menschheit ist ein Naturprozeß, man kann ihn erkennen, aber nicht ändern. Die Geschichte der Menschheit ist eine Geschichte der Eroberung von der Horde bis zum Großstaat. Die Soziologie kann in der internationalen Politik nur beobachten und vor Illusionen warnen. Sie kann das Naturgesetz erkennen, dem die gegenwärtigen Staaten so folgen wie die erobernden Horden. Das ist nicht nur ein Zug monarchischer und absolutistischer Staaten (wie die Versuche der USA, ganz Amerika in ihr Reich einzugliedern, zeigen). Der einzige Unterschied: statt Raubzügen Kriege mit Millionenheeren. Diesen Charakter der internationalen Politik können die Staaten nicht mehr offen aussprechen, weil sie Rücksicht nehmen müssen auf gute Sitte, Moral, göttliche und menschliche Gesetze, Religion, Völkerrecht, Staatsrecht. Daraus ergibt sich eine neue Diplomatie der Verlogenheit, aber am Gang der Entwicklung kann die Diplomatie nichts ändern. In der inneren Politik kann die Soziologie durch Beratung Konflikte vermeiden, in der äußeren Politik fehlen die Bedingungen für die Anwendbarkeit ihrer Lehre. Pazifismus und Hoffnung auf ewigen Frieden sind Illusion. Man beruft sich auf Fortschritte in Technik und Kultur, aber Kämpfe und Kriege kommen weniger aus dem Intellekt, mehr aus Gefühlen und Leidenschaften. Neue Techniken haben immer den alten Leidenschaften gedient. Die Regierungskunst wird vervollkommt, aber an den Konflikten kann das nichts ändern. Entscheidend ist weiter der ungleiche Anteil an den Gütern der Welt.

4.3.5.3 Eugen Dühring

1833-1921, Privatdozent an der Universität Berlin, nach Streit mit der Fakultät Privatgelehrter. Philosophische und nationalökonomische Schriften.

Dührings Wirklichkeitsphilosophie ist einer der vielen Versuche des 19. Jahrhunderts zwischen Spätidealismus und Vulgärmaterialismus einen Weg zu finden. Dührings Ökonomie teilt die im 19. Jahrhundert weitverbreitete Frage, warum sich die von der klassischen Ökonomie versprochenen Harmonien nicht einstellen. Er war als Philosoph und Ökonom mehr als ein Dilettant, aber die Kluft zwischen gewaltigen Versprechen und belanglosen Einlösungen wurde bei ihm immer größer. Seine Philosophie läuft auf eine Ethik hinaus, die eine herrschaftsfreie soziale Moral verspricht, aber deshalb den Kampf gegen „Raubmenschen“ zur obersten Pflicht macht (das ist die Basis von Dührings Antisemitismus). Seine Ökonomie folgt libertären Richtungen, die außerökonomische Machtstrukturen für die fehlende soziale Gerechtigkeit verantwortlich machen. Der Sündenfall der Geschichte

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ist die Entstehung von Grundbesitz und Sklaverei, das Lohnverhältnis ist von dieser Gewaltgeschichte geprägt. Dühring kann Marx' ursprüngliche Appropriation durch Gewalt und Krieg durchaus anerkennen, dessen Lob der Großindustrie muß er verwerfen. Dührings Theorie ist eine kontrafaktische Historie, wie die Geschichte ohne Raub hätte verlaufen können. Der frühe Dühring war eine Art Sozialist. Dem späten Dühring bescheinigt niemand neue Einsichten, die Streitsucht ist heftiger geworden, er wird zum exterministischen Antisemiten.

Zur Philosophie: Peggy Cosmann, *Physiodicee und Weltmimesis : Eugen Dührings physiomoralische Begründung des Moral- und Charakterantisemitismus*. – Göttingen 2007. Zur Ökonomie: Gerhard Albrecht, *Eugen Dühring : ein Beitrag zur Geschichte der Sozialwissenschaften*. – Jena 1927; Hanni Binder, *Das sozialitäre System Eugen Dührings*. – Jena 1933; Alfred Kruse, *Eugen Dührings wissenschaftliche Isolierung*, in: *Festgabe für Friedrich Bülow zum 70. Geburtstag* / hrsg. von Otto Stammer und Karl C. Thalheim. – Berlin 1960. – S. 209-221.

Der Sozialist Dühring hatte in den 1870er Jahren eine beträchtliche Wirkung. Das hat Friedrich Engels zu dem Werk herausgefordert, mit dem der Übergang der Sozialdemokratie zum Marxismus begann. Engels' exegetische Leistung ist gering, die polemische beträchtlich, er dominierte die weiteren Diskussionen über Dühring (*Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft* 1877/78, in: Marx-Engels-Werke 20). Vgl. Dieter Dowe/Klaus Tenfelde, *Zur Rezeption Eugen Dührings in der deutschen Arbeiterbewegung in den 1870er Jahren*, in: *Wissenschaftlicher Sozialismus und Arbeiterbewegung : Begriffsgeschichte und Dühring-Rezeption*. – Trier 1980. – S. 25-58. Auch im Anarchismus wurde der „Antikrat" lange erst genommen. Franz Oppenheimer sah sich als den einzigen Dühring-Schüler, der Dühring fortentwickelt habe (er bemerkt übrigens, daß auch die anderen sozialistische Schüler des Judenfeindes Juden waren). Auf Nietzsche hat Dühring etwa zur selben Zeit wie auf die Sozialdemokratie gewirkt, und wie immer bei Nietzsche ist es ein ambivalentes Verhalten aus Nachfolge und Bekämpfung: Dühring hilft ihm, den schopenhauerschen Pessimismus zu überwinden, ohne zu einem Sozialisten zu werden (man hat bezweifelt, daß Nietzsche einen anderen Sozialismus kannte als Dührings „Sozialismus"). Er verdankt Dühring den Begriff des Wertes des Lebens und viel von dem, was bei Nietzsche Umwertung der Werte heißt, ist eine Umwertung Dührings. Der späte Dühring wirkte nur noch in einem sektiererischen Kreis. Nicht einmal der Nationalsozialismus zeigte größeres Interesse. Vgl. Gerd-Klaus Kaltenbrunner, *Vom Konkurrenten des Karl Marx zum Vorläufer Hitlers : Eugen Dühring*, in: *Propheten des Nationalismus* / hrsg. von Karl Schwedhelm. – München 1969. – S. 36-55.

Dühring als deutsche Parodie Comtes oder Proudhons hat den Weg vom Krieg zum Frieden bewahrt. Die alte Klasse, die gewaltsam Eigentum begründet hat, muß verschwinden. Dühring empfiehlt Miliz, Dezentralisierung, Aufbau eines gerechten Wirtschaftssystems. Die Unterscheidungen der Nationen haben den Dynastien die Möglichkeit gegeben, Völker gegeneinander aufzurüsten, obwohl Verkehr und kosmopolitische Arbeitsteilung ein Bindemittel geben, das den Krieg verhindern kann. Voraussetzung des Friedens ist internationale Gegenseitigkeit. Ohne internationale Gesinnung kommt es zur Kirchhofsruhe eines Universalrei-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ches. Seine Idee der „Individualsouveränität“ erlaubt ihm, Kriege als Streit der Machthaber zu sehen, an dem die Völker nur gezwungen teilnehmen. Die Einzelnen können über Grenzen hinweg eine eigene Bewegung für den Frieden beginnen. Letztlich geht es um Aufklärung über die Interessen hinter den Kriegen, gegen die falsche Glorie des Krieges. Jetzt ist die Zeit gekommen, in der die Einzelnen und ihr Willen eine Rolle spielen (*Cursus der National- und Socialökonomie*. – 2. Aufl. – Leipzig 1879. – 347-353, Dührings konzentrierteste Stellungnahme zu Krieg und Frieden). Seine Politische Theorie mischt eine Art Hobbesianismus mit Klagen, daß diese Staatsbildung zu ungerechter Gewalt in den Staaten, zwischen den Staaten und in der Ökonomie geführt habe. Das ganze bismarcksche Zeitalter ist ein Zeitalter der Verrohung, Militärdienst verroht die Massen (*Wirklichkeitsphilosophie : phantasmafreie Naturbegründung und gerechte freiheitliche Lebensordnung*. – Leipzig 1895. – ebd. S. 364-545 *Waffenführung und Politik*). 1906 schreibt er sein erstes Buch *Capital und Arbeit* (1863) völlig neu als *Waffen, Capital, Arbeit*: Gerechtigkeit kann nicht zurückerobert werden, durch Eroberung kann nur Unrecht entstehen. Auf alte Besitzfragen müssen neue Personal-Antworten gegeben werden. Die alte aus Kriegen entstandene Sklaverei ist verschwunden, aber die Militärdienstbarkeit ist geblieben. Das ganze System des Volkslebens und des Völkerlebens muß geändert werden, wenn Freiheit und Wohlstand gesichert werden sollen. Dühring hat alle Versatzstücke einer sozialen Theorie des Friedens, mehr als bei deutschen Wissenschaftlern seiner Zeit üblich ist: Individualisierung und Moralisierung (und Antisemitismus) sollen Wege zum Frieden sein. Wenig schreibt er zu internationalen Beziehungen (wir erfahren, daß man nicht einfach abrüsten kann, solange es noch Raubstaaten gibt) und zu staatlichen und ökonomischen Institutionen. Er geht zur Religionskritik über (vgl. die Kapitel II, *Radikaler Antiegoismus das allein Zureichende* und VIII, *Rationeller Antimilitarismus).* Dühring hat die Ökonomie verlassen, kommt aber in der Soziologie nicht an. Seine Reform hat faschistische Positionen lange vor dem Faschismus (am massivsten in einer späten Schrift: *Soziale Rettung durch wirkliches Recht statt Raubpolitik und Knechtsjuristerei* (1906) Kapitel XIV mit einem „Rechtsprotector“ genanntem Führer, Volksgemeinschaft und Genozid an den Juden). Er ist ein pazifistischer Faschist und damit auch eine Probe darauf, was das Friedensversprechen der Soziologie des 19. Jahrhunderts taugt. Die Friedensbewegung hat sich zum Glück nicht auch noch auf ihn berufen. Die deutsche Friedensbewegung hat er nicht zur Kenntnis genommen, beim französischen Antimilitarismus kam ihm sofort der Verdacht, der könne eine jüdische Verschwörung sein.

4.4 Sozialistischer Internationalismus

Der sozialistische Internationalismus beginnt in den 1830er Jahren mit Grußadressen und Treffen der nationalen Arbeiterbewegungen. In England war das ein Interesse an Vorgängen auf dem Kontinent. Für die Geschichte des Internationalismus sind diese Bewegungen bedeutend, für die Geschichte der Analyse der internationalen Beziehungen bedeutungslos (die Verlautbarungen der Fraternal

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Democrats nannte Weisser zu Recht „a liturgy of a simple internationalism"). Diese Bewegungen waren noch lange offen auch für Demokraten mit nur minimalen solidaristischen Angeboten. Vgl. für owenistisches und chartistisches Interesse an internationaler Solidarität: Henry Weisser, *British Working-Class Movements and Europe : 1815-48*. – Manchester 1975; Christine Lattek, *The Beginnings of Socialist Internationalism in the 1840's : 'the Democratic Friends of All Nations' in London*, in: *Internationalism in the Labour Mouvement 1830-1940* / ed. by Frits von Holthoon and Marcel van der Linden. – Leiden 1988, vol. I, 259-282. Für die folgenden Jahre: Margot C. Finn, *After Chartism : Class and Nation in English Radical Politics, 1848-1874*. – Cambridge 1993. Als ein früher französischer Anlauf zu einer internationalen Arbeiterorganisation gilt Flora Tristans Arbeiterfonds, der aber so national gedacht ist, daß ihr Hinweis auf Zusammenarbeit mit Arbeitern anderer Länder nur irritieren kann (*Arbeiterunion*. – Frankfurt am Main 1988. – S. 135, Original 1843). Eine große Rolle haben in den 1840er Jahren deutsche Handwerker, die ihre Wanderungen nach Westeuropa geführt hatten, und deutsche politische Emigranten gespielt. Eine erste internationale Organisation (aber mit starkem Gewicht dieser deutschen Emigrantengruppen) war der *Bund der Kommunisten*, für den Engels und Marx das *Kommunistische Manifest* verfaßten, ein Geheimbund, der in der Revolution 1848 nutzlos war und sie nicht lange überlebte. Die Internationale Arbeiter-Assoziation (nachträglich gezählt als 1. Internationale) war ein Neubeginn. Sie ist aus Kontakten britischer und französischer Gewerkschaftler hervorgegangen. Karl Marx, der eingeladen worden war, die Organisation zu unterstützen, hatte dort mit Mazzinisten, Proudhonisten und Bakunisten zu tun und warb eher vergeblich um englische Gewerkschafter; Marxisten gab es wenige. Die englischen Gewerkschaften blieben zunehmend fern und der Kampf mit den Bakunisten spaltete die Internationale 1872/73 (die marxistischen Sozialisten beendeten ihre Organisation 1876, die auch untereinander zerstrittenen Antiautoritären ihre 1877).

Vgl. Julius Braunthal, *Geschichte der Internationale,* Bd. I (1961); Henry Collins / Chimen Abramsky, *Karl Marx and the British Labour Movement : Years of the First International*. – London 1965; Henryk Katz, *The Emancipation of Labor : a History of the First International*. – New York 1992. Die beste Deutung der realen Geschichte der IAA gibt Marcel von der Linden, *The Rise and Fall of the First International : an Interpretation*, in: *Internationalism in the Labour Movement 1830-1940* / ed. by Frits van Holthoon and Marcel van der Linden. – Leiden 1988. – vol I, 323-335 (die englischen Arbeiter hatten Anfang der 1860er Jahre Interesse an internationalen Regelungen von Arbeitsbedingungen, verloren dieses Interesse aber mit der Verbesserung der nationalen Rechtssituation für Gewerkschaften; die Entwicklung nationaler Gewerkschaftsorganisationen nach 1870 hat für zwei Jahrzehnte die internationale Arbeiterbewegung behindert). Die Dokumente sind gesammelt in: *La première internationale* / sous la direction de Jacques Freymond. – Genf 1962-1971. – 4 Bde. (enthält Texte 1864 bis 1877).

Zu den Aufgaben der IAA sollten Stellungsnahmen zu internationalen Konflikten gehören, aber sie war darüber meist zerstritten. Es ist Marx nicht gelungen, „die moskovitische Gefahr für Europa und die Wiederherstellung eines unabhängigen und einheitlichen Polens" zu einer gemeinsamen Ausgangsbasis zu machen.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Auch die Haltung zur Friedensbewegung der Demokraten war umstritten. Der 2. Kongreß der IAA 1867 in Lausanne beschloß eine Unterstützungsadresse an den Genfer Friedenskongreß, in der erklärt wurde, daß die Kriege und der bewaffnete Frieden vor allem die Arbeiter treffen. Gefordert wurden die Vereinigten Staaten von Europa (da war man sich mit den bürgerlichen Demokraten einig) und das Ende der kapitalistischen Ausbeutung (da waren die bürgerlichen Demokraten sich mit der IAA überhaupt nicht einig). Vgl. *La première internationale* a.a.O I, 123-125 und 235 und *Annales du Congrès de la Paix du Genève (9-12 septembre 1867) Préliminaries. Les quatre séances. Appendice*. – Genève 1868. – S. 124-125, elektronisch: https://archive.org/details/annalesducongrs00conggoog. Der ausführlichste Beitrag zum Friedenskongreß aus der IAA stammt von dem belgischen Proudhonisten César de Paepe: Auch die bürgerlichen Demokraten wissen, daß Republiken friedensfähiger sind als Monarchien und föderale Republiken friedensfähiger als zentralistische Republiken, aber den ökonomischen Antagonismus als Kriegsursache begreifen die bürgerlichen Demokraten nicht. Im Pauperismus sind Republiken nur nominell und Föderationen illusorisch. Der Frieden braucht den Mutualismus als Basis. Die frühen Kriege waren Kriege um Ressourcen, aber auch die Kriege der Gegenwart sind letztlich alle Wirtschaftskriege (*ebd.* S. 286-295). Marx, der am Friedenskongreß nicht teilnahm, meinte, die IAA sei die eigentliche Friedensbewegung und, wenn die Veranstalter des Friedenskongresses irgendetwas begriffen hätten, würden sie sich der IAA anschließen. Der 3. Kongreß der IAA 1868 in Brüssel beschloß, daß in einem Konflikt zwischen den europäischen Großmächten die Arbeiter streiken werden. In der 1889 gegründeten II. Internationalen blieb der Generalstreik immer eine Minderheitenmeinung (*La première internationale* a.a.O I, 260-264 und 402-404).

Zu Krieg und Frieden: J. Jemnitz, *The First International and the War 1864-1866*, in: *Acta Historica : Zeitschrift der ungarischen Akademie der Wissenschaften* 11 (1965) 57-94; ders., *The First International and the War 1868-1870*, in: ebd. 15 (1969) 51-102. Zur Haltung gegenüber der Friedens- und Freiheitsliga: Günter Wisotzki, *Die Abgrenzung der Internationalen Arbeiterassoziation von der kleinbürgerlich-pazifistischen Friedens- und Freiheitsliga 1867 bis 1868*, in: *Die großpreußisch-militaristische Reichsgründung 1871* / hrsg. von Horst Bartel und Ernst Engelberg. – Berlin 1971, Bd. I, 467-500 (er kämpft noch einmal die Kämpfe von Marx).

Der Schiffszimmermann und Gewerkschaftler **William Randal Cremer** (1828-1908), der Marx in die IAA gebracht hatte und ihr erster Generalsekretär wurde, ist bald auf einem englischeren Weg: Gründung einer Workmen's Peace Association, Parlamentsmitglied als Assozierter der Liberalen, Interparlamentarische Union, Nobelpreis. Der Friedenskongreß in Paris 1875 war auch ein Versuch, die Nachfolge der Internationale zu beanspruchen. Cremers Gesprächspartner blieb aber immer nur die bürgerliche Friedensbewegung des Kontinents. Vgl. Howard Evans, *Sir Randal Cremer : his Life and Work*. – London 1909.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

4.4.1 Karl Marx / Friedrich Engels

Karl Marx (1818-1883), Sohn eines Rechtsanwaltes, Doktor der Philosophie, Journalist, ökonomischer Schriftsteller. 1843-1848 und 1849 bis zu seinem Tod Exil in Paris, Brüssel, London. Organisator kommunistischer Vereinigungen, 1864-1872 Mitglied des Generalrates der Internationalen Arbeiter-Assoziation als Sekretär für Deutschland und Rußland. Biographie: Gareth Stedman Jones, *Karl Marx : Greatness and Illusion*. – London 2016, dt. Übers. 2017. Einführungen: Walter Euchner: *Karl Marx*. – München 1983; *Marxism in Marx's Day* / ed. by Eric J. Hobsbawm. – Brighton 1985 (ital. Original 1978). Gute Überblicke über die Reichweite Marx'scher und marxistischer Themen: *The Cambridge Companion to Marx* / ed. by Terrell Carver. – Cambridge 1991; *Marx-Handbuch : Leben – Werk – Wirkung* / hrsg. von Michael Quante. – Stuttgart 2015.

Friedrich Engels (1820-1895), Sohn eines Textilfabrikanten. Journalist, Organisator kommunistischer Vereinigungen, Mitglied der Revolutionsarmee 1849. Exil in England, Leitender Angestellter eines Textilunternehmens. 1870-1872 Mitglied des Generalrates der Internationalen Arbeiter-Assoziation als Sekretär für Spanien und Italien. Mentor der erstarkenden sozialistischen Parteien in Europa. Autor politischer, historischer, militärischer und philosophischer Werke. Biographie: Gustav Mayer, *Friedrich Engels : eine Biographie*. – Berlin 1920/1933 (Neudruck 1971 und 1975); W. O. Henderson, *The Life of Friedrich Engels*. – London 1976.

Es gibt drei Schwierigkeiten Marx und Engels zu lesen: 1., die starken Unterschiede verschiedener Lebensperioden (die Texte liegen bei Marx bis zu 40 Jahren, bei Engels bis zu 50 Jahren auseinander), 2., die verschiedenen literarischen Gattungen (von Literaturexzerpten und Briefen über Zeitungsartikel und politische Manifeste bis zu historischen und theoretischen Arbeiten, von denen viele erst posthum bekannt wurden), und 3., die sehr verschiedenen Rezeptionszusammenhänge. Solche Unterschiede kommen auch bei anderen Autoren vor, kumulativ waren sie für die Marxlektüren besonders folgenreich. Gegen die Kaleidoskope der Zitate hilft nur mehr philologisches Bewußtsein.

1. Marxismus

Karl Marx begann als Philosoph, der linkshegelianisch die Verwirklichung der Philosophie forderte, die wirkliche Gleichheit der Demokratie gegen die formale Gleichheit des Rechtes. Die ausgeschlossene „allgemeine Klasse" wird von Marx bald mit dem Proletariat, die zu verwirklichende Demokratie mit dem Sozialismus identifiziert. Er geht von Philosophie zur Ökonomie, von Kritik der Entfremdung menschlichen Beziehungen zur Kritik der kapitalistischen politischen Ökonomie. Und sofort weiter zur Kritik der Sozialisten, die moralisch argumentieren und Umverteilung verlangen. Marx setzt auf Entwicklung der Produktivkräfte, Kapitalismus wird zugleich gewürdigt für eine bisher ungekannte Entfaltung der Produktivkräfte und kritisiert als Hindernis ihrer weiteren Entfaltung. Die größte Leistung des Kapitalismus ist die Produktion des Proletariats, das eine neue Produktionsweise durchsetzen wird. Erst *Das Kapital* (Band I 1867) ist ein Versuch, die Entfremdung im Kapitalismus zu verstehen, ohne auf eine historistische oder moralische Theorie zurückzugreifen. *Das Kapital* beginnt abstrakter als jede bisherige

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Ökonomie mit dem Versprechen, die Kategorien der bisherigen Ökonomie durchschauen zu können. Es ist ein Werk der Krise der ausgebliebenen Revolution, die Kritik der Politischen Ökonomie sollte der wichtigste Schritt zur Erneuerung der revolutionären Bewegung sein. Die Bände zur Dynamik des Kapitalismus sind von Marx als Fragmente hinterlassen worden und es ist unklar, wie weit er diesen Texten (meist früher geschrieben als der publizierte Band I) noch traute. Diese posthumen Bände haben die professionellen Ökonomen interessiert, aber heute sind sich Marx-Philologen und die Schule der Neuen Marx-Lektüren einig, in *Das Kapital* eine Kritik der Kategorien der Politischen Ökonomie zu suchen, nicht eine ökonomische Abhandlung über den unausweichlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Ökonomen hören nur selten noch zu.

Vgl. zu Marx als Philosoph (oder Antiphilosoph): Georges Gurvitch, *Dialektik und Soziologie*. – Neuwied 1965. – S. 145-189 (französ. Original 1962); Alfred Schmidt, *Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx*. – Frankfurt am Main 1962; Klaus Hartmann, *Die Marxsche Theorie : eine philosophische Untersuchung zu den Hauptschriften*. – Berlin 1970 (keine Einführung, aber der beste Startpunkt eines ernsthaften Marxstudiums); Bertell Ollman, *Alienation : Marx's Conception of Man in Capitalist Society*. – Cambridge 1971; Michel Henry, *Marx : a Philosophy of Human Reality*. – Bloomington, Ind. 1982 (franz. Original 1976); Carol C. Gould, *Marx's Social Ontology : Individuality and Community in Marx's Theory of Social Reality*. – Cambridge, Mass 1978; Allen W. Wood, *Karl Marx*. – London 1981, erweiterte Auflage 2004; Bernard Yack, *The Longing for Total Revolution : Philosophic Sources of Social Discontent from Rousseau to Marx and Nietzsche*. – Princeton 1986. – S. 251-309; Daniel Brudney, *Marx's Attempt to Leave Philosophy*. – Cambridge, Mass. 1998; Allan Megill, *Karl Marx : the Burden of Reason (Why Marx Rejected Politics and the Market)*. – Lanham, Md. 2002; Michael Quantz, *Das gegenständliche Gattungswesen : Bemerkungen zum intrinsischen Wert menschlicher Dependenz*, in: *Nach Marx : Philosophie, Kritik, Praxis* / hrsg. von Rahel Jaeggi und Daniel Loick. – Berlin 2013. – S. 69-86; Urs Lindner, *Marx und die Philosophie : wissenschaftlicher Realismus, ethischer Perfektionismus und kritische Sozialtheorie*. – Stuttgart 2013 (als Einführung); Kurt Bayertz, *Interpretieren um zu verändern : Karl Marx und seine Philosophie*. – München 2018.

Zu Marx als Ökonomen: Karl Kühne, *Ökonomie und Marxismus*. – Neuwied 1972/1974; M. C. Howard / J. E. King, *The Political Economy of Marx*. – Harlow 1975; Simon Clarke, *Marx's Theory of Crisis*. – Basingstoke 1994 (Marx hat keine); Samuel Hollander, *The Economics of Karl Marx : Analysis and Application*. – Cambridge 2008; *The Elgar Companion to Marxist Economics* / ed. by Ben Fine and Alfredo Saad-Filho. – Cheltenham 2012. Beste Darstellung der Rezeption: M. C. Howard / J. E. King, *A History of Marxian Economics*. – Basingstoke; vol. 1. – 1883-1929. – 1989, vol. 2. – 1929-1990. – 1992.

Marx' Texte sind immer Kritik: Kritik der Philosophie, Kritik der (idealistischen) Geschichtsschreibung, zuletzt konzentriert Kritik der Politischen Ökonomie. Marx verlangt Kritik der Wirklichkeit, aber die Wirklichkeit ist in Theorien gegeben. Marx nimmt die Theorien, die den historischen Weg zu Kapitalismus und bürgerlicher Gesellschaft begleitet und begriffen haben, ernst; sie sind selber Teil der Ver-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

blendung über die historischen und moralischen Grenzen dieser Entwicklung geworden. Das Ziel ist, Kategorien zu finden, die diesen Zusammenhang offen werden lassen. Zum Begriff der Kritik bei Marx ist erstaunlich wenig zusammenhängend geschrieben worden: Klaus Hartmann, *Die Marxsche Theorie* a.a.O. (Analayse des ambivalenten Verhältnisses von Kritik und Theorie bei Marx); Kurt Röttgers, *Kritik und Praxis : zur Geschichte des Kritikbegriffs von Kant bis Marx*. – Berlin 1975. – S. 253-277 *Kritik der Theorie und Kritik der Wirklichkeit bei Marx*; Emmanuel Renault, *Marx et l'idée de critique*. – Paris 1995. Marx war einer der historistischsten Autoren in einem historistischen Zeitalter. Er verstieß wie andere Junghegelianer gegen Hegels Verbot eines Ausblicks in die Zukunft. Die Geschichte der Produktionsweisen sollte einen solideren Aussichtspunkt ermöglichen als die Spekulation der Junghegelianer. Die neueren Marx-Exegesen spielen das Interesse an der vorkapitalistischen Vergangenheit und an der sozialistischen Zukunft herab. Fraglich ist, ob es eine positive Lehre, den „historischen Materialismus" als Weiterentwicklung von Ideen wie sie im *Kommunistischen Manifest* artikuliert wurden, geben kann. In der letzten großen Debatte um den historischen Materialismus um 1980 verteidigten der analytische Marxist Gerald Cohen und sein Schüler William Shaw noch eine deterministische Version einer Geschichte der Produktivkräfte, der Sozialismus wurde dabei eine Sache der Moral und des Willens. Die neuere Literatur ist damit beschäftigt, jeden Anflug von Determinismus zu leugnen und marginalisiert damit Aussichten auf die Zukunft. Marx, der von Karl Popper als abschreckendes Exempel der historizistischen Überhebung vorgeführt wurde, wird zu einem eher zaghaften Geschichtsdenker. Der Historische Materialismus bei Marx ist kaum zu trennen von seinen polemischen Absichten: immer geht es gegen die beiden Hauptgegner, die Apologeten der harmonischen Fortentwicklung des Kapitalismus und die Anhänger eines moralischen Sozialismus. Um jeden Ausblick auf die post-kapitalistische Zukunft gebracht, macht der Marxismus keinen Sinn mehr. Wie alle große Theorie im 19. Jahrhundert ist der Marxismus ein Kommentar zu dem gewaltigen Sprung nach vorne, den die Welt seit 1789 gemacht hat und kein Kommentar zur Vielheit der Welt. Aber wie jede große Theorie im 19. Jahrhundert war er doch ein Kommentar zur Vielheit innerhalb dieser einen Entwicklung seit der Revolution. Die zeithistorischen Schriften von Marx und Engels machen keine Versuche deterministisch zu konstruieren. Aber auch sie sind von der Erwartung des Umschlagens zur Revolution geprägt.

Vgl. Helmut Fleischer, *Marxismus und Geschichte*. – Frankfurt am Main 1969; Alfred Schmidt, *Geschichte und Struktur : Fragen einer marxistischen Historik*. – München 1971; G. A. Cohen, *Marx's Theory of History : a Defence*. – Oxford 1978, 2. Aufl. 2000. (Zur Diskussion über Cohen: *Marx's Theory of History : the Contemporary Debate* / ed. by Paul Wetherly. – Aldershot 1992); William H. Shaw, *Marx' Theory of History*. – London 1978; Gerhard Kluchert, *Geschichtsschreibung und Revolution : die historischen Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels 1846 bis 1852*. – Stuttgart 1985; Thomas Lutz Schweier, *Geschichtliche Reflexion bei Marx : Thesen zu seinem Geschichtsverständnis*, in: *Geschichte und materialistische Geschichtstheorie bei Marx*. – Berlin 1996. – S. 35-52; Michael Heinrich, *Geschichtsphilosophie bei Marx*, in: ebd. – S. 62-72; Allan Megill a.a.O.; Helmut Reichelt, *Neue Marx-Lektüre : zur Kritik sozialwissenschaftlicher Logik*. – 2. Aufl. – Freiburg 2013. – 339-358;

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Denis Mäder, *Fortschritt bei Marx*. – Berlin 2010; Kurt Bayertz, *Interpretieren um zu verändern* a.a.O. S. 183-244.

Trotz der engen Zusammenarbeit von Marx und Engels von 1844 bis 1883 (und darüber hinaus in Engels' Edition von *Das Kapital* II/III) gibt es immer wieder Versuche, was am orthodoxen Marxismus sozialistischer und kommunistischer Parteien abgelehnt wird, auf Engels zu schieben, der den Marxismus unter dem Namen „historischer Materialismus" auf falsche Bahnen positivistischen Wissenschaftsverständnisses und deterministischer Geschichtserwartungen geschickt habe. Engels ging gewiß mit historischen Prozessen robuster um; was bei Marx zu dialektischen Analysen von Begriffen tendiert, tendiert bei Engels zu historischen Abfolgen. Das ist auch ein Unterschied der Gattungen: Engels entwickelte die gemeinsamen Ideen der 1840/50er Jahre fort und bot sie einem breiteren Publikum an, während Marx sich zunehmend beschränken konnte, die gemeinsam konzipierte Kritik der Politischen Ökonomie weiter zu entwickeln. Es gibt keine Hinweise, daß Engels das Unternehmen von Marx nicht verstanden oder Marx das Unternehmen von Engels nicht gebilligt hätte. Der Marxismus hat von dieser Spannung gelebt.

Einführung: Gareth Stedman Jones, *Engels and the History of Marxism*, in: *Marxism in Marx's Day* / ed. by Eric J. Hobsbawm. – Bloomington 1982. – S. 290-326 (ital. Original 1978); vgl. auch Stedman Jones lange Einführung in das *Kommunistische Manifest* München 2012 (engl. 2002). Bilanzen: J. D. Hunley, *The Life and Thought of Friedrich Engels : a Reinterpretation*. – New Haven 1991; S. H. Rigby, *Engels and the Formation of Marxism : History, Dialectics and Revolution*. – Manchester 1992; Christopher J. Arthur, *Engels as Interpreter of Marx's Economics*, in: *Engels Today : a Centenary Appreciation* / ed. by Christopher J. Arthur. – Basingtoke 1996. – S. 173-209; Samuel Hollander, *Friedrich Engels and Marxian Political Economy*. – Cambridge 2011.

Marx und Engels sind so sehr mit dem Marxismus von über hundert Jahren verbunden, daß jede Marx-Lektüre sich zu den Sedimenten der Rezeptionsgeschichte verhalten muß: zu der prekären Balance der marxistischen Sprecher der sozialdemokratischen Massenparteien der II. Internationalen zwischen ökonomischem Evolutionismus des „Historischen Materialismus", sozialdemokratischer Politik und Arbeiterbildungsbewegung, einer Epoche aus der Imperialismustheorien und (noch eklektizistischer) Nationaltätentheorien lange weitergewirkt haben; zu dem Semi-Blanquismus der leninistischen Parteien, die an der Peripherie des Kapitalismus den Marxismus in einer grotesk anderen Situation wiederholen wollten und nach dem politischen Sieg auf Verwandlung des Marxismus in eine umfassende Parteiweltanschauung angewiesen waren, einer Epoche, die irgendwann um 1968 auch den letzten intellektuellen Respekt verloren hat; zu der Erneuerung marxistischer Philosophie in den verschiedenen Ausprägungen des „westlichen Marxismus", zunächst im Kampf gegen die Reste des ökonomischen Evolutionismus, dann als Faschismus- und Stalinismusanalysen. Der westliche Marxismus konnte in der Reflexion des Scheiterns des Marxismus auf Marx zurückgreifen, aber am ehesten gewirkt hat die marginaler marxististische Kritische Theorie. Der Höhepunkt der Rezeption des Marxismus in Einzelwissenschaften liegt zwischen 1950 bis 1980; es gab Schulen marxistischer Historiker, Anthropologen,

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Ästhetiker, Theologen, Kulturtheoretiker, Literaturtheoretiker, Staatstheoretiker, sogar marxistische Ökonomen gab es. Das war nur möglich in der Emanzipation von Parteilinien; aber mit dem Verblassen der Erinnerungen an Parteilinien und der breiten Öffnung der Universitäten für sozialgeschichtliche Fragestellungen verlor auch diese Marxismen den Schulzusammenhalt, die ihre Namen rechtfertigte. Im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert ist Marx durchaus nicht aus der akademischen Diskussion verschwunden. Der in englischsprachigen Ländern einflußreiche Analytische Marxismus versuchte, um Marx den Philosophen zu empfehlen, einen Kern zu retten, ließ sich den Rahmen aber von nichtmarxistischen methodischen Ansätzen vorgeben (viel Rational Choice). Die in Deutschland und Großbritannien verbreiteten „Neuen Marx-Lektüren" schrumpften auf den spätesten Marx oder gar auf die ersten drei oder fünf Kapitel von *Das Kapital* Bd. I. Marx war von der Philosophie zur Ökonomie gegangen, der Marxismus ist von den Ökonomen zu den Philosophen zurückgekehrt. Poststrukturalismus und Postmoderne sind post-marxistisch. Ohne das Vorbild der marxschen Kritik ist ihr Unternehmen kaum denkbar, aber ihre Transformation von Klassenanalysen und Ideologiekritik ist auch gegen Marx und Marxismen gerichtet. Die Neuen Sozialen Bewegungen und die anti-globalistischen Bewegungen haben einen hohen Bedarf an Antikapitalismus gezeigt, aber greifen auch nur noch marginal auf Marx zurück. Marx ist auch heute noch der Sozialtheoretiker des 19. Jahrhunderts, der am häufigsten gelesen wird (nicht nur in Lektürekursen der Rosa-Luxemburg-Stiftung). Aber mit dem historischen Materialismus ist auch die Stabilität der Exegese vergangen.

Zur Geschichte des Marxismus: *Der Marxismus : seine Geschichte in Dokumenten* / hrsg. von Iring Fetscher. – München 1963-1965. – 3 Bde.; Predrag Vranicki, *Geschichte des Marxismus*. – Frankfurt am Main 1972. – 2 Bde. (serbokroat. Original 1961/71); Leszek Kolakowski, *Die Hauptströmungen des Marxismus : Entstehung, Entwicklung, Zerfall*. – München 1977-1979. – 3 Bde.; *Storia del marxismo* / progetto di Eric J. Hobsbawm … – Torino 1978-1982. – 4 Bde. in 5 Teilen (von dem umfassendsten Überblick ist nur der 1. Band übersetzt worden: *Marxism in Marx's Day* / ed. by Eric J. Hobsbawm. – Brighton 1985). Ein Überblick über die Ansätze, die sich heute marxistisch nennen, kann nur noch ein Lexikon sein: *Critical Companion to Contemporary Marxism* / ed. by Jacques Bidet and Stathis Kouvelakis. – Leiden 2008. Zum Analytischen Marxismus: Tom Mayer, *Analytical Marxism*. – Thousand Oaks, Cal. 1994 (eher freundlich); Marcus Roberts, *Analytical Marxism : a Critique*. – London 1996 (eher feindlich). Der Analytical Marxism ist eine anglophone Generationenerscheinung; vgl. aber einen selbständigen deutschen Beitrag: Marco Iorio, *Karl Marx – Geschichte, Gesellschaft, Politik : Ein- und Weiterführung*. – Berlin 2003. Überblicke über die zeitgenössische Beschäftigung mit *Das Kapital*: Ingo Elbe, *Marx im Westen : die neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik seit 1965*. – Berlin 2008 (sehr ausführliche Diskussion einer beschränkenden Lektüre); Jan Hoff, *Marx global : zur Entwicklung des internationalen Marx-Diskurses seit 1965*. – Berlin 2009 (geographisch breiter, thematisch aber auf Entsprechungen der deutschen „Neuen Marx-Lektüren" beschränkt). Stilbildende Beispiele dieser „Neuen Marx-Lektüren": Hans-Georg Backhaus, *Dialektik der Wertform : Untersuchungen zur Marxschen*

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Ökonomiekritik. – Freiburg 1997 (Aufsätze seit 1970); Helmut Reichelt, *Neue Marx-Lektüre : Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Logik*. – Hamburg 2008.

2. Politische Theorie

Marx hat seine politische Theorie nicht geschrieben. 1845 wollte er eine *Kritik der Politik und Nationalökonomie* schreiben, auch zum ursprünglichen Plan von *Das Kapital* gehörte 1858 noch eine Abhandlung über den Staat. Wir müssen zufrieden sein mit Marx' frühen Fragmenten einer philosophischen Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Marx' und Engels' politischen Analysen von zeitgenössischen Revolutionen und Gegenrevolutionen, Engels' späten historischen Spekulationen über den Ursprung des Staates. Erst im späten 20. Jahrhundert gab es eine marxistische staatstheoretische Debatte, die die bleibende relative Selbständigkeit der Staatsgewalt gegenüber den Klassen erklären mußte, eine Parallele zum angelsächsischen liberalen Pluralismus oder vielleicht nur eine von dessen Varianten.

Eine Zusammenstellung der Texte, die Ausgang für eine marxistische Staatstheorie sein können: *Staatstheorie : Materialien zur Rekonstruktion der marxistischen Staatstheorie* / hrsg. von Eike Hennig … – Frankfurt am Main 1974. Hauptsächlich als Materialsammlung interessant sind auch: Richard N. Hunt, *The Political ideas of Marx and Engels*. – Pittsburg, Pa. 1974/1984. – 2 Bde.; Hal Draper, *Karl Marx's Theory of Revolution*. – New York 1977-2005. – 5 Bände in 6 Teilen (führt Marx' Polemiken fort und vermehrt sie um eigene, aber die beste Stellensammlung, häufig auch der beste Kommentar). Zu Staat und Politik bei Marx und Engels vgl. Shlomo Avineri, *The Social and Political Thought of Karl Marx*. – Cambridge 1968; Michael Löwy, *The Theory of Revolution in the Young Marx*. – Leiden 2003 (französ. Original 1970); ders., *The Politics of Combined and Uneven Development : the Theory of Permanent Revolution*. – London 1981. – S. 1-29 (dt. Übers. 1987 u.d.T.: *Revolution ohne Grenzen*); Gerhard Kluchert, *Geschichtsschreibung und Revolution*. – Stuttgart 1985; Robert Meister, *Political Identity : Thinking Through Marx*. – Oxford 1990 (von der post-marxistischen Identitätspolitik zurück zu Marx); *Der Staat der Bürgerlichen Gesellschaft : zum Staatsverständnis von Karl Marx* / hrsg. von Joachim Hirsch … – Baden-Baden 2008; 2. Aufl. 2015; *„… ins Museum der Altertümer : Staatstheorie und Staatskritik bei Friedrich Engels* / hrsg. von Samuel Salzborn. – Baden-Baden 2012. Zur englischen und französischen Diskussion seit Nicos Poulantzas und Ralph Milliband: Jeffrey C. Isaac, *Power and Marxist Theory : a Realist View*. – Ithaca, N.Y. 1987; C. W. Barrow, *Critical Theories of the State : Marxist, Neo-Marxist and Post-Marxist*. – Madison, Wisc. 1993; Philip G. Cerny, *Rethinking World Politics*. – Oxford 2010. – S. 270-288. Zur deutschen Diskussion: Ingo Elbe, *Marx im Westen : die neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik seit 1965*. – Berlin 2008. – S. 319-443; Andreas Anter/Wilhelm Bleek, *Staatskonzepte: die Theorien der bundesdeutschen Politikwissenschaft*. – Frankfurt am Main 2013. – S. 43-62.

Frieden ist kein Thema bei Marx (von Polemiken gegen die Friedensbewegung abgesehen). In einem seltenen Ausflug in die Metaphysik hat er das Wesen der Welt – wie Heraklit – als Kampf bestimmt (1880, MEGA I/25, 443). Gerald Cohen

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

hat Marx als einen anthropologischen Pessimisten identifiziert (post-marxistisch: „needlessly pessimistic"), der sich konfliktfreies Zusammenleben erst in einem Zustand von unbegrenztem Reichtum vorstellen kann (*Self-ownership, Freedom and Equality*. – Cambridge 1995. – S. 132; eine wichtige Ergänzung in: *Rescuing Justice and Equality*. – Cambridge, Mass. 2008. – S. 176 n. 62). Aber wir erfahren nicht einmal, warum die Fülle Harmonie bringen soll (das ist der Kern von Allan Buchanans Marx-Kritik, *Marx and Justice : the Radical Critique of Liberalism*. – Totowa, N.J. 1982). Marx teilt mit anderen Sozialtheoretikern des 19. Jahrhunderts den weltgeschichtlichen Weg zur Harmonie. Zum Programm großer Theorie gehörte aber im 19. Jahrhundert die Gründung der Soziologie auf ein Fundament von Biologie und/oder Psychologie. Marx hält sich von einer psychologischen Weltgeschichte fern (und erspart uns einiges von dem, was Comte und Spencer für fundamental halten). Damit vergibt er Möglichkeiten einer konsistenten Theoriebildung im Sinne seiner Zeit. Das Marx'sche Proletariat behält immer Züge der „allgemeinen Klasse" seiner frühen Texte, deren absolute Ausschließung zum Umschlagen in die freie Gesellschaft führen muß. Der Marxismus ist an die Erfahrung des Leidens gebunden und wartet auf den welthistorischen Moment einer Überwindung des Leidens (Engels MEW 20, 250=MEGA I/27, 436). Der „moderne soziale Konflikt" ist dagegen ein Streit zwischen Konfliktpartnern und braucht kein Ende. Diese Konfliktsoziologie gibt es erst, als der Marx'sche welthistorische Kampf seine Plausibilität verloren hat. Als der philosophische und ökonomische Kern des Marxismus geopfert wurde, war die Entdeckung von Marx als modernem Soziologen möglich.

Zur Redefinition des Marx'schen Klassenkampfes als sozialer Konflikt: Lewis Coser (unten referiert); Ralf Dahrendorf, *Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft.* – Stuttgart 1957; ders., *Der moderne soziale Konflikt.* – Stuttgart 1992 (Dahrendorf ist kritischer als Coser, aber auch seine Konfliktsoziologie braucht die Anknüpfung an Marx). Für eine späte Version dieser Transformation von Klassen in Interessengruppen: Marco Iorio, *Karl Marx – Geschichte, Gesellschaft, Politik*. – Berlin 2003. – S. 201-263.

Marx will sich von jedem Anschein moralischer Forderungen fernhalten. Moral und Gerechtigkeit hat er im Verdacht, zeitlose Geltung zu beanspruchen. Das geht gegen bürgerliche Ethik (immer wieder Bentham) und gegen moralische Forderungen nach Sozialismus (immer wieder Proudhon). Es kann nur so viel Recht geben, wie der Stand der Produktion erlaubt, Abschaffung von Zuständen statt Verwirklichung von Idealen. Mehr Recht kann es erst im Kommunismus geben, der Recht am wenigsten braucht. Das Universalisierungsgebot der Ethik kann nur in Erwartung der Revolution gewahrt werden. Seine akademischen Kommentatoren können von der Plausibilität dieser Revolution nicht mehr ausgehen, Marx wird domestiziert zur Erinnerung an soziale Bedingungen der Moral. Viele dieser Arbeiten zu Marx sind Arbeiten zur Ergänzungsbedürftigkeit von Rawls. Die von Marx angestrebte Verlagerung der Diskussion in die Ökonomie wird nicht nachvollzogen.

Die Beiträge der Debatte um Allen Woods a-moralischen Marx sind gesammelt in: *Marx, Justice and History* / ed. by Marshall Cohen. – Princeton, N.J. 1980. Vgl. auch Kapitel 9 in Woods Marx-Monographie 1981 und seinen Beitrag in: *Ethik und Marx : Moralkritik und normative Grundlagen der Marxschen*

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Theorie / hrsg. von Emil Angehrn und Georg Lohmann. – Königstein 1986. Vgl. Allen E. Buchanan, *Marx and Justice : the Radical Critique of Liberalism*. – Totowa, N. J. 1982; George G. Benkert, *Marx's Ethics of Freedom*. – London 1983; Steven Lukes, *Marxism and Morality*. – Oxford 1985; R. G. Peffer, *Marxism, Morality, and Social Justice*. – Princeton, N.J. 1990; Andrea Maihofer, *Das Recht bei Marx : zur dialektischen Struktur von Gerechtigkeit, Menschenrechten und Recht*. – Baden-Baden 1992. Eine gutes Beispiel für den normativen Marx als Sparing-Partner zeitgenössischer Ansprüche von Moraltheorien: *Nach Marx : Philosophie, Kritik, Praxis* / hrsg. von Rahel Jaeggi und Daniel Loick. – Berlin 2013.

3. Internationale Beziehungen

Karl Marx und Friedrich Engels sind wahrscheinlich die Theoretiker des 19. Jahrhunderts, die am meisten über internationale Beziehungen geschrieben haben, gewiß aber haben sie darüber am vielfältigsten geschrieben. Bis 1848 haben Marx und Engels keinen Zweifel an einem einheitlichen Revolutionsprozeß im westlichen Europa, der die Rivalitäten zwischen Nationen beendet wird. Die Dynamik des Weltmarktes war die stärkste Erfahrung, aber die koloniale Welt kommt wenig vor. Reflexionen über den Krieg sind selten und wenig ausgearbeitet. Die Revolution 1848/49 war ein tiefer Bruch, eine Belehrung in ungleicher und kombinierter Entwicklung: Marx und Engels mußten die Außenpolitik entdecken. Für Jahre starren sie auf Rußland, ein Land, das von der westlichen ökonomischen Entwicklung fast unberührt war und doch einen bestimmenden Einfluß auf das westliche Europa hatte. In allen aktuellen Krisen und Kriegen warten Marx und Engels auf eine revolutionäre Erschütterung, die die Volksmobilisierung von 1792 wiederholen könnte. In dieser Zeit dauernder Kommentare zu Kriegen gibt es nur wenige theoretische Reflexion über den Krieg. Die Kritik der politischen Ökonomie kann in eine Verbindung zum britischen Imperialismus in Indien und gegenüber China gebracht werden, aber sie kann in keiner Beziehung zu den Analysen der europäischen Außenpolitik stehen, weil Rußland nicht den Bewegungsgesetzen des Kapitalismus folgen muß. Eine dritte Periode ist nicht so klar abgrenzbar. Die Hoffnung auf Kriege als Helfer der Revolution gibt es noch lange, aber die Gewichte sind neu: Seit der Gründung der Internationalen Arbeiter-Assoziation (1864) und der nationalen Arbeiterparteien hat das geduldige Warten auf das Wachstum der Arbeiterbewegung Präferenz; der späte Engels schreibt gegen den drohenden Weltkrieg, der die sozialistische Revolution um Jahrzehnte zurückwerfen würde. In dieser Zeit gibt es mit *Anti-Dühring* und *Ursprung der Familie* Schriften, die als Vorbemerkungen zu einer Theorie des Krieges (oder des Friedens) gelesen werden können, aber es gibt keine Theorie des Krieges (oder des Friedens) zwischen kapitalistischen Staaten. Der Kolonialdiskurs ist auf aktuelle Bemerkungen geschrumpft, aber die Kritik der politischen Ökonomie ist auch eine Theorie der kapitalistischen Weltwirtschaft. Die Rezeption ist stark von diesen verschiedenen Strängen strukturiert. In den Anfangszeiten der Friedens- und Konfliktforschung war der Bedarf nach großer Theorie deutlich, man suchte einen in historischem Materialismus verankerten allgemeinen Begriff des Konfliktes oder der Gewalt. Der Krieg wurde eine Form des Klassenkampfes. Die unten referierten Arbeiten von Wette und Freudenstein (bei dem Marx ein Vorläufer der

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Theorie struktureller Gewalt wird) sind Beispiele. Auch Berki verankerte damals den internationalen Konflikt in der Entfremdung. In den 1970er und 1980er Jahren dominierten historische Arbeiten, die Marx' und Engels' Kommentare zur internationalen Politik in eine chronologische Ordnung bringen wollten. Es blieb eine große Unsicherheit, ob diese Kommentare als Beiträge zur Theorie genommen werden können. Seit 1990 dominiert Marx als Prophet der Globalisierung. Die Beschäftigung mit den außenpolitischen Kommentaren ist weitgehend verschwunden. *Das Kapital*, gelesen als Analyse der Weltwirtschaft, ist zum maßgeblichen Text geworden (der unten referierte Text von Pradella 2013 ist nur das jüngste und gründlichste Beispiel). Dazu kommen die Gelegenheitskommentare zu Indien; die häufigste Frage scheint zu sein, was für eine Sorte Eurozentrist Marx ist. Rückgriffe auf die Deutungen aus früheren Jahrzehnten sind selten.

Die internationalen Beziehungen in Europa sind bei Marx und Engels von zwei Zeithorizonten bestimmt, dem langen Prozeß der Herausbildung der europäischen Nationen seit dem Mittelalter einerseits und dem europäischen West-Ost-Gegensatz von Revolution und Reaktion seit 1789 andererseits. Die Theorie der ungleichen Entwicklung in Europa ist eine Theorie über die Neuzeit und vor allem über das 19. Jahrhunderts. Die Texte bis 1848 artikulieren eine Normalentwicklung der verbürgerlichten Nationalstaaten ohne Berücksichtigung internationaler Politik. Die Texte seit 1848 analysieren, wie Rußland den Westen von seiner „normalen Entwicklung" abhält. Seit der Französischen Revolution „gab es tatsächlich bloß zwei Mächte auf dem europäischen Kontinent: Rußland mit seinem Absolutismus auf der einen Seite, die Revolution mit der Demokratie auf der anderen" (Engels 12 April 1853, MEW 9, 17=MEGA I/12, 80). Seit 1789 ist Europa von einem Anspruch des Bürgertums bestimmt, der bereits seit 1815, als die französische Hegemonie durch die russische Hegemonie gebrochen wurde, prekär ist. Die russische Intervention 1848/49 hat endgültig die Brüchigkeit des bürgerlichen Anspruchs gezeigt. Eine generelle marxistische Theorie der Internationalen Beziehungen kann es nicht geben, nur eine Krisenwissenschaft von der Unterdrückung der europäischen Normalentwicklung durch den russischen außerökonomischen Einfluß. Alle Studien zur internationalen Politik in Europa sind Studien über diese Konterrevolution. Daß dieses Studium ein separates Gebiet ist und für Marx und Engels etwas völlig Neues, haben sie gewußt (Marx an Engels 2. November 1853, MEW 28, 306=MEGA III/7, 44; vgl. auch Engels an Marx 31. Mai 1869, MEW 30, 59). Die neue Sicht ist vor allem in Kommentaren zum Krimkrieg und danach in drei Schriften von Marx zur Diplomatie weiterentwickelt worden: *Das Leben Lord Palmerstons* (1853), MEW 9, 353-418=MEGA I/12, 393-442 (der als russophob bekannte englische Außenminister wird hier als russischer Agent dargestellt); *Die Geschichte der Geheimdiplomatie des 18. Jahrhunderts* (1856), es gab eine deutsche Ausgabe Berlin 1977, vorgesehen für MEGA I/15; *Herr Vogt*. – London 1860, dort Kapitel 8 *DâDâ Vogt und seine Studien*, MEW 14, 490-540=MEGA I/18, 157-201 (gegen die Instrumentalisierung des Nationenprinzips durch die Großmächte). In diesen Texten geht es um eine Welt der Täuschungen, der Verschwörungen und des Verrats. Marx folgt in den 1850er Jahren den Verschwörungstheorien des russophoben Diplomaten David Urquhart, aber diese Art Erklärung wird es bei Marx und Engels bis zuletzt geben. Als Marx 1864 in der Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

erklärt, daß der Kampf für Emanzipation der Arbeiterklasse auch Kampf für eine neue Außenpolitik sei und die Pflicht umfasse, „in die Geheimnisse der internationalen Politik einzudringen", denkt er weiter an die „ohne Widerstand erlaubten Übergriffe dieser barbarischen Macht, deren Kopf zu St. Petersburg und deren Hand in jedem Kabinett von Europa" zu finden sei (MEW 16, 13=MEGA I/20, 11-12). Engels, *Die auswärtige Politik des russischen Zarenthums* (1890), MEW 22, 11-48=MEGA I/31, 179-209 klingt wie eine Summe: geheime Einflüsse, anormale Entwicklung, unnatürliche Allianzen – aber mit der Hoffnung, daß durch eine revolutionäre Bewegung in Rußland dieser ganze Spuk zu Ende kommen werde. Internationale Politik kommt bei Marx und Engels immer nur vor, wenn sie etwas Illegitimes hat, es sollte herausgefunden werden, warum die europäische Geschichte nicht ihren vorgesehen Verlauf zum Sieg des Bürgertums und darüber hinaus zum Sozialismus nimmt. Wir können diese außenpolitischen Schriften allenfalls begreifen als Versuch einer kritischen Theorie der Diplomatie: Die außenpolitische Pamphletistik ist so täuschend wie die Vulgärökonomie; wie die Kritik der politischen Ökonomie lebt die Kritik der Diplomatie von den ausgeplauderten Geheimnissen ihrer eigenen Apologeten. Marx sucht deutlich nach einer Kritik der Außenpolitik, findet aber keine Theorie der Außenpolitik vor, an der er kritisch arbeiten kann. Diese Kritik kommt bei Marx und Engels deshalb kaum über den Modus der Verschwörungstheorien hinaus, den zu überwinden eine der unstrittigen Leistungen des machtpolitischen Realismus war. Kommentare zu diesen Texten sind selten (und alle etwas wirr): N. Rjasanoff, *Karl Marx über den Ursprung der Vorherrschaft Rußlands in Europa*, Ergänzungshefte zur Neuen Zeit 5, 1909 (das durchgehende Thema dieser Texte ist Erklärung der Konterrevolu-tion); William Frederick Drischler, *Marxist State Theory without* Russenhass*? : A Review of Marx's Theory of the State and History in the* Revelations, Herr Vogt, *and* Lord Palmerston – *Tendencial Inconsequentiality of Industrial Capitalism*, in: *Geschichte und materialistische Geschichtstheorie bei Marx*. – Berlin 1996 (Beiträge zur Marx-Engels-Forschung : NF ; 1996) 180-208. Die deutschen Rankeaner des frühen 20. Jahrhunderts konnten Marx und Engels loben für die Analysen der Politik zwischen Nationen, für den Sinn für „die individuellen Triebkräfte der führenden Mächte", für den „unbeirrbaren Realismus" (Hermann Oncken, *Marx und Engels in der Epoche des Krimkrieges : mit Randbemerkungen zur Politik im Weltkriege*, in: *Preußische Jahrbücher* 173 (1918) 364-385; vgl. Hans Rothfels, *Marxismus und auswärtige Politik*, in: *Deutscher Staat und deutsche Parteien : Beiträge zur deutschen Partei- und Ideengeschichte ; Friedrich Meinecke zum 60. Geburtstag dargebracht* / hrsg. von Paul Wentzcke. – München 1922. – S. 308-341). Der grundsätzliche Unterschied wird dadurch verwischt. Was bei den deutschen Historikern zu einer (Proto-)Theorie des Realismus als Normalfall internationaler Beziehungen wurde, kann bei Marx nicht Theorie werden, weil es Kritik abnormaler Verhältnisse ist.

Die Studien zu den Kriegen in Europa unterscheiden sich in einzelnen Urteilen, geben aber im Ganzen ein ähnliches Bild des Bellizismus im Namen der Revolution. Vgl.: Miklós Molnár, *Marx, Engels et la politique internationale*. – Paris 1975 (über Nationalitätenfrage, russische Gefahr und asiatische Produktionsweise); Pekka Suvanto, *Marx und Engels zum Problem des gewaltsamen Konfliktes*. – Helsinki 1985 (Überblick über die Kriege, die Marx und Engels publizistisch

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

begleitet haben, keine tiefe Exegese, aber gute Einführung); S. F. Kissin, *War and the Marxists : Socialist Theory and Practice in Capitalist War*, vol. 1. – 1848-1918. – London 1988 (noch mehr Kriege, noch weniger tiefe Exegese); Ernest Haberkern, *War and Revolution*. – New York 2005 (betont stärker die Distanz von Marx und Engels zu den kriegführenden Regierungen). Am stärksten nach dem Muster der Revolutionskriege wurde der Krimkrieg gesehen. Marx und Engels denunzieren diesen begrenzten Krieg als eine konterrevolutionäre Verschwörung, die Politik bourgeoiser Politiker als impotent und konterrevolutionär. Die sechste Großmacht, die Revolution, wird den Weltkrieg gegen Rußland führen, den die bourgeoisen Politiker nicht fertigkriegen. Vgl. die polemischen Artikel zum Krimkrieg: Engels, *Worum es in der Türkei in Wirklichkeit geht*, in: NYDT 12. April 1853, MEW 9, 13-17=MEGA I/12, 84-88; Engels, *Was soll aus der europäischen Türkei werden?*, in: NYDT 21. April 1853, MEW 9, 31-35=MEGA I/12, 92-96; Engels, *Der europäische Krieg*, in: NYDT 2. Februar 1854, in MEW 10, 3-8=MEGA I/13, 3-7; Marx/Engels, *Der langweilige Krieg*, in: NYDT 17. August 1854, in: MEW 10, 375-380=MEGA I/13, 370-374; Engels, *Deutschland und der Panslawismus*, in: Neue Oder-Zeitung 21. April 1855, in: MEW 11, 193-199=MEGA I/14, 286-292; Marx, *Eine sonderbare Politik*, in: NYDT 10. Juli 1855, in: MEW 11,305-308=MEGA I/14, 425-428.

Ein Versuch, aus solchen Texten Anleitungen für aktuelle Diskussionen in marxistischer Internationalen Beziehungen zu gewinnen: Cemal Burak Tansel, *Geopolitics, Social Forces, and the International : Revisiting the ‚Eastern Question'*, in: Review of International Studies 42 (2016) 492-512. Zur Anti-Nation Rußland: Helmut Krause, *Marx und Engels und das zeitgenössische Rußland*. – Gießen 1958. Später schätzte Marx die weltgeschichtliche Rolle Rußlands (und des Kapitalismus) neu ein, nicht aber die russischen Beziehungen zu Europa: *Late Marx and the Russian Road : Marx and „the Peripheries of Capitalism"* / a case presented by Teodor Shanin. – London 1983.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß Marx und Engels sich die sozialistische Gesellschaft ursprünglich (und vielleicht auch später) kosmopolitisch vorgestellt haben. Sie haben sich darüber nicht deutlich geäußert. Spätestens seit 1848 ist ihr Europabild von den wenigen historischen Nationen geprägt: „Seit dem Ausgang des Mittelalters arbeitet die Geschichte auf die Konstituierung Europas auf große Nationalstaaten hin. Solche Staaten allein sind die normale politische Verfassung des europäischen herrschenden Bürgertums und sind ebenso unerläßliche Vorbedingungen zur Herstellung des harmonischen internationalen Zusammenwirkens der Völker, ohne welches die Herrschaft des Proletariats nicht bestehen kann" (Engels, *Die Rolle der Gewalt in der Geschichte* 1887/88, MEW 21, 407=MEGA I/31, 66). Darin unterscheiden Marx und Engels sich nicht wesentlich von Liberalen und Demokraten, aber das Drama der Revolution ist intensiver geworden. Eine systematische Beziehung von Nation und Fortschritt/Revolution hat Engels am ehesten in seiner Kritik an der Rede des Demokraten Arnold Ruge in der Polendebatte des Frankfurter Parlaments Juli 1848 formuliert: Es gehe nicht um die schiere Existenz einer Nation, Nationen verlieren durch reaktionäre Haltung ihr Lebensrecht und gewinnen es durch die Bereitschaft zur Revolution (MEW 5, 353-363=MEGA I/7). Spätere Bemerkungen von Engels zu Polen oder Ungarn zeigen, wie hart sich solche prekären Nationen ihr Lebensrecht immer

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

wieder verdienen müssen, während es Deutschland trotz seiner zweifelhaften Leistungen für Demokratie, Revolution oder auch nur Kapitalismus immer leichter zu haben scheint. Jeder Wahrnehmung einer konterrevolutionären Haltung, gelegentlich bei Dänen und kontinuierlich bei Südslawen, folgt prompt die kulturelle Verdammung der Ansprüche als Nation. Engels Polemik gegen das „Nationalitätenprinzip" als Selbstbestimmungsrecht für „Völkertrümmer" und als Instrument konterrevolutionärer Einmischung in den historischen Gang zu demokratischen Nationen ist zugleich eine Verteidigung der „historischen Nationen" gegen die Proudhonisten, die gegen Napoleon III. Einmischungen protestieren, indem sie gleich die Nationen opfern wollen (*Was hat die Arbeiterklasse mit Polen zu tun?* (1866), MEW 16, 156-159=MEGA I/20, 194-200). Eine generelle Theorie nationaler Unabhängigkeit oder ein generelles Selbstbestimmungsrecht der Völker kann es bei Marx und Engels nicht geben: allein in einem welthistorischen Prozeß erhalten Nationen ihre jeweilige Bedeutung. Marx hat freilich einen Bedarf an einer Theorie der Nation gesehen, Engels mußte ihm ausreden, einer geologischen Erklärung zu folgen (7. August bis 5. Oktober 1866, MEW 31, 248f., 256, 257ff.=https://megadigital.bbaw.de/briefe/detail.xql?id=B00149;https://megadigital.bbaw.de/briefe/detail.xql?id=B00180;https://megadigital.bbaw.de/briefe/detail.xql? id=B00181; https://megadigital.bbaw.de/briefe/detail.xql?id=B00182). Diese geologische Erklärung, die in der Tat „zum Kranklachen" ist, zeigt, wie wenig Marx die Nationen in eine Beziehung zur Kapitalanalyse bringen konnte. Die klarste Formulierung ist Engels historische Formulierung in einem Brief an Kautsky, 7. Februar 1882, MEW 35, 269-273. Erst Kautsky bemüht sich um eine „marxistische" Nationentheorie (seine Theorie, daß die kapitalistische Ökonomie auf einen nationalen Staat angewiesen ist, ist wohl die einflußreichste unter den gegenwärtigen sozialwissenschaftlichen Nationentheorien, auch wenn dafür nur selten Kautsky zitiert wird). Die Literatur ist dadurch behindert, daß immer wieder das Selbstbestimmungsrecht für alle Nationalitäten gesucht wurde, während Marx und Engels sich nur für die großen historischen Nationen interessiert haben. Die meisten Überblicke gehen deshalb rasch nach kurzen Hinweisen auf Marx und Engels zu den Debatten im Zeitalter der II. Internationalen weiter.

Zu Nation und Nationalismus sind unten eine frühe (Bloom 1941) und eine späte (Benner 1994) Arbeit referiert. Einige dieser Überblicke (es gibt seit 1990 einige mehr, aber mit geringem Ertragszuwachs): Georges Haupt/Michael Löwy/Claudie Weill, *Les marxistes et la question nationale 1848-1914*. – Paris 1974 (eine Sammlung von Originaltexten; die Theoriegeschichte von Michael Löwy ist übersetzt in: ders., *Internationalismus und Na-tionalismus : kritische Essays zu Marxismus und ‚nationaler Frage'. – Köln 1999.* – S.45-86); René Gallisot, *Nazione e nazionalità nei dibatti del movimento operaio*, in: *Storia del marxismo* II, *Il marxismo nell'età della Seconda Internazionale*. – Turin 1979. – S. 787-864 (zu knapp, aber in der historischen Gewichtung solide); Michael Löwy, *Marx und Engels – Kosmopoliten : die Zukunft der Nationen im Kommunismus (1845-1848)*, in: ders., *Internationalismus und Nationalismus* a.a.O. S. 13-24 (französ. Original 1981); John Schwarzmantel, *Socialism and the Idea of the Nation*. – New York 1991; Ephraim Nimni, *Marxism and Nationalism : Theoretical Origins of a Political Crisis*. – 2nd. ed. – London 1994.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Zu zahlreichen Nationen gibt es Spezialliteratur, hier sei nur auf die spannenderen Fälle Polen und sonstige Slawen hingewiesen. Marx und Engels hatten von 1847 bis 1880 häufig Gelegenheit zu polnischen Gedenktagen zu sprechen; die wichtigsten Beiträge sind Engels' Kommentare zur Polen-Debatte der Deutschen Nationalversammlung in der NRZ vom 9. August bis 7. September 1848, MEW 5, 319-363= MEGA I/7, 517-561) und die späte Stellungnahme im Streit in der Internationalen über die Solidarität mit Polen *Was hat die Arbeiterklasse mit Polen zu tun?* (1866), MEW 16, 153-163=MEGA I/20, 193-203. Vgl. Celina Bobińska, *Marx and Engels über polnische Probleme*. – Berlin 1958; Helmut Krause, *Marx und Engels und das zeitgenössische Rußland*. – Gießen 1958. – S. 18-33; Werner Conze, Einleitung zu Karl Marx, *Manuskripte über die polnische Frage (1863-1864)*. – s'Gravenhage 1961. – S. 7-41. Die berüchtigten Texte, in denen das Nationalinteresse eines allenfalls potentiell demokratischen deutschen Großstaates gegen geschichtslose Völker verteidigt wird: Engels, *Der demokratische Panslawismus*, NRZ 15. und 16. Februar 1849, MEW 6, 270-286 (vorgesehen MEGA I/8); Varianten von Engels 1852, MEW 8, 49-56=MEGA I/11, 40-53 und 1855, MEW 11,193-199=MEGA I/14, 286-292 und Marx, *Herr Vogt* (1860) MEW 14, 501-510=MEGA I/18, 167-175. Vgl. Roman Rosdolsky, *Friedrich Engels und das Problem der „geschichtslosen" Völker : Die Nationalitätenfrage in der Revolution 1848/49 im Lichte der ‚Neuen Rheinischen Zeitung'*, in: Archiv für Sozialgeschichte 4 (1964) 87-282; Neudruck in R. R., *Zur nationalen Frage*. – Berlin 1979. – S. 17-181 (eine marxistische Kritik: Marx/Engels haben sich für Politik zwischen Mächten interessiert und waren unfähig, eine soziale Analyse der slawischen Revolutionen im Habsburgerreich zu leisten, d.h. die Bauernfrage zu begreifen). Engels Polemik gegen die "geschichtslosen Völker" hat vom amerikanischen *manifest destiny* gelernt; in dem Zeitungsaufsatz *Der demokratische Panslawismus* lobt er *en passant*, daß das großartige Kalifornien von den faulen Mexikanern zu den tatkräftigen Yankies übergegangen sei (MEW 6, 273-274, vorgesehen für MEGA I/8).

Die Geschichte des Internationalismus bei Marx und Engels ist die Geschichte zweier Internationalismen: die Kritik des bürgerlich-demokratischen Internationalismus durch den proletarischen Internationalismus. Engels frühester Kommentar 1845 zum Internationalismus der Kommunisten ist bereits Polemik gegen Hirngespinste des ewigen Friedens (d.h. der Vereinigten Staaten von Europa) und gegen die Phrasen der Vereinigung der Völker durch Handelsfreiheit (*Das Fest der Nationen in London*, MEW 2, 611-624, vorgesehen MEGA I/4). Noch in der Internationalen Arbeiter-Assoziation bezieht sich Marx ironisch auf die bürgerliche Friedensbewegung: über den verderblichen Einfluß der stehenden Heere auf die Produktion „ist auf bürgerlichen Kongressen aller Arten, auf Friedenskongressen, ökonomischen Kongressen, statistischen Kongressen, philanthropischen Kongressen und soziologischen Kongressen" genug gesagt worden; interessant ist stattdessen ein sozialistisches Militärprogramm (MEW 16, 199=MEGA I/20, 235, August 1866). Gegenüber dem Kongreß der Friedens- und Freiheitsliga wird dieselbe Doppelstrategie versucht. Mitglieder der IAA können auf dem Forum der demokratischen Friedensbewegung auftreten, die IAA muß aber ihre Selbständigkeit bewahren: „Der Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation sei an

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

sich schon ein Friedenskongreß, da die Vereinigung der Arbeiterklasse der verschiedenen Länder internationale Kriege schließlich unmöglich machen müsse. Hätten die Initiatoren des Genfer Friedenskongresses den Kern dieser Frage wirklich verstanden, dann wären sie der Internationalen Assoziation beigetreten." Wieder geht es um die Naivität des bürgerlichen Internationalismus: Solange es das bewaffnete Rußland gibt, könne es nicht im Interesse von Demokraten oder Sozialisten sein, die Armeen abzuschaffen (MEW 16, 529-530=MEGA I/20, 585-586, August 1867, es gibt nur eine Protokollnotiz). In seiner letzten größeren Schrift wirft Marx der deutschen Arbeiterpartei vor, in einem Moment, wo jeder Kaufmann weiß, daß deutscher Handel internationaler Handel ist und Bismarck internationale Politik betreibt, nichts als die Phrasen der bürgerlichen Freiheits- und Friedensliga von der „internationalen Völkerverbrüderung" zu haben. Es komme auf „die internationale Verbrüderung der Arbeiterklasse im gemeinschaftlichen Kampf gegen die herrschenden Klassen und ihre Regierungen" an. Das Gothaer Programm stehe damit tief unter dem Internationalismus der Freihandelspartei, deren Rede von Völkerverbrüderung durch Handel nicht weiter ernst genommen werden muß, die aber den Internationalismus tatsächlich durch Handel vorantreibt (*Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei* 1875, MEW 19, 24=MEGA I/25, 17-18). Engels fügte hinzu, daß bei der deutschen Sozialdemokratie keine Aussicht auf ein Zusammenwirken der europäischen Arbeiter mehr erkennbar ist, sondern nur die blassen Vereinigten Staaten von Europa der Bourgeoisie der Friedensliga (Engels an Bebel 18./28. März 1875, MEW 34, 126-127). Der proletarische Internationalismus folgt dem bürgerlichen, wie die proletarische Demokratie der bürgerlichen: Die Arbeiterbewegung folgt den bürgerlichen Reden und Taten, hat aber die kritische Funktion die bürgerlichen Reden zu korrigieren und durch eigene revolutionäre Taten zu vollenden und überbieten.

Bis 1848 sind die Äußerungen von Marx und Engels zu internationalen Beziehungen nie auf auswärtige Politik, immer auf den Weltmarkt bezogen. Die Äußerungen sind knapp, aber die Botschaft ist klar: der Kapitalismus hat die Nationen bereits zur Interdependenz gebracht, die nationalen Bourgeoisien haben noch nationale ökonomische Interessen, das Proletariat hat schon jetzt nur ein gemeinsames internationales Interesse. Wir hören von der Aufhebung der Dependenz im Sozialismus, aber wenig über diese Dependenz selber. Die Texte über Freihandel und Schutzzölle sind immer Kritik an falschen Versprechen, die bürgerliche Apologeten dem Proletariat machen. Engels spricht sich für Schutzzölle aus, an denen die deutsche Bourgeoisie ein Interesse hat und die Arbeiter das Interesse haben müssen, der deutschen Bourgeoisie zur Herrschaft zu verhelfen. Marx spricht sich letztlich für Freihandel aus, weil Freihandel die bisherige Nationalität zersetzen und den Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie auf die Spitze treiben wird. Wie so oft in diesen Jahren ist Engels zu konkret deutsch, Marx zu unkonkret Weltmarkt-bezogen. Die nationalen Gegensätze im Weltmarkt werden angesprochen, aber nie ausgeführt. Vgl. Engels, *Schutzzoll und Freihandels-System* (Juni 1847), MEW 4, 58-61, vorgesehen MEGA I/6; Engels, *Der Freihandelskongreß in Brüssel* (Oktober 1847), MEW 4, 299-308, vorgesehen MEGA I/6 (Engels referiert hauptsächlich Marx' nicht gehaltene Rede); Marx, *Rede über die Frage des Freihandels* (Januar 1848), MEW 4, 444-458. vorgesehen MEGA I/6;

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Engels, *Die „Kölnische Zeitung" über englische Verhältnisse*, in: NRZ 1. August 1848, MEW 5, 284-288=vorgesehen MEGA I/7, 448-452. Engels gibt seiner Schutzzollposition eine politische Wende in seiner Polemik gegen Arnold Ruges Idee einer (west)europäischen Gemeinschaft zur Befreiung Polens: Daß in allen drei zivilisierten Nationen des westlichen Europas die Bourgeoisie herrscht, macht sie noch lange nicht zu Alliierten, denn für England ist Handelsfreiheit gegenüber Deutschland und Frankreich unerläßlich, für Deutschland und Frankreich dagegen Schutzzölle gegen England; die vorgeschlagene Tripelallianz könne in der Praxis nur die industrielle Unterjochung Frankreichs und Deutschlands sein (NRZ 7. September 1848, MEW 5, 359-360=MEGA I/7, 551-561). Der außenpolitische Schock von 1848 ist zunächst ein doppelter Schock. Als Marx im April 1849 die Notwendigkeit erkennt, über den Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital zu publizieren, begründet er es mit der drohenden „englisch-russischen Sklaverei". Das ist die einzige Stelle, an der Marx die russische politisch-militärische und die britische ökonomische Hegemonie zusammenstellt. Der angekündigte Artikel über „die kommerzielle Unterjochung und Ausbeutung der Bourgeoisieklassen der verschiedenen europäischen Nationen durch den Despoten des Weltmarktes – England" (MEW 6, 397-398, vorgesehen MEGA I/9) ist nie erschienen. Es gibt später noch Spitzen gegen den englischen Freihandels-Pazifismus als einer modernen Form der Kriegführung (August 1852, MEW 8, 343=MEGA I/11, 324; Februar 1853, MEW 8, 509=MEGA I/12, 27). Aber über die nationalen Gegensätze im bourgeoisen Europa hat Marx nie etwas Systematisches geschrieben.

Marx ökonomisches Hauptwerk sollte in den frühen Planungen auch Bücher über den Staat enthalten; der „Staat nach außen" hat aber nichts mit internationaler Politik zu tun, die Themen sollten Kolonien, auswärtiger Handel, Wechselkurs und „Endlich der Weltmarkt" sein (*Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie"* (1857/58), MEGA II/1.1, 187). Auch diese Themen sind in *Das Kapital* nur noch marginal enthalten, am ehesten in den von Marx aufgegeben Bänden. Vgl. Klaus-Dieter Block, *Karl Marx zur Weltmarktbewegung des Kapitals : zur Genesis der Marxschen Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, ihrer Einordnung in sein ökonomisches Gesamtwerk und Überlegungen zu Marx's geplanten Büchern über den auswärtigen Handel und den Weltmarkt*. – Diss. Halle 1987 (das von Marx 1858/59 geplante sechsbändige Werk kann nicht rekonstruiert werden, Block stellt aber alle Äußerungen dazu von den 1840er bis 1860er Jahren zusammen); Christian Girschner, *Politische Ökonomie und Weltmarkt : allgemeine Weltmarktdynamik in der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie*. – Köln 1999; Lucia Pradella 2013 (unten referiert). Der späte Engels kommt auf die Debatte über Freihandel vs. Schutzzoll zurück: *Schutzzoll und Freihandel* (1888), MEW 21, 360-375=MEGA I/31, 124-138, für ein amerikanisches Publikum; Vorwort zur englischen Ausgabe der *Lage der arbeitenden Klasse in England* (1892), MEW 22, 265-278=MEGA I/32, 74-87). Die Forschung hat alle Ansatzpunkte für Imperialismustheorien bei Marx und Engels ausgiebig dokumentiert, hat aber keine Vorwegnahme der Theorien um 1900 zeigen können. Marx' Beitrag ist die Darstellung der maßlosen Expansion des Kapitals. Beim späten Engels erscheinen alle Züge der ursprünglichen Akkumulation wie lange vergangen. Konflikte der kapitalistischen Staaten über die Ausbeutung der asiatischen und afrikanischen Länder sind noch kein Thema.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Vgl. zur Rolle von Marx und Engels für die Imperialismustheorien späterer Generationen: Hans Werner Kettenbach, *Lenin's Theorie des Imperialismus. – Bd. 1, Grundlagen und Voraussetzungen*. – Köln 1965. – S. 101-137*;* Hans-Christoph Schröder, *Sozialismus und Imperialismus : die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der ‚Weltpolitik' vor 1914*, Teil 1. – Hannover 1968. – S. 31-103 (in seinem Überblick *Sozialistische Imperialismusdeutung* 1973 hat Schröder auf dem Weg von Sismondi und Robertus zu den Marxisten nach 1900 Marx und Engels völlig ausgelassen); Hans-Holger Paul, *Marx, Engels und die Imperialismustheorie der II. Internationale*. – Hamburg 1978. – S. 59-87 und 231-258 *Theoretische Grundlegung der klassischen Imperialismustheorien durch Engels*.

Marx und Engels haben sich zu diversen außereuropäischen Ländern geäußert: Algerien, China, Indien, Mexiko, Osmanisches Reich. Es gibt zu diesen Ländern Spezialliteratur mit Vorschlägen, wie diese journalistischen und privaten Texte zu lesen seien, mit der üblichen Spannweite der Lesarten von negativ (rassistisch, orientalistisch, eurozentrisch, besonders häufig für frühe Texte) bis positiv (anti-imperialistisch oder anti-eurozentrisch, besonders häufig für späte Texte). Die umfangreichste Anthologie ist *Karl Marx on Colonialism and Modernization : His Dispatches and other Writings on China, India, Mexico, the Middle East and North Africa* / ed. with an introduction by Shlomo Avineri. – Garden City, N.Y. 1969. Nur für Indien liegen mehrere ausgearbeitete Texte vor. Es sind Zeitungsaufsätze 1853, die die zerstörende und die gestaltende Kraft der britischen Herrschaft in Indien feiern (unten referiert), und 1857, die nur noch die Zerstörung sehen und sie nicht feiern, aber keine Alternative zur historischen Notwendigkeit der britischen Herrschaft erkennen lassen. Die indischen Autoren sind sich ziemlich einig, daß Marx vom vorkapitalistischen Indien zu wenig wußte und die Notwendigkeit der britischen Herrschaft und deren Leistung für ein kapitalistisches Indien überschätzt habe. Gelobt wird, daß Marx ein halbes Jahrhundert vor der indischen Bourgeoisie Notwendigkeit und Möglichkeit, die Unabhängigkeit für Indien zu erkämpfen, denken konnte. Im Zentrum der Eurozentrismusdiskussion stand die „Asiatische Produktionsweise" mit ihrer Unterstellung, daß asiatische Gesellschaften ohne Eingreifen europäisch kapitalistischer Staaten zu jeder Entwicklung unfähig seien. Vgl. Shlomo Avineri, *Marx and Modernization*, in: *Review of Politics* 31 (1969) 172-188 (außer Industrialisierung und Kapitalismus werden soziale Voraussetzungen für die Modernisierung genannt, die in der asiatischen Welt nicht vorausgesetzt werden können); Gianni Sofri, *Die asiatische Produktionsweise : zur Geschichte einer strittigen Kategorie der Politischen Ökonomie*. – Frankfurt am Main 1972 (ital. Original 1969); Lawrence Krader, *The Asiatic Mode of Production : Sources, Development and Critique in the Writings of Karl Marx*. – Assen 1975 (Standardwerk); *The Asiatic Mode of Production : Science and Politics* / ed. by Anne M. Bailey and Josep R. Llobera. – London 1981 (zur Geschichte des Konzepts im Marxismus); Brendan O'Leary, a.a.O. Neuerdings gibt es eine Neigung, gegen einen frühen eurozentrischen einen späten multilateralen Marx auszuspielen. Falls Marx sich wirklich einen anderen Weg zum Sozialismus vorstellen konnte (er hat es für Rußland angedeutet), dann wissen wir doch nicht, wie er sich eine solche Entwicklung in China und Indien gedacht haben würde. Kolonialismus war in der IAA kein Thema und in den frühen sozialistischen Par-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

teien selten. Marx hat in China und Indien keine demokratische Nationalbewegung erkennen können und als Engels mit der Nationalbewegung in Ägypten konfrontiert wurde, hat er – nicht anders als die britischen Liberalen, freilich anders begründet – geleugnet, daß es eine sein könne: „Von Irland bis Rußland, von Kleinasien bis Ägypten ist der Bauer eines Bauernlands dazu da, exploitiert zu werden“ (Engels an Bernstein 9. August 1882, MEW 35, 348-350).

Vgl. Gareth Stedman Jones, *Radicalism and the Extra-European World : the Case of Karl Marx*, in: *Victorian Visions of Global Order* / ed. by Duncan Bell. – Cambridge 2007. – S. 186-214; Kevin B. Anderson, *Marx at the Margins : on Nationalism, Ethnicity, and Non-Western Societies*. – Chicago, Ill. 2010; Kolja Lindner, *Eurozentrismus bei Marx : Marx-Debatte und Postcolonial Studies im Dialog*, in: *Kapital & Kritik : nach der „neuen“ Marx-Lektüre* / hrsg. von Werner Bonefeld und Michael Heinrich. – Hamburg 2011. – S.93-129; Harry Harootunian, *Who Needs Postcoloniality? : A Reply to Lindner*, in: *Radical Philosophy* No. 164 (November-December 2010) 38-44; John M. Hobson, *The Eurocentric Conception of Worldm Politics : Western International Theory, 1760-2010*. – Cambridge 2012. – S. 52-58 *Karl Marx : Paternalist Eurocentrism and the ‚Political Necessity‘ of the Western Civilizing Mission*.

Zu Marx über Indien: Vgl. V. G. Kiernan, *Marx and India* (1969), in: ders., *Marxism and Imperialism*. – London 1974. – S. 165-202; Lawrence Krader, *The Asiatic Mode of Production* a.a.O.; Bipan Chandra, *Karl Marx, his Theories of Asian Societies and Colonial Rule*, in: *Sociological Theories : Race and Colonialism*. – Paris 1980. – 383-451; Brendan O’Leary, *The Asiatic Mode of Production : Oriental Despotism, Historical Materialism and Indian History*. – London 1989; Aijaz Ahmad, *Marx on India : a Clarification*, in: ders., *In Theory : Nations, Classes, Literatures*. – London 1992. – S. 221-242 (eine Verteidigung gegen Orientalismusschablonen); Pranav Jani, *Karl Marx, Eurocentrism, and the 1857 Revolt in British India*, in: *Marxism, Modernity, and Postcolonial Studies* / ed. by Crystal Bartolovich and Neil Lazarus. – Cambridge 2002. – S. 81-97. Der vollständigste Überblick über die Texte: *Karl Marx on India : from the New York Daily Tribune (including Articles by Frederick Engels) and Extracts from Marx-Engels Correspondence 1853-1862* / ed. by Iqbal Husain. – New Delhi 2006 (mit einer Einleitung von Irfan Habib, einem marxistischen Historiker, der die indische Sicht der Marx‘schen Sicht von Indien schon länger stark prägte).

Eine einheitliche Kriegstheorie von Marx und Engels kann es bei ihrem Historismus nicht geben. Die Arbeiten, in denen am ehesten eine „marxistische Theorie“ des Krieges gefunden wurde, sind auf die Frühgeschichte begrenzt. Danach verschwindet der Krieg aus der Geschichte, so sehr er in der Gegenwart wahrgenommen wird. Dem entspricht ein Wandel der Analyse von politischer institutioneller Entwicklung zur Ökonomie. Der Krieg beginnt durch die schiere Existenz verschiedener Gesellschaften schon bevor sich in den Gesellschaften eine differenzierte Wirtschaft mit Eigentum entwickelt hatte. Dieses Muster gibt es bereits in der *Deutschen Ideologie*, wo eine vom Krieg bestimmte Historie abgefertigt wird, aber für Barbaren diese Art Krieg weiter als Gegenwart gesehen wird. In Marx’ *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie* (1857-58) beginnt die Geschichte des Krieges in der Frühgeschichte, der Krieg verschwindet dann aus

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

der weiteren Darstellung, was nicht kommentiert wird. Das wiederholt sich in Engels' späten Schriften. Engels' *Ursprung der Familie, des Privateigenthums und des Staats* (1884, unten referiert) klingt wie ein Versuch die Motive aus *Grundrisse*, die nicht in *Das Kapital* eingegangen sind, mit Hilfe neuerer ethnologischer Forschungen in eine lesbare Form zu bringen. Marx und Engels teilen die bürgerliche Theorie, daß mit der Entwicklung des Kapitalismus der Krieg zurücktritt. Freilich mit der Vorstellung, daß die Konkurrenz innerhalb der kapitalistischen Produktion um nichts besser ist. Das steht schon in Engels' *Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie* 1844 (die Kommentatoren um 1970, die strukturelle Gewalt suchten, hätten sie am ehesten hier finden können) und in Marx' und Engels' *Deutsche Ideologie* 1845-46 (beide Texte unten referiert). Die Trennung von Ökonomie und Krieg ist auch in *Das Kapital* grundlegend (unten referiert): Die gewalttätige ursprüngliche Akkumulation ist historische Vorbedingung des Kapitals, darf aber keinen Einfluß auf die Deutung des entwickelten Kapitals haben. Der Krieg verschwindet aus der Analyse. Das ist die Theorie, die Engels gegen Dühring verteidigt (unten referiert). Das Kapitel über die sogenannte ursprüngliche Akkumulation ist gewiß eines der hastigsten in *Das Kapital*. Seit Rosa Luxemburg wurden solche Stellen vermehrt, stärker in die Gegenwart verlegt und als marxistisch angesehen. Aber es gibt bei Marx keine Analysen, warum Kapitalismus außer für die ökonomische Verdrängung vorkapitalistischen Verhältnisse auch den Krieg benötigt. Die Kriege des 19. Jahrhunderts werden nie ökonomisch erklärt, sondern der Frieden: Die Freihandelslehre gilt als (britischer) Trick, durch Frieden zu erlangen, was Krieg nicht (mehr) bringen konnte. Man kann die Analysen des Krimkrieges lesen als ökonomische Theorie der Kriegsvermeidung durch Konterrevolutionäre und – Cobden. Wenn Engels von Ökonomie des Krieges spricht, spricht er von Hinterladern und gezogenem Rohr und von der neuen Taktik.

Es gibt eine Stelle, die eine Theorie des Friedens andeutet. In der ersten Adresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation zum Deutsch-Französischen Krieg im Juli 1870 heißt es, daß eine neue Gesellschaft entsteht, „deren internationales Prinzip der Friede sein wird, weil bei jeder Nation dasselbe Prinzip herrscht – die Arbeit!" Das klingt nach einem Angebot an die Proudhonisten; wenn es ernstgemeint ist, wäre es ein Zeichen, daß sich Marx und Proudhon im Letzten und für die Zukunft wenigstens einig waren. Unverkennbar Marx aber ist der darauffolgende Hinweis auf „die unheimliche Gestalt Rußlands" im Hintergrund des westeuropäischen selbstmörderischen Krieges und der Hinweis auf die Internationale als Weg zu dieser neuen Gesellschaft und zum Frieden (MEW 17, 6-7=MEGA I/21, 248-249). Nur in dieser Dreiheit von europäischer ungleicher Entwicklung, Sozialistischer Revolution und internationaler Zusammenarbeit der Arbeiter kann Marx etwas für die Theorie von Krieg und Frieden beitragen. Es wäre falsch, die Theorie aus der frühen Anthropologie der Entfremdung zu konstruieren (die Universalität der Gattung ergibt keine Theorie Internationaler Beziehungen), aus der expansiven Natur des Kapitals abzuleiten (ein Modell das internationale Beziehungen ausschließen muß), aus den Kommentaren zur Außenpolitik einzelner Staaten im 18. und 19. Jahrhundert zu konstruieren. Wir müssen ihre Theorien als Theorien zur Geschichte erst nehmen. Auch eine positivistische Theorie des sozialen Wandels, wie andere im 19. Jahrhundert, ist ausgeschlossen. Voraus-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

setzung bleiben die demokratischen und sozialistischen Revolutionen. Eine marxistische Theorie muß eine Theorie über ungleiche (und kombinierte) Entwicklung und über noch eintretende Ereignisse sein. Die theoretische Fundierung des Krieges in der Entfremdung und Verdinglichung, die Kommentatoren eingefordert haben, haben Marx und Engels nicht formuliert. Die strikte Trennung von Ökonomie und Krieg hat sie gehindert, Veränderungen des Kapitalismus in Ländern mit vorkapitalistischen Herrschaftssystemen zu erkennen. Das haben Bakunin, Renan, Veblen begriffen, die in ihrer Deutschlandkritik diese Trennung aufheben.

Engels' Schriften sind überwiegend militärische Texte: Zeitungskommentare zu laufenden Kriegen, militärische Beiträge zu einem amerikanischen Konversationslexikon, strategische Beurteilungen der Grenzen Deutschlands, Italiens und Frankreichs, Diskussionen taktischer Folgen militärtechnischer Innovationen, Vorschläge zur Wehrform. Die Forschung war immer erneut erstaunt, daß es diese Texte überhaupt gibt und daß sie so schlecht zum „historischen Materialismus" passen. Diese Fremdheit war nicht von vornherein klar. Marx bat Engels mehrfach um Beiträge zu seinem ökonomischen Hauptwerk; ihn faszinierte, daß „durch den Krieg und in den Armeen etc. gewisse ökonomische Verhältnisse, wie Lohnarbeit, Maschinerie etc. früher entwickelt als im Innern der bürgerlichen Gesellschaft" (*Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie* (1857/58), MEGA II/1.1, 43; vgl. die Briefe an Engels 25. September 1857, MEW 29, 192-193=MEGA III/8, 175-176 und 7. Juli 1866, MEW 31, 234=http://megadigital.bbaw.de/briefe/detail.xql?id=B00133). In *Das Kapital* gibt es solche Beiträge nicht und es ist nicht klar, wo sie einen Platz hätten finden können. Engels Ausführungen über die ökonomischen Voraussetzungen der Militärgeschichte im *Anti-Dühring* können als eine Art Ersatz verstanden werden. Es gibt keinen Hinweis, daß Engels Clausewitz besser verstanden hätte als seine Zeitgenossen; er ist ein solider Jomini-Schüler (und neigt in seinen militärischen Analysen zu den üblichen Fehlern der Jomini-Schule). Vgl. Azar Gat, *Clausewitz und the Marxists : Yet another Look*, in: Journal of Contemporary History 27 (1992) 363-382, bzw. Azar Gat, *The Development of Military Thought : the Nineteenth Century*. – Oxford 1992. – S. 227-235. Gat sieht aber Parallelen: Der Marxismus steht in der gleichen deutschen historistischen Tradition wie Clausewitz. Engels ist ein Prophet des Massenheers. Er hat 1870 zu den (vielen) Autoren gehört, denen klar war, daß die neue Effizienz des preußisch-deutschen Heeres zu Nachrüstungen bei den übrigen Großmächten führen wird. Er hat zu den (wenigen) Autoren gehört, die einen Weltkrieg ahnten, der nicht mehr als Fortsetzung von Politik verstanden werden kann: „Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet" (Dezember 1887, MEW 21, 350-351=MEGA I/31, 53-54). Noch im *Anti-Dühring* 1878 hatte Engels versichert, daß der Militarismus an der Dialektik seiner eigenen Entwicklung untergehen werde, weil er langfristig nicht bezahlbar sei und durch den Zwang zum Volksheer seinen Charakter verliere. Aber er traut diesem Automatismus nicht und schlägt multilaterale Ab- und Umrüstungsverträge vor. Die an Theorie interessierten Autoren haben hier den historischen Materialismus vermißt (Airas, Kondylis, Münkler), die an Geschichte interessierten Autoren haben eine taktische Stellungnahme in parteiinternen Auseinandersetzungen der SPD zur Heeresvorlage 1892/93 gewittert (Suvanto, Haberkern –

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

dieser spricht von „a model Social Democratic bill for military reform"). Taktisch ist dieser Plan nach Engels eigenen Angaben darin, daß er nur vorschlägt, was „schon jetzt möglich ist, auch für die heutigen Regierungen und unter der heutigen politischen Lage." Es ist ein kritisch-propagandistisches Vorhaben zu zeigen, daß die Fortdauer der stehenden Heere „nicht aus militärischen, sondern aus politischen Gründen geschieht, daß also mit einem Wort die Armeen schützen sollen nicht so sehr gegen den äußeren wie gegen den inneren Feind" (MEW 22, 371=MEGA I/32, 209). Eine Umkehr zur bürgerlichen moralistischen und legalistischen Friedensbewegung ist es nicht. Engels Argument ist die Macht der Reputation in der europäischen Großmächtekonstellation. Er hatte 1848/49 begriffen, daß das Zeitalter der Miliz vorüber ist und moderne Heere reguläre Armeen mit einem professionellen Offizierskorps sein müssen. Er hoffte auf einen neuen großen Fortschritt der Taktik durch die Arbeiterbewegung, konnte sich den aber nie vorstellen. Er leistet sich zugleich, das preußisch-deutsche Militär für etwas wie eine Miliz zu halten, in der die Gesinnung der Rekruten einen Unterschied macht. Erst Kautsky hat 1914 begriffen, daß Volksheer auch Einfluß des Militarismus auf die Sozialdemokratie bedeutet. Engels' wichtigste Texte zum Volksheer: *Bedingungen und Aussichten eines Krieges der Heiligen Allianz gegen ein revolutionäres Frankreich im Jahre 1852*, Manuskript 1851, MEW 7, 468-493=MEGA I/10, 511-534; *Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei*. – Hamburg 1865, MEW 16,37-78=MEGA I/20, 71-109; *Wie die Preußen zu schlagen sind*, in: The Pall Mall Gazette 17. September 1870, deutsch MEW 17, 105-108=MEGA I/21, 337-342; *Kann Europa abrüsten?* (unten referiert).

Vgl. dazu Reinhard Höhn, *Sozialismus und Heer*, Bd. 1, *Heer und Krieg im Bild des Sozialismus*. – Bad Homburg 1959 (die grundlegende Abhandlung für die Zeit bis 1875, Hinweise auf den späten Engels in Bd. 3, 1969 sind unkonzentriert); Martin Berger, *Engels, Armies, and Revolution : the Revolutionary Tactics of Classical Marxism*. – Hamden, Conn. 1977. Textsammlung: Engels, *Ausgewählte militärische Schriften*. – Berlin 1958-1964. – 2 Bde. & Registerbd. Referate: Jehuda L. Wallach, *Die Kriegslehre von Friedrich Engels*. – Frankfurt am Main 1968 (zum Guerillakampf; spätere Kommentatoren haben gesehen, daß dies kein Schwerpunkt ist); A. I. Babin, *Die Herausbildung und Entwicklung der militärtheoretischen Ansichten von Friedrich Engels*. – Berlin 1978 (russ. Original 1975) (zur elementaren Taktik, womit er Engels nicht verfälscht); Panajotis Kondylis, *Theorie des Krieges : Clausewitz – Marx – Engels – Lenin*. – Stuttgart 1988. – S. 146-234; Herfried Münkler 2001 (unten referiert).

4. Marxistische Traditionen der Internationalen Beziehungen

Im 19. Jahrhundert war das Interesse an marxistischen Theorien internationaler Beziehungen gering. Im 20. Jahrhunderts dagegen gehörten marxistische Beiträge zur Internationalen Politischen Ökonomie zu den beständigsten Traditionen. Diese Theorien werden im folgenden Band dieser Bibliographie im Kontext ihrer Zeit behandelt, hier soll nur ein kurzer Überblick über Kontinuität und Brüche in dieser Tradition gegeben werden.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Die marxistischen Imperialismustheorien des frühen 20. Jahrhunderts wurden der wichtigste Beitrag des Marxismus zur Theorie der Internationalen Beziehungen und einer der kontinuierlichsten Traditionsstränge in der Geschichte der Internationalen Beziehungen. Den Ausgangspunkt, daß Expansion, Konzentration, Zentralisierung zum Wesen des Kapitals gehören, und daß mit dem Höhepunkt dieser Tendenzen der Umschlag in den Sozialismus bevorsteht, teilen alle marxistischen Imperialismustheoretiker. Rosa Luxemburg wagte eine Neukonzeption der Marx'schen Theorie der Akkumulation des Kapitals als eines großen historischen Trauerspiels der gewaltsamen Auflösung der vorkapitalistischen Produktionsweisen mit Hybris der kolonialistischen Globalisierung und Nemesis des Sozialismus. Eine Theorie der Staatenwelt fehlt ihr. Karl Kautsky versucht den Determinismus der Imperialismusanalysen (er war ihr erster Anreger unter den Marxisten) zu beschränken. Ökonomisch spielte er die Angewiesenheit des Kapitalismus auf Ausbeutung peripherer Ökonomien herab, politisch sieht er die Möglichkeit zur Zusammenarbeit der kapitalistischen Staaten als Alternative zum Krieg. Lenin muß Kautsky zugestehen, daß "rein ökonomisch" die Tendenz zum „Welttrust" gegeben ist, aber vor der Welteinheit werden wir die Kriege der imperialistischen Mächte gegeneinander um die Verfügungsmacht über Kolonien und Halb-Kolonien erleben. Die Geschlossenheit von Lenins Imperialismustheorie ist geborgt von konventionellen realistischen Annahmen über Nationalinteresse; das paßte zur Kriegszielhektik der ersten Monate des Weltkrieges, klingt aber doch peinlich nach den trivialen realistischen Haves/Have-nots Analysen, die in den 1920er und 1930er Jahren für Internationale Politik und Internationale Politische Ökonomie galten. Lenins Imperialismustheorie ist mit dem sozialistischen *Tiers-Mondisme* untergegangen, in der marxistischen Globalisierungsdiskussion wurden verschämte Neo-Kautskyaner ausgemacht (von Alexis Callinicos 2009). Die marxistische Imperialismustheorie kann nur als Streit unter Marxisten studiert werden.

Vgl. Hans-Christoph Schröder, *Sozialistische Imperialismusdeutung*. – Göttingen 1973; Anthony Brewer, *Marxist Theories of Imperialism : a Critical Survey*. – 2nd. ed. – London 1990; M. C. Howard / J. E. King, *A History of Marxian Economics, vol. I, 1883-1929*. – Basingstoke 1989. – S. 90-125, 222-266, 277-283. Zu der zentralen Debatte zwischen Kautsky und Lenin: Giovanni Arrighi, *The Geometry of Imperialism : the Limits of Hobson's Paradigm*. – London 1983 (italienisch 1978).

Die Marxistisch-Leninistische Theorie der Internationalen Beziehungen hatte die Aufgabe, die Zukunftsaussichten des Sozialismus in einem Land (oder wenigen Ländern) zu deuten. Die Lehre von der Wechselwirkung der Kräfte ist eine Spielart des Realismus (westliche Kommentatoren waren immer erneut erstaunt, wie realistisch die sowjetische Lehre der Internationalen Beziehungen ist), soll aber mehr Kräfte berücksichtigen als Politik zwischen Staaten. Dies ist zweifellos ein Erbe von Marx und Engels.

Vgl. William Zimmerman, *Soviet Perspectives on International Relations, 1956-1967*. – New York 1969; Vendulka Kubálková/Albert A. Cruickshank, *Marxism-Leninism and Theory of International Relations*. – London 1980; Julian Lider, *Correlation of Forces : an Analysis of Marxist-Leninist Concepts*. – Aldershot 1986; Allen Lynch, *The Soviet Study of International Relations*. –

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Cambridge 1987; Margot Light, *The Soviet Theory of International Relations*. – Brighton 1988. Der Marxismus-Leninismus hatte ein Bedürfnis nach einer allgemeinen Militärtheorie, Engels bot zu wenige Anknüpfungspunkte. Zu Brüchen und gelegentlichen Kontinuitäten der marxistischen militärtheoretischen Tradition vgl. Einleitung und Texte in *Marxism and the Science of War* / ed. by Bernard Semmel. – Oxford 1981.

Die marxistische Imperialismustheorie des frühen 20. Jahrhundert war kaum an den abhängigen Ländern selber interessiert, erst nach 1917 wurde um nationale Befreiungsbewegungen geworben. Die Dependenz- und Weltsystemtheorien nach dem 2. Weltkrieg sind ein Neueinsatz, denn ihr Thema ist die ausbleibende Entwicklung der abhängigen Länder. Lenin ist die Hauptautorität, aber deutlicher sind die Beziehungen zu Kautsky (die fast niemand bemerken will) und zu Luxemburg (die mehr gelobt wird als bei ihren Zeitgenossen). Deutlich ist aber auch das Echo von Friedrich List hörbar. Marxisten haben dagegen die Verlagerung der Analyse von Produktion zu Distribution und von globaler Klassenanalyse zu peripheren Staaten als einer Einheit kritisiert. Dependenztheorien sind nicht stabiler als die klassische Imperialismustheorien, einer konsistenten marxistischen Theorie haben Andre Gunder Frank, Immanuel Wallerstein, Samir Amin nicht vertraut.

Zur kritischen Darstellung der Dependenztheorien im Rahmen der marxistischen Tradition vgl. Anthony Brewer, *Marxist Theories of Imperialism : a Critical Survey*. – 2. Aufl. – London 1990. – S. 136-259 und die Abschnitte zu Baran, Frank, Wallerstein, Emmanuel bei M. C. Howard/J. E. King*, A History of Marxian Economics, vol. II, 1919-1990*. – Basingstoke 1992 (vgl. auch die Selbstkritik in Howard/King, *Whatever Happened to Imperialism?* in: *The Political Ecomy of Imperialism* / ed. by Ronald H. Chilcote. – Lanham, Md. 2000. – S. 19-40). Daß das nicht Marxismus sei: *Dependency and Marxism : Toward a Resolution of the Debate* / ed. by Ronald H. Chilcote. – Boulder, Colo. 1982; Ernesto Laclau, *Politik und Ideologie im Marxismus*. – Berlin 1981 (engl. Original 1977). – S. 16-45 (zu Frank und Wallerstein); Robert Brenner, *The Origins of Capitalist Development : a Critique of Neo-Smithian Marxism*, in: *New Left Review* No. 104 (1977) 25-92 (zu Wallerstein); Sheila Smith, *Class Analysis versus World Systems : Critique of Samir Amin's Typology of Underdevelopment*, in: J*ournal of Contemporary Asia* 12 (1982) 7-18 (zu Amin). Andre Gunder Frank hat geantwortet, er beanspruche gar nicht als Marxist zu gelten und erwarte von Marxisten, die weltwirtschaftliche Realität wahrzunehmen: *An Aswer to Critics* (1977) und *Real Marxism is Marxist Realism* (1983), in: A. G. Frank, *Critique and Anti-Critique*. – London 1984. – S. 245-278, bzw. S. 279-289. Während Wallerstein und Amin zu Theorien kultureller Differenzierungen abwanderten, wandte sich Frank der Rekonstruktion der Geschichte der Weltwirtschaft zu, die aus dem europäisch-kapitalistischen Primat eine vorübergehende Erscheinung machen; Begriffe wie Entwicklung, Modernisierung, Kapitalismus, Abhängigkeit verlieren an Bedeutung. Postcolonial Studies sind post-marxistisch, sie begannen mit Marx, die Beziehungen wurden aber rasch gespannt: *Marxism and the Interpretation of Culture* / ed. by Cary Nelson and Lawrence Grossberg. – Urbana, Ill. 1988; *Marxism, Modernity and Postcolonial Studies* / ed. by Crystal Bartolovich and Neil Laza-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

rus. – Cambridge 2002. Über die Kosten der postkolonialistischen Abwendung von Marx: Vivek Chibber, *Postcolonial Theory and the Specter of Capital*. – London 2013.

Die erste Untersuchung zu Marx in der Theorietradition der Internationalen Beziehungen hat ihn völlig aus der Theorie verwiesen. Für Kenneth Waltz sind Marx und die Marxisten die logischste Entwicklung der Theorie, daß Krieg und Frieden an den sozialen/politischen Verhältnissen liegen. Es bleibe aber unklar, ob die Zerstörung des Kapitalismus oder der Staaten oder beider zum Frieden führt. Das Versagen der sozialistischen Parteien 1914 zeige auch das Versagen der Theorie (*Man, the State and War : a Theoretical Analysis*. – New York 1959. S. 124-158). Damit hat Waltz das Thema definiert, das die Diskussion weiter bestimmen wird: Kann der Marxismus etwas zur Deutung des Staatensystems beitragen? Waltz hat auch die Neigung begründet, den Beitrag des Marxismus auf eine Theorie der Beziehungen zwischen künftigen sozialistischen Gesellschaften zu beschränken und die Analysen realer Außenpolitik bei Marx und Engels auszuschließen. Berki 1971 knüpft an Waltz an, überzeugt „that the very existence of international relations poses a serious, and perhaps intractable, problem for Marxism“ (unten referiert). Noch Andrew Linklater interessiert sich für den Marxismus, weil er von der *Deutschen Ideologie* und den *Grundrissen* Aufschlüsse über eine kosmopolitische Begrenzung der staatlichen Gemeinschaften des Realismus erwartet (*Men and Citizens in the Theory of International Relations*. – London 1982. – S. 150-160). Einen ersten Versuch, Marxismus und Internationale Beziehungen zusammen zu bringen, machte Silviu Brucan, ein rumänischer Diplomat und Ideologe, dessen speziell rumänisches Ziel im Zeitalter der Breschnew-Doktrin gar zu offensichtlich war: neben Klassenanalysen sollte die Analyse der Eigendynamik von Nationalstaaten gerechtfertigt werden. Die beiden Logiken des Staates und der transnationalen Beziehungen sind nicht zusammengekommen, Dialektik ist hier nur ein anderes Wort für Eklektizismus (*The Dissolution of Power : a Sociology of International Relations and Politics*. – New York 1971, dt. 1973 u.d.T.: *Die Auflösung der Macht; ders., The Dialectic of World Politics*. – New York 1978). Westliche Autoren hatten umgekehrt das Problem, in der staatenzentrierten Wissenschaft von den internationalen Beziehungen die Analyse von transnationalen Klassenbeziehungen rechtfertigen zu müssen. Vgl. Ekkehart Krippendorff, *Einführung in die internationalen Beziehungen*. – Frankfurt am Main 1975/77, Neuauflage 1986 u.d.T.: *Internationale Politik : Geschichte und Theorie*; Ralph Pettman, *State and Class : a Sociology of International Affairs*. – London 1979; Andrew Linklater, *Beyond Realism and Marxism : Critical Theory and International Relations*. – Basingstoke 1990. – S. 34-54 *Marx and the Logic of Universal Emancipation;* Fred Halliday, *Rethinking International Relations*. - Basingstoke 1994. – S. 47-73 *A Necessary Encounter : Historical Materialism and International Relations*. Halliday kann zeitweise Marxist genannt werden und mit dem Hinweis auf Revolution als Gegenstand der Internationalen Beziehungen hat er ein genuin marxistisches Thema wieder aufgenommen, aber in seinen Beiträgen zu Theorie ist er bei derselben hilflosen Bitte geblieben, Marxismus und Internationale Beziehungen anzunähern. Krippendorff ist zu Anarchismus fortgeschritten, Halliday zu Internationaler Politischer Soziologie, Linklater zu Zivilisierungstheorie und Pettman ist über Zivilisationstheorie zum Programm einer Kulturan-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

thropologie weitergegangen, die Stimme derer werden soll, die auch von der Wissenschaft von den internationalen Beziehungen überhört werden. Die führenden Autoren der Internationalen Politischen Ökonomie haben die Berechtigung einer marxistischen Perspektive eingeräumt, aber für eine Theorie der internationalen Beziehungen davon nicht viel erwartet. Vgl. Robert Gilpin, *The Political Economy of International Relations*. – Princeton, N.J. 1987. – S. 34-41 *The Marxist Perspective;* Robert Keohane, *International Liberalism Reconsidered*, in: *The Economic Limits to Modern Politics* / ed. by John Dunn. – Cambridge 1990. – S. 168-173 *Marxism and Realism.* Tatsächlich kam es zu immer strengerer Trennung: 1980 war fast die Hälfte der Artikel im Bereich Internationaler Politischer Ökonomie in amerikanischen IB-Zeitschriften „marxistisch" (freilich eher Wallerstein als Marx), nach 2000 gab es keine mehr (Daniel Maliniak/Michel J. Tierney, *The American School of IPE*, in: *International Political Economy : Debating the Past, Present and Future* / ed. by Nicola Phillips and Catherine E. Weaver. – London 2011). Aus der Lehre Internationaler Beziehungen in den USA ist Marxismus verschwunden (Sebastían Sclofsky/Kevin Funk, *The Specter that Haunts Political Science: the Neglect and Misreading of Marx in International Relations and Comparative Politics*, in: International Studies Perspectives 19 (2018) 44-66).

Die ökonomische Globalisierung gab dem Marxismus eine neue Chance in Internationalen Beziehungen, Globalisierung wurde als Spezialität von Marx anerkannt. Aber die Formulierung einer einheitlichen marxistischen Theorie gelang wieder nicht. Robert W. Cox hatte mit dem Studium transnationaler Produktionsbeziehungen ein genuin marxistisches Thema aufgegriffen (*Production, Power, and World Order : Social Forces in the Making of History*. – New York 1987) und zugleich Impulse für eine kritische Theorie der Internationalen Beziehungen gegeben. Beide Teile des Programms sind nie zueinandergekommen. Auch in Cox' Abwanderung zur Zivilisationsanalyse zeigt sich die Instabilität des Marxismus in den Internationalen Beziehungen; *Approaches to World Order*. – Cambridge 1996; *The Political Economy of a Plural World : Critical reflections on Power, Morals and Civilization*. – London 2002. Vgl. den repräsentativen neogramscianischen Sammelband: *Gramsci, Historical Materialism and International Relations* / ed. by Stephen Gill. – Cambridge 1993. Eine parallele Erscheinung sind die Geschichten transnationaler Klassen. Kees van der Pijl begann mit Analysen des transnationalen Kapitalismus (*The Making of an Atlantic Ruling Class*. – London 1984; *Transnational Classes and International Relations*. – London 1998) und endet mit einem Versuch „Weisen der Außenbeziehungen" in Analogie zu marxistischen Produktionsweisen zu identifizieren (*Modes of Foreign Relations and Political Economy*. – London 2007-2014). Marx wird dabei zum Paten eines recht unbestimmten Historismus. Die marxistische Globalisierungsforschung ist keine einheitliche Schule geworden. Die einen sehen den von Marx angekündigten globalen Kapitalismus gekommen (William I. Robinson, *A Theory of Global Capitalism : Production, Class, and State in a Transnational World*. – Baltimore, Md. 2004), andere einen US-zentrierten Neoimperialismus (Ellen Meiksins Wood, *Empire of Capital.* – London 2003; Hannes Lacher, *Beyond Globalization : Capitalism, Territoriality and the International Relations of Modernity*. – London 2006). Ein repräsentativer Sammelband dieser Debatten: *Historical Materialism and Globalization* / ed. by Mark Rupert and Hazel Smith. – London 2002. Die marxisti-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

sche Spezialität innerhalb dieser auch von Nicht-Marxisten geteilten Ratlosigkeit ist die besondere Ratlosigkeit, daß Staaten im globalen Kapitalismus hätten vergehen müssen. Ein Versuch eine Theorie der Globalisierung im Felde „neuer Marx-Lektüren" zu konstruieren: Tony Smith, *Globalisation : a Systematic Marxist Account*. – Leiden 2006, Neuausgabe Chicago, Ill. 2009 (Marx'sche Kategorien können nicht erklären, warum der Weltkapitalismus sich geändert haben soll, gerade der Prophet der Globalisierung kann für marxistische Debatten über Globalisierung keine Autorität mehr sein).

Die jüngste Welle marxistischer Internationaler Beziehungen hat Anleihen bei Gramsci durch Anleihen bei Trotzki ersetzt. Trotzkis Erklärung, daß die Entwicklung in einem Land von seiner Umwelt abhängig ist (übrigens eine gut bekannte Idee von Kautsky) wird zur Formel U&CD (Uneven and Combined Development) verdichtet. Eine stabile Verwendung der Formel ist wieder nicht geglückt. Justin Rosenberg, ein Kritiker der Globalisierungstheorien, versucht Marxismus in die britische Suche nach dem Wesen „des Internationalen" einzubringen; territoriale Differenz wird Grundlage jeder Sozialwissenschaft, entsprechend wird jede Art historischer Soziologie für die Internationalen Beziehungen brauchbar. Dagegen besteht Alex Callinicos darauf, daß allein der Kapitalismus die Vielzahl im Staatensystems erklären kann, auch wenn der Realismus das zu seinem Spezialthema erklären möchte; hinter U&CD steht bei Callinicos Lenin: die relative Stärke der Staaten ändert sich dauernd, weil der Kapitalismus dynamisch ist. Gemeinsam haben beide Ansätze: Die Frage der Unvereinbarkeit der beiden Logiken von Staatenwelt und Gesellschaftswelt zeigt das fortdauernde Dilemma des Verhältnisses von Marxismus und Internationale Beziehungen.

Vgl. Justin Rosenberg, *Why is There No International Historical Sociology?*, in: European Journal of International Relations 12 (2006) 307-340; *Marxism and World Politics : Contesting Global Capitalism* / ed. by Alexander Anievas. – London 2010 (repräsentativer Sammelband dieser Debatte); Axel Callinicos, *Imperialism and Global Political Economy*. – Cambridge 2009; Justin Rosenberg, *Basic Problems in the Theory of Uneven and Combined Development, Pt. II: Uneveness and Political Multiplicity*, in: Cambridge Review of International Affairs 23 (2010) 165-189; Andrew Davenport, *Marxism in IB : Condemned to a Realist Fate?*, in: European Journal of International Relations 19 (2011) 27-48 (Überblick und Urteil, daß das Problem des Marxismus mit dem Realismus nicht gelöst wurde). Vielleicht sollten wir John M. Hobson vertrauen, der den Marxisten rät, wie andere Theorieansätze auch, unverschämter reduktionistisch zu sein; nur als Historischer Materialismus könne der Marxismus den Internationalen Beziehungen nützen (*To Be or Not to Be a Non-Reductionist Marxist : Is this the Question?*, in: *Marxism and World Politics* a.a.O. S. 110-124).

Die Instabilität der marxistischen Tradition zeigt sich auch daran, daß der Inhalt von Monographien zur Gesamtgeschichte marxistischer Internationaler Beziehungen und der Marxismus-Kapitel in Überblicken über Theorien der Internationalen Beziehungen kaum vorhersehbar ist. Vgl. Tony Thorndike, *The Revolutionary Approach : the Marxist Perspective*, in: *Approaches and Theory in International Relations* / ed. by Trevor Taylor. – London 1978. – S. 54-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

99 (Imperialismus, Dependenz, Weltsystem und ein Appell, Marxismus als Analyse transnationaler Klassenbeziehungen zu beginnen); Vendulka Kubálková/Albert A. Cruickshank, *Marxism and International Relations*. – Oxford 1985, 2. Aufl. 1989 (Marx/Engels, Imperialismus/Nation, Gramsci, Wallerstein und einige Professoren, die gewiß keine Marxisten sind); Andrew Linklater, *Beyond Realism and Marxism : Critical Theory and International Relations*. – Basingstoke 1990 (Marx, Nationalismus, Imperialismus, Ungleiche Entwicklung, Weltsystem, Staatstheorien); Chris Brown, *Marxism and International Ethics*, in: *Traditions of International Ethics* / ed. by Terry Nardin and David R. Mapel. – Cambridge 1992. – S. 225-249 (kann nicht recht zeigen, warum es seinen Beitrag gibt); Hazel Smith, *Marxism and International Relations Theory*, in: *Contemporary International Relations : a Guide to Theory* / ed. by A. J. R. Groom and Margot Light. – London 1994. – 142-155 (Marx und eine gute Literaturliste der 1970er bis 1990er Jahre mit „isolated contributions in the various sub-fields of IR from scholars who have been influenced, favourably or other way, by Marxist theory"); Andrew Linklater, *Marxism*, in: Scott Burchill/Andrew Linklater, *Theories of International Relations*. – Basingstoke 1996. – S. 119-144 (Grundkurs Marxismus, dazu Lenin, Cox, Habermas und – Linklater); Benno Teschke, *Marxism*, in: *Oxford Handbook of International Relations* / ed. by Christian Reus-Smit and Duncan Snidal. – Oxford 2008. – 163-187 (etwas Marx und Engels, dazu Imperialismus, Wallerstein, Cox, Globalisierung und – Teschke); Nicholas Rengger, *The Ethics of Marxism*, in: ebd. S. 188-200 (auch er kann nicht recht zeigen, warum es seinen Beitrag gibt); Mark Rupert, *Marxism and Critical Theory*, in: *International Relations Theories* / ed. by Tim Dunne ... – 2. Aufl. – Oxford 2010. – S. 157-176 (Grundkurs Historischer Materialismus, dazu Wallerstein und Cox); Stephen Hobden/Richard Wyn Jones, *Marxist Theories of International Relations*, in: *The Globalization of World Politics* / ed. by John Baylis and Steve Smith. 6. Aufl. – Oxford 2013. – 141-154 (Grundkurs Produktionsverhältnisse, dazu Lenin, Wallerstein, Cox, Habermas, Rosenberg; 1997 hatte es übrigens nur einen Beitrag über Wallerstein gegeben, aus dem sich dieser Beitrag allmählich entwickelt hat); Andrew Davenport, *The Marxist Critique of International Political Theory*, in: *The Oxford Handbook of International Political Theory* / ed. by Chris Brown and Robyn Eckersly. – Oxford 2018. – S. 652-663 (Marx, Imperialismus, Weltsystem, Neo-Gramsianismus). *Theorien der internationalen Beziehungen* / hrsg. von Siegfried Schieder und Manuela Schindler. – 3. Aufl. – Opladen 2010 hat ehrlicher kein Kapitel „Marxismus", sondern Beiträge zu Imperialismustheorie, Weltsystemtheorie, Neo-Gramscianismus. Inzwischen haben es marxistische Internationale Beziehungen auch in ein Marxismus-Handbuch geschafft: Frédérick Guillaum Dufour, *Historical Materialism and International Relations*, in: *Critical Companion to Contemporary Marxism* / ed. by Jacques Bidet and Stathis Kouvelakis. – Brill 2008. – S. 453-470 (Cox und neuere Dozenten in Sussex). In *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus* (Hamburg 1994-) gibt es bisher die einschlägigen Artikel *Frieden*, *Geopolitik*, *Imperialismus*, *Internationale Beziehungen*, *Kosmopolitismus*, *Krieg*, *Krieg und Frieden*, *Menschheit*, *Militarismus*.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

MEW = Marx Engels Werke 1956-1968, 39 Bände mit Ergänzungsbänden, teilweise mit späteren Neubearbeitungen (alle Beiträge in deutscher Sprache)
MEGA = Marx-Engels-Gesamtausgabe seit 1975, geplant 114 Bände in noch mehr Teilbänden, bisher sind 68 Bände erschienen (alle Beiträge in Originalsprache). Nicht zu verwechseln mit der ersten MEGA (*Historisch-kritische Gesamtausgabe)* 1927-1935, deren Fortführung an Hitler wie Stalin scheiterte.

Engels
Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie, in: Deutsch-Französische Jahrbücher. – Paris 1844
MEW 1, 499-524; MEGA I/3, 464-494
Die Nationalökonomie ist aus Neid und Habgier der Kaufleute entstanden, Handelseifersucht brachte auch die Kriege der Neuzeit. Die Nationalökonomie des 18. Jahrhunderts erklärte, dem fortgeschrittenen Bewußtsein entsprechend, „den Handel für ein Band der Freundschaft und Einigung zwischen Nationen wie zwischen Individuen." Aber mit dem Zurücktreten der kleinlichen Lokal- und Nationalrücksichten konnte „der Kampf unserer Zeit ein allgemeiner, menschlicher werden." Theoretisch ist Handelsfreiheit keine Lösung. Die Theorie muß entweder mit Friedrich List zur Restauration des Merkantilsystems zurückschreiten (Engels Angriffe auf die Nationalökonomie als bloße Privatökonomie sind ein List-Plagiat) oder mit den Sozialisten zur Aufhebung des Privateigentums voranschreiten. Die liberale Ökonomie hat die Völker verbrüdert und die Kriege vermindert. Der Preis war hoch: statt der kleinen Monopole konnte das große Monopol, das Eigentum, frei und schrankenlos wirken. Die Enden der Erde wurden zivilisiert, nur um neues Terrain für die Entfaltung der Habsucht zu finden; die Kriege wurden vermindert um „den ehrlosen Krieg der Konkurrenz auf die höchste Spitze zu treiben!" (Konkurrenz ist „das raffinierte Recht des Stärkeren".) Mit Auflösung aller Sonderinteressen wurde der Weg gebahnt zu dem großen, kommenden Umschwung, „der Versöhnung der Menschheit mit der Natur und mit sich selbst." Die kommunistische Ökonomie wird zu Gemeindeentscheidungen über Produktion führen. Die Ökonomie der Konkurrenz führt zu organisierter Vernichtung überzähliger Menschen, schlimmer als alle Kriege und Schrecken des Merkantilismus.

Marx/Engels
Die deutsche Ideologie, I. Feuerbach, Manuskript 1845-1846, erstmals veröffentlicht 1932.
MEW 3, 17-77=MEGA I/5, 4-139
Die universelle Entwicklung der Produktivkräfte ist mit Entwicklung eines universellen Verkehrs der Menschen verbunden. Der Kommunismus kann nur gemeinsame Tat der herrschenden Völker („auf einmal" und gleichzeitig) sein (MEGA 37-39=MEW 34-35).
Der Weltmarkt befreit die Individuen ihren von lokalen und nationalen Schranken, schafft aber ihre Abhängigkeit und verwandelt die Produktivkräfte in Destruktionskräfte. Nur die internationale Revolution kann die Auflösung aller Klassen und Nationalitäten bringen. Die Mißachtung der materialistischen Geschichtsdeutung isoliert die Deutschen von der französischen und englischen Entwicklung. National können die Folgen des Weltverkehrs nicht bewältigt werden (MEGA 41-54=MEW 37-41).

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Solange das Lokale vorherrscht, bestimmen Zufälle die Weltgeschichte (z.B. Barbareneinfällen). Weltverkehr und Industrie sichern die Produktivkräfte. Die merkantilistische Konkurrenz der Nationen und Handelskampf werden vom Weltmarkt der universalisierten Konkurrenz abgelöst. Erst die große Industrie erzeugt die Weltgeschichte, indem sie jede zivilisierte Nation und jedes Individuum von der ganzen Welt abhängig macht. Sie vernichtet naturwüchsige Ausschließlichkeit einzelner Nationen und (durch gleiche Klassensysteme) Besonderheit der einzelnen Nationalitäten. Die Bourgeoisie behält noch besondere nationale Interessen, das Proletariat hat bereits in allen Nationen dasselbe Interesse, die Nationalität ist bei ihm bereits vernichtet (MEGA 81-89=MEW 56-60).
Alle Kollisionen (Klassenkämpfe) kommen aus dem Widerspruch von Produktionskräften und Verkehrsform. Es ist aber nicht nötig, daß der Widerspruch, der zu Kollisionen in einem Land führt, in diesem Land voll entwickelt sein muß. Auch die internationale Konkurrenz zwischen Ländern mit mehr oder weniger entwickelter Industrie kann einen solchen Widerspruch erzeugen: deutsche Handwerker werden durch die englische Konkurrenz zu Proletariern (MEGA 90=MEW 73).
Die Entwicklung in einzelnen Lokalitäten, Stämmen, Nationen beginnt unabhängig von den anderen, die verschiedenen Stufen und Interessen werden nie vollständig überwunden und schleppen sich neben dem siegreichen Interesse fort (MEGA 104-106=MEW 72-73).
Die deutsche Kritik hat den Standpunkt der Philosophie nie verlassen und nie begriffen, daß der Verkehr zwischen Individuen von der Produktion bestimmt ist. So werden Gewalt, Krieg, Plünderungen, Raub für den Antrieb der Geschichte gehalten. Für die erobernden Barbaren der Völkerwanderung war Krieg noch eine regelmäßige Verkehrsform (MEGA 106-107=MEW 23).
Die europäische Entwicklung von Grundadel und Städten hatte ein Bedürfnis zur Zusammenfassung in größeren Staaten zur Folge (MEGA 129-134=MEW 21-25).
NB: *Deutsche Ideologie* ist ein gescheitertes Publikationsvorhaben, dem die Endredaktion fehlt; gerade *I. Feuerbach* ist nur eine Ansammlung von Textstücken verschiedener Herkunft. Thema der geplanten Publikation war Kritik der idealistischen Reste im Linkshegelianismus, nicht internationale Beziehungen. Die wenigen Textpassagen, die in der Diskussion über marxistische internationale Beziehungen eine so große Rolle gespielt haben, sind über den ganzen Text verteilt. Die Fassung in MEW war ein Versuch, den Text wie ein Druckmanuskript aussehen zu lassen, die Fassung in MEGA versucht die Manuskriptsituation wiederzugeben. Die Texte sind dieselben, ihre Reihenfolge in MEW und MEGA ist verschieden.

Marx/Engels
Manifest der Kommunistischen Partei. – London 1848
MEW 4, 459-493, vorgesehen für MEGA I/6

1 *Bourgeois und Proletarier*

Die unveränderte Beibehaltung der Produktionsweise war Existenzbedingung früherer industrieller Klassen, die der Bourgeoisie ist ständige Umwälzung der Produktion. „Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.“ Der Weltmarkt hat Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet, nationale Industrien und Bedürfnisse verschwinden. „An die Stelle der alten lokalen und na-tionalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Ver-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

kehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander.“ Das gilt auch für geistige Erzeugnisse, nationale Einseitigkeit und Beschränktheit werden unmöglich. Die Bourgeoisie reißt auch die barbarischen Nationen in die Zivilisation. Wie das Land von der Stadt abhängig wurde, werden Bauernvölker von Bourgeoisvölkern, der Orient vom Okzident abhängig. Das Proletariat muß in jedem Land „zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden.“ Dieser Kampf ist damit der Form nach ein nationaler, nicht aber dem Inhalt nach (es ist überall derselbe Kampf).

2 *Proletarier und Kommunisten*

Ironische Abfertigung der Vorwürfe gegen die Kommunisten: nicht sie schaffen Eigentum, Familie, Religion ab, die bürgerliche Gesellschaft hat sie bereits für die meisten abgeschafft. Auch das Vaterland schaffen nicht die Kommunisten ab, Arbeiter haben kein Vaterland. Sie müssen sich erst die politische Herrschaft erobern, zur nationalen Klasse werden, sich als Nation konstituieren. Die nationalen Absonderungen und Gegensätze verschwinden bereits durch Entwicklung der Bourgeoisie, Weltmarkt, Gleichförmigkeit der Produktion, endgültig durch die Herrschaft des Proletariats. „Vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder, ist eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung.“ Mit dem Klassengegensatz innerhalb der Nationen fällt die Feindschaft zwischen den Nationen.

NB: Das *Manifest der Kommunistischen Partei* wurde im Auftrag des Bundes der Kommunisten Oktober bis Dezember 1847 geschrieben. Der Entwurf von Engels (*Grundsätze des Kommunismus*, MEW 4, 361-380, vorgesehen für MEGA I/6) ist konkreter: Die globale Bourgeoisie ist die englische; die halb-barbarischen Länder, die revolutioniert werden oder sich selbst revolutionieren müssen, sind Indien und China. Die gemeinsame kommunistische Revolution der zivilisiertesten Staaten wird verschieden nach den einzelnen Ländern verlaufen: in England am raschesten und leichtesten, in Deutschland am langsamsten und schwierigsten. Sie wird auf die übrigen Länder wirken und deren Entwicklung beschleunigen.

Marx

Die britische Herrschaft in Indien, in: New York Daily Tribune 25. Juni 1853 MEW 9, 127-133; MEGA I/12, 166-173

Die indische Geschichte ist eine Geschichte von Fremdherrschaften. Das von den Briten gebrachte Elend ist aber andersartig und unendlich qualvoller. Die Briten haben das Gebäude der indischen Gesellschaft niedergerissen, ohne daß ein Neuaufbau erkennbar wird. Die indische Dorfgemeinde konnte der kombinierten Wirkung von Dampf und Freihandel nicht widerstehen. Dieses Elend ansehen zu müssen, widerstrebt menschlichen Empfinden, aber es ist auch Befreiung von Despotismus, Aberglauben und Isolation. Die englischen Motive sind eigennützig, die Methoden dumm. Aber entscheidend ist, „ob die Menschheit ihre Bestimmung erfüllen kann ohne radikale Revolutionierung der sozialen Verhältnisse in Asien.“ Diese Zerstörungen sind das unbewußte Werkzeug der Geschichte.

Zur Beurteilung muß man den Brief von Marx an Engels 14. Juni 1853 (MEW 28, 266-267=MEGA III/6, 198) heranziehen: Dieser Artikel sollte die Leser der NYDT schockieren, die nichts davon wissen wollen, daß Zentralisation und Industrialisierung in der Dialektik der kapitalistischen Entwicklung notwendig sind.

Marx

Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien, in: New York Daily Tribune 8. August 1853

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

MEW 9, 220-226; MEGA I/12, 248-253
England hat in Indien eine doppelte Mission: Zerstörung der asiatischen Gesellschaftsordnung und Schaffung einer westlichen Gesellschaftsordnung. Armee, Presse, Agrarpacht, eine europäische erzogene Beamtenschicht, Eisenbahnen und Dampfschiffe sind Instrumente dieser Modernisierung. Eine moderne Industrie wird folgen. Das wird dem Großteil der indischen Bevölkerung weder Freiheit bringen noch seine soziale Lage verbessern. Nötig ist eine Revolution des englischen Proletariats oder der Inder. Marx erwartet diese Revolution „in mehr oder weniger naher Zukunft". Das Kapital zerstört die traditionelle Wirtschaft, aber es schafft durch Weltverkehr und Entwicklung der Produktivkräfte eine neue Welt. Erst wenn die Revolution die Ergebnisse der bürgerlichen Epoche gemeistert und „der gemeinsamen Kontrolle der am weitesten fortgeschrittenen Völker unterworfen hat", wird der Fortschritt „nicht mehr jenem scheußlichen heidnischen Götzen gleichen, der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte."

Marx
Das Kapital. – Hamburg : Meissner, 1867-1894. – 3 Bde.
Band 1. – Der Produktionsprozess des Kapitals
MEW 23; MEGA II/5
Kap. 24 *Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation*
„Ursprüngliche Akkumulation" (eine Übersetzung von Adam Smith' „previous accumulation") ist Akkumulation, die nicht Resultat der kapitalistischen Produktion ist, sondern ihr Ausgangspunkt. Bei Smith kommt das ursprüngliche Kapital aus Fleiß, das Proletariat aus Faulheit. Tatsächlich kommt der Kapitalismus aus Blut und Feuer, aus dem Vordringen gegen selbständige Handwerker und gegen Feudalherren. Der Kolonialismus von der Eroberung Amerikas bis zu den Opiumkriegen gegen China wird knapp erwähnt. „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie selbst ist eine ökonomische Potenz." Das Protektionssystem ist ein Kunstmittel, um Fabrikanten zu produzieren und unabhängige Handwerker zu enteignen. Das geht gegen das eigene Volk und gegen abhängige Nebenländer. Kinderarbeit und Sklavenhandel sind Höhepunkt dieses Systems. Aber die Phase des Kleineigentums kann nicht künstlich erhalten werden. Verglichen mit der Expropriation des zersplitterten Privateigentums wird die Expropriation der Expropriateure ein kurzer Prozeß sein.
Band 3. – Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion
MEW 25; MEGA II/15
Kap. 20 *Geschichtliches über das Kaufmannskapital*
Das erste Kapital war Kaufmannskapital, Händler und Handelsnationen waren Fremdkörper in einer noch anders organisierten Produktionsweise. Dieses Kapital begann als Plünderung: Seeraub, Sklavenraub, Unterjochung in Kolonien. Aber Handel führt zur Produktion für den Tausch und „vermannigfacht und kosmopoliert" diese Produktion. Der Handel löst ältere Produktionsweisen auf. In der Moderne bedeutet das: Weltmarkt und Produktion für den Weltmarkt. Es folgt eine Fortschreibung der Aufsätze der 1850er Jahre: Das englische Kapital gestaltet Indien und China um. In China fehlt die politische Einwirkungsmöglichkeit, in Indien führte die politische Macht nur zu absurden Experimenten, um die ländliche Eigentumsordnung zur Imitation der englischen zu machen.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:34
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Engels
Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: Vorwärts 3. Januar 1877 bis 7. Juni 1878
Buchausgabe: Leipzig : Genossenschafts-Buchdruckerei, 1878
MEW 20, 1-303; MEGA I/27

2. Abschnitt: *Politische Ökonomie, II-IV Gewaltstheorie*

II Mit „Gewaltstheorie" ist Dührings Primat des Politischen über das Ökonomische gemeint. Damit Gewalt ökonomisch genutzt werden kann, muß ein gewisser ökonomischer Stand erreicht sein (die Sklaverei in den Vereinigten Staaten beruht weniger auf Gewalt als auf der englischen Baumwollindustrie). Raub, Gewalt, Staat „oder irgendwelche politische Einmischungen" erklären kapitalistische Verhältnisse nicht. Was der Feudalismus noch versuchen konnte, widerspricht den Gesetzen des Kapitalismus. Die bürgerliche Revolution verbannt die Politik aus der Wirtschaft. Bei Engels wird Kapitalismus zum Hochkapitalismus ohne Staatsintervention, das Proletariat ist rein ökonomisch geschaffen. Aber die Bürger glauben wie Dühring, daß der Kapitalismus mit Gewalt zu retten ist.

III Gewalt kann nicht am Beginn der Geschichte stehen, weil die Waffen erst geschaffen werden müssen. „Nichts ist abhängiger von ökonomischen Vorbedingungen als gerade Armee und Flotte." Seit der Französische Revolution hat sich die Kampfweise völlig verändert, mit dem Deutsch-Französischen Krieg ist ein Höhepunkt der Kampfkraft erreicht, der nicht überschritten werden kann. Alle Staaten sehen sich gezwungen auf das Niveau Preußens nachzurüsten. „Der Militarismus beherrscht und verschlingt Europa." Aber dieser Militarismus wird an seiner eigenen Entfaltung untergehen. Die Staaten können die finanzielle Belastung nicht dauerhaft tragen. Das aus Arbeitern gebildete Heer wird Volksheer, sobald das Volk einen politischen Willen entwickelt. Diese Verwandlung wird der Sozialismus schaffen. Die Kampfweise ist von der materiellen Lage abhängig. Nur die Französische Revolution konnte das Massenheer schaffen. Mehr beachtet Engels technische Entwicklungen: Industrie, Hinterlader, stärkere Schiffe und Artillerie. Auf den Kriegsschiffen ist der Mann der Wirtschaft, der Ingenieur, wichtiger geworden als der Mann der „unmittelbaren Gewalt", der Kapitän.

IV Auch bei Engels ist Gewalt früh („Der Krieg ist so alt, wie die gleichzeitige Existenz mehrerer Gemeinschaftsgruppen nebeneinander"), darf aber nie Ökonomie erklären. Versklavung von Kriegsgefangenen, muß aus der Ökonomie, nicht aus dem Krieg erklärt werden. Alle Gewalt hatte ursprünglich eine ökonomische, gesellschaftliche Funktion. Wenn Gewalt die ökonomische Entwicklung behindert, unterliegt die Gewalt. Für Dühring ist Gewalt Erbsünde der Geschichte, für Marx Geburtshelferin neuer Gesellschaftsformen. Dührings Kritik der Gewalt kann revolutionäre Gewalt nicht begreifen.

Engels plante 1887/88, die *Gewaltstheorie* um einen Text *Die Rolle der Gewalt in der Geschichte* zu vermehren (das Fragment posthum u.d.T. *Gewalt und Ökonomie bei der Herstellung des neuen Deutschen Reichs,* in: *Neue Zeit 14/1 (1895-96)*, MEW 21, 405-465=MEGA I/31, 66-116). Er will zeigen, „weshalb die Politik von Blut und Eisen zeitweilig Erfolg haben mußte und weshalb sie schließlich zugrunde gehen muß." Eine Apologie der großen Nationalstaaten als Vorbedingung des Kapitalismus und „des harmonischen internationalen Zusammenwir-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:35
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

kens der Völker, ohne welches die Herrschaft des Proletariats nicht bestehen kann."

Engels
Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates : im Anschluß an Lewis H. Morgan's Forschungen. – Hottingen-Zürich : Verl. der Schweizerischen Volksbuchhandlung, 1884
MEW 21, 25-173; MEGA I/29
Engels preist die ursprüngliche Stammesverfassung für ihre Kindlichkeit und Einfachheit: Ohne Soldaten, Polizisten, Adel, Könige, Richter, Gefängnisse. Sie mußte untergehen, weil sie auf den Stamm beschränkt war. Außerhalb des Stammes herrschte Krieg „mit der Grausamkeit, die den Menschen vor den übrigen Tieren auszeichnet und die erst später gemildert wurde durch das Interesse." Die ursprünglichen sittlichen Zustände des inneren Friedens wurden zerstört durch niedrige Interessen: Habgier, Genußsucht, Geiz, Raub am Gemeinbesitz. Das prägt die Klassengesellschaft für Jahrtausende. Die römische Entwicklung bedeutet Zerstörung von Nationalunterschieden. Die germanische Zerstörung des Römischen Reiches ist ein Neubeginn, weil er zu Nationen führte. Privatbesitz und Besitzunterschiede sprengten die Stammesordnung. Heerführer wurden zu Königen, weil Reichtum Habgier bringt und Habgier Krieg. Der Krieg, der als Rache und nötige Ausdehnung begonnen hatte, wurde Raub. Der Staat folgt bei Engels aber nicht aus dem Krieg, sondern aus der Beherrschung von Klassengegensätzen (er wird mit den Klassen verschwinden). In einem dritten, noch mehr kondensierten Überblick über diese Entwicklung kommt der Krieg gar nicht mehr vor, nur die schmutzige Habsucht.

Engels
Kann Europa abrüsten? in: Vorwärts 1.-10. März 1893
MEW 22, 369-399; MEGA I/32, 209-233
Seit 25 Jahren überfordert die wechselseitige Aufrüstung die Staaten. Die volle Ausschöpfung des Wehrpotentials ist von chauvinistischer Phantasie zur Wirklichkeit geworden. Die allgemeine Wehrpflicht muß bleiben, aber die Länge des Militärdienstes (und damit die Offensivkraft der Heere) kann durch internationale Festsetzung zwischen den Großmächten des Kontinents geregelt werden. Deutschland könnte durch eine Initiative Ansehen erlangen, Frankreich durch ihre Ablehnung verlieren. Den nächsten Krieg entscheidet die Fähigkeit der englischen Flotte, Lebensmittelblockaden zu verhängen. Das wichtigste wird sein, von England nicht als bellizistische Macht angesehen zu werden.

Bloom, Solomon F.
The World of Nations : a Study of the National Implications in the Work of Karl Marx. – New York : Columbia Univ. Pr., 1941. – 225 S.
Marx geht von der Homogenität der Menschheit aus, die immer neue Differenzen produziert. Eine systematische Theorie der „subdivisions of mankind" hat er nicht, aber Material dafür. Nation ist ein Staat, dessen Gesellschaft als ein arbeitsteiliges Ganzes bildet. Kleinere ethnische Gruppen können nur in größeren Gesellschaften funktionieren. In der Gegenwart werden die einst gegeneinander abgeschotteten Gesellschaften durchlässig. Dazu gehört auch die übernationale Zusammenarbeit des Proletariats. Marx und Engels wenden sich gegen die Idee

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:35
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Proudhons, daß Nationen ein veraltetes Vorurteil seien (sie wittern im Antinationalismus französische Hegemonieansprüche). Selbstbestimmungsrecht spielt keine Rolle. Um Staaten zu werden sind einige Nationen zu klein, andere zu wenig entwickelt. Es gibt kein grundsätzliches Recht für oder gegen Eroberung. Wenn ein Land sich nicht selber entwickeln kann, wird es besser von einem anderen entwickelt (später zweifelt Marx freilich an den Leistungen des britischen Imperialismus). Ein einheitliches Nationalinteresse kann es wegen Klassengegensätzen nicht geben. Aber die Produktionsverhältnisse bestimmen jeweils eine führende Klasse, die unterstützt werden muß. Auch nach dem Sieg des Proletariats kann Bloom keine staatenlose Zukunft erkennen. Chauvinismus ist eine bourgeoise Eigenschaft, Patriotismus aber eine mehr oder weniger natürliche Eigenschaft. Der späte Marx sah den Nationalismus der Arbeiter, aber kann ihn theoretisch nicht fassen. Marx war Internationalist: Es gibt verschiedene Wege zum Sozialismus, aber keinen Sozialismus in einem Land. Europa kann früher sozialistisch werden als nicht-europäische Staaten. Marx war kein Kosmopolit: Neben zu kleinen Staaten verwarf er eine vage und amorphe Weltgesellschaft.

Silberner, Edmund
The Problem of War in Nineteenth Century Economic Thought. – Princeton, N.J. : Princeton Univ. Pr., 1946. – S. 250-279 Marx and Engels
Silberner referiert die ökonomische Basis der Entwicklung des Militärs, Freihandel, Polemiken gegen Pazifismus, Sozialismus als Voraussetzung eines dauerhaften Friedens, Engels späten Abrüstungsvorschlag. Marx und Engels sind mit liberalen Ansätzen einig, daß die ökonomischen Gesetze den Frieden fördern und internationale Organisation unnötig ist. Der Marxismus hat nicht zeigen können, daß alle Kriege ökonomische Ursachen haben oder daß mit Abschaffung des Privateigentums alle Kriege aufhören würden. Silberner kann sich Kriege sozialistischer Staaten leicht vorstellen (die Staatsklasse hat eigene Interessen, eine sozialistische Gesellschaft könnte eine weniger entwickelte sozialistische Gesellschaft ausbeuten). Die sozialistische Antwort, daß der Sozialismus weder Nationen noch Staaten kennen wird, ist wertlos. Das wäre eine sehr ferne Zukunft über die keine ernsthaften Aussagen gemacht werden können. Damit ist die Frage nach der Notwendigkeit internationaler Organisationen offen.

Coser, Lewis A.
Karl Marx and Contemporary Sociology, in: Lewis A. Coser, Continuities in the Study of Social Conflict. – New York : The Free Pr., 1967. – S. 137-151
„Karl Marx is the classical theorist of social conflict." Er beachtet die Folgen der ungleichen Verteilung von Macht und knappen Ressourcen. Der Funktionalismus hat Schwierigkeiten, den sozialen Wandel zu erklären; marxistische Soziologie hat Schwierigkeiten, die relative Stabilität zu erklären. Eine reife soziologische Theorie muß versuchen, beide Ansätze zu integrieren. Marx verwarf utilitaristische Theorien der Maximierung des Selbstinteresses; er kann eher erklären, warum Menschen im Kampf kurzzeitige eigene Vorteile opfern für langzeitige kollektive Lebenschancen. Klassenkampf entwickelt gemeinsame Interessen über privates Selbstinteresse hinaus, er ist eine Form der gesellschaftlichen Steuerung. Marx sieht Selbstinteresse als Zerstörung des Klasseninteresses und damit als Selbstzerstörung des Kapitalismus. Seine Annahmen über die Zukunft des Kapitalismus können nicht mehr geteilt werden, aber wir müssen erforschen, wie

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:35
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

das soziale System durch Mobilisierung der Ausgebeuteten transformiert werden kann (die Aktualität will Coser am amerikanischen Rassenkampf zeigen).

Wette, Wolfram
Kriegstheorien deutscher Sozialisten : Marx, Engels, Lassalle, Bernstein, Kautsky, Luxemburg ; ein Beitrag zur Friedensforschung. – Stuttgart (u.a.) : Kohlhammer, 1971. – S. 22-101 Die Kriegstheorie von Karl Marx und Friedrich Engels
Die marxistische Kriegsursachentheorie ist gültig geblieben. Seit der *Deutschen Ideologie* sind alle Konflikte als Klassenkämpfe erkannt worden. Krieg ist die gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Klassen im nationalen und internationalen Raum oder die Fortsetzung der Klassenpolitik mit bewaffneter Gewalt. Der Kern der marxschen Dialektik ist die Identifikation der Geschichte mit Kampf. Das muß nicht Gewalt und Krieg sein, aber schon Marx tendiert zur Identifikation mit bewaffnetem Kampf. In Engels' *Ursprung der Familie* gibt es Kämpfe zwischen klassenlosen Gesellschaften (was der Marxismus-Leninismus durch Umbenennung zu „bewaffneten Zusammenstößen" ausschließen will). Er unterstellt eine Grausamkeit, die erst durch ökonomische Interessen gemildert wird. Statt der dafür nötigen Anthropologie hat er Zivilisationstheorie. Auch im *Anti-Dühring* sieht Wette ein „anthropologisches Defizit". Bedingung des Friedens ist eine neue Gesellschaft, die in jeder Nation von Arbeit bestimmt ist. Es gibt nur wenige Hinweise auf die Institutionen der Zukunft und zur Friedenssicherung (etwa internationale Organisation oder Weltstaat). Marx und Engels haben die Friedensbewegung immer abgelehnt. Der Frieden kann allein mit dem Sozialismus kommen, die Internationale ist die einzige Friedensbewegung.

Berki, R. N.
On Marxist Thought and the Problem of International Relations, in: World Politics 24 (1971-72) 80-105
Für den Marxismus ist die Existenz von Internationalen Beziehungen ein unlösbares Problem, denn er ist an die absolute Einheit der Menschheit gebunden. Er hat ein moralisches Argument gegen Unterschiede zwischen Gruppen. Berki fundiert die marxistischen Internationale Beziehungen in der Analyse der Entfremdung (*Philosophisch-ökonomischen Manuskripte* 1844 und *Die Heilige Familie* 1845). Marx' Begriff des Gattungswesens ist so radikal, daß er Vorstellungen von internationalistisch und kosmopolitisch übersteigt. Alle Identitäten – Staat, Nation, Stamm, Familie, Klasse – sind als Separation von der Gattung verdächtig. Engels versucht Urgesellschaft und Zukunftsgesellschaft zu identifizieren, in der modernen Welt leben aber nicht getrennte *gentes*, sondern Gesellschaften in ökonomischer Interdependenz. Während es Sinn macht, von Individuen Angleichung zu fordern, können Nationen als unbewegliche, erdgebundene Wesen nicht ähnlichen Forderungen unterworfen werden. Darin unterscheiden sich kapitalistische und sozialistische Staaten nicht. „As long as separate national identities exist, unity inevitably means hegemony." Das sozialistische Ideal ist entweder Hegemonie (nicht mehr kapitalistisch, aber gewiß nicht „realization of a higher human freedom") oder eine Gemeinschaft unabhängiger Staaten (die den Kapitalismus überwunden haben, aber weiterhin „the birthmarks of capitalism" tragen).

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:35
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Freudenberg, Günter
Zur Theorie der Gewalt und des Gewaltwerdens der Theorie als Bedingung positiven Friedens im Werk von Karl Marx und Friedrich Engels, in: Frieden, Gewalt, Sozialismus : Studien zur Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung / hrsg. von Wolfgang Huber und Johannes Schwerdtfeger. – Stuttgart : Klett, 1976 (Forschungen und Berichte der Evangelischen Studiengemeinschaft ; 32) S. 11-87
Ziel des historischen Materialismus ist Emanzipation von Zwang und Gewalt. Gewalt ist Mittel zu reaktionärer Verhinderung und zu revolutionärem Vorantreiben der Geschichte. Theorie ist immer am Ziel der gewaltlosen Gesellschaft orientierte Gewalttheorie. Gewalt ist alltäglich, ökonomisch, nicht bloß politisch. Es gibt für Marx keinen prinzipiellen Unterschied zwischen Kriegen im engeren Sinne und anderen Formen gesellschaftlicher Antagonismen. Frieden ist Überwindung des Konkurrenzprinzips. Gewalt kann nur außerhalb der Naturwüchsigkeit legitimiert werden – als proletarische Revolution. Die Theorie des liberalen Rechtsstaates täuscht über die strukturelle Gewalt des Kapitalismus hinweg, die proletarische Revolution ist Voraussetzung des positiven Friedens.

Gallie, W. B.
Philosophers of Peace and War : Kant, Clausewitz, Marx, Engels and Tolstoy. – Cambridge (u.a.) : Cambridge Univ. Pr., 1978. – S. 66-99 Marx and Engels on Revolution and War
Marx und Engels wissen, daß Krieg in verschiedenen Epochen Verschiedenes bedeutet hat. Der Marxismus kann Krieg nicht generell als böse oder irrational verwerfen, aber er kann in ihm keinen positiven Wert erkennen. Diese marxistische Position haben Marx und Engels in aktuellen Kriegen nicht vertreten. Gallie findet in *Anti-Dühring*, *Ursprung der Familie* und in Fragmenten über griechische Geschichte in G*rundrisse* nur Lippenbekenntnisse zur ökonomischen Determiniertheit, tatsächlich aber eine selbständige Dynamik des Krieges. Lange haben Marx und Engels Revolutionen und Kriege kaum unterschieden. Engels späte Schriften sind klarer. Er war der Legende der französischen Revolution von Volksheer und Volksaufstand gefolgt, hat dann aber gelernt, daß die Waffen des Volksaufstandes psychologische Waffen sind. Ihre wahre Macht üben Sozialdemokraten nicht als Wähler, sondern als Soldaten aus. Engels kann aber nicht erklären, wie Rekruten ein politischer Faktor sein können. Die Sozialisten haben Engels' Argument nie getraut. Marx und Engels beurteilten jeden Krieg danach, was er für die Revolution tut. 1914 hielt Lenin daran fest, während die Führer der deutschen und französischen Sozialdemokratie dem späten Engels folgten, daß Kriege kein Sprungbrett zur Revolution sind. Die Hoffnung, traditionelle Nationalgefühle für nicht-aggressive Milizen zu nutzen, scheiterte an der Angst vor der russischen Militärmacht. Lenin hält an der Vorstellung fest, daß Revolutionen und Kriege im Westen die Revolution in Rußland fördern (was Marx und Engels nie glaubten). Der Marxismus scheiterte daran, die verschiedenen Rollen des Krieges in der Geschichte zu erfassen. Engels hat davon etwas gespürt; Lenin nicht.

Pelczynski, Z. A.
Nation, Civil Society, State : Hegelian Sources of the Marxian Non-Theory of Nationality, in: The State and Civil Society : Studies in Hegel's Political Phi-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:35
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

losophy / ed. by Z. A. Pelczynski. – Cambridge : Cambridge Univ. Pr., 1984. – S. 262-278

Marx konnte die historische Bedeutung des Nationalismus nie erklären. Wie Hegel kennt er nur Staaten, die keine Gemeinschaften sind. Indem er der Ökonomie eine fundamentalere Bedeutung gibt, wird Hegels bürgerliche Gesellschaft wichtiger als Hegels Staat. Hegel verwarf den romantischen kulturellen Nationalismus, versuchte aber im Staat einen institutionalistischen Ersatz zu bieten. Indem Marx diesen hegelschen Staat verwarf, hat er keinerlei Basis mehr für einen Nationen-Begriff. Es bleibt nur ein kosmopolitischer Begriff vom Menschen und ein Staat zur Regulierung ohne sittliche Fundierung. Als Gemeinschaft bleibt das Klassenbewußtsein des Proletariats. Marx und Engels übersehen das Nationalgefühl nicht. Es gibt Gründe, warum Polen und Iren zu unabhängigen Staaten werden sollen. Aber der Nationalismus bestehender Nationalstaaten wie Großbritannien und Frankreich wird abgetan. Dort soll sich das Proletariat zum Volk erklären.

Benner, Erica

Really Existing Nationalism : a Post-Communist View from Marx and Engels. – Oxford : Clarendon Pr., 1995. – 266 S.

Marx und Engels haben Nationalismus als Form der Politik behandelt: Nationen sind progressive Nationen. Proletarier haben kein Vaterland, weil sie keine progressive Politik machen können. Für Hegel ist die Welt zu groß und das individuelle Bewußtsein zu eng, Gruppenidentität wird Voraussetzung der Individualidentität. Marx hat dieses hegelianische Konzept nie aufgegeben, hat aber keinen Grund, warum der Nationalstaat die Ebene der Gruppenidentität sein sollte. Selbstbestimmung ist an Kampf für den Fortschritt geknüpft, in Europa wie in den Kolonien. Es gibt keine Rechtsansprüche auf nationale Unabhängigkeit, weil zählt, auf welche Weise der Nationalstaat konstituiert wird. Es gibt kein generelles Urteil über Nationalbewegungen, sondern Urteile, mit welchen Nationalbewegungen sich Demokraten verbünden können. In seiner Arbeit in der Internationale hat Marx begriffen, wie nationalistisch Arbeiter sein können und daß es keinen spontanen Internationalismus gibt; aber er hat keine Analysen der nationalen Solidarität der Arbeiter. Bei Marx ist nie klar, ob er die nationalen Rivalitäten oder die antirevolutionäre Zusammenarbeit der Bourgeoisien als größere Gefahr sah. Engels sieht eine gewisse Eigenbewegung des Militarismus.

Münkler, Herfried

Der gesellschaftliche Fortschritt und die Rolle der Gewalt : Friedrich Engels als Theoretiker des Krieges, in: Marxismus : Versuch einer Bilanz / hrsg. von Volker Gerhard. – Magdeburg : Scriptum-Verl., 2001. – S. 165-191

Neudruck in: H. M., Über den Krieg : Stationen der Kriegsgeschichte im Spiegel ihrer theoretischen Reflexion. – Weilerwist : Velbrück Verl., 2001. – S. 149-172

Neudruck in: "... ins Museum der Altertümer" : Staatstheorie und Staatskritik bei Friedrich Engels / hrsg. von Samuel Salzborn. – Baden-Baden : Nomos Verl.-Ges., 2012. – S. 81-105 (Statsverständnisse ; 47)

Engels ist es nicht gelungen, die Geschichte des Krieges in Analogie zur Geschichte der Entfaltung der Produktivkräfte systematisch darzustellen. Marx schwebte die Abhängigkeit der Militärorganisation von der Waffentechnik vor, Engels kommt aber die Abhängigkeit von der politischen Verfaßtheit der Staaten dazwi-

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:35
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

schen. Engels Blick für Details hinderte ihn einen *Anti-Dühring* oder *Ursprung der Familie* für Militärwissenschaften zu schreiben. Haupthindernis war, daß Marx und Engels Kapitalanalysen als Fundament für revolutionäre Erwartungen für ausreichend halten. Für Engels ist Technik entscheidend, der Kampfgeist primitiver Völker bedeutet nichts mehr. Er ist auf die Entscheidungsschlacht fixiert. Die sowjetische Militärdoktrin ist ihm gefolgt. Wie es zu einer friedlichen Ordnung kommen kann, wenn die Produktivkraftentfaltung immer mehr Vernichtungskapazität bringt, hat Engels nicht gezeigt. Im Gegensatz zu Comte, Spencer, Schumpeter erwartet er keinen kapitalistischen Frieden. Ihm bleibt nur der Übergang zum Sozialismus. Laut *Anti-Dühring* bricht der Militarismus unter seiner eigenen Last zusammen. Das hat Engels nicht durchgehalten. Seine späte Hoffnung auf Abrüstung hat nichts mit Theorie zu tun; ihm bleibt nur der Appell an die politische Vernunft der Herrschenden (von denen er hofft, daß es bald Sozialdemokraten sein würden). Bei Engels gibt es Kriege vor der Klassengesellschaft. Davon will der Marxismus-Leninismus nichts wissen, weil sonst die Möglichkeit bliebe, daß es auch nach der Klassengesellschaft Kriege geben könnte. Zu einem umfassenden Kriegsbegriff ist Engels nicht gekommen.

Pradella, Lucia
Imperialism and Capitalist Development in Marx's *Capital*, in: Historical Materialism 21 # 2 (2013) 117-147
In *Das Kapital* analysiert Marx weder eine nationale Wirtschaft noch ein abstraktes Modell des Kapitalismus, sondern ein globalisierendes System in ständiger Expansion. Er studiert den englischen Kapitalismus als ein koloniales System, die britische Industrie, Irland und die Südstaaten der USA sind ein einziges ökonomisches System. Die Vorstellung einer Nationalökonomie ist kaum noch angemessen. Expansion gehört zum Wesen des Kapitals, aber es wird nicht von rein ökonomischer Akkumulation ausgegangen, Staatsinterventionen sind ein wesentlicher Teil der Akkumulation. Damit wird das Staatensystem Teil der Kapitalanalyse. Den Dualismus der modernen Staatstheorie von friedlichen internen und kriegerischen externen Aspekten teilt Marx nicht. Der Einheit der Akkumulation des Kapitals entspricht die Einheit der Arbeiterklasse in den verschiedenen Nationen. Das Mißverständnis des „Marxismus" geht auf die Interpreten der 2. Internationale zurück, die in Kategorien von Nationalökonomien dachten, jedenfalls Industriestaaten und koloniale Welt völlig trennten. Wegen diesem Mißverständnis kritisierte Rosa Luxemburg Marx' mangelndes Verständnis für die weltweite Akkumulation des Kapitals. Marx steht Luxemburg näher, als diese glaubte.
Lucia Pradella, *Globalisation and the Critique of Political Economy : New Insights from Marx's Writings*. – Abingdon 2016 versucht die Vorgeschichte dieser Analyse in *Das Kapital* seit den 1840er Jahren zu rekonstruieren.

4.4.2 Michail Bakunin

1814-1876, Sohn eines russischen Adeligen, Offizier, seit 1840 in Deutschland und Frankreich zu philosophischen Studien. 1848/49 Versuche, die slawischen Volksbewegungen und die deutsche Revolution zu radikalisieren. 1849-1861 Gefangenschaft und Exil in Sibirien. Seit 1861 in Westeuropa. Biographie : E. H.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:35
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Carr, *Michael Bakunin*. – London 1937 (eine der wenigen Bakunin-Biographien, die keine Hagiographie sind).

Bakunin hat den Anarchismus von einer intellektuellen Position zu einer internationalen Bewegung gemacht. Er hat das revolutionäre Potential marginaler Regionen entdeckt, in Rußland und im Mezzogiorno. Ernst genommen wird von seinen Schriften am ehesten noch eine frühe Polemik gegen die Politik des Juste Milieu, die sich auf Schellings positive Philosophie beruft (*Die Reaktion in Deutschland* (1842), in: *Frühschriften*. – Köln 1973). In der sozialistisch-anarchistischen Publizistik 1866 bis 1873 sind das Pathos der Freiheit und der Willen zur Philosophie geblieben. Gegen die fortdauernde Legitimation des Staates durch Theologie versucht er (mit Anleihen bei Comte und Darwin) ein materialistisches Weltbild zu setzen: eine Anthropologie der Freiheit, des Weges von der Tierheit zur Menschheit; eine Geschichtsphilosophie, des Weges von der Religion zur Wissenschaft; eine Erziehungslehre, die Selbsterziehung durch Willenskraft betont. Glaube an Gott setzt den Menschen herab, Staat ist Negierung der Humanität, die Gesellschaft muß föderalistisch organisiert werden, politische Freiheit braucht ökonomische Gerechtigkeit. Den Bedarf des Anarchismus an einer Weltanschauung hat er richtig eingeschätzt. *Gott und der Staat* (1882 veröffentlicht) war sein beliebtester Text, *Philosophische Betrachtungen über das Gottesphantom, über die wirkliche Welt und über den Menschen* (Übersetzung in GW I, eine neue Übersetzung 2010) ist der geschlossenste. Bakunin hatte gelegentlich Schüler (Kropotkins Beitrag zu einem anarchistisch-kooperativen Darwinismus ist deutlich bakunistisch), Post-Anarchisten trauen aber gerade seiner Gründung des Anarchismus auf Wissenschaft nicht. Der frühe Bakunin kann in der Vorgeschichte der negativen Dialektik beachtet werden. der späte Bakunin ist zu dogmatisch, als daß sich Philosophen für ihn interessiert hätten; es gibt wenige professionelle Kommentare.

Zum Anarchismus: Eugene Pyziur, *The Doctrine of Anarchism of Michael A. Bakunin*. – Milwaukee 1955; Henri Arvon, *Bakounine : absolu et révolution*. – Paris 1972; Richard B. Saltman, *The Social and Political Thought of Michael Bakunin*. – Westport, Conn. 1983; Paul McLaughlin, *Mikhail Bakunin : the Philosophical Basis of His Anarchism*. – New York 2002 (in seinem eigenen Kampf gegen die linguistisch-kulturelle Wende in der Philosophie bürdet er Bakunin zu viel auf); Rob Knowles, *Political Economy from Below : Economic Thought in Communitarian Anarchism, 1840-1914*. – New York 2004. – S. 175-195.

Bakunin begreift 1848 die Revolution als Völkerfrühling. Während die westeuropäischen Demokraten nur die Wiederherstellung der historischen Völker zum Ziel haben, entwickelt Bakunin die Idee einer panslawischen Föderation, die friedensverträglich sein soll, weil sie wegen ihrer schwachen Staatlichkeit zum Angriff unfähig sei und wegen ihres gewaltigen Ausmaßes doch nicht angegriffen würde. Sie soll kollektive Sicherheit im Innern und kollektiver Verteidigung nach außen bringen (*Statuten der neuen slavischen Politik* (1848), dt. in: *Sozialpolitischer Briefwechsel mit Alexander Iw. Herzen und Orgajow*. – Neudruck Berlin 1977. – S. 285-289; französisch in CD-ROM unter Juin 1848). Bakunin ruft die (habsburgischen) Slawen im Dezember 1848 auf, sich auf die Seite der revolutionären Völker stellen. Ziel ist „die allgemeine Föderation der europäischen Republiken“;

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:35
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

wie bei anderen Demokraten von 1848 bleibt diese europäische Föderation unbestimmt (*Aufruf an die Slawen : von einem russischen Patrioten*. – Köthen (tatsächlich Leipzig) 1848, Neudruck in: Bakunin, *Zwei Schriften aus den 40er Jahren des XIX. Jahrhunderts*. – Prag 1936. – S. 23-43; französische Vorarbeiten in CD-ROM unter Octobre-Novembre 1848; eine deutsche Übersetzung des Entwurfs in: Josef Pfitzner, *Bakuninstudien*. – Berlin 1977, ursprünglich Prag 1932, damals mit dem französischen Text. Die Zustimmung von Proudhon in *Le Peuple* 7. Januar 1849 ist bei Pfitzner S. 48-50 in deutscher Übersetzung abgedruckt, die Ablehnung von Engels in *Neue Kölner Zeitung* 15. und 16. Februar 1849 (*Der demokratische Panslawismus*) in Marx-Engels Werke (MEW 6, 270-286, vorgesehen für MEGA I/8; siehe oben Abschnitt 4.4.1 zum Kontext dieses Artikels). Bakunin hat in seiner Gefangenschaft 1851 diesen demokratischen Panslawismus wiederholt, aber dem Zaren die Führung dieser Föderation angeboten (der Text ist deutsch unter dem Titel *Beichte* bekannt). Den negativen Teil der Analyse, daß ein despotisches Rußland die Führung der Slawen nicht erlangen kann, hat Bakunin auch sonst vertreten. 1861 nahm er den Kampf für die panslawische Föderation wieder auf, stritt sich aber mit den Polen über die Gebiete, in denen nur der Adel polnisch war. Bakunin war einer der wenigen Verteidiger der Rechte aller Nationen, weil er den Kampf um nationale Freiheit und den Kampf um Bauernbefreiung als Einheit sah. Es ist Bakunins erste öffentliche Artikulation eines anarchistischen Ordnungsmodells. Wie die anarchistische Föderation in einem realpolitischen Europa gedacht werden könnte, wird nicht zum Thema gemacht (*An die russischen, polnischen und alle slavischen Freunde*, russisch in: Alexander Herzens *Kolokol* 1862, deutsch in: *Sozialpolitischer Briefwechsel* a.a.O. S. 295-302). Seine föderalistischen Vorstellungen für den slawischen Raum haben sich nicht geändert (Rede auf dem Kongreß der Friedens- und Freiheitsliga 25. September 1868, französisch in CD-ROM, deutsch in: *Sozialpolitischer Briefwechsel* a.a.O. S. 316-322).

Die Literatur hat sich viel mit den Zeitumständen befaßt, wenig aber mit dem Föderalismus: Benoît-P. Hepner, *Bakounine et le Panslavisme révolutionnaire*. – Paris 1950. – S. 199-307; Renè Berthier, *Bakounine politique : révolution et contre-révolution en Europe centrale*. – Paris 1991; Detlef Jena, *Michail Bakunin und der Slawenkongreß 1848 in Prag*, in: *The Prague Slav Congress 1848 : Slavic Identities* / ed. by Horst Haselsteiner. – Boulder 2000. – S. 81-100; Jean-Christoph Angault, *La liberté des peuples : Bakounine et les révolutions de 1848*. – Lyon 2009.

Bakunin hat sich an drei internationalistischen Foren beteiligt: Geheimorganisationen, Friedens- und Freiheitsliga, Internationale Arbeiter-Assoziation. Zum Programm seiner Geheimorganisation gehörte Föderalismus. Es ist eine Verallgemeinerung der Pläne, die er für die Slawen seit 1848 vorgetragen hatte: Ansprüche aller Nationen sollen geachtet werden, historische Rechte auf Gebiete werden bedeutungslos, neue Eroberungen werden Unrecht. Wie andere staatliche Institutionen sollen stehende Heere verschwinden. An ihre Stelle tritt eine Miliz: Föderalismus in einem Land ist ausgeschlossen und die föderierten revolutionären Staaten müssen zunächst in einer feindlichen Staatenwelt bestehen können (*Revolutionärer Katechismus* (1866), französ. Original CD-ROM unter mars 1866, dt. Übersetzung in: GW III (1924) 16-18). In den Versionen vom Herbst 1868

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:35
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

werden die internationalistischen Passagen noch flüchtiger, das Gewicht wird auf die spontane Revolution der Kommunen gelegt. Die Heilige Allianz der Staaten, die der Anlaß für den Internationalismus der Revolution gewesen war, kommt nicht mehr vor (CD-ROM unter automne 1868, deutsch: GW II (1923) 181; GW III (1924) 82-83, 89). Auf dem Genfer Friedenskongreß 1867 kehrte Bakunin in die politische Öffentlichkeit zurück, er war (als Vertreter der wenigen anwesenden Russen) einer der Vizepräsidenten des Kongresses und Mitglied des Exekutivausschusses der Friedens- und Freiheitsliga. Er versuchte ein Jahr lang den europäischen Demokraten zu erklären, daß der Frieden nicht nur föderalistisch, sondern auch sozialistisch sein muß. Das hat uns Bakunins ausführlichsten Text zur Organisation des Friedens eingebracht. Unter dem Vorwand, die Prinzipien der Friedens- und Freiheitsliga klarer zu formulieren, versucht Bakunin ihr ein sozialistisches, anarchistisches Programm zu schreiben, aus der europäischen Föderation der Nationalstaaten sollte die Föderation der Kommunen werden. Aber auch diesmal hat ihn der Antitheologismus am meisten beschäftigt. Vgl. auch die Programmrede 1867 (tatsächlich eine nachträgliche Rekonstruktion), französisches Original in: *Annales du Congrès de la Paix du Genève (9-12 septembre 1867) Préliminaries. Les quatre séances. Appendice*. – Genève 1868. – S. 187-191 und in CD-ROM unter 10 Septembre 1867, deutsche Übersetzung in: *Bakunin, die revolutionäre Frage : Föderalismus – Sozialismus – Antitheologismus*. – Münster 2000. – S. 17-21; alle Beiträge zu Kongressen der Friedens- und Freiheitsliga französisch in CD-ROM septembre 1867 und septembre 1868, in deutscher Übersetzung abgedruckt oder zusammengefaßt in: *Sozialpolitischer Briefwechsel* a.a.O. S. 310-322. Seit 1868 hat Bakunin versucht, dieses Programm in der Internationalen Arbeiter-Assoziation fortzuführen; die historischen Darstellungen der IAA sind weitgehend Darstellungen der epischen Kämpfe zwischen ihm und Marx.

Föderalismus ist Bakunins Programm vom panslawischen Engagement bis zum Internationalismus. Zunehmend wird die sozialistische Natur dieser Föderation betont. Am Recht der Nationen auf Selbständigkeit wird festgehalten, aber die nationale Ebene bleibt zwischen lokalen Assoziationen und Internationalität undeutlich. Er begründet nie genauer, warum der Frieden Sozialismus zur Voraussetzung hat. Internationale Politische Ökonomie spielt keine Rolle, es gibt keine Hinweise auf neue Prozesse des Kapitals und der Industrie (nur einmal sagt er, daß Asien nur durch asiatische Arbeiter zivilisiert werden kann). Er beschränkt sich völlig auf die Delegitimierung des Staates und die daraus folgende Dezentralisierung. Deutlicher als die sozialistische Tradition ist so die Tradition der Selbstbestimmung des demokratischen Nationalismus. Bakunin hat diese Tradition mit der Selbstbestimmung aller Nationen konfrontiert. In dieser Dezentralisierung gehen die Unterschiede der Nationen verloren.

Seit 1870 werden Unterschiede der Nationen Bakunins Hauptthema. Im Kampf gegen die neue französische bürgerliche Republik beginnt er eine Schrift unter dem Titel *La Révolution sociale ou la dictature militaire* mit Kritik an französischer Disziplin, Unterwürfigkeit und Zentralismus. Als die deutschen Sieger der Hauptfeind wurden, wird die Unterwürfigkeit allein den Deutschen zugeschrieben und der Titel zu *L'Empire knouto-germanique et la révolution sociale* verändert. Die

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:35
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

langen historischen Abhandlungen über preußischen Absolutismus, Kläglichkeit des deutschen Liberalismus und gelegentlich bereits den mangelnden Internationalismus der deutschen Arbeiterparteien enden in einer weiteren Fassung von Bakunins Polemik gegen Gott und Staat (vollständig veröffentlicht erst 1981 in AB VII = OC VIII, aber die diffusen Texte in GW I (1921) sind bereits Übersetzungen dieser Fragmente). Bakunins letztes Buch *Gosudarstvennost´ i anarchija* 1873 ist eine Stellungnahme zur russischen außenpolitischen Orientierung nach dem Niedergang Frankreichs und dem Aufstieg Deutschlands. Deutschland ist der einzige noch wirklich selbständige Staat Europas, das einzige Gegengewicht könnte eine panslawische Revolution sein. Er erzählt die Geschichte der mangelnden Begabung der Deutschen zur Revolution, von den Liberalen bis zu den Sozialisten. Ein Sieg Napoléons III. hätte zwar eine französische Hegemonie gebracht, aber die Franzosen hätten diese selber vernichtet, weil sie zu ihrem Temperament nicht paßt. Die deutsche Hegemonie ist so gefährlich, weil sie so gut zum Temperament der Deutschen paßt. Die deutsche Macht beruht auch auf Waffen und Geld, aber die Stütze des Reiches ist der Gehorsam der Arbeiter und Bauern. Auch *Gosudarstvennost´ i anarchija* ist ein Fragment, der 2. Band mit der Analyse der etatistischen Illusionen des deutschen Sozialismus ist nicht geschrieben worden (der russische Text und die französische Übersetzung u.d.T. *Étatisme et anarchie* ebenfalls von 1873 in AB 3 = OC 4; dt. Übersetzung u.d.T. *Staatlichkeit und Anarchie* erstmals 1973, zuletzt Berlin 2007 als Ausgewählte Schriften Bd. 4). Die außenpolitischen Maximen, die der Anarchist zugrunde legt, sind Maximen des Realismus: gleichstarke Staaten können nicht nebeneinander bestehen, sie müssen um Hegemonie kämpfen; Eroberung ist nicht nur der Ursprung der Staaten, es ist auch ihr bleibendes Ziel; Staaten müssen sich ausdehnen, auch die röteste Republik kann nicht auf Expansion verzichten (das soll eine Analogie sein zu Marx' Zwang des Kapitals zu expandieren; wir erfahren nicht, was die Basis dieser Analogie ist). Bakunin hat Verständnis dafür, daß Staaten in der Staatenwelt ihre Position behaupten müssen. Er teilt die moralischen Erwartungen der Liberalen und Demokraten an die Politik nicht. Er müsse gegen den Staat sein, gerade weil er die Staatsräson verstehe (damit meint er: Bismarck offenbart „das ganze Geheimnis der Staatsraison"). Bakunin läßt sich nicht darauf ein, den Staat mit den aristokratischen und bürokratischen Klassen zu identifizieren, er bezieht das Bürgertum und als erster auch die Arbeiterbewegung in die Kritik ein. Alle Sozialisten haben eine Vision vom Frieden im Sozialismus, das ist bei Bakunin der Föderalismus. Die meisten Sozialisten haben eine politische Beschreibung Europas gegeben; meist geht es um die Sonderrolle der revolutionären französischen Nation. Bakunin bewahrt diese Tradition des 19. Jahrhunderts, über einzelne Staaten zu schreiben, schreibt aber nicht länger über die Europäische Triarchie. Über den Frieden zu schreiben bedeutet jetzt, über Deutschland zu schreiben. Bakunins letzte Bücher gehören in die Lage nach 1870/71, die auch andere Kommentatoren verstört hat; es sind die bekannten Erzählungen von der deutschen Verbindung von Kultur und Barbarei, von Wissen und Sklaverei. Als diese Erzählungen im Ersten Weltkrieg wieder aktuell wurden, erinnerte man sich nur selten an Bakunin, seine Frage nach Deutschland ist aber Thema der Internationalen Beziehungen bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts geblieben. Selbst die Anfälligkeit der (deutschen) Arbeiter für den Etatismus ist wieder Thema geworden. In der Tradition der Internationalen Beziehungen ist Bakunin

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:35
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

nie beachtet worden. Sein Biograph E. H. Carr kommt ohne die Schriften Bakunins aus, zu Bakunins realistischen Kommentaren zu internationalen Beziehungen hat der Mitbegründer der realistischen Tradition nichts geschrieben. Auch sonst wurde das Thema nur selten gestreift: Miklós Molnár/Marianne Enckel, *Bakounine et la politique internationale*, in: *Bakounine : combats et débats*. - Paris 1979. - S. 175-181; René Berthier, *Bakounine politique : révolution et contre-révolution en Europe centrale*. – Paris 1991.

Alle westlichen Bakunin-Ausgaben beginnen erst mit den späten 1860er Jahren: *Œuvres*. – Paris 1895-1913. – 5 Bde. (= Œuvres); *Gesammelte Werke*. – Berlin 1921-1924. – 3 Bde. (= GW); *Archives Bakounine*. – Leiden 1961-1981. – 7 Bde. in 8 Teilen (= AB); *Œuvres complètes*. – Paris 1973-1982. – 8 Bde. (ein Nachdruck von AB mit abweichender Bandzählung = OC). Vollständig sind nur die neuen *Œuvres complètes*, 2000 vom Internationalen Institut für Sozialgeschichte als CD-ROM veröffentlicht (alle Texte 1837-1876 in Originalsprache und französischer Übersetzung = CD-ROM).

Fédéralisme – Socialisme – Antithéologisme (Manuskript 1867-1868)
in: Œuvres I (1895) 1-205
in: CD-ROM 2000 unter „1867-1868“
Neuübersetzung: Die Revolutionäre Frage : Föderalismus, Sozialismus, Antitheologismus. – Münster : Unrast-Verl., 2000

1 *Föderalismus*

Der Genfer Friedenskongreß hat einstimmig Föderalismus gefordert. Aber heutige Staaten können keine Föderation eingehen: zentralisierte Staaten basieren auf Eroberung. Die Mitglieder der Liga müssen sich bemühen, ihr jeweiliges Vaterland neu zu organisieren. „Die Liga führt einen unerbittlichen Krieg gegen alles, was sich Ruhm, Größe und Macht der Staaten nennt.“ Nationalität ist eine Tatsache und hat ein Recht auf Existenz und freie Entfaltung. Das Recht der Nationalität kommt „aus dem höchsten Prinzip der Freiheit“. Ziel ist eine freie Föderation der Gemeinden in der Region, der Regionen in der Nation, der Nationen in den Vereinigten Staaten von Europa. Die Menschheit strebt der Einheit entgegen. Aber eine Einheit, die durch Gewalt oder theologische, metaphysische, politische „oder sogar ökonomische“ Ideen kommt, ist zerstörerisch für Geist, Würde und Wohlfahrt der Individuen und der Völker.

2 *Sozialismus*

Der Sozialismus verachtet Macht und militärischen Ruhm der Staaten. Die ökonomische und soziale Revolution muß sich über Grenzen der Staaten hinwegsetzen. Der größte Teil der Nationen, die heute die zivilisierte Welt bilden, muß solidarisch zusammenarbeiten. Die Grundlage der neuen Welt wird die Gerechtigkeit sein, die allgemeingültig ist, sich aber bisher weder in Politik noch in Justiz noch in Ökonomie hat durchsetzen können.

3 *Antitheologismus*

Der bei weitem längste (und unvollendete) Teil geht über die Umwälzung der philosophischen und religiösen Ideen, die politische und soziale Umwälzungen begleiten muß. Der Staat verhindert die Solidarität aller Menschen, indem er einen Teil der Menschheit zusammenschließt, um einen anderen Teil der Menschheit zu erobern. Menschenrechte und Zivilisation werden nur innerhalb

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:35
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb

der Grenzen eines Staates anerkannt. So gibt es kein Völkerrecht. Patriotismus wird zur höchsten Pflicht. In der Welt der Staaten hatte Machiavelli Recht. Die Staaten beanspruchen eine eigene Moral, ihre ganze Geschichte ist von Raub geprägt. Dieser Staatsräson entkommen auch die sogenannten freien Staaten nicht.

Aux compagnons de l'Association Internationale des Travailleurs au Locle et à La Chaux-de-Fonds, in: Le Progrès, April bis September 1869
in: Œuvres I (1895) 254-292
in: CD-ROM 2000 unter 28 avril, 25 mai, 12 juin, 10 juillet, 21 août, septembre 1869
dt. Übersetzung: GW II (1923) 15-32

Patriotismus war die Tugend der antiken Republiken, der Utilitarismus hat diese Religion des Staates zerstört. Der Staat braucht eine Klasse, die Opfer verlangt: erst Geistlichkeit, dann Adel, dann Bourgeoisie, jetzt Bürokratie. Er unterscheidet vier Elemente des Patriotismus: den physiologischen, den wirtschaftlichen, den politischen und den fanatischen Patriotismus. Behandelt wird nur der physiologische oder natürliche Patriotismus. Patriotismus ist eine solidarische Leidenschaft, dieser tierischen Natur können wir uns nicht entgegenstellen. Vom Gesichtspunkt des modernen Gewissens, des Menschentums und der Gerechtigkeit ist Patriotismus nicht mehr zu ertragen. Weil Staat und Kapitalismus weiter auf Kosten anderer leben und reich werden wollen, kann der Kampf ums Dasein nicht enden. Nur der Sozialismus kann die Kriege beenden. Bürgerliche Kongresse für Frieden und Freiheit werden nicht verhindern, daß sich Menschen wie wilde Tiere zerreißen.

https://doi.org/10.5771/9783748931645-438, am 21.05.2024, 06:54:35
Open Access – (cc) BY-SA – https://www.nomos-elibrary.de/agb